

„DER SCHOSS IST FRUCHTBAR NOCH“
-
**POLITISCHER UND SOZIOLOGISCHER
RECHTSEXTREMISMUS: ERSCHEINUNGSFORMEN -
URSACHEN - GEGENSTRATEGIEN**

**Diplomarbeit
an der geisteswissenschaftlichen Fakultät
der Leopold-Franzens-Universität Innsbruck,
Studienrichtung Politikwissenschaft**

eingereicht bei
o. Univ. Prof. Dr. Anton Pelinka
Institut für Politikwissenschaft

von
Gregor Herrmann
A.Ragglweg 12
6410 Telfs

Innsbruck, Jänner 1995

VORREDE

„Die Forderung, daß Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste in der Erziehung. Sie geht so jeglicher anderen voran, daß ich weder glaube, sie begründen zu müssen noch zu sollen. Ich kann nicht verstehen, daß man mit ihr bis heute so wenig sich abgegeben hat. Sie zu begründen hätte etwas Ungeheuerliches angesichts des Ungeheuerlichen, das sich zutrug. Daß man aber die Forderung, und was sie an Fragen aufwirft, so wenig sich bewußt macht, zeugt, daß das Ungeheuerliche nicht in die Menschen eingedrungen ist, Symptom dessen, daß die Möglichkeit der Wiederholung, das den Bewußtseins- und Unbewußtseinsstand der Menschen angeht, fortbesteht. Jede Debatte über Erziehungsideale ist gleichgültig diesem einen gegenüber, daß Auschwitz nicht sich wiederhole.“

T.W.ADORNO¹

„Rechtsextremismus“ - ein häufig gebrauchter Begriff, der sich seit Ende der 80er-Jahre massiv durch journalistische wie wissenschaftliche Publikationen zieht und auch auf den Universitäten vermehrt in Lehrveranstaltungen und Arbeiten behandelt wird. So bin auch ich mit diesem Thema in Berührung gekommen, habe Proseminare dazu besucht und festgestellt, daß mich die Auseinandersetzung mit dem Phänomen immer stärker interessiert.

Diese Diplomarbeit dient also letztlich auch dazu, meine Interessen zu verfolgen und Klarheit in einige Fragen zu bringen; ebenso spiegelt die Auswahl der Literatur und die Setzung der Schwerpunkte meine persönlichen Präferenzen wider: So geht es mir etwa stark um Jugendliche, da ich selbst in der Jugendarbeit tätig bin;² ich behandle die „Grauzone“ der „Neuen Rechten“, da mich Ideologien schon immer interessiert haben, usw.

¹ Adorno 1982, 88

² bei den PPÖ (Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs)

Kurz noch ein paar Gedanken zu meiner wissenschaftstheoretischen Grundposition:³ Ich kann mit dem gängigen Kritischen Rationalismus wenig anfangen, dessen positivistische Grundhaltung zu einem Werturteilsfreiheitspostulat führt; für mich gilt nach wie vor das alte Marxsche Diktum:

„Die Philosophen haben die Welt nur verschieden *interpretiert*, es kömmt darauf an, sie zu *verändern*.“ (Marx 1953, 341; Hervorhebung im Original)⁴

Wissenschaft kann daher nie bei der Beschreibung von „Wirklichkeit“ aufhören, sondern muß weiterarbeiten in Richtung einer Verbesserung. Das Ziel einer Wissenschaft, die sich etwa an den Leitlinien der Kritischen Theorie orientiert, ist es daher, angesichts der Tatsache, daß „die Menschheit, anstatt in einen wahrhaft menschlichen Zustand einzutreten, in eine neue Art von Barbarei versinkt“ (Horkheimer / Adorno 1969, 1), für die Emanzipation der Menschen, für die Beendigung von Ungleichheit und Unfreiheit, gegen Entfremdung und für eine menschenwürdige Gesellschaft zu kämpfen. Eine Wissenschaft, die sich positivistischer Methoden bedient, bewirkt das Gegenteil, sie ist systemstabilisierend und dadurch mitschuldig an der soeben zitierten „Barbarei“.

Diese wissenschaftstheoretische Grundhaltung wird daher auch meine Vorgangsweise prägen: Ich werde mich nicht hinter Untersuchungen und Beschreibungen verstecken, sondern meine Meinung klar äußern, mich deklarieren und Vorschläge machen, wie m.E. dem Rechtsextremismus begegnet werden kann; ganz im Sinne von Wolfgang Purtscheller: „Allerdings: Auch die Wissenschaft hat das Recht, polemisch zu sein. Wir nehmen uns dieses Recht heraus: mit Genauigkeit, aber auch mit Zorn.“ (Purtscheller 1993, 14 f.)

Mir ist klar, daß diese Diplomarbeit weder die Forschung über den Rechtsextremismus revolutionieren wird noch diesen gar aus der Welt schaffen kann; dennoch hoffe ich, durch diese Darstellung Anregungen zum Weiterdenken zu geben, in der Richtung von Adornos „daß Auschwitz nicht sich wiederhole“ (Adorno 1982, 88).

³ detailliert in Herrmann 1993, 3 ff.

⁴ Singgemäß gibt es dieses Zitat auch von Horkheimer, der die Aufgabe der Wissenschaft nicht (nur) in der Beschreibung, sondern (vor allem) in der Veränderung, der Verbesserung der Welt sieht.

Abschließend danke ich meinen Eltern, die mir meine Studien in mehrfacher Hinsicht ermöglicht haben; Andrea Plotz, Andreas (Ansch) Kaufmann und Thomas Köcher für die Überlassung von Wohnung, Bett, Kühlschrank und Computer im Sommer '94, in dem der Großteil dieser Arbeit entstanden ist; schließlich Katharina Kalcsics, die mit germanistischem (und zeitgeschichtlichem) Auge die Rohfassung Korrektur gelesen hat, sowie meinen Betreuer Reinhold Gärtner, dessen inhaltliche Tips mir ebenso eine Hilfe waren wie seine Versuche, meine „zornige“ Sprache etwas zu zügeln.

INHALT

Vorrede	i
Inhalt	iv
1 Einleitung	1
1.1 Ziel und Aufbau der Arbeit	1
1.2 Begriffsbestimmungen	2
1.2.1 Radikalismus vs. Extremismus	3
1.2.2 Der Extremismus-Begriff	4
1.2.3 Andere Begriffe	5
1.2.3.1 Neo-Faschismus / Neo-Nazismus	5
1.2.3.2 Neue Rechte	5
1.2.4 Politischer und soziologischer Rechtsextremismus	5
1.2.4.1 Soziologischer Rechtsextremismus	6
1.2.4.2 Politischer Rechtsextremismus	7
2 Erscheinungsformen des Rechtsextremismus	9
2.1 Politischer Rechtsextremismus	9
2.1.1 Die Neue Rechte	9
2.1.1.1 Grundlage: Die „Konservative Revolution“	10
2.1.1.2 Die französische Nouvelle Droite	12
2.1.1.3 Die Neue Rechte in Deutschland	16
2.1.1.4 Die Neue Rechte in Österreich	31
2.1.1.5 Ideologie der Neuen Rechten	35
2.1.1.6 Einschätzung und Bedeutung der Neuen Rechten	39
2.1.2 Die „Alte Rechte“	41
2.1.2.1 Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus in der Bundesrepublik	42
2.1.2.2 Der organisierte Rechtsextremismus in Österreich	51
2.2 Soziologischer Rechtsextremismus	67
2.2.1 Rechtsextreme Einstellungen - allgemein	68
2.2.1.1 Einstellungen zum Nationalsozialismus	68
2.2.1.2 Rechtsextreme Einstellungen	69

2.2.1.3 Antisemitische und ausländerInnenfeindliche Einstellungen	70
2.2.1.4 Rechtsextremes WählerInnenpotential.....	76
2.2.1.5 Einstellungen zu Gewalt.....	79
2.2.2 Rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen	80
2.2.2.1 Bielefelder Querschnitt- und Langfristuntersuchung.....	81
2.2.2.2 Österreichische Jugendliche und ihre Einstellungen zu AusländerInnen.....	115
2.2.2.3 Abschließende Anmerkungen zur „heutigen Jugend“	118
3 Ursachen des Rechtsextremismus.....	119
3.1 Individualpsychologische Ansätze	119
3.2 Sozio-ökonomische Ansätze.....	120
3.3 Sozialpsychologische Ansätze.....	122
3.4 Gesellschaftskritische Ansätze	122
3.5 Politische Ansätze.....	123
3.6 Historische Ansätze	124
3.7 Kulturelle Ansätze	125
3.8 Psychoanalytische Ansätze	127
3.9 Sozialisationstheoretischer Ansatz	132
3.9.1 Arbeit und politische Orientierungen	134
3.9.2 Wohnmilieu, Familie und peer-group	135
3.9.3 Schule	136
3.9.4 Fazit: Instrumentalisierungsthese.....	137
3.9.5 Zusammenfassende Thesen.....	138
4 Gegenstrategien	141
4.1 Überblick über verschiedene Gegenstrategien	141
4.1.1 Streitbare Demokratie.....	141
4.1.2 Antifaschismus-Strategie.....	149
4.1.3 Aufarbeitungs-Strategie.....	151
4.1.4 Repressions-Strategie	152
4.1.5 Psycho- und Ausgrenzungsstrategie.....	153
4.1.6 Aufklärungs-Strategie	154
4.1.7 Antikapitalismus-Strategie	155
4.1.8 Antirassismus-Strategie.....	157

4.1.9 Antinationalismus-Strategie.....	158
4.1.10 Politische Gegenstrategien.....	159
4.2 Anti-Rechtsextremismus und Jugendarbeit	160
4.2.1 Darstellung der Jugendarbeit und -politik	161
4.2.2 Thesen zu anti-rechtsextremistischer Jugendarbeit und -politik	164
5 Nachwort.....	171
 Anhang	
I. Abkürzungsverzeichnis	I
II. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	III
III. Literaturverzeichnis	IV
IV. Sach- und Personenregister	XVI

1 EINLEITUNG

1.1 Ziel und Aufbau der Arbeit

Der Titel dieser Arbeit ist so gewählt, daß er an sich schon einiges über den Aufbau verrät: Es geht um eine breite Bearbeitung des Rechtsextremismus in seinen verschiedenen Façetten, sowohl im politischen Bereich i.e.S. (Parteien, Organisationen, Medien, ...) als auch im soziologischen Bereich (Einstellungen, Sozialisation, ...).

Ziel der Arbeit ist es, einen Überblick darüber zu geben, was Rechtsextremismus am Anfang der 90er Jahre in Österreich und Deutschland bedeutet; eine Darstellung der Organisationen, Personen und Einstellungen in diesem Bereich zu geben; mögliche Ursachen v.a. für rechtsextreme Einstellungen aufzuzeigen und Gegenstrategien zu analysieren und weiterzudenken.

Im Sinne meines wissenschaftstheoretischen Ansatzes (vgl. S.i f.) kann das Ziel nicht nur in einer Beschreibung von Aktivitäten, Organisationen und Einstellungen liegen; zwangsläufig müssen auch Überlegungen für ein Vorgehen gegen den Rechtsextremismus, der für mich ganz klar dem Ideal einer Emanzipation und Selbstbestimmung des Menschen widerspricht, enthalten sein.

Die Arbeit besteht aus folgenden Teilen:

- **Einleitung:** Nach diesen kurzen Worten folgt noch eine Abgrenzung der Begriffe, die die Basis für die weitere Arbeit legen soll (S.2 ff.);
- **Erscheinungsformen** des Rechtsextremismus: Dieses längste Kapitel der Arbeit gliedert sich wiederum in eine Auseinandersetzung mit dem politischen Rechtsextremismus (getrennt nach „Neuer Rechter“ und „Alter Rechter“; S.9 ff.) und dem soziologischen Rechtsextremismus (S.67 ff), wobei in diesem Abschnitt der Schwerpunkt auf der Beschäftigung mit dem Phänomen „Jugendliche und Rechtsextremismus“ liegt (S.80 ff.);
- **Ursachen** des Rechtsextremismus: Nach der Darstellung unternehme ich den Versuch, mögliche Erklärungsansätze für das Entstehen von Rechtsextremismus (i.e. rechtsextremer Einstellungen) darzustellen, zu analysieren und zu kommentieren (S.119 ff.). Der Schwerpunkt dabei liegt beim sozialisationstheoretischen Ansatz (S.132 ff.);

- **Gegenstrategien:** Den letzten großen Teil bildet die Auseinandersetzung mit bestehenden und möglichen Gegenstrategien, deren Beschreibung und Bewertung (S.141 ff.). Der Schwerpunkt dabei liegt auf dem Aspekt der Jugendarbeit als Rechtsextremismus-Prophylaxe (S. 160 ff.);
- Das **Nachwort** möge die Arbeit abrunden.

Der geographische Bereich, der in dieser Arbeit behandelt wird, beschränkt sich auf Österreich und (West-)Deutschland.¹ Ein Grund dafür, neben meinen persönlichen Interessen, liegt darin, daß sich die zugängliche Literatur v.a. auf diese Länder beschränkt. Die Arbeit enthält keine Primärforschung, sondern stützt sich ganz auf Sekundärliteratur; diese wiederum bezieht sich meist auf die Bundesrepublik Deutschland. Ich habe daher in den Fällen, wo es keine spezifisch österreichische Literatur gibt, die deutsche herangezogen und dabei unterstellt, daß die Situation in (West-)Deutschland und in Österreich halbwegs vergleichbar ist. Eine Hoffnung von mir besteht allerdings schon darin, daß in Österreich mehr zu diesem Thema geforscht werden möge.

1.2 Begriffsbestimmungen

Den Grund für eine ausführliche Begriffsklärung am Anfang nennt Jesse: „Was die Terminologie angeht, so herrscht babylonische Sprachverwirrung: ‘Rechtsextremismus’, ‘Rechtsradikalismus’, ‘(Neo-)Faschismus’, ‘Rechtspopulismus’, ‘Rechtsfundamentalismus’, ‘Neue Rechte’, ‘Neonazismus’ - alle diese Begriffe werden in der (Politik-)Wissenschaft, der Publizistik und der Politik mehr oder weniger synonym gebraucht.“ Denn: „Mit Worten kann man bekanntlich Politik machen“ (Jesse 1993, 27). Die Auswahl und Verwendung der Begriffe ist immer von Interessen abhängig, seien dies wissenschaftliche oder vor allem politische. Ich möchte einige Linien der Begriffsdiskussion aufzeigen, bevor ich mein eigenes Begriffsverständnis darlege.

¹ Nur bei der Auseinandersetzung mit der Neuen Rechten beziehe ich mich auch auf die französische Nouvelle Droite (vgl. S.12 ff.).

1.2.1 Radikalismus vs. Extremismus

Die beiden Begriffe „Rechtsradikalismus“ und „Rechtsextremismus“ sind die wohl am häufigsten gebrauchten. Sie werden teilweise synonym gebraucht, teilweise zur Unterscheidung von „legalem“ (= Rechtsradikalismus) gegenüber „illegalem“ (= Rechtsextremismus) Vorgehen; vor allem der Begriff des „Rechtsradikalismus“ wird teilweise aber auch überhaupt abgelehnt.

Die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs „radikal“ legt eine solche Ablehnung nahe: „Radikal“ kommt vom lateinischen „radix“ und bedeutet daher „an die Wurzel gehend“. In der politischen Terminologie ist es historisch betrachtet eng verknüpft mit den Gedanken der bürgerlichen Aufklärung im 18. und 19. Jahrhundert: „Die radikalen Parteien des 19. Jahrhunderts [...] verfochten explizit demokratische Programme und figurierten deshalb zumeist auch auf dem linken Flügel des sich allmählich herausbildenden Parteienspektrums.“ (Holzer 1979, 30) Diese Bedeutung ist im Laufe der Jahre vielfach verloren gegangen, es läßt sich aber auch eine „Rehabilitation des Radikalen“ beobachten (vgl. dazu Holzer 1979, 31 ff.)

Wenn „radikal“ emanzipatorisch-aufklärerisch und demokratisch verstanden wird, zeigt sich bereits, warum die Kombination „rechts“ und „radikal“ eine unpassende ist. Sehr trocken faßt dies Heitmeyer (1992a, 13) zusammen:

„Im Terminus „*Rechtsradikalismus*“ ist die zweite Begriffshälfte in der Tradition bürgerlicher Aufklärung positiv besetzt im Sinne des „an der Wurzel packen“, also an der Wurzel jener Herrschaftsverhältnisse, die Emanzipation verhindern. Mit dem Begriff „rechts“ entsteht hier eine eher bizarre Verbindung, nun gerichtet gegen die politischen und sozialen Traditionen von Emanzipationsbewegungen, insbesondere der Arbeiterbewegung.“ (Hervorhebung im Original)

Im Anschluß an diese Argumentation bevorzuge auch ich den Terminus „Rechtsextremismus“.

1.2.2 Der Extremismus-Begriff

Interessante Auseinandersetzungen gibt es aber auch um den Extremismus-Begriff und vor allem die Frage der Vergleichbarkeit von Rechts- und Links-Extremismus.

Vertreter einer „Extremismus-Theorie“ sind etwa Backes / Jesse (1989, 33):

„Der Begriff des politischen Extremismus (sic!, gh) soll als Sammelbezeichnung für unterschiedliche politische Gesinnungen und Bestrebungen fungieren, die sich in der Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner fundamentalen Werte und Spielregeln einig (sic!, gh) wissen, sei es, daß das Prinzip menschlicher Fundamentalgleichheit negiert (Rechtsextremismus), sei es, daß der Gleichheitsgrundsatz auf alle Lebensbereiche ausgedehnt wird und die Idee der individuellen Freiheit überlagert (Kommunismus), sei es, daß jede Form von Staatlichkeit als 'repressiv' gilt (Anarchismus).“

Unter dem Titel „politischer Extremismus“ wird also alles zusammengefaßt, was gegen den „demokratischen Verfassungsstaat“ (oder die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“, wie dies in der Bundesrepublik Deutschland etwas schwülstig heißt) gerichtet ist. Diese Gleichsetzung ist allerdings nur auf der Basis eines extrem engen Demokratiebegriffs möglich. Sie zeugt m.E. oft von einer Panik vor linken Ideen.

Stöss (1989, 17 f.) arbeitet den notwendigen Unterschied deutlich heraus; er übernimmt zwar die Definition von Backes / Jesse (s.o.), setzt sich aber mit dem Demokratiebegriff differenzierter auseinander. Rechtsextremismus strebt die Abschaffung der Demokratie an, Sozialismus hingegen die Abschaffung des Kapitalismus; der Ansatzpunkt ist also ein anderer, nämlich der ökonomisch-materielle. „Denn erst durch die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und durch die Beseitigung der ungleichen Verteilung von ökonomischer Macht seien soziale Gleichheit und damit soziale Gerechtigkeit möglich. Ohne soziale Gerechtigkeit aber [...] keine wirkliche Demokratie.“ (Stöss 1989, 18) Rechtsextremismus ist also grundsätzlich demokratiefeindlich, Sozialismus kann es in der Praxis sein, in der Theorie hat er einfach ein anderes Demokratieverständnis. Eine Gleichsetzung von Rechtsextremismus und Sozialismus ist also nur dann möglich, wenn Demokratie eingeschränkt wird auf den „repräsentativ-

demokratischen Verfassungsstaat des ausgehenden zwanzigsten Jahrhunderts“.

Aus den bisherigen Überlegungen folgt für mich, daß ich im folgenden

1. vom Rechts-Extremismus schreiben werde, und
2. diesen nicht mit anderen politischen Phänomenen vergleichen werde, sondern eigenständig behandeln werde.

1.2.3 Andere Begriffe

Im Alltag, in den Medien, teilweise aber auch in wissenschaftlichen Publikationen werden auch noch andere Termini synonym für Rechtsextremismus gebraucht. Im Sinne der Klarheit und um einer Begriffsinflation vorzubeugen, möchte ich diese aber trennen:

1.2.3.1 Neo-Faschismus / Neo-Nazismus

Neo-Faschismus als Bezeichnung für die hier zu untersuchenden Phänomene scheint mir unzutreffend, da „Faschismustheorien immer entlang der historischen Form entwickelt werden und deshalb auf die veränderten heutigen Verhältnisse nicht anwendbar [sind].“ (Heitmeyer 1992a, 14) Sinnvoll erscheint er mir nur in jenen Zusammenhängen, wo eine Restauration des historischen faschistischen Systems (oder als Neo-Nazismus, wenn es um eine Erneuerung des nationalsozialistischen Systems geht) angestrebt wird.

1.2.3.2 Neue Rechte

Unter dem Terminus „Neue Rechte“ verstehe ich die intellektuelle Grauzone zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus. Über dieses Phänomen ausführlich jedoch später. (Vgl. Kap. „Die Neue Rechte“ auf S.9)

1.2.4 Politischer und soziologischer Rechtsextremismus

Diese begriffliche Trennung, die ich bereits im Titel dieser Arbeit vornehme, mag vielleicht auf den ersten Blick verwirren, da sie durchaus nicht üblich ist. Auf diese Unterscheidung bin ich durch Heitmeyer (1992a,

1992b) gekommen, der an den gängigen Rechtsextremismus-Begriffen m.E. zurecht kritisiert, daß sie häufig von einem engen Politikverständnis ausgehen und sich daher nur mit Institutionen, Parteien etc. beschäftigen; da es auch mir (auch) um den „Alltags-Rechtsextremismus“, also um rechtsextremistische Orientierungen innerhalb der Bevölkerung geht, nehme ich gerne seinen Begriff des „soziologischen Rechtsextremismus“ (vgl. etwa Heitmeyer 1992a, 15; 1992b, 13) auf.

Da ich mich aber nicht nur auf diesen Bereich beschränken möchte, führe ich für den institutionellen Bereich den Begriff eines „politischen Rechtsextremismus“ ein. Die beiden Begriffe sollen sich inhaltlich durchaus nicht widersprechen, sie geben nur den unterschiedlichen Fokus an.

1.2.4.1 Soziologischer Rechtsextremismus

Heitmeyer sieht in rechtsextremistischen Orientierungen zwei Grundelemente: die Ablehnung des Gleichheitspostulats, das Demokratie kennzeichnet, und die Gewaltakzeptanz und -bereitschaft. Im Detail sieht das dann so aus (Heitmeyer 1992b, 13 f.):

„a) *Ideologie der Ungleichheit*

Sie enthält zwei zentrale Dimensionen:

- Die erste ist personen- bzw. gruppierungsbezogen und auf *Abwertung*, also *Ungleichwertigkeit* ausgerichtet. Sie zeigt sich inhaltlich in Facetten wie
 - nationalistischer bzw. völkischer Selbstübersteigerung;
 - rassistischer Einordnung;
 - eugenischer Unterscheidung von lebenswertem und unwertem Leben;
 - soziobiologischer Behauptung von natürlichen Hierarchien
 - sozialdarwinistischer Betonung des Recht des Stärkeren;
 - totalitären Normverständnissen im Hinblick auf Abwertung des „Andersseins“;
 - Betonung von Homogenität und kultureller Differenz.
- Die zweite Dimension ist *lebenslagenbezogen* und zielt auf *Ausgrenzungsforderungen* in Form
 - sozialer
 - ökonomischer
 - kultureller

- rechtlicher
- politischer *Ungleichbehandlung* von Fremden und „Anderen“.

Dieses Grundelement enthält also Orientierungen zur politischen Interpretation gesellschaftlicher Realität.

b) Gewaltakzeptanz

Sie zeigt sich in den vier zentralen, ansteigend eskalierenden Varianten der

- Überzeugung unabänderlicher Existenz von Gewalt („Gewalt gehört immer dazu“),
- Billigung fremdausgeübter privater bzw. repressiver staatlicher Gewalt,
- eigenen Gewaltbereitschaft,
- tatsächlicher Gewalttätigkeit.

Dahinter steht die Grundannahme, daß Gewalt als „normale“ Aktionsform zur Regelung von Konflikten legitim sei. Von daher rührt die

- Ablehnung rationaler Diskurse;
- Betonung des alltäglichen Kampfes ums Dasein;
- Ablehnung demokratischer Regelungsformen von sozialen und politischen Konflikten;
- Betonung autoritärer und militaristischer Umgangsformen und Stile.

Dieses zweite Grundelement bezieht sich also auf geforderte und Ungleichheitsideologien in bestimmter Weise in Realität umsetzende Handlungsformen.“ (Hervorhebungen im Original)

Heitmeyer spricht dann von Rechtsextremismus, wenn beide Grundelemente zusammenkommen, wobei entweder die Ungleichheitsideologie eine Legitimationsfunktion für die Gewalt erfüllt oder die Gewalt eine Durchsetzungsfunktion für die Ideologie der Ungleichheit hat.

1.2.4.2 Politischer Rechtsextremismus

Beim politischen Rechtsextremismus ergibt sich wieder eher das Problem, daß es eine Unzahl von Definitionen gibt. Ich möchte mich dabei vor allem an Stöss (1989, 18 ff.) anlehnen, der kurz und bündig schreibt: „Rechtsextremismus ist Demokratiefeindschaft.“ (Stöss 1989, 18) und damit Be-

strebungen zur Abschaffung oder Beeinträchtigung demokratischer Strukturen und Prozesse meint. Er nennt dabei vier Merkmale:

- Nationalismus, gepaart mit Großmachtstreben und Feindseligkeit gegenüber anderen Staaten und Völkern;
- Ablehnung der universellen Grund- und Freiheitsrechte;
- Ablehnung parlamentarisch-pluralistischer Regierungssysteme, Negation der Volkssouveränität;
- Hervorhebung einer „natürlichen“ Volksgemeinschaft, biologistischer Rechtfertigung sozialer Strukturen.

Castner / Castner (1989, 119) nennen mit Bezugnahme auf die SINUS-Studie (1981) fünf Faktoren eines rechtsextremistischen Weltbildes:

1. Reaktionäres Menschenbild mit Aggressionen gegen Minderheiten bei Betonung von „Zucht und Ordnung“;
2. Bedrohungsängste, die gegen Sündenböcke gerichtet werden;
3. Harmoniestreben und Ablehnung der Aufklärung, Volksgemeinschaft statt pluralistischer Gesellschaft;
4. Rigide Werte-Hierarchie mit Betonung von Volk, Vaterland und Familie;
5. Märtyrer-Komplex, Leiden bis zur Ausschaltung der „Feinde“.

Andere Beschreibungen (etwa Oswalt 1989a, 28 oder Benz 1984, 13) bringen nichts grundsätzlich Neues.

Ich denke, damit die verwirrende Vielfalt der Begriffsdefinitionen etwas durchschaubarer gemacht und auch deklariert zu haben, wovon ich in Folge reden werde.

2 ERSCHEINUNGSFORMEN DES RECHTSEXTREMISMUS

„Ihr aber lernet, wie man sieht statt stiert
Und handelt, statt zu reden noch und noch.
So was hätt einmal fast die Welt regiert!
Die Völker wurden seiner Herr, jedoch
Daß keiner uns zu früh da triumphiert -
Der Schoß ist fruchtbar noch, aus dem das kroch!“

BERTOLT BRECHT²

2.1 Politischer Rechtsextremismus

2.1.1 Die Neue Rechte

Als „Neue Rechte“ wird jener Bereich bezeichnet, der eine intellektuelle Verbindung zwischen dem organisierten Rechtsextremismus und dem Konservatismus bildet: Es „ist heute der Versuch zu beobachten, den *cordon sanitaire*, der als scheinbar eindeutige Grenzlinie zwischen extremistischen Subkulturen und öffentlichem Diskurs gezogen worden war, zu überschreiten, indem die Diskursgrenzen ausgeweitet werden.“ (Gress 1990, 9) Es ist also der Versuch, eine rechte Weltanschauung wieder hoffähig zu machen, aus dem „Schatten Hitlers“ zu treten und das rechte Lager durch eine ideologische Auffrischung neu zu einen. Die ‘Neue Rechte’ ist weder ein neuer Faschismus vor den Türen der Macht, noch ist sie eine gänzlich unbedeutende Sekte.

Strategische Grundlage für das Vorgehen der Neuen Rechten ist der italienische (Links-)Theoretiker Gramsci, der in der Zwischenkriegszeit erkannt hatte, daß die Schaffung einer kulturellen Hegemonie der politischen vorangehen müsse. Dieses Ziel versucht die Neue Rechte vor allem durch Publikationen, Studienzirkel, Seminare u.ä. „Das Stichwort dafür heißt ‘Metapolitik’, also Veränderung des politischen Klimas durch die Erringung kultureller Hegemonie, durch die Besetzung von Themen, durch ‘Umwertung’ linker und liberaler Positionen.“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 113)

² Brecht 1967, 1835

2.1.1.1 Grundlage: Die „Konservative Revolution“

Ein Grund dafür, daß der Neuen Rechten der Einbruch ins konservative Lager zu einem gewissen Teil gelungen ist, liegt sicherlich darin, daß sie sich von einzelnen Teilen der NS-Herrschaft distanziert und sich nicht auf deren Ideologie stützt, sondern weiter zurückgreift und die Denker der „Konservativen Revolution“ der Weimarer Republik als Grundlage heranzieht. Daß diese Leute schon damals Wegbereiter des Nationalsozialismus waren, stört sie dabei nicht.

Die „Konservative Revolution“ verschrieb sich dem Kampf gegen Demokratie und Liberalismus, gegen die Aufklärung und die Moderne und für die „wahren Werte“ und den Aufbau des Dritten bis Vierten Reiches. Schon damals ging es um Metapolitik, um die intellektuelle Vorbereitung der Systemänderung.

Ein wichtiger Vertreter dieser Richtung war Arthur Moeller van den Bruck, dessen Buch „Das dritte Reich“ auch heute noch in den Zirkeln der Neuen Rechten ein fixer Bestandteil der Lektüre ist. Moeller van den Bruck setzt darin der „dekadenten“ liberalen Republik die „Parole von der völkischen Erneuerung“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 119) entgegen. Er will damit die historische Wende als Gegenmittel gegen den drohenden „Untergang des Abendlandes“ (Oswald Spengler) einläuten.

Die Eckpunkte der „Konservative Revolution“ finden sich auch bei anderen Autoren wieder: Anti-Parlamentarismus, Anti-Egalitarismus, Neuheidentum, die Betonung von Volk, Gemeinschaft und Staat zeigen sich auch bei Hans Freyer, Edgar Julius Jung, Othmar Spann, ebenso auch in Ernst Jüngers „Der Arbeiter“, in dem er einen neuen Menschen als Teil des organischen Volksganzen skizziert. Auch Nietzsche wird gerne herangezogen, sein Nihilismus verwendet für die Zerstörung des dekadenten Abendlandes, die einem Wiederaufbau vorangehen müsse.

Eine der besonders „herausragenden“ Figuren, deren Gedanken für den Nationalsozialismus, die heutige Neue Rechte und für die repräsentative Demokratieauffassung gleichermaßen als Grundlage herangezogen wurden und werden, ist Carl Schmitt, Staatsrechtler und Nazi-Komplize.³ Seine Kritik am Parlamentarismus wurde von den Rechten damals wie heute gern gesehen und übernommen. Er forderte als Gegenmodell den autoritären Staat, der qua Macht Recht setzt. Gegen das Chaos des Pluralis-

³ Zu seiner Biographie vgl. Assheuer / Sarkowicz 1990, 130 ff.

mus setzt er die Ordnung des staatlichen Absolutismus. Jeglichen Diskurs sieht Schmitt als Zeichen von Schwäche, als Vermeidung von Entscheidungen; legitim sei vielmehr die Setzung durch den absoluten Souverän, der das Volksganze repräsentiert und nicht nur die Einzelmeinungen. Dieser Staat wird anschließend noch mythologisiert und muß verinnerlicht werden; dann hat zwar der einzelne keine Einflusmöglichkeiten mehr, aber seine Bedürfnisse werden ja ohnehin durch den die Volksgemeinschaft repräsentierenden Souverän erfüllt.

Seine Bedeutung für die Neue Rechte liegt darin, daß Verweise auf den angesehenen Juristen legitimierend wirken: „Mit seiner antiliberalen Grundhaltung, seinen Auffassungen vom ‘Politischen’ und seinen Vorstellungen von Gleichheit und Artgleichheit ermöglichte er eine weitgehende Übernahme nationalsozialistischen Gedankenguts, das - weil von Carl Schmitt - plötzlich nicht mehr als solches gilt. Rassistisch fundierte AusländerInnenfeindlichkeit, gnadenlose Verfolgung politisch Andersdenkender und Verachtung für demokratische Formen sind am prägnantesten von ihm formuliert worden, und dabei beginnen seine Gedanken immer so harmlos ...“ (Müller 1989, 217)

Interessant an Carl Schmitt finde ich noch, daß seine staatsrechtlichen Ideen letztlich auch die Basis der repräsentativen Demokratie sind, wie wir sie gewohnt sind.⁴ Die Fiktion eines Volksganzen, das einen eigenen Willen hat, der von einzelnen repräsentiert werden kann, war die Schmittsche Legitimation des Führerstaates, sie ist aber genauso die Grundlage des freien Mandates, auf dem die repräsentative Demokratie aufbaut - Abgeordnete sind nach diesem Modell idealiter ab dem Zeitpunkt ihrer Wahl plötzlich nur mehr ihrem Gewissen einerseits und dem „Gemeinwohl“ andererseits verantwortlich, die WählerInnen mögen sich zu Hause beruhigt zurücklehnen - für ihr Wohl wird ohnehin gesorgt. Unter diesem Gesichtspunkt gewinnt das Horkheimersche Diktum „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen.“ (Horkheimer 1939, 115), das auf die gemeinsame ökonomische Basis von Faschismus und Kapitalismus bezogen war, eine zusätzliche unerfreuliche Aktualität.

⁴ Ich beziehe mich dabei auf Köchler 1990.

2.1.1.2 Die französische Nouvelle Droite

Ihren Ausgang nahm die Entwicklung der heutigen Neuen Rechten in Frankreich, wo auch der Begriff als Gegenstück zur „Neuen Linken“ des Jahres 1968 geprägt wurde. Erst über Frankreich, wo die Autoren der „Konservativen Revolution“ eifrig rezipiert und dadurch salonfähig gemacht wurden, setzten sich die neurechten Strömungen auch im deutschen Sprachraum (wieder) durch. Daher soll an dieser Stelle eine Beschreibung der französischen Nouvelle Droite erfolgen.

Eine zentrale Rolle im französischen neurechten Spektrum nimmt dabei die „Denkschule“ GRECE (Groupement de recherches et d'études pour la civilisation européenne) ein. Sie wurde 1968 von jungen Rechten gegründet, ist aber erst Ende der 70er-Jahre aus ihrem Schattendasein aufgetaucht und prägt mit ihren Publikationen („Nouvelle Ecole“, „Eléments. La revue de la nouvelle droite“, „Panorama des idées actuelles“, „Le Lien“, „Etudes et recherches“ sowie die Verlage „Edition Copernic“ und „Le Labyrinthe“) (vgl. Rollat 1989, 120 und Jaschke 1990, 48) den neurechten Diskurs über Frankreich hinaus.

GRECE ist einerseits nach außen orientiert, vor allem durch die zahlreichen Publikationen, hat aber auch eine ausgeprägte Binnenstruktur: Untergruppierungen zu Schulungszwecken gibt es ebenso wie Diskussionsrunden, Freizeitveranstaltungen für Mitglieder und die eigentlichen Studienzirkel.

Von den Publikationen sind „Nouvelle Ecole“ und „Eléments“ am bedeutendsten. „Eléments [ist] Forum der Selbstdarstellung und öffentliches Präsentationsorgan [... das die] Neue Rechte als dynamisch-aktive („meta“-)politische Bewegung präsentiert.“ (Auflage: 10.000) (Jaschke 1990, 50) Die „Nouvelle Ecole“ hingegen ist „eine exklusiv gemachte wissenschaftliche Zeitschrift auf elitär zur Schau gestelltem intellektuellen Niveau.“ (ebda.) Sie ist das Zentralorgan der „Nouvelle Droite“ in dem Sinn, daß sie die inhaltlichen Vorgaben für die neurechten Diskurse liefert. Interessant ist aber auch, daß die Aktivisten der Nouvelle Droite durchaus nicht nur in den eigenen Organen publizieren, sondern etwa auch im Magazin des „Figaro“ und anderen Zeitungen. Auch Kontakte ins Ausland sind üblich. „Das Publikationssnetz der Neuen Rechten ist [...] engma-

schig gestrickt. Auffallend ist die adressatenspezifische Flexibilität, die es ermöglicht, unterschiedliche Zielgruppen anzusprechen [,] sowie die offensichtliche publizistische Strategie, ein insgesamt bürgerliches, konservatives Publikum aus jüngeren, bildungsbürgerlichen Schichten zu erreichen.“ (Jaschke 1990, 51)

Führende Figur der französischen Nouvelle Droite ist neben dem Präsidenten von GRECE, Jean Varenne, ein gewisser „Fabrice Laroche alias Alain de Benoist“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 140), der seit der Gründung von GRECE 1968 eine dominierende Rolle einnimmt. Er arbeitet als Chefredakteur von „Nouvelle Ecole“ und publiziert auch in anderen Organen. Sein „bekanntestes Werk ‘Vu de Droite’ (1977 erschienen) ist eines (sic, gh) der Wegbereiter der ‘Nouvelle Droite’.“ (Mantino 1992, 160)

Ziel der Nouvelle Droite ist es, eine einheitliche rechte Theorie zu erstellen, die es ermöglicht, über die Erringung der kulturellen Hegemonie auch die politische Vorherrschaft zu erlangen. Die Ideologie richtet sich dabei u.a. gegen die Menschenrechte, die „das politische Selbstbestimmungsrecht der Völker, die Autonomie der unterschiedlichen Kulturen [bedrohe] und [...] eine ‘Verrechtlichung’ und ‘Moralisierung der Politik’ [bewirke].“ (Rollat 1989, 122 f.) Diese Einstellung zieht einen verschleierte Rassismus nach sich, der sich hinter der ‘Sorge um die armen AusländerInnen’ versteckt, in Wirklichkeit aber genauso wie die AusländerInnenfeindlichkeit etwa des Front National Le Pens ‘Ausländer raus’ meint.

Zurückgegriffen wird in dieser Argumentation immer wieder auf die ‘Erkenntnisse’ der Verhaltensforschung zur Ungleichheit der Menschen.⁵ Besonders beliebt sind dabei Konrad Lorenz, ebenso dessen Schüler Irenäus Eibl-Eibesfeldt oder der Psychologe Hans-Jürgen Eysenck.⁶ Die Ideologie verläuft etwa nach folgendem Argumentationsmuster: Jede „Rasse“⁷ besitze das Grundrecht auf Verschiedenheit, dadurch gelten

⁵ Diese Stützung auf Wissenschaft ist auch eine der Strategien zur Abgrenzung vom Nationalsozialismus, dem plumpes, unwissenschaftliches Vorgehen vorgeworfen wird („Salonfähigkeit durch Selbstverbergung“ heißt das bei Assheuer / Sarkowicz 1990, 141). Diese formale Abgrenzung führt aber zu den gleichen inhaltlichen Positionen, jedoch ohne den Modergeruch des Dritten Reichs.

⁶ Die müßige Diskussion über die Verantwortung der Genannten für die Verwendung ihrer Werke verliert spätestens dann ihre Berechtigung, wenn „Eibl-Eibesfeldt sowie [...] Eysenck übrigens zu den Gästen bei GRECE-Konferenzen [zählten].“ (Rollat 1989, 12)

⁷ Dieser Begriff ist selbst biologisch gesehen in der Anwendung auf Menschen höchst fragwürdig.

auch andere Wertsysteme, womit sämtliche universalistische Wertsysteme, etwa Menschenrechte, hinfällig seien. „Biopolitik“ bedeute dann die Akzeptanz einer „natürlichen“ Ordnung und die Unterwerfung unter evolutionistische Prozesse. Das „law of the jungle“, das im sozialen Bereich bereits halbwegs überwunden schien, soll also explizit eingeführt werden. Dazu kommt der Vorrang des Staates und vor allem der Volksgemeinschaft vor dem Individuum, wie ich sie bereits im Kapitel „Konservative Revolution“ (vgl. S.10 f.) beschrieben habe. Daß die dabei erfolgende Gleichsetzung von Völkern mit Organismen aus philosophischer Sicht wohl als Fiktion ohne ontologisches Korrelat zu bezeichnen ist, sei nur nochmals am Rande vermerkt (vgl. dazu Köchler 1990).

Aus der Ablehnung jeglichen Gleichheitsgedankens entwickelt sich auch die Feindschaft vor allem gegenüber Liberalismus und Sozialismus, aber auch gegen den Monotheismus; ein neues Heidentum mit einer Mischung aus Natur- und Volksmystik wird bevorzugt. Hier zeigen sich dann auch Berührungspunkte zwischen Neuer Rechter und New Age. Die Absage an die Moderne, an die Technik und den Fortschrittsglauben sind beiden gemeinsam. New Age-Bewegungen werden etwa von GRECE durchaus auch vereinnahmt und benutzt, bzw. wird für die Gedanken der Nouvelle Droite mit New Age-Inhalten geworben.

„Ein ordentlicher New Ager arbeitet an seiner Selbstverwirklichung, putzt seinen Kanal zum Kosmos, meditiert auf die Wassermannschwingungen und vergräbt magische Kristalle gegen das Waldsterben. Daß in den Zeitschriften, die er liest, immer wieder die Werbung des Schweizer An-sata Verlags für Julius Evola, den Haus- und Hof-okkultisten Mussolinis und magischen Altvater der „Nouvelle Droite“ erscheint, fällt ihm nicht weiter auf.“ (Schweidlenka 1989, 241)

Diese teilweise Übereinstimmung der Ideologie der Nouvelle Droite und der New Age-Bewegung ist m.E. vor allem deshalb gefährlich, weil dadurch auch Menschen, die sich aus ehrlicher Kritik an der heutigen Gesellschaft für ganzheitliches Denken u.ä. interessieren, mit rechter Ideologie infiltriert werden können.

Aber zurück zur Nouvelle Droite: Die Ablehnung der diversen Ismen liegt vor allem auch daran, daß ihnen „Entwurzelung“ und „Dekadenz“⁸ vorgeworfen wird (vgl. Jaschke 1990, 58). „Back to the roots“ könnte somit das neurechte Motto sein, und der Weg dorthin führt über die Kultur, über die Exhumierung der „versunken-verdrängten Werte des Okzidents“ (Jaschke 1990, 58), eines „vor-christlichen ‘golden age’ “. (ebda., 61) Soziales, Ökonomisches und Politisches werden bei dieser Analyse vernachlässigt. Dennoch gibt es auch Aussagen im politischen Bereich: die „organische Demokratie“ etwa, die auf den „natürlichen Eliten“ aufbaut und sich an antike Staatsmodelle anlehnt, der „dritte Weg“ als gleichzeitige Ablehnung von Sozialismus und Kapitalismus sowie der inhaltlich bereits erwähnte „Ethnopluralismus“, der „als Forderung das eigentliche Zentrum des politischen Denkens der Neuen Rechten zu beherrschen [scheint]. Entmischung der Völker, Rückgewinnung ethnischer Identitäten ...“ (Jaschke 1990, 70).

Neben GRECE ist der „Club d L’Horloge“ (Uhrenclub; CdH) ein zweites Zentrum neurechten Denkens in Frankreich. Er wurde 1974 von Yvan Blot, Jean-Yves Le Gallou und Henry de Lesquien gegründet. Er ist politischer ausgerichtet als GRECE und dient als Drehscheibe zwischen GRECE, dem Front National und den konservativen Parteien. Ähnlich wie GRECE ist er auf dem publizistischen Sektor („Contrepoint“, „Lettre d’Information“, Buchpublikationen) tätig und veranstaltet auch Kolloquien und Seminare. Inhaltlich zeigt sich die bereits bekannte AusländerInnenfeindlichkeit (hier unter dem Titel „Prinzip der nationalen Präferenz“; vgl. Jaschke 1990, 79) sowie die Berufung auf alte abendländische Werte, die es zu rehabilitieren gilt. Anti-Sozialismus wird in der Tradition der Totalitarismustheorien vordergründig gekoppelt mit Anti-Faschismus, und so sollen wiederum rechte Gedanken von den Flecken des historischen Faschismus gereinigt werden, um sie wieder salonfähig zu machen. Von der Mitgliederstruktur unterscheidet sich der CdH insofern von GRECE, als er „rechts disponierte Funktions- und Entscheidungsträger [aus] Verwaltung, Industrie und Kultur umfaßt“ (Jaschke 1990, 80), die mehr an politischer Umsetzung rechter Ideologie interessiert sind. In verschiedenen Kommissionen arbeiten sie an der Vorbereitung eines „après-socialisme“. Durch ihre Arbeiten will der CdH die gesamte rechte politi-

⁸ Anklänge an die „Konservative Revolution“ in Form von Oswald Spenglers „Untergang des Abendlandes“ sind hier deutlich zu erkennen.

sche Szene mit Vorschlägen und Hinweisen unterstützen. Nach außen wird der Kontakt zu GRECE und der Nouvelle Droite gemieden und die Anlehnung an rechtskonservative Parteien (nicht nur in Frankreich) gesucht. Ich kann Jaschke (1990, 81) nur zustimmen, wenn er für die unterschiedlichen Schwerpunkte von GRECE (Kultur) und CdH (Politik) als mögliches Motiv eine „arbeitsteilige Strategie der rechten Opposition“ vermutet. Hinsichtlich einiger Punkte scheint es jedoch, bei aller Paralleli-tät der Grundlagen, wirkliche Diskrepanzen zu geben. „Der CdH über-nimmt an diesem Punkt [bei Diskrepanzen zwischen Nouvelle Droite und Rechtskonservativen; gh] die Rolle eines Transformators: Politisch nicht umsetzbare Ideen der Neuen Rechten werden für das politische Tages-geschäft zurechtgeschliffen [...], popularisiert [...], oder [...] fungibel ge-macht.“ (Jaschke 1990, 82). „Er hat dazu beigetragen, den Elitismus der ‘Nouvelle Droite’ zu banalisieren und so für den FN einsatzfähig zu ma-chen. [...] Getrennt marschieren, vereint schlagen.“ (Rollat 1989, 122)

Zusammenfassend ist die Ideologie der Nouvelle Droite also kulturell eine anti-aufklärerische Rückkehr zum Mythos, gepaart mit einem sozi-aldarwinistisch begründeten Rassismus im politischen Bereich, und das alles vorgetragen im Gewande des Intellektuellen und Wissenschafters. Über die Auswirkung dieser Bewegung wird noch zu reden sein.

2.1.1.3 Die Neue Rechte in Deutschland

Die französische Nouvelle Droite hat durchaus auch eine Funktion für die deutsche Rechte: Das Vorzeigen der Hinwendung zum kulturellen Be-reich, der Rückgriff hinter den Nationalsozialismus auf die Ideen der „Kon-servativen Revolution“ waren auch für das Entstehen einer Neuen Rech-ten in Deutschland mit ausschlaggebend, die sich modern gibt und ver-sucht, die doch etwas modrig riechenden NS-Uniformen abzulegen - um so ihre Ideen leichter zu publizieren; sozusagen die Entwicklung „verwirk-lichbare[r] Wege für eine politische Wirksamkeit moderner Konservativer“. (zit. bei Jaschke 1990, 86) Im Vordergrund stand bei dieser Rezeption eher die taktische Brauchbarkeit als die Inhalte. So zeigen sich heute noch trotz gewisser Ähnlichkeiten durchaus Unterschiede zwischen fran-zösischer Nouvelle Droite und deutscher Neuer Rechter.

Ein zweiter Auslöser für die Gründung einer Neuen Rechten „war die Krise der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) Ende der 60er

Jahre, mit der der erste parlamentarische Anpassungsprozeß der Neofaschisten scheiterte.“ (Feit 1989, 31)

„Eine 'Neue Rechte' ist für den Bereich der Bundesrepublik nur schwer zu umreißen. Dies liegt zunächst an der Unübersichtlichkeit“ (Schönekäs 1990, 236) von Organisationen und Publikationen; die deutsche Neue Rechte hat, obwohl es dominierende Figuren und Publikationen gibt, nicht die organisatorische Geschlossenheit der französischen Nouvelle Droite erreicht. Vor allem eine Abgrenzung „Alte Rechte“ - „Neue Rechte“ - „Rechtskonservatismus“ fällt in Deutschland schwerer, die Grauzone ist breiter und die Verbindungen dichter. Was sich in der Literatur⁹ jedoch ablesen läßt, ist eine gewisse phasenweise Entwicklung des neurechten Spektrums:

Zirkelphase (1964-1968)

Als erste Phase gilt die sog. „Zirkelphase“ (1964-68), benannt nach den diversen kleinen Zirkeln und Publikationen, die sich langsam von der „Alten Rechten“ abzugrenzen suchten. Die ersten waren dabei Hans-Michael Fiedler mit der Zeitschrift „Missus“ und Bernhard C. Wintzek mit seiner „Aktion Kennwort Europa“. Auch der Pressedienst MUT, der später zu einer Zeitung mutierte, die noch immer eine wichtige Publikationsplattform für Rechte in verschiedenen Schattierungen darstellt, entstammt dieser Zeit.

Das erste bedeutende Organ der „jungen Rechten“ war aber das 1964 gegründete „Junge Forum“, das sich inhaltlich in der bereits mehrfach beschriebenen neurechten Form gebärdete und zusätzlich die Abgrenzung zur „Alten Rechten“ programmatisch festlegte. Nach einer Abgrenzung vom Konservatismus in den späten 60er-Jahren ist seither wieder eine Annäherung an „Bündnispartner im wert-konservativen, national-neutralistischen und links-nationalistischen Umfeld des Rechten Lagers“ (Schönekäs 1990, 241) erkennbar.

Im Berliner Hochschul Umfeld entstanden zu dieser Zeit Gruppierungen wie die „Initiative der Jugend“ oder später die „Außerparlamentarische Mitarbeit (APM)“, die auch nach 1968 ein Organisationszentrum der Neuen Rechten darstellte.

⁹ Vor allem Schönekäs 1990, aber auch Mantino 1992, die wiederum stark auf Schönekäs 1990 Bezug nimmt.

Typisch für diese Zirkelphase ist neben der bereits erwähnten Bestrebung der Abgrenzung von den „Vätern“ die Suche nach rechter Theoriebildung und die Gegnerschaft zur linken APO (Außerparlamentarischen Opposition).

Aktion Widerstand (1970)

Eine interessante Episode war die „Aktion Widerstand“¹⁰ 1970, bei der es zu einer ersten Vereinigung junger Rechten kam, aber noch unter dem Mantel der NPD. Gegen diese Vereinnahmung wehrten sich aber immer größere Teile des neurechten Spektrums, und so wurde eine neue Phase eingeläutet:

Bildung von Basisgruppen (1968-1972)

In der Phase der „Basisgruppen“ etablierten sich alle möglichen kleinen Gruppierungen, die die Arbeit der Zirkel fortsetzen wollten, sich methodisch aber auch an linken Aktionsformen orientierten. Modernisierung des rechten Gedankenguts wird auf die neuen (sic!, gh) Fahnen geschrieben. Wolfgang Strauss gründete den „Club Symonenko“, der die Zeitschrift „Widerstand“ herausgab, wechselte dann zur UAP (Unabhängige Arbeiterpartei) und war dort für die „Reichsarbeiterzeitung (RAZ)“ und ihre Jugendbeilage „barricade“ verantwortlich. Die UAP versuchte damals, ein rechtes Auffangbecken abseits der NPD zu werden, ebenso wie Friedhelm Busses „Partei der Arbeit (PdA)“. Busse wanderte später jedoch in die neo-nazistische Richtung ab und gründete die (1982 verbotene) „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands (VSBD/PdA)“. Daneben entwickelten sich noch SchülerInnen- und andere neue Publikationen. Die diversen Aktivitäten wurden koordiniert durch einen Diskussionszirkel namens „Sababurg-Runde“, getragen von der „Deutsch-Europäischen Gesellschaft“; daraus sollte „1972 die ‘Deutsch-Europäische Studiengesellschaft’ (DESG), und, personell eng verflochten, der ‘Verlag Deutsch-Europäischer Studien’ (DEST)“ (Schönekas 1990, 245) hervorgehen. In den späten 70er Jahren ziemlich darniederliegend, kam es 1985 zu einer Neugründung; der Seminar- und Publikationsbetrieb wurde wieder aufgenommen und die DESG ist seither eine wichtige Brücke zwischen Neuer Rechter und Rechtskonservatismus.

¹⁰ gegen die deutschen Ostverträge und die Ostpolitik Willy Brandts

Die NDP reagierte auf diese Entwicklungen mit der Gründung des „Nationaldemokratischen Hochschulbundes“ (NHB) und der „Jungen Nationaldemokraten“ (JN). Diese erreichten aber nie eine besondere Bedeutung. Ebenfalls in diese Zeit fällt die Gründung des nach wie vor wichtigen Mediums „criticón“ 1970 durch Caspar von Schrenck-Notzing. Es sollte künftig ein wichtiges Theorieorgan der Neuen Rechten sein, vor allem durch die Mitherausgeberschaft Armin Mohlers, der uns noch beschäftigen wird. In dieser Phase entwickelten sich die Sub-Lager der Rechten: Die jungen Rechten formierten ihre eigenen Gruppen, die Basis für den Neonazismus wurde gelegt, die Grenze zwischen Neuer und Alter Rechter wurde aufgebaut.

Aktion Neue Rechte (1972-1974)

1972 kam es nach internen Streitereien innerhalb der NPD zum Austritt des damaligen bayrischen NPD-Vorsitzenden Siegfried Pöhlmann, der anschließend die „Aktion Neue Rechte (ANR)“ ins Leben rief. Diese sollte für die nächsten zwei Jahre eine wichtige Rolle im neurechten Spektrum der Bundesrepublik spielen. Die Mitglieder rekrutierten sich vor allem aus ehemaligen NPD-AnhängerInnen (vgl. Schönekas 1990, 247), es kam aber auch zur Mitarbeit anderer Gruppierungen, v.a. der PdA, der APM, des Jungen Forums, der UAP und Teile der JN (vgl. Feit 1987, 43). Pöhlmann suchte auch die Zusammenarbeit mit Gerhard Frey und seinem Verlagsimperium (zu Frey siehe weiter unten im Kap. „Gerhard Frey, seine Zeitungen und die DVU“ auf S.45 ff.).

Ideologisch betrachtet waren die Stichworte „Antiimperialismus“ und „Sozialismus“ in den Publikationen der ANR häufig zu finden, die Zielrichtung war vor allem die Jugend, der mit einer moderneren Sprache rechtes Denken schmackhaft gemacht werden sollte. Teile der Gruppierung waren auch im ökologischen Eck tätig und kamen von ihren biologistischen Grundannahmen zum Umweltschutz. Auch ein „linker Flügel“ konnte sich entwickeln, etwa die Gruppe „Sozialistische Nationalrevolutionäre (SNR)“ mit ihrer Zeitschrift „Freiheit“, die sich auf einen nicht-kommunistischen Sozialismus à la Prager Frühling beriefen.

Doch auch die ANR konnte nicht zum starken Sammelbecken der Neuen Rechten gemacht werden, die internen Grabenkämpfe obsiegten ein weiteres Mal, die Gruppierung spaltete sich. Es kam zur Gründung der „Nationalrevolutionären Aufbauorganisation (NRAO)“ im Frühling 1974 durch

Lothar Penz und Rüdiger Schrems. Zusätzlich entstanden noch die „Solidaristische Volksbewegung (SVB)“ sowie die „Sache des Volkes / Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation (SdV/NRAO)“.

Die Neue Rechte nach der „Tendenzwende“ (1975-1980)

Als Tendenzwende werden die allgemeinen politischen Wandelungen in Westeuropa bezeichnet: Die Wirtschaftskrise im Gefolge des Ölpreisschocks, das Nachlassen des Schwungs der 68er-Bewegung und die neuen Aktivitäten im konservativen Bereich. Dieser Wandel hatte auch seine Auswirkungen auf die Neue Rechte.

Schönekas kommt für die Zeit 1974/75 zu folgendem Schluß (1990, 252): „Mit dem Niedergang der ANR und der Ausdifferenzierung in mehrere Kleingruppen erscheint es für die Zeit nach 1975 wenig sinnvoll, sich auf die einzelnen Gruppen monographisch zu konzentrieren. Keine von ihnen repräsentiert die Neue Rechte, vielmehr je nur Teilströmungen, die sich plausibel über den jeweiligen Adressatenkreis bündeln lassen.“ Er unterscheidet dabei

- die „*nationalrevolutionäre Neue Rechte*“, die eine Art „linkes“ Spektrum abdeckt;
- die „*wertkonservative Neue Rechte*“, die sich ökologischer Themen annimmt; und
- die „*konservativ-revolutionäre Neue Rechte*“, die sich als intellektueller Kreis in der Grauzone zum Rechtskonservatismus bewegt.

(Vgl. Schönekas 1990, 253)

NATIONALREVOLUTIONÄRE

Die Nationalrevolutionäre schafften es, über die SdV/NRAO eine stramme Kaderorganisation zu entwickeln, die einige Jahre hält. Sie deklarieren die damals noch existierenden Supermächte USA und UdSSR zu ihren Hauptfeinden und haben einen „nationalen Sozialismus“ als Ziel. In die Öffentlichkeit traten sie v.a. durch die „Neue Zeit“. Sie wehrten sich gegen die Einordnung im rechten Lager und suchten AdressatInnen in linken und neuen sozialen Bewegungen. Intern waren sie vor allem mit Programmdiskussionen beschäftigt, etwa mit der „Auslegung des ‘Sozialismus’-Begriffs“ (Schönekas 1990, 254). In den Programmen wird jedoch klar, daß „trotz der linken Phraseologie der Nationalismus im Zentrum des Denkens der sich als sozialistisch bezeichnenden Nationalrevolutionäre [stand]“ (Stöss 1989, 152), wobei sie diesen ‘nationalen Sozialismus’ „vor allem vom Strasser-Flügel der NSDAP übernommen [hatten].“ (Feit 1989,

34) Wie scheinbar üblich bei diesen neurechten Gruppen zerfiel aber auch die SdV (1979) aufgrund interner Zwistigkeiten in kleinere Gruppierungen rund um die Zeitschriften „laser“ (hier kam es dann zur Gründung des „Nationalrevolutionären Koordinationsausschusses (NRKA)“) und „wir selbst“, Teile der Nationalrevolutionäre näherten sich auch wieder den Solidaristen an.

SOLIDARISTEN

Organisation der Solidaristen war die „Solidaristische Volksbewegung (SVB)“, die später in „Bund Deutscher Solidaristen (BDS)“ umbenannt wurde. In der zweiten Hälfte der 70er Jahre gab die Gruppe die Zeitschrift SOL heraus. Die ideologische Richtung wendet sich sowohl gegen Liberalismus und als auch Marxismus. „Im Gegenzug wird in der Tradition ‘naturalistischer’ (Lebens-)Philosophie eine ‘realistisches’ Menschenbild behauptet, das die ‘angeborene Triebverfassung’ und damit Naturabhängigkeit des Menschen zum Ausgangspunkt sozialer und politischer Überlegungen macht.“ (Schönekas 1990, 257) Ziel ist der organische Staat und ein dritter Weg zwischen Sozialismus und Kapitalismus. Betont wird auch der Weg einer verfassungskonformen Systemänderung. Strategisch wollten sie über andere Organisationen verschiedenste Bevölkerungsgruppen ansprechen; eine Art Metapolitik also. In der Praxis kam es vor allem zu Kontakten und Mitarbeit in der neu entstehenden Grünbewegung, so etwa die Gründung der Hamburger „Grünen Liste Umweltschutz (GLU)“ und die Mitarbeit beim „Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL)“.¹¹ Dieser Versuch endete aber auch eher erfolglos, und so kam es zu einer Wiedernäherung an die Nationalrevolutionäre.

KONSERVATIV-REVOLUTIONÄRE NEUE RECHTE

Der bedeutendste Teil der deutschen Neuen Rechten hinsichtlich ihrer Wirkung nach außen ist aber sicher der „konservativ-revolutionäre“ Teil, der sich, wie die Bezeichnung bereits sagt, auf die „Konservative Revolution“ der Weimarer Republik beruft, deren Ideen über die französischen Nouvelle Droite re-importiert wurden.

¹¹ Wie die weitere Geschichte gezeigt hat, ist der Versuch der Neuen Rechten, die dominante Kraft der Öko-Bewegung zu werden, kläglich gescheitert.

Die „konservativ-revolutionäre“ Neue Rechte tritt nicht durch Organisationen in Erscheinung, sondern vor allem durch ein publizistisches Netzwerk. Als „spiritus rector“ (Schönekäs 1990, 258) dieser Richtung kann Armin Mohler gesehen werden. Mohler, der 4 Jahre lang Privatsekretär Ernst Jüngers war, begann im Jahre 1965, den rechten Geschichtsrevisionismus mit seinem Buch „Was die Deutschen fürchten“ und der Unterstützung von Hellmut Diwalds „Geschichte der Deutschen“ zu fördern, und knüpfte bald Bande zur französischen Nouvelle Droite und vor allem zu Alain de Benoist (dessen Bücher er auf deutsch herausbrachte). Besonders durch die Mitgründung von „criticón“ und seine Tätigkeit als Geschäftsführer der „Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung“, einer „Denkfabrik neurechten Denkens“ (Mantino 1992, 91) bahnte er einer intellektuellen Neuen Rechten in Deutschland den Weg und baute Brücken zwischen dieser und dem Rechtskonservatismus: Mohler „verfügt über gute Kontakte sowohl zum etablierten Konservatismus als auch zur neofaschistischen Szene in der Bundesrepublik und im westeuropäischen Ausland.“ (Feit 1989, 36) Ideologisch orientiert er sich neben Ernst Jünger auch am Politik- und Staatsverständnis Carl Schmitts (Vgl. dazu Kap. „Konservative Revolution“ auf S.10).¹²

Neben der Gründung eines „Vereins zur Förderung Konservativer Publizistik e.V.“ kam es in Folge auch zur Zusammenarbeit mit verschiedenen Verlagen, etwa Langen Müller / Herbig oder dem 1976 gegründeten Sinus-Verlag, sodaß sich die publizistische Basis der Neuen Rechten deutlich verbreiterte. Auch im Herder-Verlag gab es Tendenzen zur Herausgabe neurechter Schriften, z.T. unter der Herausgeberschaft Gerd-Klaus Kaltenbrunners, eines weiteren bekannten Grenzgängers im konservativ-neurechten Eck, der sich im Geiste Alain de Benoists als avantgardistischer rechter Intellektueller versteht.

Neuer Nationalismus (80er Jahre)

Der Beginn der 80er Jahre ist in der Bundesrepublik gekennzeichnet durch die „Wende“ (Regierungswechsel von sozial-liberal zu christlich-liberal), von der Etablierung der Grünen und von „theoretischen Debatten über ‘Post-Materialismus’, ‘Wertewandel’, ‘Neue Mittelschichten’, ‘Technische Intelligenz’, ‘Post-Moderne’ etc.“ (Schönekäs 1990, 264)

¹² Zu Armin Mohler mehr bei der Besprechung aktuellerer Zeitepochen. (Vgl. S.26 ff.)

Im Bereich der Neuen Rechten zeichneten sich zwei Tendenzen ab:

- Die wertkonservativen und nationalrevolutionäre Teile suchten den Anschluß an die neuen sozialen Bewegungen, scheiterten dabei aber und teilten sich wieder;
- die konservativ-revolutionären Zirkel suchten zunehmend den Kontakt zum Rechtskonservatismus, zu den Machteliten und zu nationalistischen Kreisen.

Gemeinsam ist beiden, daß das Thema Nationalismus im Mittelpunkt stand. Für Schönekäs (1990, 265) stellt sich in diesem Zusammenhang sogar die Frage, inwieweit der Begriff „Neue Rechte“ noch passend sei, oder ob nicht der Begriff „Neuer Nationalismus“ als Sammelbegriff für konservative, neurechte u.ä. Richtungen angebracht sei. Für mich geht dieser Schritt zu weit, da es mir genau darauf ankommt, die verschwimmenden Übergänge und die Grauzone aufzuzeigen; das ist aber nicht mehr möglich, wenn ich von vornherein alles in einen Topf werfe.

NATIONALREVOLUTIONÄRE UND SOLIDARISTEN

Nach wie vor versuchten die Nationalrevolutionäre die Annäherung an linke Protestgruppen und an die neuen sozialen Bewegungen, die ideologisch durch eine Minderung des rechten Anti-Kommunismus leichter wurde, organisatorisch aber nie wirklich gelang. Organisatorisch betrachtet waren in den 80er Jahren nach dem Zerfall der Gruppierungen (z.B. SdV) vor allem einige Zeitschriften von Bedeutung:

Eine typisch nationalrevolutionäre Zeitung ist die bereits erwähnte „wir selbst“, herausgegeben von der JN-Gruppe „Grüne Zelle Koblenz“. Sie hat eine Auflage von 4.000 - 5.000 und stellt eine Mischung aus grün-alternativen und nationalistischen Elementen dar, von „nationaler Identität und internationaler Solidarität“ (Mantino 1992, 54). Verklammert werden diese widersprüchlichen Positionen mit dem bereits erwähnten „Ethnopluralismus“, der in Deutschland vor allem von Henning Eichberg ausgebaut wurde: Der für Deutschland angewandte Nationalismus wird auch anderen Ethnien „zugestanden“; theoretisch baut diese „Toleranz“ allerdings auf rassistischem Gedankengut auf, in der Praxis führt es vor allem zu AusländerInnenfeindlichkeit.

Inhaltlich präsentiert sich „wir selbst“ als Mischung aus Politik, Kultur und Aktuellem; es ist also keineswegs ein Ideologieorgan. Trotz der „perfekten

Mimikry“ (Sarkowicz 1989, 101) als links-alternatives Blatt, auf die selbst Rechtsextremismus-Kritiker hereingefallen sind, setzt „wir selbst“ nach wie vor auf die rechts-konservative Zielgruppe. Vor allem über das Stichwort „nationale Identität“ wird hier der Schulterschuß gesucht.¹³

Ein weiteres Exemplar im nationalrevolutionären Zeitschriftengarten ist die Vierteljahresschrift „Aufbruch“, die sich als anspruchsvolle Theoriezeitschrift versteht. Herausgegeben vom NRKA erreicht sie eine Auflage von nicht einmal 1.000 Stück. Sie stellt eine Mischung rechter und linker Aktivistinnen dar, spricht gleichermaßen von Sozialismus und Nationalismus, grenzt sich von Marxismus wie Liberalismus ab und gibt sich einen betont ökologischen Anstrich, in die Richtung „Einheit von Mensch und Natur“ und „organische Gemeinschaft“. Der Natur-Begriff ist noch dazu „mytisch-religiös aufgeladen“ (Schönekas 1990, 274), was für das neurechte Spektrum auch eine der neuen Strategien darstellt. Daraus resultierten Annäherungsversuche zu Anarchisten und Grünen, die aber erwartungsgemäß nicht erfolgreich waren - die vorgetäuschte Nähe durch die Verwendung gleicher Begriffe löste sich bald in Schall und Rauch auf.

Interne Streitereien führten schließlich 1987 zur Gründung der „Politischen Offensive (PO)“ als Nachfolgeorganisation des NRKA. Die PO führte den „Aufbruch“ weiter.

Bei den Solidaristen herrschte in den 80er Jahren ziemliche Ebbe, nur das Organ „Neue Zeit“ konnte sich halten. Ansonsten versuchten sie nach wie vor (und nach wie vor vergeblich), rechten Einfluß auf die Grünen zu nehmen; nach dem Scheitern dieser Versuche bekämpften sie die Grünen dafür umso intensiver.

Die „Neue Zeit“ wurde wieder von den Resten der APM übernommen, die darin einen nationalen und sozialistischen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus suchten.

Ähnliche Ziele verfolgte auch „SOL“: Es ist gekennzeichnet durch die versuchte Annäherung an die Grünen, kombiniert mit ideologischen Versatzstücken (Ernst Jünger, Ernst Niekisch und Armin Mohler sowie Oswald Spengler). (Vgl. Mantino 1992, 54)

¹³ Da ich die Verbindungen der Neuen Rechten zu den Grünen für Österreich nicht eigens beschreibe, möchte ich an dieser Stelle anmerken, daß dort ähnliche Strategien gefahren werden; genauer vgl. dazu Schiedel 1994, 130 ff.

Aktiver ist hingegen seit 1986 die neugegründete DESG mit ihrem monatlichen Organ DESG-Inform. Durch dieses und eine rege Seminartätigkeit versucht sie, „die wertkonservativen und neurechten Gruppen zwischen Rechtem Lager und neuen sozialen Bewegungen zu sammeln.“ (Schönekäs 1990, 277) Wie schon in ihrer Gründungsphase beruft sich die DESG auf eine Metapolitik à la Nouvelle Droite.

DIE KONSERVATIV-REVOLUTIONÄRE NEUE RECHTE

In diesem Bereich geht es in den 80er Jahren so weiter, wie es bereits in den 70ern begonnen hatte (Vgl. die Ausführungen auf S.22) Im Mittelpunkt des an die Nouvelle Droite angelehnten metapolitischen Vorgehens standen nach wie vor Diskussionszirkel und Publikationen.

Diesen „ist gemeinsam, daß sie Brückenfunktionen zwischen traditionellen Konservativen, der etablierten parlamentarischen Rechten und dem rechtsextremistischen Lager bilden. Die Grenzen wurden in den 80er Jahren zunehmend fließender, so daß sich unter dem alle Strömungen vereinenden Primat der ‘nationalen Frage’ die Vermutungen für ‘Kulturrevolution von rechts’ zu bestätigen scheinen.“ (Mantino 1992, 57)

Eine wichtige Plattform ist der Grabert-Verlag mit der „nordisch-esoterisch und geschichtsrevisionistisch orientierte[n] Zeitschrift ‘Deutschland in Geschichte und Gegenwart’“ (Schönekäs 1990, 278) DGG, gegründet von Wigbert Grabert 1953 als „Deutsche Hochschullehrer-Zeitung“, gibt sich betont wissenschaftlich, was in der Praxis bedeutet, daß sämtliche Revisionisten, „die im regulären Wissenschaftsbetrieb als unseriös gelten“ (Dietzsch 1988, 49), ihre ‘Thesen’ über Kriegsschuld- und Vergasung hier ausbreiten können. Auch der Querverweis auf die französische Nouvelle Droite darf nicht fehlen.

Der Grabert-Verlag bot auch die Grundlage für die Gründung des Thule-Seminars¹⁴ durch Pierre Krebs 1980, das in Deutschland den französischen Clubs der Nouvelle Droite wohl am ähnlichsten ist. Das Thule-Seminar gibt sich betont elitistisch: Es versteht sich als

¹⁴ Der Name „knüpft an die 1912 gegründete Thule-Gesellschaft (‘Germanenorden’) an. Ihr gehörten unter anderen Adolf Hitler, Rudolf Heß, Hermann Göring und Heinrich Himmler an.“ (Kirfel / Oswald 1989, 346)

„Verein für interkulturelle Kommunikation und Synthese, deren Zielsetzung der neuen Bestimmung der europäischen Werte gilt, und zwar auf einer metapolitischen Ebene des Denkens. Ein etwaiges politisches Handeln unsererseits oder eine Beziehung zu einer politischen Vereinigung jeglicher Art ist demzufolge ausgeschlossen.“ (Pierre Krebs, zit. nach Schönekas 1990, 278)

1983 trennten sich der Grabert-Verlag und Krebs, der das Thule-Seminar allein weiterführte. Grabert gründete daraufhin den „Kulturkreis 2000“, der etwas weniger schwülstig Ähnliches von sich gibt wie das Thule-Seminar. Für den Kulturkreis 2000 wurde 1985 der Hohenrain-Verlag gegründet, in dem u.a. das von Bernard Willms herausgegebene „Handbuch zur deutschen Nation“ in drei Bänden¹⁵ erschien. Darin ist wieder einmal die alte neurechte Taktik zu sehen, durch ein breites Spektrum an AutorInnen die eigenen Standpunkte salonfähiger zu machen. (Vgl. Assheuer / Sarkowick 1990, 67 f.). Im Grabert-Verlag selbst veröffentlichen u.a. Alain de Benoist und Pierre Krebs, in seinem Programm finden sich aber genauso Bücher, die dem Geschichtsrevisionismus zuzuordnen sind.

Das Thule-Seminar beruft sich ideologisch auf biologistische Ideen und vorchristliche Traditionen, es richtet sich gegen alle universalistischen Philosophien und predigt den organischen Staat; auch den Sozialdarwinismus treffen wir hier wieder.

„Einem völkisch inspirierten Ideologiesynkretismus blieb Krebs auch mit der Gründung der Zeitschrift 'elemente - zur Metapolitik' als deutsche Ausgabe der gleichnamigen Zeitschrift der Nouvelle Droite treu.“ (Schönekas 1990, 279) Als Feinde werden die USA und die Sowjetunion genannt, theoretisch wird Rekurs genommen auf die „Konservative Revolution“ (Krebs erwähnt selbst als Bezugspersonen: Friedrich Nietzsche, Oswald Spengler, Bertrand Russel, Vilfredo Pareto, Arnold Gehlen, Helmut Schelsky, Konrad Lorenz, Hans-Jürgen Eysenck, Louis Rougier, Georges Sorel, Max Weber, Stefan George und Ernst Jünger; vgl. Mantino 1992, 135)

Krebs' Antipathie gegen den Universalismus führt ihn dazu, die kulturelle Differenz anzupreisen; auch wenn er sich schwülstiger ausdrückt, sagt er doch nichts anderes als der NS-Begriff „Umvolkung“ ausdrückte: Er bezeichnet sogar das „egalitäre Weltsystem [das eben nichts für die Identität

¹⁵ „für das der Verlag mit Bundeskanzler Kohl wirbt.“ (Sarkowicz 1989, 97)

der Völker tue, als] Instrument zum Völkermord“ (zit. nach Mantino 1992, 137). Als Gegenbild zum Gleichheitsdenken beruft sich Krebs dann auf die durch die Verhaltensforschung „bewiesene“ Verschiedenartigkeit der Menschen.¹⁶ Sehr beliebt ist in diesen Zusammenhängen auch immer der Biologe Arthur Jensen, „der mit seinen (sic!, gh) Intelligenztests angeblich die Überlegenheit der Weißen über den Schwarzen bewiesen haben soll.“ (Mantino 1992, 139) Der Ausweg für Krebs ist die „Wiedergeburt Europas“ durch einen „Kulturkrieg“ für einen „organischen Humanitarismus und das Recht auf Verschiedenheit“ (Krebs, zit. nach Mantino 1992, 143), womit wir wieder beim Ethnopluralismus wären.

Ungleich den Vorbildern Benoist - GRECE - Eléments erreichten Krebs - Thule-Seminar - Elemente nie eine einigende Bedeutung im rechten Lager der Bundesrepublik; Armin Mohler etwa kritisiert die antichristliche Haltung als taktisch unklug, ebenso die politische Apathie. Krebs gelang es zwar immer wieder, Verbindungen herzustellen, „über die publizistischen Bemühungen hinaus wurde das „Thule-Seminar“ offenbar nicht aktiv, sieht man einmal von den zahlreichen Vorträgen Krebs' ab.“ (Pfahl-Traughber 1993, 108 f.) Der eigene Anspruch, eine „rechte Denkfabrik“ zu sein, konnte nie eingelöst werden (vgl. auch Pfahl-Traughber 1994).

Eine zentrale Rolle der konservativ-revolutionären, metapolitisch ausgerichteten Neuen Rechten spielt die Zeitschrift „criticón“. „Die Autoren der Zeitschrift suchen seit Mitte der 70er Jahre nach einer parteipolitischen Alternative zur 'linkslastigen' CDU, eine Alternative, die jedoch nicht dem Ruch des 'Ewig-Gestrigen verhaftet sein darf.“ (Feit 1989, 36) Neben dem Mitgründer Armin Mohler publizieren in „criticón“ etwa auch Alain de Benoist, Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Hellmut Diwald, Klaus Hornung, Hans Graf Huyn, Günther Rohrmoser, Heinz Karst, Karl Steinbuch, Wolfgang Strauss, Hans Maier, Alexander Gauland oder Bernard Willms. Ebenso gibt es enge Verbindungen zu Pierre Krebs und dem Thule-Seminar.

Das zweimonatlich erscheinende criticón läßt sich als „konservatives Theorieorgan“ (Mantino 1992, 61) bezeichnen, das das Ziel einer „Erneuerung und Modernisierung des Konservatismus“ (Feit 1987, 63) verfolgt. Zielgruppe sind daher die gesellschaftliche Elite, darunter besonders die Multiplikatoren: „Journalisten, die akademische Jugend, Intellektuelle, Lehrer, Universitätsangehörige, Unternehmer etc.“ (Pfahl-Traughber 1994,

¹⁶ Daß Krebs - und nicht nur er! - hier den Unterschied zwischen empirischem und normativen Bereich nicht sieht, sein nur am Rande vermerkt.

170) Inhaltlich geht es immer wieder um die deutsche Identität und, damit verbunden, um einen Geschichtsrevisionismus, der die Kontakte zur „Alten Rechten“ erleichtert. So gelang es *criticón*, zu einem publizistischen Sammelorgan für alte und neue Rechte und Rechtskonservatismus zu werden: „Das Hervorstechendste an *criticón* ist seine politische Breite auf der Rechten [,] und von daher spielt die Zeitschrift auch für die erwähnte Erosion der Abgrenzung eine herausragende Rolle.“ (Pfahl-Traugherber 1994, 170)

Ähnlich ausgerichtet ist die Zeitschrift *MUT*, die *criticón* eine Zeitlang den Rang abzulaufen drohte. Der Herausgeber Bernhard C. Wintzek hat es trotz seiner NPD-Kontakte geschafft, „seine Zeitschrift in die politischen und akademischen Führungskreise der Konservativen hineinzutragen.“ (Feit 1989, 37) Die Autorenschaft überschneidet sich weitgehend mit der von *criticón*: Sie verband ebenso die konservativen Akademiker mit den neu-rechten Ideologen. Sehr zum Erfolg von *MUT* hat auch beigetragen, daß sich Helmut Kohl in einem Leserbrief lobend ausließ: „Als ständiger Leser von ‘*MUT*’ studiere ich - oft mit viel Sympathie und Zustimmung - Ihre Artikel, sehr geehrter Herr Kaltenbrunner.“ (zit. nach Feit 1989, 37 f.). Zu den Autoren in *MUT* zählten ebenso Wissenschaftler (Konrad Lorenz, Irenäus Eibl-Eibesfeldt, Viktor E. Frankl, Golo Mann oder Ernst Nolte) wie „eindeutig rechtsextreme Autoren. Die Mischung ermöglicht es nationalistischen Geschichtsklitterern, gesellschaftsfähig zu werden. [...] neben durchaus anerkannten und renommierten Autoren zu stehen, nährt die Hoffnung, nicht nur bei Gesinnungsfreunden Beachtung zu finden.“ (Sarkowicz 1989, 100) Verräterisch bezüglich der Strategie ist ein Leserbrief aus *MUT*:

„Ihnen als den ‘Machern’ dieser Zeitung gebührt Dank, insbesondere deshalb, weil es ihnen durch kluge Umgestaltung des alten, grobgeschliffenen ‘Mut’ gelungen ist, aus dem rechten Ghetto auszubrechen ... Die moderaten Töne der letzten Jahre sind mit Sicherheit klüger und ermöglichen höhere Auflagen, mit denen Sie ja ebenfalls Werbung betreiben. *Zumal die Aussage darunter nicht leidet.*“ (zit. nach Sarkowicz 1989, 100; Hervorhebung gh)

Um 1990 kam es aber zu einer Wende „von einem eindeutig rechtsextremen zu einem konservativen Organ; [...] seit 1990 erschienen auch keine Beiträge mehr von [...] rechtsextremen Publizisten.“ (Pfahl-Traugherber 1994, 177) Die AutorInnen kommen aus verschiedenen Lagern, sie be-

kennen sich aber alle zum demokratischen Verfassungsstaat. MUT hat dadurch seine Brückenfunktion zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus verloren.¹⁷

Eine weitere Publikation in diesem Dunstkreis ist „Nation Europa. Monatszeitschrift im Dienst der europäischen Neuordnung“. Bereits 1951 von Arthur Erhard gegründet, war es lange ein „Ideologieorgan [...] im rechtsextremen Lager“ (Jäger / Jäger 1990, 469) Durch ihre Inhalte wie Geschichtsrevisionismus und Eintreten gegen die „Überfremdung“ gewann die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift um den Leiter Peter Dehoust aber auch Attraktivität für breitere rechte Kreise. Bei der Autorenschaft treffen sich alte Bekannte wie Bernard Willms oder Hans-Dietrich Sander wieder, ebenso diverse Biologen und Verhaltensforscher. Interessant ist, daß in „Nation Europa“ die Grenzen zur Alten Rechten stärker abgebaut zu sein scheinen als bei anderen Publikationen; so schreiben hier neben den erwähnten Gruppen auch Vertreter der NPD, der DVU, der REPs, der Partei „Die Deutschen“ und der Nationalrevolutionäre. (Vgl. Dietzsch 1988, 46) Finanziert wird die Zeitung vor allem über den Nation Europa Buchdienst.

Der Zeitschrift angegliedert ist die „Gesellschaft für freie Publizistik e.V. (GfP)“, deren Vorsitzender der Verleger Gert Sudholt ist. Dieser wiederum ist tätig bei den Verlagen „Druffel“, „Türmer“ und „Vowinckel“, wodurch einige weitere Knoten im neurechten Netzwerk geknüpft sind. Die GfP beschäftigt sich vorwiegend mit Kriegsgeschichte und Deutschland.

Wesentlich jünger, aber nicht weniger aktiv, ist die „Junge Freiheit (JF)“, das „ein unkonventionelles konservatives Blatt in Deutschland“ (Mantino 1992, 62) sein will und sich mit aktueller Politik, dem Konservatismus und rechten Parteien und Organisationen beschäftigt. Gegründet und geleitet von SchülerInnen und StudentInnen ist es seit Jahren erfolgreich und steigert seine Auflagen kontinuierlich. Angestrebt wird eine Vereinigung der Rechten, methodisch wird dazu der Rückgriff auf den Ethnopluralismus, verbunden mit Regionalisierungskonzepten, verwendet. Auch das Thema der deutschen Identität begegnet uns hier wieder. In der Autorenschaft zeigen sich ebenfalls viele bekannte Namen; „also sind auch hier

¹⁷ Nicht in dieser Form sehen etwa Perner / Purtscheller (1994, 77 ff.) die Entwicklung von MUT; Zustimmung findet Pfahl-Traughber auch bei Gessenharter (1994, 126 ff.).

die Grenzen zwischen 'Nationalkonservativen' und Rechtsextremen fließend." (Mantino 1992, 63) Basierend auf den „Denkern“ der Konservativen Revolution, insbesondere Carl Schmitt, „versucht sie, in typischer Scharnierfunktion ihre Ideologie zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus zu plazieren.“ (Gessenharter 1994, 187 f.) Worin liegt das Erfolgskonzept der „JF“? Sie betreibt Kommentar-Journalismus, d.h. daß wertende Artikel in der Mehrzahl sind und auch in Berichten Wertungen einfließen; außerdem dominiert ein lockerer jugendlicher Stil (vgl. auch Pfahl-Traugher 1994, 173 ff.)

Ein letztes Element des deutschen neurechten Publikationsspektrums sei hier noch erwähnt: Das Imperium des Herbert Fleissner. Fleissner besitzt insgesamt 26 Verlage und Imprints, darunter Langen Müller / Herbig, Amalthea, Bechtle, Lentz, Limes, Mary Hahn, Nymphenburger, Universitas und Ullstein / Propyläen. Durch die breite dieses Spektrums erreicht er auch eine Breite an verlegten AutorInnen, die von Franz Schönhuber und Caspar von Schrenck-Notzing bis zu Simon Wiesenthal, Elie Wiesel und Willy Brandt reicht. (Vgl. Sarkowicz 1989, 103 ff.) Sehr gelobt von Gerhard Frey (vgl. Mantino 1992, 66) dient auch Fleissners Verlagsimperium dazu, die Übergänge von Rechtsextremismus über Neue Rechte zum Konservatismus zu ebnen.

2.1.1.4 Die Neue Rechte in Österreich

In Österreich läßt sich schwerer von einer Neuen Rechten sprechen als etwa in Frankreich oder Deutschland; in Österreich ist aber auch schwerer zwischen Alter und Neuer Rechten zu unterscheiden, die Verflechtungen sind noch enger, die einzelnen Zirkel und Grüppchen stärker verwoben. Die FPÖ und ihren Vorsitzenden Jörg Haider etwa rechne ich nicht der Neuen Rechten zu, da sie weder auf Metapolitik setzen, noch sich deutlich vom Nationalsozialismus distanzieren und auch nicht gerade durch Intellektualisierung auffallen. Das heißt aber andererseits nicht, daß Haider und seine Partei nicht auch Aspekte neurechten Denkens und neurechter Strategie in sich trügen bzw. in Kontakt zur österreichischen Neuen Rechten stünden. Dennoch werde ich die FPÖ weiter unten im Kapitel „Alte Rechte“ besprechen (vgl. S.57 ff.).

Aufgetreten ist die Neue Rechte - oder zumindest der Begriff - in Österreich erst vor kurzem. Jürgen Hatzenbichler, FPÖ-Mitglied, „Aula“-Mitarbeiter und „Junge Freiheit“-Mitarbeiter sowie „Identität“-Chefredakteur, versucht die Thesen über Metapolitik von der Nouvelle Droite zu importieren. Purtscheller / Schiedel vermuten, daß diese Veröffentlichung neurechter Thesen in der eher altrechten FPÖ-nahen Zeitung Aula bündnispolitische Gründe hat, um einen größeren Personenkreis anzusprechen; sie folgern: „Neue Rechte ist also hierzulande in erster Linie ein strategischer Begriff, der weniger neue Inhalte als Formen und AdressatInnen meint.“ (Purtscheller / Schiedel 1994, 18)

Da ich schon die Aula erwähnt habe, schließe ich gleich mit einer der wichtigen Figuren des österreichischen Rechtsextremismus an: Andreas Mölzer, Burschenschafter, Aula-Redakteur, ehemaliger Geschäftsführer des Freiheitlichen Bildungswerks und FPÖ-Grundsatzreferent. Mölzer ist einer derjenigen, die durch ihre publizistische Tätigkeit und ihre Beziehungen eine Funktion erfüllen, die die Neue Rechte häufig ausübt: Er knüpft Verbindungen und arbeitet an Brücken zwischen dem Rechtsextremismus, dem Konservativismus und in letzter Zeit auch dem monarchistischen und dem rechtskatholischen Lager in Österreich. Außerdem sind seine Anstrengungen auf eine Intensivierung des intellektuellen Aspekts des österreichischen Rechtsextremismus ausgelegt, was wieder nach Neuer Rechter aussieht. „Insbesondere bei Mölzers [...] und [...] Hatzenbichlers [...] Anstrengungen, den Prototyp des streitbaren Rechtsintellektuellen zu bilden, [...] erlangen neurechte Versatzstücke (sowohl inhaltlicher als auch strategischer Natur) immense Bedeutung.“ (Perner / Schiedel / Zellhofer 1994, 48) Elemente wie Betonung der Wissenschaftlichkeit, Querfrontbildung zur Linken und unkonventionelle Themen dienen Mölzer und dem Freiheitlichen Bildungswerk (FBW) beim Versuch, das rechte Lager zu erweitern und zu einen. Beliebte Themen in diesen Kreisen sind der Ethnopluralismus, die nationale Identität und Biopolitik. Im Umkreis Mölzers finden sich wieder bekannte Namen wie Henning Eichberg oder Irenäus Eibl-Eibesfeldt,¹⁸ aber auch der (ehemalige?) Linke und (ehemali-

¹⁸ Randbemerkung zu Eibl-Eibesfeldt und Österreich: „Eibl-Eibesfeldt wurde [...] zum Haus-und-Hof-Verhaltensforscher und Migrationsexperten nicht nur der Rechtsextremen, sondern auch des ORF: Die vom ORF 1992 ausgestrahlte Dokumentation mit dem Titel 'Sind wir alle Faschisten?', in der Eibl-Eibesfeldt einmal mehr Raum Geboten wurde, seinen Nachweis zu erbringen, daß Rassismus 'natürlich' sei, ist eine offene Apologie neurechter Weltanschauung. Der Boss der dafür verantwortlichen Wissenschaftsredaktion im ORF, Alfred Payrleitner,

ge?) Grüne Günther Nenning (vgl. Perner / Schiedel / Zellhofer 1994, 50 ff.).

Diese Taktik scheint immer erfolgreicher zu werden; blieben beim „Jahrbuch für politische Erneuerung 1993“ die alten Bekannten noch unter sich, gelang bei der Ausgabe 1994 zweierlei: Einerseits konnte der österreichische Rechtskonservatismus einbezogen werden (etwa in den Personen Hans Klecatsky, Kurt Diemann, Andreas Razumovsky oder Felix Ermacora); andererseits schreiben auch deutsche Theoretiker, deren Namen nicht unbekannt sind: Gerd-Klaus Kaltenbrunner, Caspar von Schrenck-Notzing, Alfred Schickel¹⁹ u.a. steuerten Beiträge bei.

Ein Angelpunkt dieses Treibens an der Grenze von Alter und Neuer Rechter ist die bereits erwähnte Zeitschrift „Aula“. Sie dient als „Brücke von der FPÖ zu allen außerparlamentarischen Strömungen des Rechtsextremismus und Deutschnationalismus bzw. auch zu einzelnen Vertretern des Rechtskonservatismus. Im wesentlichen repräsentiert die ‚Aula‘ das deutschnationale bis rechtsextreme Milieu in Österreich, ausgenommen den jugendlichen Neonazis.“ (DÖW 1993, 121 f.)

Herausgegeben wird Aula von Herwig Nachtmann, Burschenschafter im Umkreis des Südtirolterrorismus; zu den Autoren zählen neben den Vertretern des altrechten Spektrums in Österreich zunehmend auch Repräsentanten der neurechten Szene, v.a. aus Deutschland (Pierre Krebs z.B.) oder Frankreich (Alain de Benoist). Es gelingt aber auch immer stärker, die Grenze zum Konservatismus zu überschreiten sowie das eigene Ansehen durch Beiträge von Wissenschaftlern zu heben (vgl. dazu Gärtner 1994). Die Funktion der Aula heute stellt sich so dar: „Hier soll VorDenkarbeit geleistet werden, müssen - larmoyant zwar, aber eben doch - jene strategisch-taktischen Axiome formuliert werden, mit denen sich das *Dritte Lager* zum Beherrschen einer *Dritten Republik* aufschwingen kann.“ (Perner / Schiedel / Zellhofer 1994, 59; Hervorhebung im Original)²⁰

Seit 1990 gibt es zusätzlich noch die „Identität“, das Organ der Aula-Jugend, geleitet von Jürgen Hatzenbichler und „das zur Zeit wichtigste originär neurechte Medium Österreichs.“ (Perner / Schiedel / Zellhofer

schrrieb übrigens mittlerweile bereits selbst im FBW-Organ 'freie Argumente'. (Perner 1994, 53)

¹⁹ Leiter der revisionistischen „Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt“

²⁰ Eine detailliertere Analyse der „Aula“, die hier zu weit führen würde, liefert Gärtner (1993).

1994, 59) Querverbindungen von der Identität gibt es etwa zu den Nationalrevolutionären, zur Jungen Freiheit oder zu GRECE. Inhaltlich stehen Demokratiekritik, Regionalismus und Ethnopluralismus häufig im Zentrum. Nicht zum klassisch neurechten Bild paßt allerdings, daß sich die „Identität“ nicht auf Metapolitik beschränkt, sondern durchaus an innenpolitischen Auseinandersetzungen teilnimmt. Sie ruft zur Teilnahme bei Volksbegehren auf, veröffentlicht Listen von (echten und vermeintlichen) Linken, übernimmt Artikel aus Neonazi-Zeitungen und wirbt für die Freiheitliche Studenteninitiative (FSI), was angesichts der personellen Verbindungen auch nicht weiter überrascht.

Erwähnt sei zu Österreich noch die in letzter Zeit beginnende Annäherung zwischen dem rechtsextremen und dem rechtskatholischen Lager. Gefördert wurde dies etwa durch die Gründung des „Patriotischen Clubs - Besseres Österreich“ durch Kurt Diemann, Publizist, im Herbst 1993. Bei den Feierlichkeiten kam es zum großen Treffen der Nationalen und der Fundamental-Katholiken, aufgemotzt noch durch ein paar Monarchisten (vgl. Zellhofer / Gassner 1994). Gründungsmitglieder dieses Vereins sind neben Diemann noch Andreas Mölzer, Leopold Guggenberger (ÖVP-Bürgermeister von Klagenfurt), John Gudenus (blaublütiger FPÖ-Nationalratsabgeordneter) und Josef Felder (Obmann des Kärntner Heimatdienstes). Ins Kuratorium gewählt wurden unter anderem Friedrich Engelmann (Herausgeber des rechtskatholischen Blattes „Der 13.“), Hans Klecatsky (ehem. ÖVP-Justizminister und Professor für öffentliches Recht an der Universität Innsbruck)²¹ und Friedrich Romig (Berater des St. Pöltner Bischofs Kurt Krenn).

Ziele dieses Clubs sind die „Sammlung patriotischer, christlicher und konservativer Kräfte“, aber auch die „Verteidigung gegenüber multikulturellen Bestrebungen“ (zit. nach Zellhofer / Gassner 1994, 103).

Ein anderes Forum dieser Verbindung aus Ultra-Rechts-Katholizismus, Monarchismus und Rechtsextremismus ist die 1989 gegründete Zeitschrift „Die weiße Rose“. Geleitet wird sie von ehemaligen JES²²-Funktionären

²¹ „Klecatsky hatte schon 1967 den neurechten Säulenheiligen und JF-Förderer Armin Mohler an seinem Institut an der Universität Innsbruck durchgeboxt. Begründung: 'Ich habe gemeint, daß es günstig wäre, auch einmal einen Politologen zu haben, der rechts steht, ohne ein Nationalsozialist zu sein.'“ (Zellhofer / Gassner 1994, 103)

²² Junge Europäische Studenteninitiative; aus dem christlich-monarchistischen Eck; inzwischen in der Bedeutungslosigkeit versunken

und CV²³ern. Auch dieses Blatt, das sich vor allem gegen die „Fehlentwicklungen“ der katholischen Kirche richtet, hat seine Verbindungen zur Aula. Was im Moment in Österreich zu passieren scheint, ist eine Annäherung der konservativen, rechtskatholischen und rechtsextremen Kräfte. So schreiben auch Lothar Höbelt und Andreas Mölzer in der Aula, daß es heute kaum Reibungspunkte zwischen „Katholisch-Konservativen und Nationalliberalen“ gebe (vgl. Zellhofer / Gassner 1994, 112 bzw. 115). Zusätzlich werden auch die Verbindungen zu den schlagenden Burschenschaften wieder enger geknüpft.

So entsteht in Österreich ein Geflecht von Organisationen und Strömungen, die alle mit Ungleichheitsideologien operieren; ganz im Sinne der neurechten Metapolitik ist in der Öffentlichkeit wenig von ihnen zu bemerken. Ihr genaues Ziel ist nicht bekannt, auffällig sind aber die guten Kontakte zu Haider und der FPÖ. Aus meiner Sicht sind diese Entwicklungen deshalb gefährlich, weil sie zu einer gesellschaftlichen Stimmung beitragen können, die Ideologien der Ungleichheit und Akzeptanz von Gewalt wieder als salonfähig erscheinen lassen; außerdem können sie einerseits die Basis für einen weiteren Aufstieg der rechtsextremen FPÖ²⁴ legen und andererseits deren „Machtübernahme“ nach allfälligen weiteren Wahlsiegen kräftig unterstützen. Dieser neurechte Zweig des österreichischen Rechtsextremismus verdient daher m.E. weitere Aufmerksamkeit.

2.1.1.5 Ideologie der Neuen Rechten

Abschließend möchte ich noch auf die Ideologie und die Bedeutung der Neuen Rechten eingehen. Zuerst zur Ideologie:

Geschichtsrevisionismus

„Die ‘Neue Rechte’ versucht, den Faschismus zu retten, indem sie Hitler opfert“, formuliert Feit (1989, 38) pointiert. Wenn ich auch dem Faschismus-Vorwurf nicht zustimmen kann (vgl. Kap. „Neo-Faschismus / Neo-Nazismus“ auf S.5), so ist an ihrer Aussage dennoch etwas dran: Durch die Verharmlosung und Umdeutung der Geschichte (vor allem des Dritten Reiches) sowie durch eine Abtrennung verschiedener Aspekte werden rechte Gedanken zu rehabilitieren versucht.

²³ Cartellverband; Vereinigung der christlichen Studentenverbindungen

²⁴ zur FPÖ vgl. S.57 ff.

Strategien gibt es dabei mehrere:

- Die schlichte Leugnung der Fakten (z.B. Gaskammern); eine Auseinandersetzung damit scheint mir im Rahmen dieser Diplomarbeit überflüssig zu sein, da ich nicht historische Fakten neu belegen will.
- Der Versuch der Widerlegung historischer Tatsachen mittels „Gegenbeweisen“, die sich regelmäßig als Fälschungen oder Humbug herausstellen (z.B. Emil Lachout; vgl. Bailer 1993, 446).
- Die Verfälschung der Vergangenheit etwa durch selektiven Umgang mit historischen Dokumenten (z.B. David Irving; vgl. Bailer 1993, 446).
- Die Kritik an der Vergangenheitsbewältigung, wie sie vor allem von der Neuen Rechten geschickt geübt wird.

Die letzte Richtung argumentiert mit Phrasen wie „es muß einmal genug sein“, „Normalisierung“, „was können die nach '45 Geborenen dafür“ u.ä. Armin Mohler ist ein Exponent dieser Richtung, der der Vergangenheitsbewältigung eine Eigengesetzlichkeit vorwirft und sie den 'Feinden des Staates' unterschiebt. (Vgl. Assheuer / Sarkowicz 1990, 159) Mit Argumenten dieser Art trifft die Neue Rechte wunde Punkte in der Bevölkerung.

Der zweite Schritt nach der Denunziation der re-education nach '45 ist die Relativierung der NS-Verbrechen: Auschwitz wird mit anderen Lagern verglichen, der Genozid an den Juden mit anderen Völkermorden in der Geschichte, Greuelthaten der deutschen Armee und SS mit alliierten Bombenangriffen etc. In seiner Tätigkeit wird Mohler dabei etwa auch von Hans-Dietrich Sander unterstützt, ebenso auch von diversen Publikationen, die bei den einzelnen Phasen der Entwicklung der deutschen Neuen Rechten erwähnt sind. Das geschmackloseste aller „Argumente“, die Juden seien selbst schuld am Antisemitismus und an ihrer Fast-Ausrottung, darf selbstverständlich auch nicht fehlen (vgl. dazu Sander-Zitate in Assheuer / Sarkowicz 1990, 161).

Soziobiologie und Sozialdarwinismus

Ein Ziel der Neuen Rechten ist es ja, ihre Theorie (sic!, gh) möglichst wissenschaftlich zu belegen; der Vorwurf der Unwissenschaftlichkeit grenzt sie - laut Eigendefinition - auch von der „Konservativen Revolution“ oder den Nazis ab. Die Wissenschaften, auf die hauptsächlich zurückgegriffen wird, sind Biologie und Verhaltensforschung. Mit Erkenntnissen von Lorenz, Eibl-Eibesfeldt, Jensen, Eysenck u.a. soll bewiesen werden, „was

die Revolution von rechts ja schon immer repetiert hat: daß das Starke das Wahre, daß 'Menschheits-Geschichte', richtig betrachtet, ein Derivat der 'Naturgeschichte' sei." (Assheuer / Sarkowicz 1990, 166) Interessant in diesem Zusammenhang finde ich noch die mangelnde „Kontaktscheu zwischen seriöser Wissenschaft und 'Neuer Rechter'. Eysenck, Jensen und Lorenz benutzten unbefangen das Forum, das ihnen rechtsradikale Zeitschriften eröffneten, und erfüllten damit das Hauptziel der renovierten Rechten“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 166), nämlich die Verbindung von Wissenschaft und ihrer Ideologie zu schaffen.

Aus wissenschaftlichen Erkenntnissen die Evolution betreffend wird gleich ein Staatsmodell abgeleitet (oder besser: mit Thesen der Evolutionstheorie wird ein existierendes rechtes Staatsmodell legitimiert), in dem es von Begriffen wie „Leistung“, „Elite“, „Unterschiedlichkeit“, „Hierarchie“ wimmelt. Da praktisch alles genetisch bestimmt sei, seien Unterschiede auch gut und dürften unter keinen Umständen beseitigt werden - das wäre nämlich „unnatürlich“. „Gleichheit ist nach Ansicht der 'Neuen Rechten' 'entwicklungshemmend' für die Selbstbehauptung eines Volkes, weil damit 'Selektion und Territorialtrieb' eingeschränkt würden“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 167). Ebenso würde eine Gleichwertigkeit der Völker deren Entwicklungschancen beschneiden - und das wäre dann 'Völkermord'.

Sprachlich hat sich seit den 70er Jahren eine Veränderung ergeben: Standen damals noch die Gene und Triebe direkt im Mittelpunkt, so wird später eher vom „realistischen Menschenbild“ oder vom „Bio-Humanismus“ gesprochen. (Vgl. Feit 1989, 40) Jeder Mensch soll in der Gesellschaft den Platz einnehmen, den seine Gene für ihn vorsehen - so sieht der 'neue Humanismus' der Neuen Rechten aus. „Im Ergebnis handelt es sich bei diesem 'neuen Humanismus' um das alte Prinzip von 'Führer' und 'Gefolgschaft'.“ (Feit 1989, 41) Soziale Ungerechtigkeiten werden damit unter dem Titel „natürlich“ zementiert, das Führer-Prinzip wird auch wieder eingeführt - aber alles ganz wissenschaftlich!

Dieses hierarchische Denken gilt aber nicht nur innerhalb einer Gesellschaft, sondern auch zwischen den „Rassen“: Weiße, Gelbe und Schwarze stammten von verschiedenen Affen ab, hätten daher eine unterschiedliche Entwicklungsgeschichte hinter sich und seien daher auch unterschiedlich wertig, was sich ja auch durch IQ-Messungen belegen lasse. (Vgl. Fetscher 1989, 223)

Der Biologismus setzt die Neuen Rechten auch im Widerspruch zu den Idealen der Aufklärung und der Französischen Revolution. Wenn geneti-

sche Unterschiede im Vordergrund stehen, hat die Forderung „Freiheit - Gleichheit - Brüderlichkeit“ keine Bedeutung mehr. Menschenrechte sind dann nicht nur überflüssig, „sondern schädlich für den Volkskörper“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 168). Wenn Eibl-Eibesfeldt die „genetische Bereitschaft zur Unterordnung“ feststellt und Eysenck die Auswahl von Führungspositionen nicht durch Wahl, sondern über (seine?) Tests vorschlägt, um „die Höchstbegabten zu Führerstellen emporzutragen (sic!, gh)“ (beide zit. nach Assheuer / Sarkowicz 1990, 168), tun sich die Neuen Rechten nicht mehr schwer, ihren organischen Staat als Gegenbild zur Demokratie zu propagieren. Neben die Funktionseliten träten dann noch Wert-Eliten, ebenfalls genetisch prädisponiert, als „Wächter der Ordnung und Hüter der Freiheit (sic!, gh).“ (zit. nach Assheuer / Sarkowicz 1990, 168). Platos *πολιτεία*,²⁵ vor allem aber Orwell's Visionen vom totalitären Staat lassen grüßen.

Nationalismus

Ein drittes wesentliches Element der Ideologie der Neuen Rechten ist der Nationalismus bzw. die Frage der 'nationalen Identität'.

Basis der politischen neurechten Überlegungen ist nie der einzelne, sondern immer das Volk (als Schicksalsgemeinschaft, als Organismus, ...). Jedes Volk unterscheidet sich nun wiederum von allen anderen, und diese Unterschiede gelte es zu betonen, und nicht zu verwischen. Nationale Identität ist nun die „Übereinstimmung der Völker mit ihrem angeblich territorial und genetisch geprägten 'wahren Wesen'.“ (Feit 1989, 39) Die Aufrechterhaltung dieser nationalen Identität ist das oberste Ziel; in der Praxis heißt dies dann

- chauvinistische Konzentration auf das eigene Volk;
- Ethnopluralismus als Deckmantel für AusländerInnenfeindlichkeit;
- Ignoranz sozialer, ökonomischer und politischer Probleme anderer Länder, da diese eben Ausdruck ihrer Andersartigkeit seien.

Der Ruf nach der Nation hat zwei Gründe:

- Der Nationalismus wird der Demokratie und den Menschenrechten entgegengesetzt und als Allheilmittel für alle Übel bezeichnet;
- Nationalismus bedeutet in Deutschland aber auch eine Absage an die Entwicklung nach '45, Widerstand gegen die „Amerikanisierung“, die

²⁵ Politeia

„Unterwerfung unter das Diktat der Sieger“, die „Umerziehung“. Dem wird wieder der wahrhaft deutsche Geist (was auch immer das sein mag) entgegengestellt. Außerdem sei Deutschland immer schon verfolgt worden. Auch diese Argumentation, gespickt mit Rekursen auf die „Konservative Revolution“, zielt wiederum auf ein grundsätzlich anderes Staatsverständnis. Es geht letztlich nicht um die inzwischen erfolgte „Wieder“vereinigung, sondern um eine grundlegende Änderung der Staatsgrundlagen.

(Vgl. Assheuer / Sarkowicz 1990, 150 ff.)

Zum Schluß noch ein Zitat zum Ethnopluralismus:

„Allerdings, hinter der ethnopluralen Maske kommt der Brutalismus neurechter Politikvorstellungen zum Vorschein. Denn Ethnopluralismus heißt auch sozialdarwinistische ‘Selbstregulierung’ der Kulturen im inneren und äußeren Überlebenskampf. [...] Anders: Entwicklungshilfe und ‘Gastarbeiter-Politik’ stören kulturelle Entwicklungs- und Ausleseprozesse. So wird [...] ‘Ethnopluralismus’ [...] gleichbedeutend mit völkischer Selbstauslese im natürlichen Überlebenskampf der (Natur-) Geschichte. [...] Anti-Humanismus tarnt sich hier als Menschenfreundlichkeit, internationale Apartheid als Pluralismus.“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 156)

Dem ist höchstens noch hinzuzufügen, daß Ethnopluralismus natürlich (im doppelten Wortsinn) für die Neuen Rechten kein Nebeneinander der Völker bedeutet, sondern diese in einer hierarchischen Ordnung zu sehen sind, wobei selbstverständlich die europäische Kultur höherwertig sei. So sind wir vom Ethnopluralismus über die ‘gewöhnliche’ AusländerInnenfeindlichkeit letztlich beim „differentialistischen Rassismus“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 156) gelandet.

2.1.1.6 Einschätzung und Bedeutung der Neuen Rechten

Zum Abschluß stellt sich die Frage, welche Bedeutung die Neue Rechte im Zusammenhang mit dem Rechtsextremismus hat. Ich habe diesem Aspekt aus zwei Gründen soviel Raum gewidmet:

1. Die Darstellung der Neuen Rechten zeigt m.E. sehr deutlich die Ideologie des Rechtsextremismus auf; das, was im Kapitel ‘Begriffsbestimmungen’ im Abschnitt ‘Politischer und soziologischer

Rechtsextremismus' (vgl. S.5 ff.) dürr dargestellt wurde, erreicht durch die Skizzierung diverser Positionen eine größere Plastizität.

2. Die Neue Rechte hat für mich insofern eine große Bedeutung, da es ihr gelungen ist, rechte Ideologie wieder salonfähiger und diskutierbar zu machen; der Deich gegenüber dem Rechtsextremismus scheint jedenfalls im deutschen Sprachraum gebrochen zu sein: „Der Neuen Rechten ist es gelungen, als Ausfluß ihres Bemühens um kulturelle Hegemonie bis weit in den Bereich des Konservatismus hinein nicht nur Stichwortgeber für den politischen Diskurs zu sein, sondern darüber hinaus eine Dimension von (sozial konstruierter) Wirklichkeit zu etablieren, die inzwischen in weiten Kreisen schon fast ungefragt als Realität akzeptiert wird, obwohl sich ihre intellektuelle Künstlichkeit schon dadurch bei genauem Hinsehen von selbst entlarvt, daß noch nicht einmal präzise definiert wird, was denn überhaupt mit dem Zauberwort 'Nation' gemeint sein soll.“ (Gessenharter 1994, 138)

Wie rechtsextrem ist die Neue Rechte? Im Sinne des soziologischen Rechtsextremismus trifft das Kriterium der Ideologie der Ungleichheit voll zu, beim zweiten Kriterium, der Gewaltakzeptanz, zeigen sich jedoch gewisse Unterschiede: Zu persönlicher Gewalt dürften wenige neigen, besonders nicht die intellektuell angehauchte konservativ-revolutionäre Neue Rechte; i.S. der vier ansteigenden Varianten Heitmeyers treffen aber sicher die ersten beiden zu: Die Annahme der Unabänderlichkeit von Gewalt, die sich deutlich in den biologische Grundlagen zeigt, und auch die Billigung fremdausgeübter, vor allem staatlicher Repression.

Beim politischen Rechtsextremismus ist die Zuordnung einfacher; sowohl nach Stöss als auch nach Castner / Castner (vgl. S.7) erfüllt die Neue Rechte alle Kriterien: Nationalismus, Ablehnung der Menschenrechte, Ablehnung der Demokratie, Betonung der Volksgemeinschaft, Bezug auf Biologismus, Betonung reaktionärer Werte, Feindbilder, etc.

Die Wirkung der Neuen Rechten wird unterschiedlich eingeschätzt: Spricht etwa Schönekäs (1990, 307) von „weitgehende[r] Bedeutungslosigkeit als eigenständige politische Kraft und [von] geringe[r] öffentliche[r] Wahrnehmung des Phänomens“, können Assheuer / Sarkowicz (1990) durchaus Früchte der neurechten Strategien entdecken. Sie nennen dabei den Historikerstreit, in dem Ernst Nolte, ein „'Freund' Mohler[s]“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 164) die Revisionismusideen der Neuen Rechten unter

dem Mantel seiner Seriosität publizierte; das neurechte Ghetto war verlassen, die „Trennungslinie zwischen neonazistischen und neokonservativen Positionen [... ist] weitgehend ausgelöscht. Die gesellschaftliche Tabuisierung nationalistischer Positionen zusammen mit deren antisemitischen und rassistischen Untertönen ist damit endgültig zusammengebrochen.“ (Mommsen 1987, 18)

Die Neue Rechte erfüllt m.E. eine gefährliche Vorreiter-Rolle, indem sie bisher tabuisierte Themen anspricht. „Vergegenwärtigt man sich nur die in den letzten Monaten abgelaufene Diskussion über das Asylproblem, wird man schnell auf Gedanken und Redewendungen stoßen, die dem neurechten Diskurs entstammen, zumindest ihm nahestehen. [...] Sage niemand, die Neue Rechte sei nur ein Phantom!“ (Gessenharter 1993, 79 f.) Diese Gedanken, mit Hinblick auf die Bundesrepublik geschrieben, lassen sich genauso auf Österreich anwenden, wenn man die Diskussion über die AusländerInnen- und Flüchtlingsgesetzgebung der letzten Jahre verfolgt. Sicher sind es nicht die Neuen Rechten, die für die Politik der Regierung verantwortlich sind, aber sie haben mitgewirkt, die öffentliche Diskussion in eine Richtung zu lenken, die sich m.E. ganz in ihrem Sinn immer mehr von universellen Rechten und dem Gleichheitsprinzip entfernt.

Auch an der Eskalation von Gewalt, vorwiegend gegenüber AusländerInnen sind die Neuen Rechten nicht „schuld“; sie haben aber dazu beigetragen, sie zu ermöglichen.

Zusammenfassend glaube ich, daß die Neuen Rechten nicht die Kraft sind, vor deren Machtübernahme wir uns alle fürchten müßten; sie werden dennoch im Auge zu behalten sein, da ihre Strategie der Metapolitik dazu beiträgt, die Dämme nach rechts aufzuweichen.

2.1.2 Die „Alte Rechte“

Eine Analyse des politischen Rechtsextremismus kann sich nicht auf die Darstellung der Neuen Rechten und ihrer Diskussionszirkel und Publikationen beschränken; ich werde mich daher jetzt, wenn auch etwas kürzer, mit dem organisierten Rechtsextremismus beschäftigen, der sich vor und parallel zur Neuen Rechten entwickelt hat.²⁶

²⁶ Die Abgrenzung „Neue“ vs. „Alte“ Rechte ist natürlich nicht sauber möglich; für mich besteht sie darin, daß sich die Neue Rechte zumindest strategisch in den 60er Jahren von den bisherigen Formen rechtsextremer Politik abwandte (vgl. Kap. „Die Neue Rechte in Deutschland“ auf S.16). Die Strömungen, die diesen

2.1.2.1 Entwicklung des organisierten Rechtsextremismus in der Bundesrepublik

Frühphase

Kurz nach Kriegsende kam es zur Gründung einer Nachfolgepartei der in der Weimarer Republik bestehenden „Deutschnationalen Volkspartei (DNVP)“ unter dem Namen „Deutsche Konservative Partei (DKP)“; sie fusionierte mit der ebenfalls sofort gegründeten „Deutschen Aufbau-Partei (DAP)“ 1946 zur „Deutschen Konservativen Partei - Deutschen Rechtspartei (DKP-DRP)“. Ziel dieses Spektrums war es, eine Auffangpartei für alle rechts der Unionsparteien Stehenden zu bilden. Bald kam es innerhalb der Partei zu Richtungskämpfen zwischen den BefürworterInnen und den GegnerInnen einer Zusammenarbeit mit der Union; die GegnerInnen gewannen an Einfluß, viele andere wanderten ab, etwa zur „Deutschen Partei (DP)“, die laut Stöss (1989, 103) nicht als rechtsextreme, sondern eher als kleinbürgerliche Partei zu sehen ist. Die DKP-DRP wurde dagegen immer extremistischer und neonazistischer, erreichte teilweise auch Wahlerfolge, scheiterte aber u.a. am Auslaufen der alliierten Lizenz. Davon profitierte wiederum die DP.

Die Streitereien gingen weiter, 1949 gründeten ehemalige DKP-DRP-Mitglieder die „Sozialistische Reichspartei (SRP)“, die „im Zeichen ihrer unverhüllt nazistischen Propaganda einen kometenhaften Aufstieg [erfuhr]“ (Stöss 1989, 104), was sich in Mitgliederzahlen und Wahlerfolgen ausdrückte. Ihre Zielgruppe waren vor allem diejenigen, „die mit dem Ende des 'Dritten Reiches' ihre wie auch immer gearteten Privilegien verloren hatten und der demokratischen Bundesrepublik ablehnend gegenüberstanden.“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 13) 1952 wurde sie dann vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt und aufgelöst. „Die politische Seite dieses Verbots ist allerdings weit weniger überzeugend. Tatsächlich folgten nämlich dem formalen Verbot keinerlei reale Maßnahmen zur Unterbindung weiterer Aktivitäten [...] Die Sympathien innerhalb der zuständigen Staatsorgane gegenüber den ehemaligen Kampfgefährten waren eben doch beträchtlich ...“ (Kühnl 1990, 60) Viele Funktionäre wandten sich der 1950 gegründeten „Deutschen Reichspartei

Bruch nicht mitgemacht haben, fasse ich ebenfalls unter dem Titel „Alte Rechte“ zusammen.

(DRP)“ zu, die weniger neonazistisch und mehr autoritär-konservativ agierte. Ihre Erfolge hielten sich aber in bescheidenen Grenzen. Die neu eingeführte 5 %-Klausel für Wahlen war für die DRP auch nicht eben förderlich.

August Haußleitner, ehemaliges CSU-Mitglied, versuchte eine neue Basis, vor allem für Heimatvertriebene und andere Kriegsoffer, aufzustellen und gründete dazu (u.a.) die „Deutsche Gemeinschaft (DG)“. Sie hatte sich jedoch mit anderen Vertriebenen-Organisationen, etwa dem „Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE)“ auseinanderzusetzen, die nicht auf eine nationalistische anti-bürgerliche Politik setzten, sondern versuchten, ihre Interessen innerhalb des bürgerlichen Lagers durchzusetzen. Trotz aller Wahlbündnisse hat sich die DG nicht erfolgreich geschlagen, der BHE wurde zur Vertretung der Vertriebenen. Daraufhin verstärkte die DG ihr neonazistisches Vokabular und versuchte, die WählerInnen und ehemaligen FunktionärInnen der verbotenen SRP anzusprechen; was ihr nicht gut bekam: In einzelnen Bundesländern regnete es Verbote.

Interessant finde ich auch die Entwicklung, daß immer mehr ehemalige Nazis und andere Rechtsextreme versuchten, in den etablierten bürgerlichen Parteien unterzukommen, was bei diesen gemischte Reaktionen hervorrief: Aus Image-Gründen konnten sie nicht in der ersten Reihe platziert werden, andererseits waren aber die WählerInnen-Stimmen dieses Dunstkreises dennoch wichtig.

Im Zuge der Bundestagswahlen 1953 kam es noch zu hektischen Neugründungen und Zusammenschlüssen rechtsextremer Kleinparteien, die Wahlsieger hießen dennoch CDU und Adenauer: „Das rechtsextreme Wählerpotential war im Schoß der etablierten bürgerlichen Parteien gelandet, und der organisierte Rechtsextremismus war zur Bedeutungslosigkeit geschrumpft. [...] Die DRP war nun zur stärksten Kraft innerhalb des westdeutschen Rechtsextremismus geworden.“ (Stöss, 1989, 117)

Der Abschnitt bis zum Anfang der 60er Jahre wird als „Zeit der Flaute“ (Stöss 1989, 122) bezeichnet; die kleinen Parteien der extremen Rechten waren mit sich selbst und ihren Streitereien beschäftigt; auch der anfangs noch erfolgreiche BHE verlor mit dem wirtschaftlichen Aufstieg seine Bedeutung, er wurde schlicht überflüssig. Erst 1963 „erholte“ sich der partei-

politisch organisierte Rechtsextremismus wieder, die DRP hatte mit ihrer Sammelpolitik Erfolg und erreichte wieder Mandate in einigen Landtagen.

Eine andere Schiene des deutschen Nachkriegs-Rechtsextremismus stellen die Soldatenverbände da, die nach ihrer Zulassung 1949 in großer Zahl mit hoher Geschwindigkeit entstanden. Sie versuchten einerseits, sich für die aus Krieg und/oder Gefangenschaft zurückkehrenden Wehrmachtsangehörigen materiellen Hilfen zu erreichen, andererseits „widmeten [sie] sich aber auch der ‘Traditionspflege’ und der ‘Wiederherstellung der Ehre der Berufssoldaten’.“ (Stöss 1989, 128) Die politischen Motive waren denen rechtsextremistischer Organisationen durchaus ähnlich; so wurden Soldaten zu einer Zielgruppe rechtsextremer Gruppierungen und Soldatenverbände zum rechtsextremistischen Betätigungsfeld.

Organisatorisch schlossen sich viele der Verbände in den 50er Jahren zum „Verband deutscher Soldaten (VdS)“ und zum „Ring deutscher Soldatenverbände (RdS)“ zusammen.

Die ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS schlossen sich 1951 zur „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS (HIAG)“ zusammen. Sie „stellt heute die einzige politisch aktive rechtsextreme Soldatenorganisation dar, die durch spektakuläre Versammlungen und Kundgebungen antifaschistische Gegendemonstrationen provoziert.“ (Stöss 1989, 129)

Aufstieg und Fall der NPD

1964 kam es dann zur Gründung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD)“ aus den verschiedenen Kleingruppen (DP, DRP, DNVP u.a.) unter Adolf von Thadden, die ein neues Kapitel des deutschen Rechtsextremismus einleiten sollte. Andere Kreise schlossen sich in der „Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD)“ zusammen; diese Gruppierung erreichte aber nie die Bedeutung der NPD.

Ende der 60er Jahre erlebte die NPD ihre großen Erfolge, zog in verschiedene Landtage ein und erreichte bei der Bundestagswahl 1969 über 4 %. Vor allem durch ihren „Anti-Bolschewismus“ gelang es ihr, während der Zeit der großen Koalition in der Bundesrepublik „das Potential antiliberaler und autoritärer politischer Haltungen zu aktivieren, das in der westdeutschen Gesellschaft [...] latent vorhanden ist“ (Maier / Bott 1968, 8)

und tief in das bürgerliche Lager einzudringen. Die NPD war nie nur die Partei der alten Nazis, sie schaffte es in ihrer „Glanzzeit“, enttäuschte Konservative, von der Rezession 1966 Verängstigte und von der APO Ende der 60er Jahre Verstörte zu binden. „Nach außen war sie bemüht, sich ein nationalkonservatives, verfassungstreues Image zu geben, um einem möglichen Verbot auszuweichen und breite Wählerschichten aus dem Bereich des alten Bürgerblocks zu gewinnen. [...] In den höchsten Führungsgremien der Partei dominierten jedoch Alt-Nazis.“ (Stöss 1989, 137 f.) Innerparteilich war keine konsistente Ideologie zu erkennen, die Richtungskämpfe standen im Vordergrund. Nach außen gab es Absprachen mit Parteien der etablierten Rechten; „auch in den bundesdeutschen Presseorganen wurde die NPD keineswegs nur verteufelt, sondern als ein lästiger, aber selbstverständlicher Teil des demokratischen Gemeinwesens behandelt.“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 20 f.)

Nach dem Doch-nicht-Einzug in den Bundestag 1969 brachen die Richtungskämpfe voll aus. Die Diskrepanz bestand vor allem über die weitere Vorgangsweise, daraus entwickelten sich sowohl Teile der neonazistischen Terrorszene als auch Teile der Neuen Rechten. Da auch die „Aktion Widerstand“ (vgl. S.18) keinen Erfolg brachte, zog sich die NPD in sich zurück. Ebenso war der Rechtsruck der Unionsparteien als Folge ihrer Wahlniederlage und der Bildung der sozial-liberalen Koalition nicht eben förderlich. Seit dieser Zeit hat die NPD keine Bedeutung mehr für die politische Szene in den 70er Jahren; mit einer Ausnahme: Die Jungen Nationaldemokraten sollten im Bereich der nationalrevolutionären Neuen Rechten Impulse setzen (vgl. S.19 und S.24).

In den 70er und frühen 80er Jahren war vom organisierten Rechtsextremismus vor allem die neonazistische Terrorszene zu sehen. Dabei standen Wehrsportgruppen und NSDAP-„Neugründungen“ im Zentrum, etwa die „Wehrsportgruppe Hoffmann“, die VSBD/PdA oder die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten (ANS/NA)“. Alle drei wurden Anfang der 80er vom Innenministerium verboten (vgl. Backes / Moreau 1993, 13).²⁷

Gerhard Frey, seine Zeitungen und die DVU

²⁷ Eine nähere Befassung mit diesen unter der Kategorie „Neonazismus“ zusammenzufassenden Gruppierungen erspare ich mir hier; sie überschreitet die Grenzen meines Untersuchungsfeldes.

Der Verfall der NPD führte aber auch zur Gründung neuer Gruppierungen, etwa Gerhard Freys „Deutsche Volksunion (DVU)“ (1971), die „Partei der Arbeit (PdA)“ (Friedhelm Busse), die „Deutsche Bürgerinitiative (DBI)“ (Manfred Roeder) oder die „Bürger- und Bauerninitiative (BBI)“ (Thies Christophersen).

Von diesen Gruppen „verdient“ zumindest die DVU, näher beleuchtet zu werden: Gerhard Frey ist es seit 1958 gelungen, das größte Publikationsnetz der Alten Rechten aufzubauen. Seine Zeitungen „Deutsche Nationalzeitung (DNZ)“, „Deutscher Anzeiger (DA)“²⁸ und „Deutsche Wochenzeitung (DWZ)“, inhaltlich größtenteils deckungsgleich, erreichen eine Auflage von 160.000. Hervorgegangen sind sie aus der „Deutschen Soldatenzeitung (DSZ)“, die v.a. die Soldatenverbände ansprechen wollte - mit mäßigem Erfolg. Erst die Neukonzeption von Frey, der „eine Wochenzeitung für das gesamte rechtsradikale Spektrum etablieren wollte“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 29), verhalf ihr zum Erfolg. Inhaltlich beschäftigen sich die Blätter vor allem mit der NS-Zeit und den damaligen Soldaten; Geschichtsrevisionismus der übelsten Sorte ist angesagt: Die deutsche Kriegsschuld wird ebenso in Frage gestellt wie die organisierte Massenvernichtung der Juden in den KZs.²⁹ Neben den Zeitungen verkauft Frey auch noch Reisen, Bücher und Kleinigkeiten wie Medaillen, Flaggen, Aufkleber u.ä.

„Gerhard Frey hat immer wieder versucht, seine publizistische Macht auch für seine eigene politische Karriere zu nutzen.“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 32) Da ihn die anderen Parteien nicht wirklich wollten, gründete er dann 1971 eben seine eigene Partei, die DVU, deren Mitglieder v.a. die LeserInnen seiner Zeitungen sind. „Sowohl [die] Vorfeldorganisationen als auch die DVU stellen in organisationssoziologischem Sinne eigentlich keine Verbände mit kontinuierlicher innerer Willensbildung und politischer Aktivität der Mitglieder dar. Es handelt sich im Grunde genommen um Vereinigungen zur finanziellen und ideellen Unterstützung ihres Mentors.“ (Stöss 1989, 186) Die Versuche, als Partei Kontakte zu anderen zu knüpfen, waren lange Zeit ebenfalls erfolglos.

²⁸ 1991 eingestellt

²⁹ Ich kann mich noch an meine erste zufällige Begegnung mit einer dieser Zeitungen in einem Kaffeehaus erinnern, in der der deutsche Überfall auf Polen im September 1939 noch immer als „Verteidigung“ gegen eine angebliche polnische Aggression umgedeutet wurde.

Erst Mitte der 80er Jahre kam es zu einer Annäherung zwischen NPD und DVU. Freys inzwischen in DVU - Liste D umbenannte Partei und die NPD vereinbarten Anfang 1987, in Hinkunft abwechselnd bei Wahlen anzutreten, um sich nicht zu konkurrenzieren, außerdem KandidatInnen der jeweils anderen Partei in die Wahllisten aufzunehmen und sich gegenseitig zu unterstützen. Diese Vereinbarung stieß anfänglich bei der NPD-Basis auf Widerstand, die materielle Unterstützung durch Frey zerstreute aber diese Bedenken letztendlich. Inhaltlich sprangen NPD und DVU vor allem auf den ausländerInnen-feindlichen Zug auf, der Ende der 80er Jahre in Westeuropa massiv ins Rollen kam: „Deutschland soll deutsch bleiben!“ meinte die DVU etwa beim Wahlkampf für das Europaparlament 1989. Der Erfolg blieb dennoch aus. Ein Grund dafür sind sicher die REPs, die gerade stark im Aufschwung waren: „Die ausländerfeindlichen und deutschtümelnden Parolen [der DVU; gh] waren zu plump und zu sehr mit dem Ruch der NS-Zeit behaftet, um gegen die subtilere Agitation der Republikaner bestehen zu können.“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 38)³⁰ Die etwas abrupte deutsche Wiedervereinigung hat sowohl NPD als auch DVU am falschen Fuß erwischt: Eines ihrer wichtigsten (Propaganda-) Ziele ist ihnen damit abhanden gekommen. Auch der Aufbau von Organisationen in den „neuen Bundesländern“ geht eher schleppend voran.

Die REPs

Eine interessante Rolle im rechten Spektrum der Bundesrepublik spielen auch die Republikaner (REPs). Ihre Einordnung in den Bereich der extremen Rechten ist zwar umstritten, m.E. „verdienen“ sie aber auf jeden Fall eine Behandlung in dieser Arbeit, schon aus Gründen der Aktualität neuer rechter Parteien dieser Art in verschiedenen europäischen Ländern.³¹

Gegründet wurden die REPs 1983 von ehemaligen CSU-Mitgliedern in München. Der rechte Rand der Unionsparteien war auch die Zielgruppe für Parteimitglieder. Vom Rechtsextremismus versuchte sich die Partei von Anfang an nach außen abzugrenzen, was ihr aber eben so lange

³⁰ Interessant in diesem Zusammenhang finde ich die Annäherungsversuche von Schönhuber (Reps) und Frey (DVU) im Sommer 1994, die beiden Kritik aus den eigenen Reihen gebracht hat.

³¹ Die Zurordnung zur „Alten Rechten“ gründet für mich darin, daß ich bei ihnen nicht den für die Neue Rechte typischen intellektuell-kulturhegemonialen Anspruch sehe; auch die Person Schönhubers paßt wohl nicht so recht zur Neuen Rechten.

nicht so recht gelingen wollte - kein Wunder angesichts des Mitgründers und späteren Parteichefs Franz Schönhuber³², der mit seinem Buch „Ich war dabei“, in dem er die Waffen-SS verharmloste, Beifall von Gerhard Frey,³³ öffentliche Ablehnung und seinen Hinauswurf aus dem Bayrischen Rundfunk erreichte.

Der Anfang der Parteigeschichte war gekennzeichnet von heftigen internen Programm- und Personalstreitereien, aus denen Schönhuber 1985 als Parteichef hervorging, was auch einen programmatischen Rechtsruck zur Folge hatte; dies konnte aber weder bessere Wahlergebnisse noch internen Frieden sichern. Inhaltlich gilt: „Wenngleich antisemitische Vorurteile und Verharmlosung des Nationalsozialismus ebenso wie die Verfolgung großdeutscher Ziele zum Repertoire dieser Partei gehören, so sind doch Fremdenfeindschaft und Ausländerhaß zum eigentlichen Motor und Bindemittel der öffentlichen Agitation geworden.“ (Wetzel 1994, 98 f.) Diese Richtung zeigte sich auch bald in der Praxis:

Die langersehnte Wende brachte die Berliner Wahl 1989, bei der „das Auftreten der Republikaner nicht nur bei antifaschistischen Organisationen und Initiativen für große Empörung [sorgte], zumal sich innerhalb und am Rand der Partei auch Personen aus der rechtsextremen und neonazistischen Szene betätigten.“ (Stöss 1989, 197 f.) Im Wahlkampf gab es zwei „Höhepunkte“: Ein ausländerInnenfeindlicher Werbespot (Musikuntermalung: „Spiel mir das Lied vom Tod“) und ein Wahlkampfauftritt, der von massiven Auseinandersetzungen mit GegendemonstrantInnen gekennzeichnet war. Mit dem Wahlerfolg in Berlin (7,5 % der Zweitstimmen; in den Bezirken teilweise mehr Mandate als es KandidatInnen gab) war der Wendepunkt erreicht, die REPs erhielten Zulauf in ganz Deutschland und erzielten weitere Wahlerfolge. Die internen Streitereien aber gingen weiter.

Dennoch, mit einer „Mischung aus nationalistischem Pathos, apologetischer Geschichtsklitterung, ausländerfeindlichem Ressentiment und kleinbürgerlichem Sicherheitsdenken“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 44) konnten die REPs weitere Erfolge erzielen, so etwa bei der Europawahl

³² Schönhuber wurde im Frühjahr 1994 aus der Partei ausgeschlossen; gegen diesen Akt will er aber Schritte unternehmen. Derzeit ist nicht absehbar, ob diese Geschichte ein weitere Akt der innerparteilichen Intrigenkomödie ist oder das Ende der Ära Schönhuber bedeutet. - Ich gehe im weiteren jedenfalls von seinem starken Einfluß in der Partei aus, zumindest für die Zeit bis zu diesen Querelen.

³³ von dem sich Schönhuber anfangs distanzierte (vgl. Assheuer / Sarkowicz 1990, 40)

1989 mit 7,1 %. Damit waren sie zur neuen parteipolitischen Exponentin des rechten Lagers geworden und hatten DVU und NPD in die zweite Reihe verwiesen.

Nach diesem kurzen Erfolgsjahr kam es aber wieder zu einem Absacken, die REPs konnten nicht mehr an ihre Erfolge von 1989 anschließen. Die deutsche Vereinigung beraubte sie ebenso wie die anderen Rechtsparteien eines (propagandistischen) Ziels; 1990 und 1991 waren die Wahlerfolge dementsprechend schlecht. Erst 1992, bei der Wahl zum baden-württembergischen Landtag, konnten die REPs, „nachdem die Freude über die Einheit Deutschlands vielfach einer Ernüchterung gewichen war, mit 10,9 Prozent der Stimmen ihre Anfangserfolge von 1989 sogar überbieten.“ (Jesse 1993, 37) Gerade infolge der deutschen Vereinigung mit ihren sozialen Problemen, kombiniert mit einer wirtschaftlichen Rezession und einer Erhöhung der Flüchtlingszahlen, konnte die Partei der einfachen Lösungen wieder verstärkt punkten. Danach begannen jedoch die innerparteilichen Querelen wieder zu wuchern; bei der Bundestagswahl im Oktober 1994 erreichten die REPs weniger als 2 %. - Weniger erfreulich für Schönhuber und die anderen REP-Funktionäre ist auch, daß sie seit Dezember 1992 „Objekt des Verfassungsschutzes“ sind, also beobachtet werden hinsichtlich einer möglichen Verfassungsgefährdung.

Die Partei ist stark von der Person Franz Schönhubers geprägt: „Er steht für das Programm und die Ziele der Organisation, und er dominiert das innerparteiliche Leben.“ (Stöss 1989, 202) Bei den Mitgliedern ist eine interessante Häufung von unifomierten Ordnungshütern anzumerken; ebenso die steigende Zahl von Rechtsextremen. Programmatisch versucht sich Schönhuber zwischen den Unionsparteien und dem Rechtsextremismus einzuordnen; die Abgrenzung von zweiterem wird durch eine „feinere“ Wortwahl (‘patriotisch’ statt ‘national’ etwa) und durch häufige Lippenbekenntnisse in diversen Schriften versucht. Es „wird damit das Image des Neuen, Unverbrauchten erzeugt.“ (Stöss 1989, 206) Im Detail könnten die Programme aber von NPD oder v.a. DVU abgeschrieben sein: „nationale Selbstbesinnung“, „geistig-moralische Erneuerung“, „Deutschland zuerst!“ etc. finden sich darin, ebenso obrigkeitstaatliche und anti-demokratische Passagen. Propagandistisch gearbeitet wird vor allem mit ausländerInnenfeindlichen Parolen. Erfolg hat Schönhuber vor allem durch sein rhetorisches (oder besser: demagogisches) Talent, das er vor allem in Bierzelten auslebt. Wenn er erklärt, stolz darauf zu sein,

daß er Deutscher ist, und gegen diverse Sündenböcke hetzt, sich aber rechtzeitig vor dem Verlassen der Verfassungsmäßigkeit einbremst, rechnet er damit, „daß seine Zuhörer die Grenzen, die er aus parteitaktischen Gründen einhalten mußte, von sich aus übersprangen.“ (Assheuer / Sarkowicz 1990, 43)

Eine Einschätzung der REPs ist deshalb schwierig, „weil sie antidemokratische Tendenzen mit Forderungen mischen, die nicht grundsätzlich gegen den Verfassungskonsens verstoßen. [Ihr Programm ist eine Mischung aus] christlich-abendländischem und deutschnationalem Konservatismus.“ (Stöss 1989, 209 f.) Dennoch sind die für die Kennzeichnung des Rechts extremismus genannten Merkmale zu finden (vgl. S.7): Nationalismus, Betonung der Volksgemeinschaft, Ungleichheitsdenken (in Form von AusländerInnenfeindlichkeit), Berufung auf „alte Werte“, panische Angst verknüpft mit der Produktion von Feindbildern und Sündenböcken, Tendenzen zum Geschichtsrevisionismus; „die indirekte, hintergründige Mobilisierung von antidemokratischen, pronazistischen, antisemitischen und ausländerfeindlichen Ressentiments gehört zum festen Bestandteil aller Reden, Schriften und Artikel von Schönhuber.“ (Stöss 1989, 212)

Ihre Bedeutung erlangen die REPs aus der Tatsache, daß sie eine zumindest teilweise etablierte politische Kraft sind, die Einfluß in manchen Stadt- und Landesparlamenten ausüben kann; auch wenn sie nirgends regiert, so hat sie doch die Bühnen, rechtsextremes Gedankengut mit demokratischer Legitimation zu verbreiten. Sie trägt also ebenso wie etwa die Neue Rechte dazu bei, eine antidemokratische rechte Ungleichheitsideologie salonfähig zu machen, indem sie sie öffentlich hinausposaunen kann und sich die Öffentlichkeit damit beschäftigt (wenn auch nicht auseinander-setzt).

2.1.2.2 Der organisierte Rechtsextremismus in Österreich

Nachkriegszeit

Das erste Aufflackern des Rechtsextremismus nach 1945 bildete die sog. „Affäre Soucek“ (vgl. Dworzak 1979, 119 f.): Er gehörte der Werwolf-Bewegung an, die nach Hitlers Befehl nach dem 'Zusammenbruch' aus dem Untergrund versuchen sollte, die NS-Ideologie weiter zu betreiben. Diese Aktivitäten wurden aber durch eine gerichtliche Verurteilung jäh unterbrochen.

Ab 1949 waren die Ehemaligen wieder eine interessante Größe auf dem WählerInnen-Markt. Sowohl SPÖ als auch ÖVP buhlten um die 700.000 „Ehemaligen“, und eine neue Partei, der „Verband der Unabhängigen (VdU)“, wurde gegründet. Dieser bestand zwar nicht nur aus ehemaligen Nationalsozialisten, diese waren aber dennoch seine wichtigste Stütze (Nationalratswahl 1949: 12 %). Einer der Mitbegründer des VdU war Otto Scrinzi, Mitglied des „Nationalsozialistischen Deutschen Studentenbundes (NSDS)“ und Assistent am Innsbrucker „Institut für Erb- und Rassenbiologie“ 1940/41. Später war Scrinzi FPÖ-Nationalratsabgeordneter und -Parteivorstandsmitglied. Seine fehlenden Berührungspunkte machten ihn zu einem Hansdampf in allen rechten Gassen.

1952 kam es zu weiteren Aktivitäten im rechten Eck: Die Soldaten- und Kameradschaftsbünde wurden gegründet, die seither zu einem Sammelplatz für die Alte Rechte geworden sind; v.a. der „Österreichische Kameradschaftsbund (ÖKB)“ verfügt über gute Verbindungen zum österreichischen Bundesheer - und rühmt die deutsche Wehrmacht. Im selben Jahr entstand der „Österreichische Turnerbund (ÖTB)“, der auch heute noch deutschnational agiert - nichtsdestoweniger anerkannt und gefördert von öffentlichen Stellen. „Turnen ist für [ihn] nicht Selbstzweck, sondern Mittel zur deutschnationalen Erziehung. Eigene Funktionäre, die 'Dietwarte', sind für die ideologische Betreuung zuständig.“ (Langbein 1979, 130) Ebenfalls in diese Kategorien passen die Landsmannschaften und Heimatbünde.

1956 kam es nach dem Zerfall des VdU zur Gründung der „Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ)“ - wohl eine der schillerndsten Organisationen im politischen Spektrum Österreichs bis in die heutige Zeit. Damals wurde sie von Anton Reinthaller angeführt, der im März 1938 in der Regierung

Seyss-Inquarts als Landwirtschaftsminister fungierte; lange Zeit wurde sie von der extremen Rechten als politische Heimat angesehen.

Ende der 50er Jahre kam es dann zu ersten größeren Auftritten und Kooperationen der verschiedenen rechten Organisationen: 1959 kam es in Wien zu einem großen Aufmarsch der „deutschnationalen Turnverbände, Studentenkorporationen und Landsmannschaften“ (Dworczak 1979, 122), der Proteste hervorrief; schon in den Jahren davor organisierte Theodor Soucek internationale Treffen von SS-Veteranen.

1959 kam es zur Gründung des „Eckartboten“ durch Fritz Stüber, der aus dem VdU ausgeschlossen worden war. Herausgegeben wird der Eckartbote von der „Österreichischen Landsmannschaft“, die ebenfalls unter die rechtsextremen Organisationen eingereiht wird (vgl. Purtscheller 1993, 84). Der Titel „Eckartbote“ ist eine Referenz an diverse Nazi-Dichter und -Zeitungen und dient seit seiner Gründung als eine der wichtigsten publizistischen Plattformen des österreichischen Rechtsextremismus.

60er und 70er Jahre

Die 60er Jahre waren von zwei Phänomenen gekennzeichnet: dem Südtirolproblem und den Aktivitäten an den Universitäten. In Südtirol kam es zu terroristischen Aktionen, die auch von österreichischen Rechtsextremen unterstützt und durchgeführt wurden. Auf den Unis erhielten der deutschnational eingestellte „Ring Freiheitlicher Studenten (RFS)“ und die schlagenden Verbindungen Zulauf.³⁴

„Gipfelpunkt des rechtsextremen Treibens in den sechziger Jahren war die Borodajkewycz-Affäre.“ (Dworczak 1979, 124) Taras Borodajkewycz, Professor an der Hochschule für Welthandel, war bekannt für seine anitisemitischen und pronazistischen Äußerungen in Lehrveranstaltungen. Bereits 1962 versuchten StudentInnen, ihm beizukommen, was aber nicht gelang. 1965 eskalierte die Affäre, nachdem es in Folge einer öffentlich ausgestrahlten Pressekonferenz Borodajkewycz' zu Massendemonstrationen gegen ihn kam, die in der Ermordung Ernst Kirchwegers durch einen Neonazi gipfelte. „Dieses erste und bisher einzige Opfer politischer Auseinandersetzungen in der Zweiten Republik löste in der demokratischen Öffentlichkeit Betroffenheit aus. Das Begräbnis Kirchwegers wurde zu einer politischen Manifestation gegen den Neofaschismus.“ (Dworczak 1979, 124) Bis zur Suspendierung Borodajkewycz' dauerte es trotzdem

³⁴ Zum Thema „Rechts und Unis“ vgl. auch Gärtner (1989).

noch über ein Jahr; auch der demonstrative Antifaschismus war nicht so lückenlos: „In den Zeitungen wurde nach [der] Gewalttat hauptsächlich darüber spekuliert, ob es opportun sei, als ‘alter Mann’ [gemeint war damit Ernst Kirchweger] an friedlichen Antifa-Demonstrationen teilzunehmen - auch das eine typisch österreichische Variante von Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigung.“ (Purtscheller 1993, 43)

1966/67 kam es dann, nach bundesdeutschem Vorbild,³⁵ zur Gründung der „Nationaldemokratischen Partei (NDP)“ unter Norbert Burger, der sich dafür schon im Umfeld des Südtirolterrorismus und der schlagenden Burschenschaften „hervorgetan“ hatte und vor der Parteineugründung FPÖ-Mitglied gewesen war. Ihr Programm war gekennzeichnet durch (Deutsch-) Nationalismus, Betonung der „Volksgemeinschaft“, Antiliberalismus und -marxismus u.ä. Sie beteiligte sich regelmäßig an Wahlen, wenn auch ohne Erfolg: „[Die NDP] fand jedoch - im Unterschied zu der zur gleichen Zeit in der BRD erfolgreichen NPD - keinen Anklang, da der politische Trend Ende der sechziger Jahre nach links ging.“ (Bailer / Neugebauer 1993a, 98 f.) Dennoch war die NDP bis in die 80er Jahre ein Zentrum des österreichischen Rechtsextremismus. Aus ihr kamen jahrzehntelang alle wichtigen Personen, die in der rechtsextremen Szene Aufsehen erregten. Ihre Gründung markierte einen Wendepunkt, einerseits hinsichtlich des Aktivitätsraumes (Antreten bei Wahlen), andererseits hinsichtlich einer gewissen Verjüngung des rechtsextremen Spektrums.

Anfang der 70er Jahre kam es aus Unzufriedenheit mit der „Friedfertigkeit“ der NDP zur Gründung der „Aktion Neue Rechte (ANR)“. Ihr Ziel war ein „aktiveres Vorgehen“ gegen Linke und AusländerInnen, indem sie sich „mit jugendlich-sportivem Aktionismus in die Schlagzeilen prügelte und krakeelte.“ (Purtscheller 1993, 177) Die ANR hielt sich vor allem im Umfeld der Wiener Universität auf, versuchte dort die rechten Kräfte nach dem Schrumpfen des RFS zu binden und gegen das „rote Gesindel“ vorzugehen. „Die militanten neofaschistischen Organisationen verfügen zwar über einen geringen direkten politischen Einfluß, sind jedoch gerade durch ihren radikalen Aktivismus oft im Blickpunkt der Öffentlichkeit und können so eine gewisse Vorreiterfunktion für das gesamte rechtsextreme Lager übernehmen.“ (Langbein 1979, 129) Ihre Gefahr lag schon in den 70er Jahren darin, Themen in die Öffentlichkeit zu bringen, die bisher tabuisiert waren (Todesstrafe, AusländerInnenproblematik, ...) Außerdem stellte auch ihr terroristisches Vorgehen eine Bedrohung dar. Die ANR übernahm

³⁵ vgl. S.44 ff.

für einige Zeit die Funktion eines rechtsextremen Sammelbeckens in Österreich von der NDP; Gerd Honsik, Gründer der HALT-Bewegung, kommt etwa aus diesen Kreisen.

Außer der ANR taten sich in den 70er Jahren auch noch Karl Steinhauser mit seiner „Gemeinschaft freier Selbständiger (GFS)“ und Hans Pretterebner³⁶ mit seinen „Politischen Briefen“ im rechten Spektrum hervor.

80er und Beginn der 90er Jahre

Die 80er Jahre begannen mit der Kandidatur Norbert Burgers bei der Bundespräsidentenwahl 1980. Unterstützt wurde er dabei vom gesamten rechtsextremen Spektrum, angefangen bei der NDP über die ANR bis zu diversen Waffenstudenten, Kulturgesellschaften, Komitees und Walter Ochensbergers Zeitung „Sieg“. „Wesentlicher Zweck der Bürger-Kandidatur war von Anfang an, das zersplitterte deutschnationale Spektrum zu vereinen und propagandistisch eine neue Qualität der ‘Bewegung’ herzustellen. Wie angesichts der illustren Unterstützter nicht anders zu erwarten, artete der Bürger-Wahlkampf zu einer einzigen großen Saalschlacht aus.“ (Purtscheller 1993, 190) Bei der Wahl am 18.5.1980 erreichte er dennoch 140.741 Stimmen - etwa 3,2 % der Stimmberechtigten. Als Erklärung wurden dafür zwei Ursachen angeboten:

- Da die KandidatInnen für das Amt des/der BundespräsidentIn in alphabetischer Reihenfolge auf dem Stimmzettel standen, hätten viele aus Gewohnheit und in der Meinung, Rudolf Kirchschräger zu wählen, den an erster Stelle gereihten Burger gewählt; woraufhin der Nationalrat flugs ein Gesetz verabschiedete, das den/die amtierende/n PräsidentIn an die erste Stelle rückt;
- Die zweite Ursachenerklärung gab dem Antifaschismus die Schuld: „Die Antifas hätten nämlich [...] durch ihre Proteste dem ‘Außenseiter’ erst jene Publizität verschafft, die seinem Erfolg zugrunde gelegen habe.“ (Purtscheller 1993, 193)

Gewonnen hat Burger v.a. in ländlichen Bezirken und in Bezirken mit einem unterdurchschnittlichen AusländerInnenanteil, wo seine „Ausländer-
raus!“-Parolen offenbar am meisten zogen. Der Wahlerfolg des österreichischen Rechtsextremismus blieb dennoch ein kurzer.

³⁶ Interessant in diesem Zusammenhang, daß der spätere Lucona-Aufdecker 1994 für die FPÖ bei den Nationalratswahlen kandidiert hat.

Die Jahre 1981/82 waren vom rechtsextremistischen Terror gekennzeichnet. Im September '81 explodierte eine Bombe auf dem Nachbargrundstück des Vizepräsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde, im Februar '82 kam es zu zwei weiteren Anschlägen gegen Juden, im Juni 1982 schließlich war Simon Wiesenthal Zielscheibe eines Bombenangriffs. Auch danach explodierten noch mehrere Bomben, wobei alle Adressen auf einer Liste standen, die im Jänner 1982 dem Neonazi-Blättchen „Österreichischer Beobachter“ beigelegt gewesen war. „Aber wenn Norbert Burger [...] den Behörden nicht zu Hilfe geeilt wäre, müßte die Stapo vermutlich heute noch raten.“ (Purtscheller 1993, 199) Aus nicht ganz klaren Gründen, vermutet wird der Versuch, sein „law & order“-Image aufzupolieren, nennt Burger Namen und Aufenthaltsort des Attentäters - was ihm in der rechtsextremen Szene nicht gut bekommen sollte. Schon beim Prozeß gegen Ekkehard Weil und die anderen Mittäter mußte er Haß und Håme über sich ergehen lassen für seinen „Verrat“, vor allem von denen, die die Vorherrschaft in der rechtsextremen Szene übernehmen wollten, etwa Gerd Honsik oder Gerhard Endres sowie dem Mitangeklagten Gottfried Küssel. Zusammen mit einer Kreditaffäre leitete diese Aktion das Ende der NDP ein.

„Rechts von der NDP hatte sich eine neue Plattform entwickelt, die - das war eine neue Qualität im heimischen Rechtsextremismus - den Rassismus als zentralen Programmpunkt propagierte und dies auch deutlich im Namen des Vereins festhielt: die Ausländer-Halt-Bewegung (AUS) trat zu den Wahlen an.“ (Purtscheller 1993, 221) Sie setzte sich aus ANRlern, abtrünnigen NDP-Mitgliedern und anderen Rechtsextremisten zusammen. Anfang der 80er Jahre kam es zu einem Wandel des österreichischen Rechtsextremismus: Hatte die NDP noch auf parlamentarische Vertretung gesetzt und gehofft, so war das für ANR und AUS nur eine taktische Variante. Außerdem vollzog sich ein Generationenwechsel: Die Kriegsgeneration ging in Pension, die Nachgeborenen übernahmen die rechtsextreme Szene.

Die Neuorientierung ist v.a. mit dem Namen Gerd Honsik und seinem militanten Rassismus verbunden. Er entwickelte eine Taktik, die nicht mehr an festen Organisationsnamen festhielt, sondern wechselte die Bezeichnungen regelmäßig, um das Verbotsgesetz ständig unterlaufen zu können. Außerdem setzte er auf viele kleine Vereine, die eine unterschiedliche Zielgruppe auf dem Weg zum gleichen Ziel ansprechen konnte. Seine Hauptplattformen waren aber die Zeitschrift HALT (Gegründet 1980) und

die '81 gegründete AUS. Diese schafften es seit damals, eine Art „Einheitsfront“ des österreichischen Rechtsextremismus, speziell über den Moment der AusländerInnenfeindlichkeit, zu erzeugen. Zusätzlich wurde versucht, jugendliche Fußballfans auf die rechtsextreme, ausländerInnenfeindliche Linie zu bringen.

Bei der Nationalratswahl 1983 kandidierte die AUS unter dem Listennamen „Rette dein Volk - Ausländer raus!“. Die notwendigen Unterstützungserklärungen erhielt sie nur in Wien. Der Erfolg blieb aber aus: Es reichte nur zu 3.825 Stimmen (= 0,4 %).

Nachzutragen zu den 80er Jahren bleibt noch die Untersagung der NDP durch den Verfassungsgerichtshof im Juni 1988. Dieses Urteil hatte sich Burger nebenbei auch noch selbst zuzuschreiben, weil er solange gegen eine Ankündigungsabgabe prozessiert hatte, bis das Verfahren beim Verfassungsgericht gelandet war - der die NDP schlicht auflöste. Dieser juristische Schritt war aber nur der letzte auf dem Weg des Unterganges der NDP - ihre Bedeutung innerhalb des rechtsextremen Lagers war ihr ja schon früher abhanden gekommen.

Eine weitere schillernde Figur neben Honsik ist Walter Ochensberger, der trotz aller Verurteilungen nach wie vor das Hetzblatt „Sieg“ herausgibt, das „im wesentlichen nur drei Themen [kennt]: Rassismus, Antisemitismus und Auschwitz-Lüge, das alles in geradezu pathologisch anmutender Konzentration.“ (Purtscheller 1993, 261) Die Bedeutung von Ochensberger und „Sieg“ liegt in einer Art „Scharnierfunktion im Mikrokosmos der neo-nationalsozialistischen Sekten“. (Purtscheller 1993, 261) Er schafft es, viele anzusprechen und Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen in verschiedenen Ländern zu knüpfen.

Erst beim vierten Anlauf gelingt es der Justiz, ihm 1991 Wiederbetätigung nachzuweisen; Ochensberger wird zu drei Jahren unbedingte verurteilt. Der Haft entzog er sich durch Flucht nach Spanien; so konnte er auch nicht miterleben, wie seine Haftstrafe in der Berufung auf zwei Jahre reduziert wurde. Erst im Februar 1993 wurde der inzwischen munter Weiterpublizierende in Kiel verhaftet, an Österreich ausgeliefert und ins Gefängnis gesteckt.

Die FPÖ

GESCHICHTE

Eine Abhandlung über den Rechtsextremismus in Österreich kann schwerlich ohne eine Behandlung der FPÖ auskommen, auch wenn deren Einordnung durchaus nicht leicht ist. Historisch gesehen betrachtet sie sich als Repräsentantin des „Dritten Lagers“ der Monarchie und der Ersten Republik, jener deutschnationalen und großdeutschen Kräfte, die sich 1949 im VdU wiederfanden. Sie hat im Laufe der Zweiten Republik seit ihrer Gründung 1956 einige Entwicklungen durchgemacht und läßt sich auch heute nicht als homogene Partei darstellen.

Der Anfang der Partei war durch einen Zusammenschluß ehemaliger Nazis unter der Führung Anton Reinthallers gekennzeichnet. Nach dessen Tod wurde Friedrich Peter, ebenfalls belastet von seiner NS-Vergangenheit (HJ und SS), Langzeitobmann. Langjähriger Stellvertreter Peters war Tassilo Broesigke, späterer Rechnungshofpräsident, war bereits vor 1938 Illegaler und in der Zweiten Republik als Anwalt für die Deutsche National-Zeitung und für Borodajkewycz (vgl. S.52 f.) tätig. Diese Liste ließe sich problemlos fortsetzen (vgl. Neugebauer 1979, 372); nur wenige FPÖ-Funktionäre der Anfangsphase waren frei von einer belastenden Vergangenheit.

Nach dieser Phase, in der die FPÖ als Partei der Ehemaligen isoliert war, gelingt es Friedrich Peter, seine Partei salonfähiger zu machen. Das Programm wird verbreitert, vor allem aber durch die Unterstützung der SPÖ-Minderheitsregierung 1970/71 erwirbt er ein gewisses Ansehen; die SPÖ vergalt ihm diese Unterstützung mit einer Wahlrechtsänderung, die Kleinparteien-freundlicher war. Anfang der 80er Jahre wird die FPÖ dann als koalitionsfähig akzeptiert. Trotz einer äußeren Liberalisierung ändert sich aber an den Inhalten und auch an den Einstellungen der Funktionäre wenig. Bestimmend ist nach wie der deutsch-nationale Flügel, mit Exponenten wie Otto Scrinzi (vgl. Bailer / Neugebauer 1993b, 331).

Unter dem neuen Obmann Alexander Götz (1978/79) kommt es zu einem Rechtsruck und zu einer Hinwendung zur ÖVP. Götz, ebenfalls mit braunen Flecken auf der Weste (vgl. Neugebauer 1979, 383), tätigte in seiner

kurzen Obmannschaft Äußerungen, die ihm den Applaus der Deutschen National-Zeitung sicherten.

Für kurze Zeit gelingt es den liberaleren Kräften innerhalb der FPÖ Anfang der 80er Jahre an die innerparteiliche Macht zu kommen. Unter Obmann Norbert Steger setzen sich jüngere Funktionäre, die etwa aus dem Attersee-Kreis kommen, durch, sie mußten aber immer Konzessionen an die nationalen Kräfte machen (vgl. Bailer / Neugebauer 1993b, 335 f.). Höhepunkt dieser Phase ist die Regierungsbeteiligung in der Kleinen Koalition mit der SPÖ 1983-86. Lange konnten sich die eher Liberalen nicht halten, das Pendel schlug wieder in die andere Richtung aus:

„Die vierte Phase beginnt mit Stegers Sturz auf dem Innsbrucker Parteitag im September 1986. Ein vom nationalen Flügel gut vorbereiteter Putsch bringt Jörg Haider an die Spitze.“ (Scharsach 1992, 35) Dieser Richtungswechsel³⁷ wird durch das gute Abschneiden bei der Nationalratswahl im Herbst '86 unterstützt. Die ideologische Richtung beginnt sich zu ändern, zurück zu den nationalistischen Traditionen, aber nicht nur. Eine wichtige Rolle bei der Neupositionierung der FPÖ spielt der Lorenzener Kreis,³⁸ eine rechte Kadenschmiede,³⁹ die in der Lorenzener Erklärung das relativ liberale Parteiprogramm der FPÖ nur auslegen soll; in Wirklichkeit setzt es jedoch ganz andere Akzente: „volkliche Existenz“, die unterschiedliche Würde des Menschen, der „gesunde Lebensraum“ etc. (vgl. Scharsach 1992, 36)

Eine weitere Entwicklung ist die Hinwendung zu einer Führerpartei, ähnlich den REPs: Haider ist das Programm, seinen Weg säumen die „Leichen“ früherer Funktionäre und MitarbeiterInnen.⁴⁰ Die unumschränkte Macht Haiders zeigt sich auch in seiner Personalpolitik: Er umgibt sich zunehmend mit politisch bisher nicht aktiven Yuppies und QuereinsteigerInnen, die mit der FPÖ bis zu ihrer Einsetzung in eine Funktion häufig nichts zu tun haben. „Haider schuf sich so eine von Vasallen getragene Partei, die ihm bedingungslos ergeben ist und in der er schalten und wal-

³⁷ Eine sehr anregende Beschreibung dieses „Putsches“ findet sich in Riedlsperger (1989), dem ich allerdings in seiner generellen Einschätzung nicht folgen kann.

³⁸ genauer in Bailer / Neugebauer 1993b, 403 ff.

³⁹ Dieser kurze Anklang an die intellektuelle Tradition der Neuen Rechten sollte aber keine bleibende Rolle in der Entwicklung der FPÖ spielen. Ähnlich wie bei den deutschen Reps zeichnet sich eher eine modernisierte Variante alter Inhalte ab als der Versuch, intellektuell und kulturell zu reüssieren. Auch von der neurechten politischen Enthaltsamkeit ist bei der FPÖ nichts zu bemerken.

⁴⁰ Eine seitenlange Auflistung der „Opfer“ bringen Bailer / Neugebauer (1993b, 347 ff.).

ten kann, wie er will. Diese Vorstellung von einer autoritären Führerpartei hat Jörg Haider auch mehrfach offen und brutal ausgesprochen. [...] Nach Ausschaltung der Spielregeln innerparteilicher Demokratie ist die Haider-FPÖ heute als eine autoritäre Führerpartei zu qualifizieren.“ (Bailer / Neugebauer 1993b, 352 f.)

IDEOLOGIE UND POLITIK

Vielsagend im Zusammenhang mit dieser Arbeit ist auch, wie sehr Haider, der sich (wenigstens halbherzig) vom Rechtsextremismus zu distanzieren versucht, in der rechtsextremen Ecke geschätzt wird. Vom Neonazi Gerd Honsik über NDP-Chef Norbert Burger bis zu Le Pen, Schönhuber und Frey reicht die Palette der Sympatisanten: „Europas Rechtsextremismus hat einen neuen Hoffnungsträger.“ (Scharsach 1992, 40)

Das, was Haider auszeichnet, ähnlich wie, aber erfolgreicher als Schönhuber, ist die relativ erfolgreiche Tarnung seiner Einstellungen. Sooft ihm auch etwas „ausrutscht“, etwa die „ordentliche Beschäftigungspolitik“, die ihn seinen Posten als Kärntner Landeshauptmann gekostet hat, gelingt es ihm doch meist, seine Ideologie unter modernen Mäntelchen zu verstecken. Was seinen Erfolg zusätzlich begünstigt ist die Tatsache, daß er mit einzelnen Äußerungen durchaus berechtigte Anliegen der Bevölkerung trifft - was es wiederum schwer macht, sein „wahres Antlitz“ zu entlarven.

Gerade aber seine Sprache ist es, die ihn, so sie unabsichtlich eingesetzt wird, immer wieder entlarvt, und die dort, wo sie beabsichtigt ist, deutlich zeigt, wes Geistes Kind er ist. Auffällig sind seine mannigfachen sprachlichen Anleihen beim Dritten Reich: Die „Mißgeburt Österreich“ zählt ebenso dazu wie die „Altparteien“, als die er SPÖ und ÖVP gerne tituliert, auch die „Dritte (sic!, gh) Republik“ ist wohl nicht nur als logische Folge im dekadischen Zahlensystem zu sehen. Einer der Höhepunkte war sicher die Anleihe bei Goebbels: Haider beschwor den „totalen Krieg“ der großen Koalition gegen die FPÖ herauf. „Mit seinen regelmäßigen Anleihen aus dem Wortschatz der Nationalsozialisten und der Zwischenkriegszeit wendet er sich ausschließlich gegen jenes sprachliche Tabu, das nach Kriegsende zu einem wichtigen Bestandteil des antifaschistischen Grundkonsenses geworden ist.“ (Scharsach 1992, 209) Ebenfalls sehr beliebt bei Haider sind die auch von den Nazis gepflegten Vergleiche aus dem Tierreich und der menschlichen Anatomie: Parasiten, Schweine, Sieben-

schläfer und Schädlinge sind bei Haider ebenso anzutreffen wie Mißgeburten, Kadaver, Blinddärme, Blindheit und Blutegel. Mit seinen Anklängen an die NS-Sprache erreicht Haider zweierlei: Er hat weiter eine nach außen hin reine Weste, da er ja nie offen Sympathie für den Nationalsozialismus bekundet, seine SympathisantInnen verstehen aber dennoch, worauf er hinaus will.

Ganz im Geiste der NS-Zeit zeigen sich bei der FPÖ immer wieder antisemitische Rülpsen. Peter Müller etwa meinte 1990 „scherzhalber“, Simon Wiesenthal hätte in 'Jörgls' Pfeife Platz - in Anspielung auf die Krematorien der KZs; woraufhin Haider ihn zwar von seinem Postens als Ortsparteiobmann in Bad St. Leonhard entfernte, ihm daraufhin aber das Amt eines Referenten für Öffentlichkeitsarbeit übertrug. Raimund Wimmer, Organisator des Lorenzener Kreises, warnte in einem Inlandsreport 1989 vor „Negern, Polaken und Bejkelesjuden“ (vgl. Scharsach 1992, 52) Haiders Distanzierung fiel wiederum sehr halbherzig aus; Folgen hatte der Sager für Wimmer keine. Erika Schwetz ergeht es da anders: Die liberale FPÖ-Bezirksrätin in Floridsdorf, die 1988 für die Erhaltung eines jüdischen Friedhofs eingetreten war, mußte sich von Partei„freunden“ beschimpfen und bedrohen lassen, bis sie die Partei verließ. Reaktion Haiders: keine. Raffinierter der Antisemitismus einer Kriemhild Trattnig: Wenn sie im „berühmten“ Kärntner Grenzland-Jahrbuch von den dunklen Mächten des Kapitals hinter der Weltbühne spricht, wissen die LeserInnen wohl, daß sie die „jüdische Weltverschwörung“ meint - aber gesagt hat sie das nie.

Interessant in diesem Zusammenhang erscheint mir auch Haiders Politik im Zuge der Diskussion um eine Novellierung des Verbotsgesetzes 1992: Er forderte, dieses Gesetz, das aus der spezifischen Situation nach Ende des Nationalsozialismus stammt, auszudehnen auf die Leugnung anderer Völkermorde - womit er sich unauffällig in die Reihen der Rechten einreichte, die die Einzigartigkeit des Holocaust bestreiten, die NS-Verbrechen (dadurch) verharmlosen und die Opfer beleidigen. Zu diesem Stil gehört auch die Forderung, die Vergangenheit endlich ruhen zu lassen, oder, wie Haider, erst gar nicht darüber nachzudenken (vgl. Scharsach 1992, 58)

„Der Rassismus ist als politische Waffe wiederentdeckt. Diesmal wird nicht gegen Juden mobilisiert, sondern in erster Linie gegen Gastarbeiter und Asylanten.“ So beschreibt Scharsach (1992, 60) die Methodik rechter

Parteien in Europa. Bei der FPÖ sieht das folgendermaßen aus: Haider schafft es, subtil vorzugehen. Er verbindet Teilwahrheiten mit Unwahrheiten, verschweigt Tatsachen und kombiniert andere willkürlich; das ganze verpackt in eine suggestiv-manipulative Sprache, die dazu geeignet ist, Angst auszulösen (z.B. 'Ausländer-Flut'). Zusammen mit der steigenden Migration Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre ergibt diese Wortwahl einen Panik-Effekt, der der Wirklichkeit nicht gerecht wird. Sehr beliebt ist bei den FPÖ-Denkern auch der Verweis auf die bereits erwähnten Biologen und Verhaltensforscher, etwa Eibl-Eibesfeldt. Besonders Andreas Mölzer scheut nicht davor zurück, seine Sprache mit einer Mischung aus NS-Versatzstücken („Umvolkung“) und Ethologie-Begriffen „anzureichern“. Besonders perfide ist m.E. die ständige Verknüpfung von Asylanten⁴¹ und Kriminalität. Obwohl empirisch das Gegenteil belegt ist, erreichte die FPÖ (und ähnliche Parteien in anderen Ländern) durch die regelmäßige Andeutung, daß die Furcht vor der „Ausländerkriminalität“ steigt, die Verknüpfung dieser Bereiche in Teilen der öffentlichen Meinung; und dann kann sie bequem für law & order, für mehr Polizei und gegen überflüssige Bürgerrechte eintreten. Haiders Trick: Er verschweigt Teile der Information: Es gibt durchaus reisende Kriminelle, und deren Zahl steigt seit dem Fall des Eisernen Vorhangs; in der Haiderschen Präsentation ist dann aber nur von „den Ausländern“ die Rede, obwohl Flüchtlinge, GastarbeiterInnen und TouristInnen eine niedrigere Kriminalitätsquote haben als ÖsterreicherInnen. „Haider weiß das. [...] Seine Ausländerkampagne beruht nicht auf Irrtum oder Schlamperei. Sie entspricht genau jener Strategie der Aufwieglung und Verhetzung, mit der Rechtsextremisten in ganz Europa ihre Geschäfte machen.“ (Scharsach 1992, 70) Eine weitere sachlich nicht gerechtfertigte FPÖ-Methode ist die Aufrechnung von Arbeitslosen und AusländerInnen; auch hier ist längst nachgewiesen, daß kein Zusammenhang besteht, was aber Haider nicht daran hindert, durch die vereinfachte Gegenüberstellung inkommensurabler Zahlen (sprich: den Vergleich der sprichwörtlichen Äpfel und Birnen in Form von GastarbeiterInnen und Arbeitslosen) beim Publikum einen Zusammenhang herzustellen. Was Haider damit erreicht hat, ist, AusländerInnenfeindlichkeit halbwegs salonfähig zu machen, seine Themen der Öffentlichkeit aufzupressen und manche Halbwahrheiten durch ständige Wiederholung in den allgemeinen Diskurs einfließen zu lassen.

⁴¹ Dieser ehemals relativ wertfreie Begriff hat inzwischen schon eine schale Konnotation bekommen.

Sehr typisch für rechtsextremes Vorgehen ist das Verkleiden der AusländerInnenfeindlichkeit als „InländerInnenfreundlichkeit“. Diese auch von Neonazis gern angewandte Taktik drückt sich etwa im Titel des Haider-schen 'Ausländervolksbegehrens' „Österreich zuerst“ aus (vgl. dazu Bailer / Neugebauer 1993b, 392)

Daß auch Haider Grenzen gesetzt sind, zeigte allerdings der Mißerfolg dieses „Ausländer-Volksbegehrens“ Anfang 1993, das nicht nur von einem für die FPÖ enttäuschenden Ergebnis, sondern auch von österreich-weiten Protesten und Lichterketten gekennzeichnet war. Die Frage ist nur, ob die damals aufleuchtende Grenze eine permanente ist oder ob auch sie langsam verrückt werden wird.

Doch nicht nur AusländerInnen sind Opfer der FPÖ-Propaganda: „Die Schaffung von Feindbildern und Sündenböcken zählt zu den Wesensmerkmalen rechtsextremer Ideologien. Haiders ausgrenzende Angstpropaganda unterscheidet sich kaum von der ideologischer Vorgänger.“ (Scharsach 1992, 79) Die „Systemparteien“ zählen ebenso zu seinem Vokabular wie Verschwörungstheorien („der Altparteien und Medien“) oder Angriffe auf „Linke“ und KünstlerInnen (die an den Kampf der Nazis gegen die „entartete Kunst“ erinnern): „Entsprechend bewährten Rezepten versucht die Haider-FPÖ, alle ihr nicht genehmen Gruppen und Personen als linksextrem oder kommunistisch zu verteufeln [...] Im besonderen richtet sich die Haider-Propaganda gegen in der Öffentlichkeit bekannte, engagiert auftretende antifaschistische Wissenschaftler/innen und Künstler, wobei Haider und seine propagandistischen Nachbeter weder vor Beschimpfungen noch Drohungen zurückschrecken.“ (Bailer / Neugebauer 1993b, 383 f.) In seiner Wortwahl ist Haider dabei nicht eben wählerisch: „Gesindel“, „Pöbel“ und „Linksfaschisten“ zählen zu seinem alltäglichen politischen Wortschatz (vgl. Scharsach 1992, 80).

Ein wesentliches Merkmal des Rechtsextremismus ist bekanntlich der Nationalismus, der in Österreich als Deutsch-Nationalismus auftritt. Auch davon ist die FPÖ keineswegs frei. Haiders Elaborat über das Deutschtum, das er als 16jähriger verfaßt hat, könnte unter „Jugenddummheit“ abgelegt werden, wenn, ja wenn er sich nicht noch 1988 stolz dazu bekennen würde („bleibe ich auch in grundsätzlichen Fragen bei meiner Meinung.“; zit. nach Scharsach 1992, 86) Im Parteiprogramm der FPÖ wird auch nach wie vor die „deutsche Volks- und Kulturgemeinschaft“ be-

schworen (vgl. Bailer / Neugebauer 1993b, 372). In das gleiche Bild paßt die immer wiederkehrende Ablehnung der österreichischen Nation und, damit verbunden, die parteiinterne Umbenennung des Nationalfeiertags in „Staatsfeiertag“. Sogar offen deutschnational äußert sich Andreas Mölzer, für den ÖsterreicherInnen nach wie vor zum „deutschen Volk“ gehören. Doch auch Haider spricht davon, daß das deutsche Volk durch die „kleine Version“ der „Wieder“vereinigung bedroht sei, 7 Millionen Menschen zu verlieren (zit. nach Scharsach 1992, 90) Wie üblich: Haider persönlich spricht (meist) nicht aus, sondern nur an.

Schon im Zusammenhang mit dem latenten Antisemitismus der FPÖ habe ich darauf hingewiesen, daß es der Haider-Partei mit der geschichtlichen Wahrheit nicht so ernst ist. Doch auch abseits der KZs zeigt sich ein eigenartiger Umgang mit der Geschichte, vor allem mit dem Dritten Reich. Von der Verteidigung der Wehrmacht, deren Soldaten nur ihre Pflicht getan hätten, über den Wunsch, „der historischen Wahrheit zu ihrem Durchbruch zu verhelfen“ (Haider) zieht sich die revisionistische Spur bis zu „Schluß mit der Nazijagd!“ (Kärntner Nachrichten) (vgl. Scharsach 1992, 98) Haider ist gern gesehener und gern kommender Gast bei Treffen von Kameradschaftsverbänden; die Mitglieder der ehemaligen Waffen-SS bezeichnet er dabei etwa als „Vorbilder, Menschen mit idealistischer Lebenseinstellung“ (zit. nach Scharsach 1992, 99) und singt auch gerne das Treuelied der SS. Haiders Geschichtsbild ist überhaupt interessant: Durch die Erklärung des Schicksals zum Urheber allen historischen Geschehens gelingt es ihm spielend, menschliche Verantwortung zu leugnen - und damit die Nazis zu exkulpieren. Dazu paßt auch Haiders Unterschrift unter einen Aufruf der DVU zur Rehabilitierung von Kriegsverbrechern, abgedruckt 1980 in Freys Deutscher National-Zeitung. Verbindungen zwischen FPÖ und Geschichtsrevisionismus bzw. NS-Verharmlosung gibt es noch genug. Haider schafft es aber auch nicht, sich deutlich vom NS-Regime zu distanzieren; Ausdrücke wie Massenmord oder Vergasungen bringt er nur schwer über die Lippen, die Einzigartigkeit des industriellen Völkermordes der Nazis an den JüdInnen scheint er nicht zu sehen (vgl. dazu Bailer / Neugebauer 1993b, 375).

Ein besonders drastisches Beispiel ist das bereits erwähnte „Kärntner Grenzland-Jahrbuch 1989“, in dem, selbst für die FPÖ ungewohnt offen, die NS-Zeit und Hitler gelobt werden. „Volkstümlich könnte man das Urteil der Gelehrten [9 WissenschaftlerInnen haben das Grenzland-Jahrbuch

untersucht; gh] in einem kurzen Satz zusammenfassen: Das FPÖ-„Grenzland-Jahrbuch“ macht Nazipropaganda in Naziterminologie.“ (Scharsach 1992, 122) Wenn dies auch der Höhepunkt ist, so zeigen doch auch andere Untersuchungen der Grenzland-Jahrbücher oder der FPÖ-Zeitung „Kärntner Nachrichten“ deutliche Tendenzen in Richtung Geschichtsverfälschung und NS-Verharmlosung.⁴² Und wer diese Vorgangsweise aufdeckt, wird als „akademisches Ungeziefer“ oder „Handlanger Moskaus“ bezeichnet (zit. nach Scharsach 1992, 124 f.). Haiders Glück ist, daß die meisten seiner Aussagen dieses Stils eher im verborgenen bleiben und er so sein Image als junger, dynamischer, moderner „Robin Hood“ aufrechterhalten kann. Nur einmal ist ihm sein Geschichtsbild zum Verhängnis geworden: Die Aussage von der „ordentlichen Beschäftigungspolitik im Dritten Reich“ 1991 hat ihn seinen Sessel als Kärntner Landeshauptmann gekostet; was ihn nicht daran hinderte, seine Aussage nachträglich auch noch als „historische Wahrheit“ zu etikettieren (vgl. Scharsach 1992, 134)

Die FPÖ hat aber nicht nur Kontakte zu (anderen) rechtsextremen Organisationen, sie bindet Personen aus derartigen Gruppen immer stärker als KandidatInnen und FunktionärInnen ein: „Diese Integration von Rechtsextremen vollzieht sich praktisch auf allen Ebenen der Partei und wird besonders in den bei Wahlen vorgelegten Kandidatenlisten sichtbar.“ (Bailer / Neugebauer 1993b, 354) Eine Untersuchung dieser Listen zeigt, daß immer mehr NDP-, ANR- u.a. AktivistInnen innerhalb der FPÖ ihren Platz finden. Diese „Vermischung“ ist so stark, daß Bailer / Neugebauer (1993b, 355) von einer „Integration des traditionellen Rechtsextremismus in die FPÖ“ (mit Ausnahme nur mehr des militanten Neonazismus) sprechen.

Ein beliebtes Thema Haiders ist der Kampf gegen Kammern und Verbände. In der Zeit der Skepsis gegenüber der etwas überaltert wirkenden Sozialpartnerschaft ist das ein lohnendes Thema, bei dem ihm viele zustimmen. Was weniger bekannt ist, ist einerseits die taktische Ausrichtung beim Aufzeigen von Mißständen, andererseits der ideologische Hintergrund dieser Strategie: Sie steht in der rechten Tradition der Forderung nach der „sozialen Volksgemeinschaft“, nach dem „organischen Staat“, in

⁴² Einen Überblick über die Publizistik der bzw. im Umkreis der FPÖ bietet Fromm / Kernbach 1994, 250 ff.

dem jede/r nach seinen/ihren Fähigkeiten einen Platz einnimmt; für Klassen- oder Standesunterschiede ist darin kein Platz. Haider im Originalton:

„Diese Grundsätze (des FPÖ-Programms, Anm. Oswald) sind in einer Politik der sozialen Volksgemeinschaft zu verwirklichen. Dabei ist auf das Bekenntnis zur Volksgemeinschaft besonderer Wert zulegen, die eine organische und ethische Gebundenheit des Menschen in verschiedenen Gemeinschaften, von der Familie bis zum Volk, zum Ausdruck bringt. Damit grenzen wir uns von materialistischen Ideologien ab, für die der Mensch nur ein einzelhaftes Wesen in einer gesichts- und bindungslosen Gesellschaft darstellt.“ (zit. nach Oswald 1989b, 79)

Auch das Staatsmodell der FPÖ unter Haider paßt in dieses Bild: „Rigorous Durchgreifen gegen Kriminelle, härtere Strafen, strengerer Vollzug, modernere Ausrüstung und bessere Bezahlung der Polizei.“⁴³ (Scharsach 1992, 147)

Dem Bild der „sozialen Volksgemeinschaft“ entspricht auch das Frauenbild der FPÖ: Das traditionelle Rollenbild mit der Frau am Herd herrscht (im wahrsten Sinne des Wortes) nach wie vor vor. Für Haider besteht Partnerschaft aus zwei Funktionen: „Dem dienenden und dem führenden Teil. So ist das!“ (zit. nach Scharsach 1992, 149)

Haiders Beziehung zur Demokratie ist ebenfalls fragwürdig, und das nicht erst seit dem Sommer 1994, als er massive Kritik am System der repräsentativen Demokratie zu üben begann.⁴⁴ Seit Jahren werden von ihm und seinen Vasallen demokratische Institutionen und Prozesse diffamiert. Seine Taktik richtet sich immer wieder gegen das rechtsstaatliche System, etwa wenn er die Justiz als „politische“⁴⁵ diffamiert oder versucht, mit „Bürgerbewegungen“ und Demonstrationen an den demokratischen Institutionen vorbeizuregieren. Interessant sind auch seine Spekulationen über eine „Dritte Republik“ u.ä. Näheres zu diesen Schlagworten ist mir nicht

⁴³ In dieses Bild passen auch die Aussagen der Staatsanwältin Höbinger-Lehrer, die bei der Nationalratswahl 1994 für die FPÖ kandidierte: Sie würde Sexualverbrecher am liebsten ihrer Geschlechtsteile berauben („Dem gehört das Pimperl abgeschnitten.“; profil Nr. 35/94, 22) und tritt auch sonst für einen harten Strafvollzug ein („Lebenslang müsse lebenslang bleiben, denn solche Straftäter hätten das Recht auf Hoffnung verwirkt“; profil Nr. 35/95, 22)

⁴⁴ Was mich insofern wundert, als diese ebenso wie Führerstaaten auf den philosophischen Überlegungen Carl Schmitts aufbaut (vgl. dazu Kap. „Grundlage: Die „Konservative Revolution““ auf S.10 ff.)

⁴⁵ gemeint ist wohl „parteipolitische“

bekannt; nach den bisherigen Ausführungen ist aber nichts Gutes zu erwarten.

FAZIT

Wie ist die FPÖ nun nach dem bisher Dargelegtem einzuschätzen? „Haider versteht es, wie es für den modernisierten Rechtsradikalismus der Gegenwart typisch ist, an faschistischen Quellen anzuknüpfen und gleichzeitig von Hitler abzurücken.“ (Oswalt 1989b, 79 f.) Kurz: Die grundlegende Ideologie Haiders und daher der FPÖ ist eine rechtsextreme, im Vergleich ist sie sogar „im Spektrum des österreichischen Rechtsextremismus die mit Abstand wichtigste Kraft [und international] die stärkste und erfolgreichste rechtsextreme Partei Europas.“ (Bailer / Neugebauer 1993b, 358) Die Begründung dafür liegt auf der Hand: Bei der Darstellung der Ideologie auf den letzten Seiten sind die Merkmale des Rechtsextremismus, wie ich sie auf S.7 ff. dargelegt habe, schön der Reihe nach vorgekommen: Nationalismus, Geschichtsrevisionismus, Ungleichheitsdenken mit Sündenböcken und deren Ausgrenzung, Verschwörungsphantasien, Ablehnung der Demokratie, Eintreten für die „soziale Volksgemeinschaft“ und für einen starken Staat etc. Daß dieses harte Urteil etwas überraschend wirken mag, liegt wohl daran, daß die FPÖ keine 'klassische' rechtsextreme Partei ist: Im Gegensatz zur DVU etwa beschäftigt sie sich nicht vorwiegend mit der NS-Zeit, sondern betreibt Tagespolitik wie andere gewählte Parteien auch. Die herausgearbeiteten ideologischen Grundlagen sind eben Grund-Lagen, d.h. sie sind nicht das Bild, mit dem sich die Partei dem Gros der WählerInnen präsentiert (bestimmten Zielgruppen allerdings schon). Und genau hier liegt m.E. auch die besondere Gefahr, die von der FPÖ ausgeht: Gerade durch ihr weitgehend „harmloses“ Auftreten ist sie zu einer politischen Kraft in Österreich geworden, mit einem WählerInnenanteil, der bei der Nationalratswahl am 9.10.94 bei über 22 % lag. Sie hat also die Möglichkeit, kraft ihrer demokratischen Legitimation⁴⁶ mitzuregieren und ihre Ideen umzusetzen. Welche Ergebnisse das bringt, sah mensch in Kärnten, als Haider Landeshauptmann war (Aufrufe zu Denunziation; Versuch der Unterwanderung von Jugendorganisationen; „Ahnenpaß“ für Schulbesuch; vgl. Scharsach 1992, 155 f.). Im Moment

⁴⁶ Für mich ein trauriger Punkt, daß eine Partei besser gegen die derzeitige Demokratie agitieren kann, weil (!) sie durch dieses System eine breitere Basis erhalten hat.

gibt es auf Bundesebene einen Anti-Haider-Konsens; innerhalb der ÖVP ist dieser allerdings so brüchig, daß zu befürchten ist, daß die AnhängerInnen einer Kleinen Koalition die Oberhand erlangen und damit die FPÖ an die Regierung kommt. Der Blick in die Zukunft kann kein erfreulicher sein:

„[Das AusländerInnen-Volksbegehren und die Abspaltung des Liberalen Forums] rückten die Haider-FPÖ in den Bereich des Rechtsextremismus, für den sie nunmehr zentrale Bedeutung hat. Die übrigen Organisationen dieses Spektrums treten gegenüber der FPÖ in den Hintergrund, vor allem weil sie sich ja nun durch diese Partei parlamentarisch vertreten sehen und über ihre Funktionäre ihren Standpunkt dort einbringen können. Die Rechtsentwicklung der mittlerweile innen- und außenpolitisch isolierten FPÖ scheint vorläufig noch zu keinem Abschluß gelangt zu sein. Während aber (als solche leicht erkennbare; gh) rechtsextreme Gruppierungen in der Öffentlichkeit auf entschiedene Ablehnung stoßen [...], verfügt die FPÖ trotz ihres immer deutlich werdenden rechtsextremen Charakters [...] nach wie vor über beträchtliche politische Möglichkeiten.“ (Bailer / Neugebauer 1993a, 101)

Mit Bailer / Neugebauer läßt sich zusammenfassend sagen: „Das Gedankengut der die FPÖ heute total dominierenden Kerngruppe um Jörg Haider ist eindeutig als rechtsextrem zu qualifizieren [...] Jede andere Deutung läuft unseres Erachtens auf eine gefährliche Verharmlosung der Haider-FPÖ hinaus.“ (Bailer / Neugebauer 1993b, 402 f.)

2.2 Soziologischer Rechtsextremismus

„Eine kritische Bestandsaufnahme zum Rechtsextremismus [...] darf sich nicht auf die politischen Organisationen beschränken, sondern muß auch die soziologische Seite berücksichtigen.“ (Pfahl-Traughber 1993, 165) Die bisher behandelten Organisationen stehen nicht in einem luftleeren Raum, sondern sind in eine Gesellschaft eingebettet, mit der sie interagieren, sie haben Mitglieder, WählerInnen, AnhängerInnen und GegnerInnen. Dieser Bereich des soziologischen Rechtsextremismus, der rechtsextremen Einstellungen soll nun behandelt werden; zuerst werde ich auf das rechtsextreme Potential im allgemeinen eingehen, anschließend die Jugendlichen genauer unter die Lupe nehmen.

2.2.1 Rechtsextreme Einstellungen - allgemein

„Die Warnung von Bertolt Brecht (vgl. S.9; gh), daß der soziale Boden für antidemokratisches Denken und Handeln keineswegs ausgetrocknet ist, verdient nach wie vor Aufmerksamkeit. Ich werde [...] zeigen, daß Rechtsextremismus einen festen Bestandteil der politischen Kultur der Bundesrepublik bildet“, schreibt Stöss (1989, 39) als Einleitung seines Kapitels über die rechtsextremen Einstellungen der deutschen Bevölkerung. Wie sieht's damit im Detail aus?

2.2.1.1 Einstellungen zum Nationalsozialismus

Interessant (und erschreckend) finde ich die Untersuchung des U.S. High Commissioners for Germany, die 1952 zutage brachte, daß 44 % der Befragten die Ziele des Nationalsozialismus für 'eher gut' hielten (vgl. Stöss 1989, 42). Kurz nach dem Krieg, wo mensch eigentlich eher die Nachwehen der Leiden und eine Ablehnung des Nationalsozialismus erwarten würde, zeigt sich also, daß die wahre Dimension der nationalsozialistischen Verbrechen nicht im öffentlichen Bewußtsein verankert ist.

Auch Langfristuntersuchungen des Instituts für Demoskopie Allensbach bringen erstaunliche Ergebnisse: Auf die Frage, ob Hitler ohne den Zweiten Weltkrieg ein 'großer Staatsmann' gewesen wäre, beantworten 1955 48 % mit Ja und 36 % mit Nein, 1978 stehen immer noch beachtliche 31 % Ja den 55 % Nein gegenüber.

Im selben Jahr meinten auch 37 %, daß das Dritte Reich, abgesehen von 'Krieg und Judenvernichtung' 'gar nicht so schlecht war' (gegenüber 40 %, die das Dritte Reich auf jeden Fall für schlecht hielten).

Bei einer Wahl 'für oder gegen einen Mann wie Hitler' hätten sich auch 1983 5 % dafür und 77 % dagegen ausgesprochen; wenigstens dieser Wert sank im Lauf der Zeit, der Wert derjenigen, die keine Angaben abgeben wollten, stieg allerdings. Bemerkenswert bei diesen Untersuchungen erscheint mir noch, daß die Sympathien durchaus nicht auf „alte Nazis“ beschränkt sind. (Alle Untersuchungen nach Stöss 1989, 43 f.)

Diese Untersuchungen besagen jetzt nicht, daß so-und-so-viele Deutsche Nazis sind und ein „Viertes Reich“ einführen wollen. Sie sind aber „ein Ausdruck von Sympathie für autoritäre und antidemokratische Politikvorstellungen. Insofern existierte also ein nicht unbeträchtliches rechtsextre-

mes Einstellungspotential.“ (Pfahl-Traughber 1993, 167) Der direkte Schluß von Einstellungen gegenüber dem Nationalsozialismus auf rechtsextreme Orientierungen ist aber, gerade im Hinblick auf unsere Rechtsextremismus-Definition (vgl. S.6 ff.), nicht zulässig.

2.2.1.2 Rechtsextreme Einstellungen

Die größte Untersuchung zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland ist die SINUS-Studie, durchgeführt 1979/80 im Auftrag des Bundeskanzleramtes. Obwohl diese Studie gelegentlich auch angezweifelt wird,⁴⁷ hier einige Ergebnisse: Aufgrund von 7.000 Interviews kamen die UntersucherInnen zum Schluß, daß 13 % ein rechtsextremes Weltbild hätten; die Hälfte davon billige rechtsextreme Gewalttaten und sympathisiere mit Rechts-Terror. Zusätzlich zu diesen 13 % fanden die ForscherInnen noch ein Potential von 37 % heraus, das „autoritäre, aber nicht extreme Einstellungen [habe ...]. Sie fungieren als Bindeglied zwischen rechtsextremen und demokratischen Positionen und können in Krisenzeiten gegebenenfalls ein Reservoir für Anhänger oder Wähler rechtsextremer Parteien oder Organisationen bilden.“ (Stöss 1989, 47) Von der Struktur her zeigen sich leichte Überhänge bei älteren Personen, Menschen ohne Berufsausbildung und Landwirten, am resistantesten sind Gewerkschaftsmitglieder, SPD- und FDP-AnhängerInnen. Wichtig ist vor allem folgendes: Ein großer Teil (hier ca. 80 %) der Personen mit einer rechtsextremen Einstellung bekennt sich als AnhängerIn der demokratischen Parteien. Aus Mitgliedschaften oder Wahlergebnissen bei/von rechtsextremen Parteien kann daher nicht auf das allgemeine Einstellungspotential geschlossen werden! Interessant an der SINUS-Studie sind, bei aller Kritik an der Gesamtinterpretation, auf jeden Fall die Einzelergebnisse (vgl. Tabelle 1):

⁴⁷ vgl. dazu etwa Pfahl-Traughber 1993, 168

Tabelle 1: Einzeldaten der SINUS-Studie

Frage (Kurzform)	völlig richtig	teilweise richtig
starker Führer, der mit starker Hand regiert	4	10
Nationalsozialismus hat von Anfang an deutschem Volk geschadet	9	18
Parteien und Gewerkschaften schaden Allgemeinwohl	3	13
eine starke Partei für alle Schichten des Volkes	11	17
Deutschtum rein halten, Völkermischung unterbinden	11	25
Regierung amerikanische Marionette	4	17
Einfluß von Juden und Freimaurern heute zu groß	6	19
echte Volksgemeinschaft statt Kommunismus und Kapitalismus	19	34
nicht nur Umwelt, auch Rasse rein halten	12	27
ohne Krieg unter Hitler besser als heute	4	14
Arbeitslager für Zucht und Ordnung	8	20

(nach Pfahl-Traughber 1993, 168 f.; Angaben in Prozent)

Pfahl-Traughbers Schluß, dem ich mich anschließen möchte: „Die Zustimmung zu diesen [...] Items veranschaulicht aber, daß es durchaus ein nicht unbeträchtliches rechtsextremes Einstellungspotential in der deutschen Bevölkerung gibt.“ (Pfahl-Traughber 1993, 169)

2.2.1.3 Antisemitische und ausländerInnenfeindliche Einstellungen

Zu antisemitischen Einstellungen in der Bundesrepublik gibt es ebenfalls eine Reihe von Untersuchungen, die jedoch auch nur bedingt vergleichbar sind; dennoch hier einige Zahlen: Das Frankfurter Institut für Sozialforschung ermittelte 1950 einen Anteil von 37 % extrem und weiteren 25 % bedingt antisemitisch eingestellten Personen. Alphons Silbermann kommt in einer Untersuchung aus dem Jahre 1974 zu (in Summe) ähnlichen Zahlen: Er beschreibt 20 % der Befragten als stark und 50 % als teilweise antisemitisch. 1988 fand eine Untersuchung des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung statt, die zu folgendem Ergebnis kam: „Bei 6 Prozent der bundesdeutschen Bevölkerung findet sich manifester Antise-

mitismus im Sinne eines geschlossenen Weltbildes, weitere 10 bis 15 Prozent äußern eindeutig antisemitische Vorurteile, und noch einmal 15 bis 20 Prozent zeigen in ihrem Denken antisemitische Züge, ohne diese freilich offen zu äußern.“ (Stöss 1989, 48)

Zur AusländerInnenfeindlichkeit in der Bundesrepublik gibt es eine infas-Untersuchung aus dem Jahr 1981, die zum Ergebnis hat, daß die Hälfte (!) der Bevölkerung ausländerInnenfeindlich eingestellt ist, wobei diese Einstellung mit steigendem Alter und sinkendem Bildungsniveau deutlich steigt. Auch Untersuchungen zum Zusammenhang AusländerInnen - Arbeitslose zeigen erschreckende Ergebnisse. (Beide Untersuchungen zit. nach Stöss 1989 , 49 f.).

Detailliertere Zahlen zur Entwicklung der Einstellungen gegenüber verschiedenen Gruppen von AusländerInnen in der Bundesrepublik liefert Hill (1993). In bezug auf GastarbeiterInnen stellt er nach der Analyse verschiedener Untersuchungen fest, daß sich die Einstellungen verbessert haben, was sich sowohl in einem Anstieg der „positiven“ als auch in einer Verminderung der „negativen“ Ausprägungen bei verschiedensten Items zeigt. Genauere Analysen zeigen, daß sich der Anteil der „Meinungslosen“ über den Zeitraum von 1982 bis 1990 verringert hat und eine hohe Korrelation zwischen verschiedenen Untersuchungsfragen besteht; es ist also zu einer gewissen Polarisierung der Meinungen - entweder generell „für“ oder generell „gegen“ GastarbeiterInnen gekommen.

Für die Zeit ab 1990 zitiert Hill genauere Untersuchungen, die zwischen den vier Gruppen AussiedlerInnen, AsylbewerberInnen, EG-ArbeitnehmerInnen und Nicht-EG-ArbeitnehmerInnen unterscheiden. Dabei ergeben sich folgende Daten: Bei den AussiedlerInnen sinkt der Anteil derer, die völlig gegen einen weiteren Zuzug sind, von 1990 bis 1992 von 20,4 % auf 10,3 %. Der Anteil der BefürworterInnen eines unbeschränkten Zuzugs blieb gleich, dafür stieg der Anteil derer, die einem Kompromiß mit Regelungen zustimmten. Das gleiche Bild ergibt sich auch bei der Auswertung der Daten, die Asylsuchenden betreffend: Der Anteil derjenigen, die einen (wie auch immer beschränkten) Zuzug vorschlagen, steigt auf Kosten derer, die einen Zuzug überhaupt ablehnen. Bei der Gruppe der EG- bzw. Nicht-EG-ArbeitnehmerInnen zeigt sich kaum eine zeitliche Veränderung im Untersuchungszeitraum. Die Werte blieben relativ konstant, deutlich bleibt der Unterschied zwischen den Einstellungen gegenüber EG- und

gegenüber Nicht-EG-ArbeitnehmerInnen (13 % bzw. 30,6 % im Jahr 1992 gegen jeglichen Zuzug).

Hill (1993, 52 ff.) versucht weiters, Determinanten ausländerInnenfeindlicher Einstellungen zu lokalisieren, indem er die Einstellungswerte in einer Regressionsanalyse mit gewissen sozio-ökonomischen Daten in Beziehung setzt, wobei er selbst feststellt, „daß die Erklärungskraft der Regressionsmodelle mit 19 % bis 26 % der Varianz auf der abhängigen Variablen [d.h. den Einstellungen; gh] eher gering ist.“ (Hill 1993, 53) Dennoch fährt er fort: „Die Bildung und das Alter der Befragten sind zu allen Erhebungszeitpunkten die wichtigsten Faktoren für die Ablehnung gegenüber Gastarbeitern. Steigende Bildung verringert und steigendes Alter begünstigt ethnozentrische Einstellungen deutlich.“ (Hill 1993, 53) Da Hill jedoch von vornherein von gewissen Zusammenhängen ausgeht und eine Regressionsanalyse sowieso nur statistische, nie aber inhaltliche Zusammenhänge, geschweige denn Ursachen, aufzeigen kann, messe ich seinen Ausführungen keinen übermäßigen Wert zu. Immerhin erkennt aber auch Hill aus seinen Regressionanalysen, daß kein signifikanter Zusammenhang zwischen AusländerInnenfeindlichkeit und Arbeitslosigkeit besteht (Hill 1993, 59 ff.).

Interessanter erscheinen mir Hills Untersuchungen zur Korrelation ausländerInnenfeindlicher Einstellungen mit anderen Einstellungen, wobei „sich quasi ein Einstellungssyndrom erkennen [läßt], welches für Personen mit hohen Ethnozentrismuswerten typisch ist.“ (Hill 1993, 55) Wer hohe Ethnozentrismuswerte aufweist, hält 'Schwarzfahren' für schlimm, hat Verständnis für ethnozentrisches Verhalten anderer, hält Homosexualität eher für verwerflich, Gewalt in der Ehe jedoch eher nicht, glaubt an die abschreckende Wirkung härterer Strafen, ist für die Befolgung von Gesetzen ohne Rücksprache mit dem Gewissen und tritt für mehr Staatsaufgaben für die Polizei ein.

Zur Frage der Einstellungen gegenüber AusländerInnen gibt es auch für Österreich eine aktuelle Untersuchung (vgl. Holzer / Münz 1994).

Zum Thema quantitative AusländerInnenpolitik (Begrenzung des Zuzugs) meinen 89,6 % stark oder eher, die Anzahl möge begrenzt werden. Den Vorschlag, keine AusländerInnen mehr nach Österreich einwandern zu lassen, unterstützen immerhin 34,1 % völlig oder eher. Differenziert wird nach der Art der Zuwanderung: Flüchtlinge werden eher aufgenommen als andere AusländerInnen (vgl. Holzer / Münz 1994, 16 f.). Alter und Ge-

schlecht der Befragten machen kaum einen Unterschied, sehr wohl aber der Stadt-Land-Unterschied: Die Ablehnung des Zuzugs von AusländerInnen sinkt mit zunehmender Gemeindegröße. Wesentlich interessanter ist aber der Zusammenhang zwischen Ablehnung und derzeitigem AusländerInnenanteil: Er verläuft umgekehrt proportional! „In den Bundesländern mit den höchsten Ausländeranteilen findet eine restriktive Zuwanderungspolitik am wenigsten Anklang“ (Holzer / Münz 1994, 21) und umgekehrt. In dieser Untersuchung zeigt sich auch wieder ein Zusammenhang zwischen sozialer Schicht und Einstellung zum AusländerInnenzuzug: Je höher die Berufsposition bzw. Einkommenssituation, desto toleranter sind die Befragten gegenüber einem verstärkten Zuzug von AusländerInnen. Das gleiche stellen Holzer / Münz für die Zugehörigkeit zu einer Bildungsschicht fest. Kein Zusammenhang besteht jedoch zwischen dem konkreten Wissen über die Zahl der AusländerInnen in Österreich und der Einstellung gegenüber „neuen“. Deutliche Zusammenhänge zeigen sich hingegen wiederum mit der Parteipräferenz (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Parteipräferenz und Einstellung zu Zuwanderungsbeschränkungen

Parteipräferenz	keine Zuwanderungsbeschränkung	totaler Zuwanderungsstopp
SPÖ	5,5	41,9
ÖVP	7,7	28,7
FPÖ	0,9	56,0
GRÜNE	27,4	7,1
keine	8,7	37,2
Summe	7,9	36,1

(nach Holzer / Münz 1994, 26; Angaben in Prozent)

Was spricht jetzt für oder gegen eine Zuwanderung von AusländerInnen? Im Hinblick auf ökonomische Variablen meinen 78 % der ÖsterreicherInnen, GastarbeiterInnen seien für die österreichische Wirtschaft wichtig, hingegen befürchten nur 44 %, daß AusländerInnen den ÖsterreicherInnen die Arbeitsplätze wegnehmen würden. Auch bei diesen beiden Items zeigt sich ein Stadt-Land-Unterschied der oben erwähnten Art. „In den Bundesländern mit den geringsten Ausländeranteilen ist - bei gleichzeitiger Betonung der Notwendigkeit der Zuwanderung ausländischer Arbeits-

kräfte - die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes durch ausländische Arbeitnehmer/innen deutlich weiter verbreitet [...] als in den Bundesländern mit hohen Ausländeranteilen.“ (Holzer / Münz 1994, 30) Ein deutlicher Zusammenhang besteht v.a. nach Einkommen und Tätigkeit.

Im Hinblick auf den demographischen Aspekt der Zuwanderung sehen ein Drittel der ÖsterreicherInnen den Zuzug von AusländerInnen als Beitrag zur Altersversorgung, 38 % meinen, die ÖsterreicherInnen sollen lieber selber Kinder bekommen.

Im Bereich der Kriminalität stimmen drei Viertel der ÖsterreicherInnen der Aussage zu, daß die Zunahme des AusländerInnenanteils zu einem Anstieg der Kriminalität führe. Nur 30 % hingegen befürworten den Aspekt der Bereicherung durch den Kontakt mit anderen Kulturen. Die Anwesenheit von AusländerInnen wird vor allem in den Bundesländern mit hohem AusländerInnenanteil positiv bewertet; wo es weniger AusländerInnen gibt, wird häufig auf eine mögliche Zunahme der Kriminalität geschlossen. Zuwanderung wird nach dieser Untersuchung generell von Menschen mit höherer formaler Bildung positiver bewertet. Hinsichtlich der Parteienpräferenz zeigen sich auch bei den Fragen nach ökonomischen, demographischen und sozialen Konsequenzen eines vermehrten Zuzugs deutliche Unterschiede, wobei analog zu den in Tabelle 2 dargestellten Zahlen vor allem die FPÖ-AnhängerInnen und die SympathisantInnen der GRÜNEN deutlich vom Durchschnitt abweichen.

Soweit zum Neuzugang; bei der Integration bereits in Österreich lebender AusländerInnen sieht es folgendermaßen aus: 35 % der ÖsterreicherInnen können sich vorstellen, daß AusländerInnen geförderte Wohnungen bekommen, die Forderung eines AusländerInnenwahlrechts unterstützen nur 22 %. Hinsichtlich der Einbürgerungspolitik meinen nur 15 %, daß AusländerInnen nach fünf Jahren in Österreich die Staatsbürgerschaft verliehen bekommen sollten. Eine restriktive Politik in wirtschaftlich schlechten Zeiten findet mehr Unterstützung: 59 % der ÖsterreicherInnen sind für die Kündigung von ausländischen ArbeitnehmerInnen bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten, 52 % sind für eine generelle Befristung der Aufenthaltserlaubnis.

Die Verteilung dieser Meinungen ist wiederum Stadt-Land-bezogen, regional und schichtbezogen unterschiedlich. Zwischen der AusländerInnenanzahl und den Einstellungen besteht kein signifikanter Zusammenhang. „Die größten Unterschiede in der Einstellung zur Ausländerintegra-

tion bestehen nach der parteipolitischen Orientierung“ (Holzer / Münz 1994, 49); wie gehabt, bilden die FPÖ- und die GRÜN-AnhängerInnen die extremen Pole, so sind z.B. FPÖ-SympathisantInnen zu 85 % für die Entlassung von AusländerInnen bei wirtschaftlichen Problemen in einem Betrieb.

Im Hinblick auf die schulische Integration sind die ÖsterreicherInnen ausländerInnenfreundlicher: 65 % sind für gemeinsame Klassen österreichischer und ausländischer Kinder mit zusätzlicher Unterstützung der ausländischen. Die Einstellungen variieren wiederum nach Lebensraum, Bildung und Schicht, am stärksten aber nach Parteipräferenz.

Die Beurteilung der konkreten österreichischen Politik soll in Tabelle 3 aufgezeigt werden:

Tabelle 3: Beurteilung der österreichischen AusländerInnenpolitik

	zu großzügig	gerade richtig	zu wenig großzügig
Flüchtlingspolitik	50,0	29,3	10,1
Arbeitsmarktpolitik	33,7	34,5	12,5
Schulpolitik	26,0	20,7	31,1

(nach Holzer / Münz 1994, 61; Angaben in Prozent)

Die Beurteilung ist also keineswegs eindeutig; hervorstechend ist die relativ große Ablehnung der Flüchtlingspolitik als zu großzügig. Nicht berauschend ist v.a. auch die Zufriedenheit, die zwischen einem Fünftel und einem Drittel liegt (vgl. Tabelle 3, mittlere Spalte).

Unterschiede zeigen sich in der Siedlungsgröße (je größer, desto mehr „zuwenig großzügig“); regionale Unterschiede sind gegeben, jedoch nicht nach einem System erkennbar. Stärkere Ablehnung der Politik als zu großzügig findet sich unter den Angehörigen der formal niedrigeren Bildungs- und Einkommensschichten. Die Aufteilung nach Parteipräferenzen ergibt das bekannte Bild: SPÖ- und ÖVP-AnhängerInnen stimmen der Regierungspolitik eher zu als die SympathisantInnen von FPÖ und GRÜNEN, die wiederum gegenteilig vom Mittelwert abweichen.

Zusammenfassend stellen Holzer / Münz (1994, 81 ff.) fest: „Nach Alter und Geschlecht unterscheiden sich die Einstellungsmuster kaum [...] Deutlicher Ausgeprägt sind Stadt-Land-Unterschiede. Die Angst vor

Nachteilen durch den Zuzug von Ausländer/innen scheint in ländlichen Räumen weiter verbreitet zu sein als in den Städten. [...] In den Bundesländern mit den höchsten Ausländeranteilen findet eine restriktive Zuwanderungspolitik am wenigsten Anklang [...] Mit höherer Berufsposition bzw. besserer Einkommenssituation der Österreicher/innen nimmt die Toleranz gegenüber dem Zuzug von Ausländer/innen nach Österreich zu. [...] Mit höherer Schulbildung nimmt die Befürwortung einer begrenzten Zuwanderung und die Zustimmung zu großzügigeren Haltungen gegenüber Asylwerbern und Flüchtlingen deutlich zu“. Bei der Parteipräferenz zeigt sich bei allen Fragen eine deutliche Polarisierung zwischen FPÖ- und GRÜN-AnhängerInnen, während SPÖ- und ÖVP-SympathisantInnen eine Mittelposition einnehmen.

2.2.1.4 Rechtsextremes WählerInnenpotential

Einstellungs- und WählerInnenpotential überschneiden sich nur bedingt: Nicht alle WählerInnen rechtsextremer Parteien sind selbst rechtsextrem (ProtestwählerInnen etwa), und umgekehrt, nicht alle Personen mit rechtsextremen Einstellungen wählen auch rechtsextreme Parteien (verlorene Stimmen, wenig ansprechende Parteien, etc.): „Rechtsextreme findet man deswegen in der Regel [...] auch und vor allem bei den ‘gemäßigten’ Parteien besonders der rechten, aber auch der linken Mitte. [...] Ein großer Teil rechtsextremer Einstellungen kommt also bei den Großparteien unter, ein noch größerer (und wachsender Teil) floatet frei durchs Wählerreservoir.“ (Leggewie 1993a, 96) Deutlicher: „Rechtsextreme Einstellungen ziehen nur im Ausnahmefall die Wahl rechtsextremer Parteien nach sich. [...] Der Rechtsextremismus ist überwiegend in das demokratische Spektrum des Parteiensystems integriert.“ (Stöss 1993, 220)

Wer sind dann aber die WählerInnen rechtsextremer Parteien? Untersuchungen gibt es etwa zur Wählerbasis der REPs bei der Berliner Wahl 1989, durchgeführt von der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen (hier zit. nach Pfahl-Traugber 1993, 170 ff.) Die größte Zustimmung erhielten die REPs nach dieser Untersuchung in ArbeiterInnenvierteln. Überdurchschnittlich häufig finden sich bei REP-WählerInnen Angst vor Arbeitsplatzverlust, Wohnprobleme und Unzufriedenheit mit der AusländerInnenpoli-

tik.⁴⁸ Der tatsächliche Anteil der in einem Viertel lebenden AusländerInnen hatte aber keinen Einfluß auf die Stimmenanteile der REPs ebendort. Überproportional vertreten waren männliche Jungwähler und ehemalige CDU-WählerInnen.

Bei der Analyse des NPD-Erfolgs bei den Kommunalwahlen in Hessen 1989 kam die Forschungsgruppe Wahlen auf ähnliche Ergebnisse: „In der Unzufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung, Problemen auf dem Wohnungsmarkt und Ablehnung von Ausländern sah man die wesentlichen Gründe für die Wahl der NPD.“ (Pfahl-Traughber 1993, 171) Vor allem Jugendliche und ProtestwählerInnen (also nicht so sehr ideologisch gebundene) machten einen großen Teil des Erfolges aus.

Bei den Europawahlen 1989, dem großen Erfolg der REPs, sah ihre WählerInnenstruktur wieder etwas anders aus. Die Altersverteilung der REP-WählerInnen entsprach in etwa der der GesamtwählerInnenschaft; dominant war allerdings der Anteil der Männer und die weniger formal Gebildeten. Vorher hatten 5-6 % die Unionsparteien gewählt.

1991 erreichte die DVU bei den Bremer Kommunalwahlen ein erstaunliches Ergebnis, woraufhin wiederum ihre WählerInnen untersucht wurden. Dabei zeigte sich, daß fast 2/3 Männer waren, vor allem ältere und junge; von der Sozialstruktur her waren diejenigen überrepräsentiert, die Angst hatten, zu den WohlstandsverliererInnen zu gehören - „weniger die Opfer der ‘ökonomischen Deprivationsprozesse’ [...] als vielmehr die [...] Bedrohten.“ (Pfahl-Traughber 1993, 179)

Bei den Landtagswahlen 1992 in Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg punkteten DVU bzw. REPs vor allem in ArbeiterInnenbezirken mit hoher Arbeitslosigkeit und hohem AusländerInnenanteil - was für mich weniger über die möglichen rechtsextremen Einstellungen aussagt als vielmehr über die Wirksamkeit der Propaganda. „Die Wahl rechtsextremer Parteien entpuppte sich als Artikulation der sozialen Unterschichten, die offenbar heute keine Repräsentanz im Parteienspektrum mehr finden, weil sie von beiden großen Volksparteien als Wählerschicht vernachlässigt würden.“ (Pfahl-Traughber 1993, 180)

Bei der Frage nach der parteipolitischen Herkunft der Rechtsaußen-WählerInnen zeigt sich, daß vor allem die Unionsparteien Stimmen abge-

⁴⁸ Daß die tatsächliche soziale Situation, v.a. die oft zitierte Arbeitslosigkeit, wenig mit rechtsextremen Orientierungen zu tun hat, zeigt Heitmeyer ausführlich (vgl. Heitmeyer 1992a und 1992b sowie Kap. „Rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen“ (S.80 ff.) dieser Arbeit).

ben müssen. Bei der Berliner Wahl 1989 verlor die CDU ebenso stark an die REPs wie bei der Wahl zum europäischen Parlament. In Schleswig-Holstein hingegen waren die früheren Nicht-WählerInnen das stärkste Reservoir für die REPs und die DVU. Doch auch die SPD verliert nach rechts. „Ähnlich wie die NSDAP Ende der Weimarer Republik und die NPD in den sechziger Jahren speisen sich die Extrem rechten Parteien heute also aus verschiedenen Quellen. In einem größeren Umfang als in der Vergangenheit sind gegenwärtig aber ehemalige Wähler christlicher Parteien und auch der Sozialdemokraten für die Zuwächse der rechtsextremen Parteien verantwortlich.“ (Winkler 1994, 77)

Protest oder Ideologie - das ist die generelle Frage bei der Untersuchung von rechten Wahlerfolgen. Pfahl-Traughber (1993, 196 ff.) versucht nachzuweisen, daß der allgemeine Tenor von den „ProtestwählerInnen“ so nicht haltbar ist. Als erstes Argument dafür führt er an, daß der Männeranteil in der Wählerschaft von DVU, REPs und NPD überdurchschnittlich hoch ist; bei reinen Protestwahlen müßte aber das Geschlechterverhältnis ausgewogen sein, da Frauen von den Protestursachen gleich betroffen seien wie Männer. Der Logik des Autors kann ich mich in diesem Punkt allerdings nicht anschließen; es scheint mir durchaus möglich, daß Frauen im Schnitt mit politischer Unzufriedenheit anders umgehen als Männer, ihren Protest also anders (oder gar nicht) artikulieren - was aber nicht ausschließt, daß Männer aus Protest (und nicht aus Ideologie) die genannten Parteien wählen.

Wo ich Pfahl-Traughber (1993, 197) aber recht gebe, ist sein Argument, daß bei reinem Protestverhalten die Anzahl der objektiv Benachteiligten signifikant höher sein müßte. Die Wählerschaft der rechtsextremen Parteien ist aber durchaus nicht so homogen, daß mensch sie als „Modernisierungsofferparteien“ bezeichnen könnte. So kann der Protest zwar als möglicher Auslöser, nicht aber als alleiniger Grund für die Wahl rechtsextremer Parteien bezeichnet werden.

Homogenität hinsichtlich der sozialen Situation gibt es innerhalb der rechtsextremen WählerInnenschaft also nicht, wohl aber „Gemeinsamkeiten [...] bei den politischen Motiven.“ (Pfahl-Traughber 1993, 199) Bei REP-WählerInnen zeigt sich etwa in Umfragen eine deutlich höhere Akzeptanz rechtsextremer Ideologie-Elemente als im Durchschnitt der Bevölkerung. Ansonsten gilt, „daß sie [die WählerInnenpotentiale] sozialkul-

turell interklassistische Züge 'kleiner Volksparteien' aufweisen.“ (Leggewie 1993a, 96)

Protest und Ideologie wirken also zusammen. Ohne eine gewisse ideologische Basis würde der Protest wohl kaum zur Wahl gerade dieser Parteien führen (es gibt ja auch genügend andere Protestmöglichkeiten), andererseits spielt häufig Unzufriedenheit und der Wunsch zu protestieren eine auslösende Rolle bei der Wahlentscheidung für rechtsextreme Parteien.

Die Darstellung des rechten WählerInnenpotentials nach sozialen Schichten ist also gescheitert. Leggewie (1993a, 99) versucht es über Lebensstile und kommt dabei auf folgendes:

„Außer den gebildeten Nationalisten und gewerkschaftlich organisierten älteren Arbeitern eine heterogene Gruppe 'Benachteiligter' wie junge Arbeitslose und schlecht gesicherte Rentner, traditionsbewußte ältere Frauen und autoritäre Jungarbeiter. Erst eine solchermaßen ausdifferenzierte Wählermixtur, die untereinander wenig mehr miteinander verbindet als vage xenophobe Grunddispositionen und eine generelle politische Unzufriedenheit, kommt der Wirklichkeit nahe. Nicht fest umrissene soziale Gruppen, sondern Herr und Frau Nachbar sind die 'typischen' Rechtsaußenwähler. Dieser Befund, der auf manche verharmlosend wirkt, deutet das eigentliche Problem für die deutsche Demokratie an.“

RechtswählerInnen sind also offenbar häufig Menschen, die sich bedroht oder als VerliererInnen fühlen, gewisse rechtsextreme Grunddispositionen besitzen und im konkreten Fall ihrer Unzufriedenheit und ihrem Protest Ausdruck verleihen wollen (vgl. dazu auch Stöss 1993, 217). Und was die diversen Untersuchungen auch gezeigt haben: Die regionalen, konfessionellen und sozialen Schranken, die einer Ausbreitung rechtsextremer Parteien in früheren Phasen entgegenstanden, sind gefallen.

2.2.1.5 Einstellungen zu Gewalt

Nach der von mir in dieser Arbeit gebrauchten Definition des Rechtsextremismus nach Heitmeyer (vgl. S.6 f.), also Ungleichheitsideologie plus Gewaltakzeptanz, erscheint mir auch ein Blick auf die Einstellungen gegenüber Gewalt wichtig zu sein. Ein Teil dieser Gewaltakzeptanz ist die Befürwortung fremdausgeübter, v.a. staatlich-repressiver Gewalt. Dazu

gibt es Untersuchungen, die in Willems (1993) zusammengefaßt sind. Dabei zeigte sich, daß es zwischen 1974 und 1989 zu einem Rückgang von Repressions-befürwortenden Einstellungen gekommen ist: „So sank etwa der Prozentanteil derjenigen, die Polizeigewalt gegen Demonstranten für gerechtfertigt hielten, von annähernd 50 % im Jahre 1979 auf ca. 25 % im Jahr 1989.“ (Willems 1993, 75) Das Repressionspotential war bei jungen und „linken“ Befragten am niedrigsten. Ansonsten zeigen sich aber keine signifikanten Zusammenhänge mit sozio-demographischen Merkmalen.

Untersuchungen aus den Anfängen der 90er Jahre zeigen, daß das allgemeine Gewaltpotential im Steigen begriffen ist; bei Abfragen nach den akzeptierten Formen politischen Protests zeigt sich bei den Items „Teilnahme an möglicherweise gewalttätigen Demonstrationen“ eine signifikante Steigerung der Zustimmung. (Vgl. Willems 1993, 79) Diese Forschungen stellen auch einen signifikanten Zusammenhang zwischen Gewaltbereitschaft und AusländerInnenfeindlichkeit her. Da all diese Untersuchungen jedoch (1) nur quantitativ vorgehen und (2) nur einen sehr engen Gewalt-Begriff (auf das politische Handeln beschränkt) vertreten, sind sie für diese Arbeit wenig hilfreich.

2.2.2 Rechtsextreme Einstellungen bei Jugendlichen

Eine Analyse des Rechtsextremismus kann wie gesagt nicht bei einer Untersuchung der Organisationen stehen bleiben, sondern muß sich auch und vor allem mit den Einstellungen beschäftigen, sonst „wird eine organisationszentrierte Perspektive vorgegeben, die in mancherlei Hinsicht problematisch ist, weil soziale Entwicklungsprozesse außerhalb des Organisationsspektrums am Rand der Analyse bleiben.“ (Heitmeyer 1992a, 23)

Nach der Darstellung rechtsextremer Einstellungen im allgemeinen möchte ich mich jetzt speziell auf Jugendliche stürzen; dies hat mehrere Gründe:

1. Da ich selbst in der Jugendarbeit tätig bin, interessiert mich dieser Bereich persönlich;
2. In der öffentlichen Diskussion liegt das Augenmerk ebenfalls stark auf Jugendlichen, v.a. im Zusammenhang mit Rechtsextremismus und aggressivem Verhalten;
3. Auch in der Literatur wird den Einstellungen Jugendlicher vermehrt Beachtung geschenkt;

4. Mit Blick in die Zukunft rücken die Jugendlichen in den Blickpunkt, denn die „alten Nazis“ werden bald aussterben.

Die umfangreichsten Untersuchungen zu rechtsextremen Orientierungen bei Jugendlichen stammen vom Forschungsteam rund um Wilhelm Heitmeyer; im folgenden werde ich mich vor allem auf deren Erkenntnisse stützen (vgl. Heitmeyer 1992a und 1992b).

2.2.2.1 Bielefelder Querschnitt- und Langfristuntersuchung

Ausgangslage: Sozialisationstheoretisches Konzept

Für Heitmeyer ist es zentral, bei den Orientierungsmustern und nicht bei institutionellen oder handlungsorientierten Fragen anzusetzen. Dabei ist es wichtig, mehr als die sozio-ökonomischen Gegebenheiten in den Blick zu rücken. Eine Untersuchung der Orientierungen kann nicht ohne Berücksichtigung ihres Entstehungszeitraums erfolgen; sie ist in die gesamte Entwicklung der Jugendlichen eingebettet. Wichtige Schritte in der Biographie, etwa der Eintritt ins Berufsleben, haben Auswirkungen auf die Entwicklung der Einstellungen und vice versa. Heitmeyer untersucht daher rechtsextreme Orientierungen bei Jugendlichen im Rahmen eines sozialisationstheoretischen Konzepts (vgl. Heitmeyer 1992a, 63 ff., und Heitmeyer 1992b, 15 ff.). Dieses Konzept geht von mehreren Theoremen aus:

INDIVIDUALISIERUNGSTHEOREM

Auf der soziologischen Ebene stellt sich die Frage, wie die heutige Gesellschaft charakterisiert werden kann. Frühere Ansätze etwa einer Klassengesellschaft scheinen heute immer mehr zu kurz zu greifen. Heitmeyer greift dabei auf Ulrich Beck und dessen Neologismus „Risikogesellschaft“ zurück:

„Das Kennzeichen des Typus ‘Risikogesellschaft’ liegt darin, daß die Struktur sozialer Ungleichheit eine überraschende Stabilität aufweist, während das Leben jenseits der Klassengesellschaft stattfindet, weil sich die Lebensbedingungen der Menschen drastisch geändert haben. Durch Niveauverschiebungen insbesondere bei Bildung und Einkommen, durch Wegschmelzen subkultureller Klassenidentitäten, Enttraditionalisierung ‘ständisch’ ein-

gefärbter Klassenlagen, ist [...] das Hierarchiemodell sozialer Klassen unterlaufen“. (Heitmeyer 1992a, 64)

Zentral für die Risikogesellschaft ist die Individualisierung, die sich in verschiedenen Kennzeichen äußert:

- soziale und geographische Mobilität, die alte Bindungsmuster zerstört;
- der Sozialstaat, der Risiken mildert, aber auch Solidarität erschwert;
- die Auflösung von Karrieregrenzen, die zu individuellen Berufslaufbahnen führt;
- eine verfrühte und stärkere soziale Konkurrenzsituation - Stichwort: Einzelkämpfertum;
- neue Siedlungsformen;
- die steigende Arbeitsmarktdynamik;
- die sinkende Erwerbsarbeitszeit mit mehr Freizeit und mehr Freizeitstreß.

All diese Prozesse bedeuten ein Herausreißen des/der Einzelnen aus sozialen Bindungen und Milieus und die Rückverweisung an sich selbst. „In der Quintessenz läßt sich das als ‘historischer’ sozialer Kontinuitätsbruch begreifen, in dessen Zentrum sich die Auflösung klassen-kultureller, lebensweltlicher Gemeinsamkeiten vollzieht.“ (Heitmeyer 1992a, 65) Dieser Bruch bedeutet mehr Freiheit für das Individuum, aber auch weniger Sicherheit und eine steigende Vereinzelung; mehr Eigenverantwortlichkeit, aber auch mehr Abhängigkeit von unpersönlichen Strukturen; mehr Unabhängigkeit von sozialen Gruppen, aber auch mehr Ausgeliefert-Sein an die Gesamt-Gesellschaft.

NEOKONSERVATISMUS - THEOREM

Eine andere Strömung, vor deren Hintergrund Heitmeyer die Entstehung rechtsextremer Orientierungen untersucht, ist die stärker aufkommende Welle des Neokonservatismus. Diese ist vor allem kulturkritisch ausgerichtet und setzt bei den Krisen der gesellschaftlichen und politischen Institutionen an; eine Gegenstrategie dazu wäre dann die Entlastung staatlicher Bürokratien und die Übertragung derer Aufgaben auf den Markt. Diese Richtung zeigt sich sowohl im konkreten politischen Geschehen v.a. der 80er Jahre (Thatcher, Reagan, Kohl) als auch in der intellektuellen Diskussion; vgl. dazu die Ideologie der Neuen Rechten (S.35 ff.). Konsequenzen daraus für den Sozialisationsbereich sind:

- Ablehnung der intellektuellen Eliten, die angeblich für alle Krisen verantwortlich sind;
- Ablehnung der Moderne mit ihrer universalistischen Moral und deren Entschärfung als altmodisch;
- Abschieben der negativen Kapitalismus-Begleiterscheinungen auf eine angebliche moralische Krise, gepaart mit einer Rückbesinnung auf die alten Werte.

„Das Aufblühen neokonservativer Politik- und Gesellschaftsvorstellungen kann als eine spezifische Antwort im Sinne eines kapitalistischen Modernisierungsprozesses auf deutlich werdende soziale Kontinuitätsbrüche interpretiert werden, die weiten Teilen der Bevölkerung Mitte der 70er Jahre bewußt geworden sind:“ (Heitmeyer 1992a, 70 f.) Umweltzerstörung, politische und bürokratische Unüberschaubarkeit und Krisen des kapitalistischen Wirtschaftssystems (Arbeitslosigkeit, Depressionen, ...).

Die politischen Veränderungen haben erwartungsgemäß auch ihre Auswirkungen auf die Sozialisation der Jugendlichen; Aufzuwachsen in einer Gesellschaft, in der ökologische, ökonomische und Sinnkrisen manifest werden, auf die mit neokonservativen Strategien geantwortet wird, bleibt gerade in lebensbiographischen Übergangsphasen nicht ohne Einfluß, auch und vor allem auf die Orientierungen.

Eine Folge des Aufschwungs des neokonservativen und neurechten Denkens ist, wie ich bereits gezeigt habe, daß Orientierungsmuster aus der rechtsextremen Mottenkiste, die lange tabuisiert waren, in der öffentlichen Diskussion wieder möglich sind. Eine andere Richtung meint zwar, durch die Integration rechtsextremer Ansichten in den akzeptierten Bereich, diese dämpfen zu können; diesem Ansatz kann ich allerdings nicht viel abgewinnen.

„Für unsere Untersuchung bildet nun die Konstellation aus der Erfahrung von sozialen Kontinuitätsbrüchen (ausgedrückt durch die Schattenseiten der Individualisierungsschübe) und aus den Leitbildern mit historisch-politischen Kontinuitätsbezügen (ausgedrückt durch verschiedene Schattierungen und Zuspitzungen in Neokonservatismus-Konzepten) den Rahmen für die Fragen nach den Identitätsentwicklungen von Jugendlichen, in die die politischen Orientierungsmuster eingewebt sind.“ (Heitmeyer 1992a, 74; Hervorhebungen im Original)

NEUDEFINITION DER JUGENDPHASE

Wie wirken diese Entwicklungen jetzt in der Entwicklung Jugendlicher zusammen? Stehen die Chancen oder die Gefahren im Vordergrund? Darüber ist sich die Jugendforschung keineswegs einig. Beim Blick auf die „Schattenseiten“ des sozialen Kontinuitätsbruchs erkennt man ein größeres Problem für Jugendliche: Wie sollen sie ihre lebensbiographische Kontinuitäten der Entwicklung vom Kind zum/zur Erwachsenen herstellen vor dem Hintergrund der gesellschaftlichen Diskontinuität? Durch Veränderungen in den diversen gesellschaftlichen Teilsystemen ergeben sich auch Änderungen in dieser Entwicklung; vor allem Widersprüche zwischen den Teilsystemen führen zu Hürden in der Sozialisation. Einige typische Hürden:

- Verlängerung der Jugendphase durch hinausschieben der ökonomischen Selbständigkeit vs. rechtliche Verkürzung der Jugendphase;
- Bedeutungsgewinn vs. Bedeutungsverlust der Schule;
- Ausweitung der Jugendphase vs. Verlust des zukunftsbezogenen Sinns;
- Anspruch des/der selbständigen Acteurs/Actrice im Berufsleben vs. mangelnde Möglichkeit dazu;
- proklamierte Hochschätzung der Familie vs. mangelnde Unterstützung und Bedeutungsverlust in der Praxis;
- Ausweitung der Jugend vs. Ignoranz durch die Politik;
- Ausbildung auf klassisches Erwerbsleben hin vs. Möglichkeit, in dieses einzutreten.

(nach Heitmeyer 1992a, 76)

Diese Widersprüche sind für Jugendliche nicht individuell lösbar; in Zeiten der Risikogesellschaft (vgl. S.81 f.) gibt es aber auch keine kollektiven solidarischen Bestrebungen mehr. All diese Desintegrationsprozesse wirken sich besonders stark in der Jugendphase aus, da deren Hauptaufgabe die Stiftung der Identität ist.

IDENTITÄTSKONZEPT

Heitmeyers Identitätskonzept „geht von einer dialektischen Beziehung zwischen Subjekt und gesellschaftlich vermittelter Umwelt aus und orientiert sich dabei am metatheoretischen Modell des Jugendlichen als aktivem Umweltgestalter.“ (Heitmeyer 1992a, 77) Jugendliche sind also Ge-

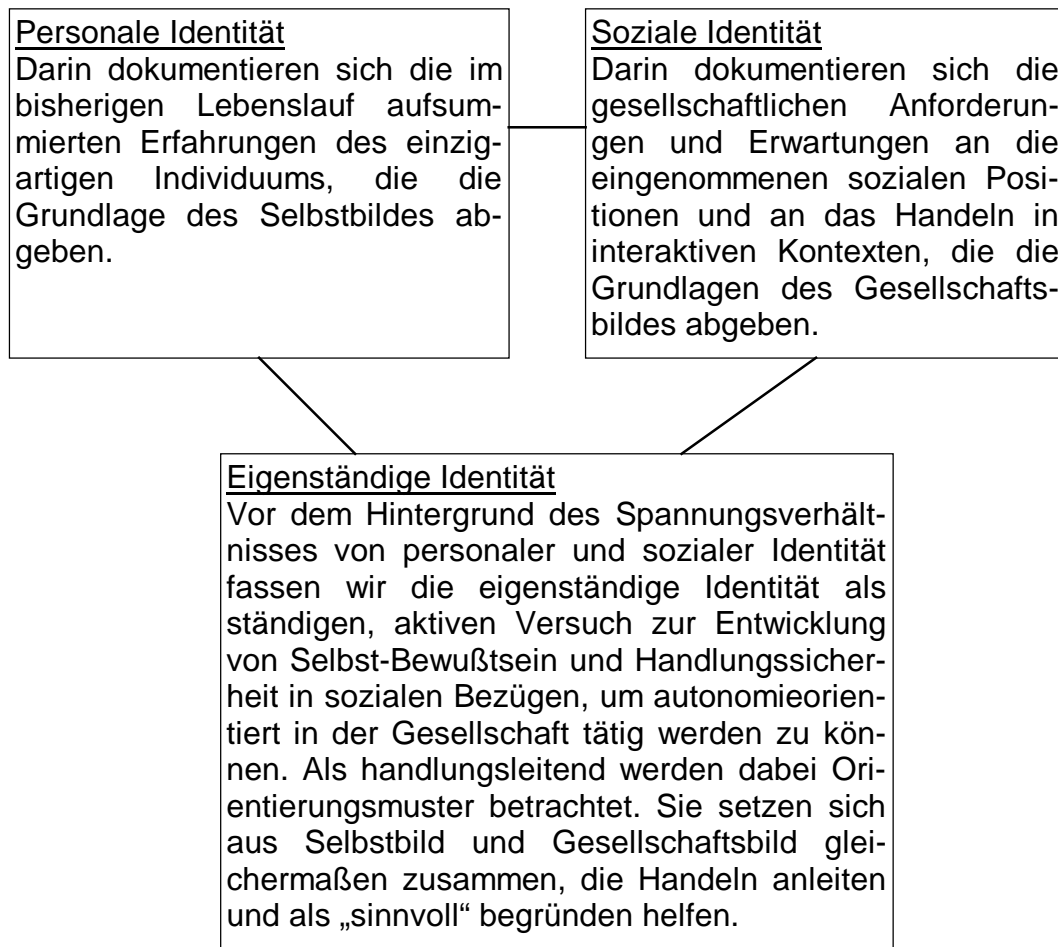
stalter ihrer Umwelt und nicht passive Opfer, andererseits ist ihre Entwicklung aber auch von den Umweltbedingungen abhängig - ein dialektischer Prozeß eben. Wenn Identitätsentwicklung in einem derartigen Prozeß steht, heißt das für die Entwicklung rechtsextremer Orientierungen ebenso, daß Jugendliche sie in einem Wechselspiel mit ihrer Umwelt entwickeln. „Daraus ergibt sich, daß die Problematik rechtsextremistischer Orientierungsmuster bei Jugendlichen nicht in erster Linie ein psychologisches - schon gar kein psychopathologisches - Problem sein kann, sondern seine Klärung soziologischer und sozialpsychologischer Fragestellungen bedarf.“ (Heitmeyer 1992a, 78)⁴⁹

Heitmeyers Identitätskonzept versucht synthetisierend vorzugehen, d.h. subjektive und objektive Aspekte zu inkludieren, interaktionistische und materialistische Seiten einzubinden. In Anlehnung an Goffman unterscheidet er zwischen sozialer, persönlicher und eigenständiger Identität. Soziale Identität verändert sich mit den Anforderungen der Gesellschaft an den/die Einzelne/n, persönliche Identität beruht auf der Lebensgeschichte des Individuums; beide sind durch andere vorstrukturiert. Die eigenständige Identität ist das, was das Individuum aus sich in Interaktion mit anderen macht. Sie ist das Ergebnis eines dialektischen Interaktionsprozesses mit der Umwelt. Identität ist demnach „jene Struktur des Menschen [...], durch die das psychische mit dem gesellschaftlichen und das gesellschaftliche mit dem psychischen Leben vermittelt wird.“ (Kilian 1971, 17) Durch die Einbettung der Identitätsentwicklung in gesellschaftliche Gegebenheiten und Anforderungen gelingt es Heitmeyer auch, die Abhängigkeiten von gesellschaftlichen Entwicklungen und Herrschaftsstrukturen einzubeziehen (vgl. Abbildung 1 auf S.86).

Zwischen personaler und sozialer Identität kommt es bei der Entwicklung der eigenständigen Identität zu Widersprüchen: Das Individuum muß sich den gesellschaftlichen Anforderungen stellen, ohne sich selbst aufzugeben, umgekehrt muß es seine Eigenständigkeit wahren, ohne sich aus sozialen Zusammenhängen herauszulösen. „Daraus entstehen permanent neue Spannungsfelder, die wir Ambivalenzkonflikte nennen und die ständig neu bewältigt werden müssen.“ (Heitmeyer 1992a, 80)

⁴⁹ Diese Ausführungen, wie überhaupt das sozialisationstheoretische Konzept, gehen natürlich auch in den Bereich der Ursachenüberlegungen hinein. Ich stelle sie trotzdem hier im Kapitel „Erscheinungsformen“ dar, da sie die *Grundlage* für die empirische Untersuchungen Heitmeyers bilden.

Abbildung 1: Identitätskonzept von Heitmeyer (1992a, 81)



Bei Problemen in der Ausbalancierung der Ansprüche, etwa wenn der gesellschaftliche Druck zu hoch wird und die familiäre Rückendeckung fehlt, kann es zu Identitätsproblemen kommen; da Orientierungsmuster als handlungsleitende Größen im ständigen Prozeß der eigenständigen Identitäts(weiter)entwicklung gesehen werden, nähern wir uns schon wieder unserem Thema, den rechtsextremen Orientierungen.

IDENTITÄTSENTWICKLUNG ZWISCHEN RISIKOGESELLSCHAFT UND NEOKONSERVATISMUS

Die sozialen Kontinuitätsbrüche führen zu einer Vereinzelung, die neue Anhaltspunkte suchen läßt: „Die damit aufgeworfenen Probleme sollen nach verschiedenen neokonservativen Konzepten durch Leitbilder mit historisch-politischen Kontinuitätsbezügen überdeckt bzw. aufgehoben werden, um einer sozialen Desintegration entgegenzuwirken.“ (Heitmeyer

1992a, 100) Aufgrund dieser Überlegungen stellt Heitmeyer zwei Thesen auf, die die Grundlage seiner Untersuchung bilden:

- Rechtsextremistische Orientierungen entstehen, um Probleme bei der Identitätsentwicklung infolge der gesellschaftlichen Kontinuitätsbrüche zu kompensieren;
- Die es „geschafft“ haben, können sich versucht fühlen, es den anderen zu „zeigen“, da durch den Individualisierungsschub das Konkurrenzdenken in den Vordergrund tritt.

Die erste Situation, gekennzeichnet durch soziale Ausgrenzung, kann heutzutage leicht zum Dauerzustand werden; die zweite, das „Geschafft-Haben“, ist auch nicht gerade von der Garantie auf Dauerhaftigkeit gekennzeichnet. Gemeinsam ist beiden die Vereinzelung, d.h. aber, daß die soziale Basis zur Identitätsentwicklung fehlt. Somit wird zur Orientierung eine ersatzweise kollektive Identität herangezogen, die häufig über „Naturkategorien“ (Rasse, Geschlecht, Alter, ...) läuft. Diese Identifikationsmöglichkeiten nun sind aber kein unbeschriebenes Blatt, sind stehen in einem historisch-politischen Kontext. Somit können Individualisierung und Neokonservatismus zusammenfließen und eine gemeinsame Basis bei der Entwicklung der eigenständigen Identität und damit der Orientierungsmuster geben.

Nach der Darstellung des theoretischen Rahmens sollen jetzt die zwei großen Jugenduntersuchungen von Heitmeyer u.a. im einzelnen vorgestellt werden. Zuerst seine Querschnittuntersuchung, die er an 1.300 SchülerInnen im Alter von 16 bis 17 Jahren durchgeführt hat und die 1987 erstmals veröffentlicht wurde. Anschließend dann die „Bielefelder Rechtsextremismus-Studie“, die eine Langfristuntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher ist und von 1985 bis 1990 dauerte (vgl. Heitmeyer 1992a und 1992b).

Querschnittuntersuchung

Rechtsextremistische Orientierungen stehen im Widerspruch zu autonomie-orientierter Identität, denn

- Autonomie bedeutet auch gegenseitige Achtung, was dem Aspekt der Ungleichheitsideologie widerspricht; und

- Gewaltakzeptanz und/oder -ausführung negiert die intersubjektive Verständigung, die zum sozialen Sinn von Identität gehört.
(vgl. Heitmeyer 1992a, 104)

FRAGESTELLUNG UND VORGANGSWEISE

Die Fragestellung der empirischen Untersuchung lautet daher: „Inwieweit zeigen sich bei Jugendlichen Unsicherheiten, Interpretationsschwierigkeiten und Widersprüchlichkeiten, wenn sie sich mit Ideologiefragmenten konfrontiert sehen, die im Spektrum des organisierten Rechtsextremismus wie auch in manchen Schattierungen des Alltags oder der etablierten Politik auftreten und Bestandteile einer Ideologie der Ungleichheit und der Gewaltakzeptanz enthalten?“ (Heitmeyer 1992a, 105) Wenn Orientierungsmuster der operative Teil der eigenständigen Identität sind, lässt sich eine Verbindung zwischen rechtsextremen Orientierungen und der Identität des Individuums ziehen. Operationalisiert versucht Heitmeyer, alle drei Teile des Identitätskonzeptes zu erfassen und zu verknüpfen; dabei kommt sowohl eine „objektive“ Linie (Familie, Ausbildung, Einkommen, ...) als auch eine subjektive (Selbstbild, ...) zum Tragen. Konkret wurde erhoben:

- Selbstbild als Ausdruck der bisherigen lebensbiographischen Erfahrungen;
- Meinungen zu sozialen und politischen Ideologien und Prozessen;
- Berufliche und schulische Positionierung
- Soziale Beziehungen - Familie und FreundInnen

(vgl. Heitmeyer 1992a, 109 ff.)

Analysiert werden bei den Aussagen sowohl der Bedeutungsaspekt eines Items (ja/nein-kodiert; Ausdruck für die Wichtigkeit) als auch Inhaltsaspekt (der manifeste Gehalt des Urteiles; kodiert mit einer mehrstufigen Skala) und der Strukturaspekt (Begründungszusammenhänge, Stabilität des Urteils etc.) (vgl. Heitmeyer 1992a, 113 ff.)

AUSWERTUNG

Die Auswertung umfaßt vier Schritte, die zu einer zunehmenden Verdichtung führen:

- Im ersten Schritt wird der Handlungsrahmen gezogen, d.h. die „objektiven“ Fakten ausgewertet;
- Der zweite Schritt ist die Analyse des Selbstkonzepts und seine Platzierung im Handlungsrahmen;
- Anschließend werden die Orientierungsmuster untersucht und so eine Verknüpfung der eigenständigen mit der sozialen und personalen Identität geschaffen. Drei Dimensionen werden abgefragt: Einschätzung im Hinblick auf widersprüchliche gesellschaftliche Entwicklungen, eigene berufliche und gesellschaftliche Zukunftsperspektiven und Ideologie der Ungleichheit und Gewaltakzeptanz;
- Abschließend wird mit Hilfe einer Clusteranalyse versucht, Orientierungsmuster herauszukristallisieren.

(vgl. Heitmeyer 1992a, 115 f.)

Schritt 1: Handlungsrahmen

Die 1.257 Jugendlichen im Alter zwischen 16 und 17 Jahren waren alle SchülerInnen, teilweise kurz vor dem Eintritt ins Berufsleben. Davon bezeichnen sich 55,6 % als politisch interessiert. Bei der Gruppe der vor dem Schulende Stehenden hatten 17,9 % keinen Arbeits- oder Ausbildungsplatz und weitere 23,4 % hatten die Suche aufgegeben und sich zum weiteren Schulbesuch entschlossen.

Im Hinblick auf den familiären Kontext war gefragt nach dem Problemlösungsbeitrag (vorwiegend) der Eltern für die befragten Jugendlichen. Bei „innengerichteten“ Familienbeziehungen⁵⁰ zeigt sich, daß 15,8 % der Befragten Probleme mit dem Vater angehen, 48,2 % mit der Mutter. Zusätzlich sehen 44,4 % ihren Vater nicht als 'idealen Vater'.

Bei „außenorientierten“ Jugendlichen versuchen die meisten, Probleme allein (26,7 %) oder mit FreundInnen (31,3 %) zu besprechen. Insgesamt

⁵⁰ Das sind solche, wo die Jugendlichen nicht nur *bei* ihren Eltern leben, sondern auch eine Beziehung zu ihnen haben.

gibt es 64,0 % innenorientierte Familienbeziehungen und 57,0 % außenorientierte.

Eine andere wichtige Rolle in der Zeit der Identitätsentwicklung spielt die Gleichaltrigen-Gruppe. Dabei zeigt sich, daß 48 % Mitglieder in institutionsgebundenen Jugendgruppen sind (wobei mit 34,5 % die Sportvereine dominieren; die Zugehörigkeit zu politischen Gruppen beträgt nur 0,5 %). Die Mitgliedschaft in selbstorganisierten Gruppen (v.a. Fußball- und Discosfans) ist mit 11,8 % deutlich geringer.

Auffallend ist, daß sich 11,2 % der Jugendlichen in ihren Gruppen nicht akzeptiert fühlen, wobei der Anteil der Mädchen (15,4 %) fast doppelt so hoch ist wie der der Buben (8 %). Die Sicherheit in der Gruppe ist bei 22,7 % nicht gegeben, so daß in Summe der „Akzeptanzboden für die eigene Person in den Gruppen der Gleichaltrigen für 33,9 % als brüchig angesehen [wird].“ (Heitmeyer 1992a, 123)

Im Hinblick auf die Verlässlichkeit der Gruppen halten 11,3 % der Jugendlichen ihre Gruppen für unverlässlich, weitere 36,3 % sind sich unsicher in der Einschätzung. Insgesamt ist also die peer-group auch nicht gerade der sichere Hort, was besonders dann zu Schwierigkeiten führt, wenn das familiäre Netz brüchig ist.

Schritt 2: Selbstkonzept

„Das Selbstkonzept stellt - bezogen auf das Identitätskonzept - einen Operationalisierungsversuch der personellen Identität dar, d.h. im Selbstkonzept spiegeln sich die Facetten zurückliegender biographischer Erfahrungen, die eine Basis für die eigenständige Identität bilden oder sie im negativen Fall verhindern können.“ (Heitmeyer 1992a, 124) Bei der Untersuchung ergab sich, daß das Selbstwertgefühl der Buben höher ist als das der Mädchen (2,27 vs. 2,71)⁵¹ Das Selbstwertgefühl derjenigen, die eine Lehrstelle haben, ist höher als das der Gruppe, die keinen Platz gefunden haben und/oder weiter in die Schule gehen.

Heitmeyer faßt die befragten nach dem Selbstwertkonzept in vier Gruppen zusammen:

- 16,9 % der Jugendlichen haben ein positives Selbstkonzept mit Zügen von Selbstüberschätzung. Sie können sich schwer von der eigenen Person distanzieren;

⁵¹ auf einer Skala von 1 bis 4

- 35,2 % der Befragten weisen ein positives Selbstkonzept mit selbstkritischen Zügen auf. Distanzierungsfähigkeit zu sich selbst ist mit einem positiven Selbstbewußtsein verbunden;
- 32,7 % haben ein negatives Selbstkonzept mit selbstkritischen Zügen, was sich als Selbstzweifel interpretieren läßt;
- 15,3 % der Jugendlichen haben ein negatives Selbstkonzept mit Zügen von Minderwertigkeitsgefühlen. Soziale Ambivalenzbelastungen wirken sich bei dieser Gruppe negativ auf das Selbstbewußtsein aus.

(vgl. Heitmeyer 1992a, 125)

Wie sehen nun die Beziehungen zwischen dem Handlungsrahmen (vgl. S.89) und dem Selbstkonzept aus?

Tabelle 4: Mittelwerte zum Selbstkonzept im Handlungsrahmen

Handlungsrahmen	kein Ausb.platz	Ausb./ Arb.platz	erzwun- gene Schule
Familie innen und peer-group-Sicherheit	2,3	2,2	2,4
Familie innen und keine peer-group-Sicherheit	3,0	2,4	2,6
Familie außen und keine peer-group-Sicherheit	3,4	3,2	3,0
Familie außen und peer-group-Sicherheit	2,5	2,5	2,7

(nach Heitmeyer 1992a, 126; Angaben in Mittelwerten (Min: 1 / Max: 4))

Das negativste Selbstkonzept haben diejenigen, die Probleme nicht in der Familie angehen und auch in der peer-group keine Sicherheit finden (3,0 - 3,4; vgl. Zeile 3 der Tabelle), und zwar bei allen beruflichen Positionen. Ebenfalls negativ ist das Selbstkonzept derer, die zwar Halt in der Familie, nicht aber in der Gleichaltrigengruppe finden und auch keinen Arbeitsplatz haben (3,0). Interessant ist im Falle der Ausbildungsplatzlosigkeit die Bedeutung der peer-group, die noch vor der Familie kommt (vgl. Spalte 1 der Tabelle). Wenn Familie und FreundInnen da sind, kommt es zu einer deutlichen Steigerung (2,3), auch ohne Ausbildungsplatz.

Das Selbstwertgefühl schwankt also je nach beruflicher Position (Spaltenunterschiede), deutlicher sind aber die Unterschiede zwischen den sozialen Sicherheiten, innerhalb derer (noch) die Familie dominiert.

Schritt 3: Orientierungen zu gesellschaftlichen Entwicklungen, Zukunftsperspektiven und autoritär-nationalisierenden Sichtweisen

Ein Zentralbegriff dieser Teilauswertung ist „Anomie“; sie bedeutet einen „Zustand von Norm- und Regellosigkeit, der insbesondere in Zeiten gesellschaftlicher Krisen auftritt und Gefühle der Vereinsamung, Verlassenheit und Hilflosigkeit bewirkt. Dem liegt ein gesellschaftlicher Zustand zugrunde, in dem alte Normen nicht mehr gelten, Traditionsbestände aufgezehrt sind und neue Handlungsorientierungen, die Sicherheit im Alltagsverhalten verbürgen, noch nicht gefunden sind.“ (Heitmeyer 1992a, 127 f.) Diese Gefühle der Anomie sollen jetzt dargestellt werden.

Im Hinblick auf die Zukunft läßt sich ein nicht unbedeutender Pessimismus ablesen: 71,3 % der Jugendlichen blicken pessimistisch in die Zukunft, 44,5 % meinen, die Vergangenheit sei besser gewesen, „weil jeder wußte, was er zu tun hatte“, und 45,7 % teilen die Meinung, daß „man nicht mehr durchschaut, was eigentlich passiert“. Es zeigt sich eine breite Ratlosigkeit, eine Unsicherheit im Umgang mit der Welt, die in Vorwürfe oder Resignation mündet. Unsicherheit über die Zukunft (77,5 %) bzw. über die Vergangenheit (67,2 %) führen zur Suche nach einem Halt und einer neuen Strukturierung des Lebens und einem eigenen Standort darin. (Vgl. Heitmeyer 1992a, 128)

Der Zusammenhang zwischen den Anomie-Gefühlen und dem Selbstkonzept ist schwach; tendenziell neigen Jugendliche mit negativem Selbstwertgefühl zu höherer Orientierungslosigkeit.

Tabelle 5: Anomie und Selbstkonzept

Selbstkonzept	„wenig“ Anomie	„viel“ Anomie
positiv mit Selbstüberschätzung	62,4	37,6
positiv mit Selbstkritik	56,0	44,0
negativ mit Selbstkritik	51,8	48,2
negativ mit Minderwertigkeit	31,7	68,3

(nach Heitmeyer 1992a, 131; Angaben in Prozent)

Diese Tendenzen zeigen sich auch bei der Untersuchung einzelner Statements; generell zeigt sich, daß sich Mädchen stärker von Anomie belastet fühlen.

In bezug auf den Handlungsrahmen zeigt sich, daß eine fehlende Lehrstelle und ein ungesicherter ökonomischer Familienhintergrund eher zu Zukunftspessimismus bzw. Vergangenheitsoptimismus führt. Interessant ist aber die Verknüpfung der verschiedenen Dimensionen: Die höchsten Anomiewerte haben diejenigen, die weder Ausbildungsplatz noch soziale Unterstützung haben, wobei der Gleichaltrigengruppe eine besondere Bedeutung zukommt. Die soziale Abstützung kann jedoch den fehlenden Ausbildungsplatz aufheben (vgl. Tabelle 6, Spalte 1). Die Bedeutung der peer-group zeigt sich auch bei erzwungenen SchülerInnen, wo diejenigen mit stützenden FreundInnen die weitaus niedrigsten Werte haben (vgl. Tabelle 6, Spalte 3). Nur bei denjenigen mit Ausbildungs- bzw. Arbeitsplatz fällt die fehlende Unterstützung der Gleichaltrigengruppe nicht ins Gewicht (vgl. Tabelle 6, Spalte 2). D.h. also, daß die ökonomische Situation allein nicht verantwortlich für die Existenz oder Nicht-Existenz von Gefühlen der Anomie ist, sondern die soziale Unterstützung, v.a. durch die Gleichaltrigengruppe eine wesentliche Rolle spielt.

Tabelle 6: Mittelwerte zur Anomie im Handlungsrahmen

Handlungsrahmen	kein Ausb.platz	Ausb./ Arb.platz	erzwun- gene Schule
Familie innen und peer-group-Sicherheit	2,2	2,3	2,5
Familie innen und keine peer-group-Sicherheit	3,1	2,3	3,0
Familie außen und keine peer-group-Sicherheit	3,0	2,3	2,9
Familie außen und peer-group-Sicherheit	2,4	2,6	2,2

(vgl. Heitmeyer 1992a, 134; Angaben in Mittelwerten (Min: 1 / Max: 4))

Wie sieht jetzt der Zusammenhang zwischen Zukunftserwartungen hinsichtlich des eigenen beruflichen Werdegangs und politischen Orientierungen sowie allgemeinen Zukunftserwartungen aus? „Die eigene Zukunftsperspektive [wird] in hohem Maß als vom Beruf abhängig gesehen.“ (Heitmeyer 1992a, 136) problematisch ist dabei, daß 49,1 % der Jugendlichen eine gewisse Unberechenbarkeit der beruflichen Zukunft sehen; 30,0 % halten ihre beruflichen Pläne gar für unrealisierbar. In diesem Zu-

sammenhang ist interessant, daß 41 % einen Rückgang der Unberechenbarkeit dadurch vermuten, daß alles wieder 'straffer' zugeht, und 48,6 % der Aussage zustimmen, daß die Demokratie nutzlos ist, „wenn ich arbeitslos bin.“ (Heitmeyer 1992a, 137)

Selbstkonzept und Zukunftsperspektiven hängen derart zusammen, daß ein positives Selbstkonzept mit einer optimistischeren Zukunftserwartung korreliert; Jugendliche, die sich nutzlos vorkommen oder „nicht gerade stolz“ auf sich sind, sind pessimistischer, halten ihre Berufsziele für weniger leicht realisierbar und die Zukunft generell für unberechenbarer (vgl. Heitmeyer 1992a, 139). Die pessimistischen Zukunftsvorstellungen kreisen v.a. um Arbeitslosigkeit, Krieg und Naturzerstörung.

Der Zusammenhang zwischen Handlungsrahmen und Zukunftsvorstellungen stellt sich wie folgt dar:

Tabelle 7: Mittelwerte zu Zukunftsperspektiven im Handlungsrahmen

Handlungsrahmen	kein Ausb.platz	Ausb./ Arb.platz	erzwun- gene Schule
Familie innen und peer-group-Sicherheit	2,3	2,4	2,6
Familie innen und keine peer-group-Sicherheit	3,1	2,6	3,0
Familie außen und keine peer-group-Sicherheit	3,2	2,7	2,7
Familie außen und peer-group-Sicherheit	3,0	2,5	2,6

(vgl. Heitmeyer 1992a, 141; Angaben in Mittelwerten (Min: 1 / Max: 4))

Ein fehlender Ausbildungsplatz führt zu pessimistischen Zukunftsansichten, es sei denn, das soziale Netz aus Familie und peer-group ist stark genug (vgl. Tabelle 7, Spalte 1). Interessant an den „Zwangsbeschulten“ ist, daß sie zwar generell optimistischer in die Zukunft blicken, mit Ausnahme derer allerdings, die keinen sozialen Halt haben (vgl. Tabelle 7, Spalte 3). Auch hier zeigt sich: Die berufliche Situation ist zwar wichtig, aber nicht allein entscheidend.

Nach diesem Herantasten über Selbstkonzept, Handlungsrahmen und verschiedene andere Orientierungen kommen wir jetzt zum Rechtsextremismus, also zur Frage nach der Ideologie der Ungleichheit und nach der Gewaltakzeptanz. Heitmeyer versucht sich diesen Orientierungen über Dimensionen von autoritär-nationalisierenden Sichtweisen zu nähern, verbunden mit Fragen über Demokratie, die NS-Zeit und Aspekten von Gewalt (vgl. Heitmeyer 1992a, 142). Ich werde zuerst einzelne Ergebnisse darstellen und anschließend wieder den Zusammenhang mit dem Selbstbild und dem Handlungsrahmen skizzieren.

- 64,1 % der Jugendlichen sind für die Todesstrafe (bei Terrorismus, Rauschgifthandel und Sexualverbrechen);
- 38,6 % unterstützen die Formulierung „deutsche Ausbildungsplätze nur für deutsche Jugendliche“;
- 42,3 % meinen: „deutsches Geld nur für deutsche Aufgaben“ (und nicht für Entwicklungszusammenarbeit);
- gegen die „weiche Welle im Strafvollzug“ sind 72,8 %;
- „Deutschland den Deutschen“ findet Zustimmung bei 51,2 %;
- „Ausländer raus“ sagen immer noch 44,2 %.

Außer bei den Strafvollzugsfragen zeigt sich ein deutlicher Überhang der männlichen Befragten. Die „Ausländer raus“-Position wird einerseits ökonomisch, andererseits aber auch „rassisch“ begründet; die Ausgrenzung gewisser Gruppen wird überhaupt von 20,2 % der Jugendlichen als Lösung diverser sozialer Probleme gesehen. Gewalt wird häufig über „Notwehr“ zu legitimieren versucht.

Im Bereich der Demokratie zeigt sich, daß 46,6 % den „gleichen Wahlen“ skeptisch gegenüberstehen, „wenn danach gefragt wird, ob der einzelne Bürger genug von Politik verstehe, ‘um sinnvoll wählen zu können’.“ (Heitmeyer 1992a, 148) 1,9 % lehnen daher Wahlen überhaupt ab, immerhin 17,9 % wollen das allgemeine Wahlrecht relativieren und auf „Gut-Informierte“ einschränken. Ebenso relativiert wird das Mehr-Parteien-System, und zwar von 36,3 %, die lieber eine einzige Partei hätten, „die die Interessen der gesamten Bevölkerung vertritt.“ (vgl. Heitmeyer 1992a, 148).

In bezug auf den historischen Faschismus kommt es teilweise zu einer Trennung von verschiedenen Aspekten des NS-Regimes oder zwischen Idee und Ausführung. Immerhin 24,8 % der Jugendlichen lassen sich auf eine solche Relativierung ein. Besonders gern wird die Judenvernichtung

als eindeutig negativ ausgespart, um den „Rest“ dann gutheißen zu können; „Hätte Hitler nicht diesen Mist gemacht mit den Juden und anderen hilflosen Menschen, wäre es wirklich keine schlechte Idee gewesen“, meint etwa einer der befragten Jugendlichen (vgl. Heitmeyer 1992a, 151). Unter dem Bedeutungsaspekt betrachtet zeigt sich aber auch, daß die derzeitige Bedeutung der Fragen über die NS-Zeit als sehr niedrig angesehen wird. Das kann die Ergebnisse zwar nicht erfreulicher machen, es zeigt aber, daß die derzeitige rechtsextremistische Gefahr nicht über einen Neo-Faschismus im wörtlichen Sinn laufen muß, sondern viel eher über Ideologien, die Parallelen aufweisen. Wieweit die Relativierungstendenzen der Jugendlichen mit dem Historikerstreit und anderen revisionistischen Tendenzen zusammenhängt, läßt sich schwer abschätzen; ungefährlich dürften die öffentlichen Tabubrüche aber nicht sein.

Von der Entwicklung der eigenständigen Identität aus betrachtet deuten die Relativierungen auf einen Konflikt zwischen Elternhaus, in dem offensichtlich noch immer Legenden kursieren, und Schulerziehung hin. Diese Widersprüche müssen in der Identitätsentwicklung „aufgelöst“ werden, um den Glaubwürdigkeitskonflikt zwischen Schule und Elternhaus zu bearbeiten. Häufig „gewinnt“ dabei das Elternhaus über die Schule, was durch öffentliche Geschichtsrelativierungen erleichtert wird.

Wie sieht nun der Zusammenhang zwischen Selbstkonzept und autoritär-nationalisierenden Orientierungen aus? Dabei zeigt sich folgendes Bild:

Tabelle 8: Selbstkonzept und autoritär-nationalisierende Orientierungen

Selbstkonzept	autoritär-nationalisierende Tendenzen
positiv mit Selbstüberschätzung	64,9
positiv mit Selbstkritik	53,2
negativ mit Selbstkritik	45,8
negativ mit Minderwertigkeit	41,6

(nach Heitmeyer 1992a, 156; Angaben in Prozent)

Diese Ergebnisse widersprechen gängigen Klischees, etwa über den Zusammenhang von Minderwertigkeitsgefühlen und Rechtsextremismus. Bedrohlich sieht v.a. die erste Zeile aus, da eigene Selbstüberschätzung leicht zu einer Ideologie der Ungleichheit wird. Verwirrend ist v.a. die

zweite Zeile. Geschlechtermäßig neigen eher männliche Jugendliche zu Akzeptanz dieser Orientierungen.

Die Zusammenhänge zwischen dem Zukunftsbild und den politischen Orientierungen ist schwach; sowohl PessimistInnen als auch OptimistInnen finden sich in der Gruppe derer mit autoritär-nationalisierenden Einstellungen, wobei die PessimistInnen nur leicht überwiegen. Das selbe gilt für die Frage nach der allgemeinen Verunsicherung und Orientierungslosigkeit und den genannten Tendenzen: Die Verunsicherten neigen etwas stärker zu autoritär-nationalisierenden Einstellungen, finden sich aber auch in der Gruppe der sich davon Distanzierenden.

Es lassen sich also in der empirischen Untersuchung und deren Auswertung kaum lineare Zusammenhänge und klare Muster erkennen; der Prozeß der Entwicklung der eigenständigen Identität ist offensichtlich ein etwas verwickelter ...

Häufig werden politisch rechtsextreme Orientierungen in Zusammenhang mit der sozio-ökonomischen Situation der Betroffenen gebracht. Heitmeyer setzt daher die Einstellungen wiederum in Bezug zum Handlungsrahmen:

Tabelle 9: Mittelwerte zu autoritär-nationalisierenden Tendenzen im Handlungsrahmen

Handlungsrahmen	kein Ausb.platz	Ausb./ Arb.platz	erzwungene Schule
Familie innen und peer-group-Sicherheit	2,4	2,5	2,6
Familie innen und keine peer-group-Sicherheit	2,2	2,6	2,2
Familie außen und keine peer-group-Sicherheit	2,3	2,6	2,2
Familie außen und peer-group-Sicherheit	3,0	2,5	2,8

(vgl. Heitmeyer 1992a, 160; Angaben in Mittelwerten (Min: 1 / Max: 4))

In bezug auf die Arbeitslosen zeigt sich, daß nur diejenigen, die kein soziales Netz unter sich haben, zu rechtsextremen Einstellungen neigen (vgl. Tabelle 9, Spalte 1). Der Bereich der „ZwangsschülerInnen“ zeigt wieder-

um eine Tendenz, die wir bereits aus anderen Teilauswertungen kennen: Eine besondere Rolle spielen hier die peer-group-Bindungen (vgl. Tabelle 9, Spalte 3). Eine zeilenweise Betrachtung zeigt, daß die Frage des Arbeitsplatzes nur dann eine entscheidende Rolle spielt, wenn keine sozialen Sicherheiten vorhanden sind; ansonsten ergibt sich kein konsistentes Muster.

Interessant sind noch die teilweise hohen Werte der InhaberInnen eines Arbeits- bzw. Ausbildungsplatzes (vgl. Tabelle 9, Spalte 2). „Dringen hier Überlegenheitsgedanken durch [...]? Sind es vor allem diejenigen, die über ein besonders positives Selbstkonzept verfügen, in denen die z.T. fehlende Distanzierungsfähigkeit sich selbst gegenüber sich nun zulasten anderer auswirkt? Muß auch wieder die klassische Frage nach dem Zusammenhang mit einer autoritären Erziehung aufgeworfen werden - trotz aller angeblichen oder tatsächlichen Liberalisierungen?“ (Heitmeyer 1992a, 161)

Schritt 4: Versuch einer Clusterbildung

Im Anschluß an die Einzel- und vergleichende Auswertung der Untersuchung geht Heitmeyer noch daran, die Untersuchten mit Hilfe der Clusteranalyse in Gruppen einzuteilen. „Die Ergebnisse zeigen fünf Gruppierungen, die wir in ihren spezifischen Kombinationen von Merkmalsausprägungen beschrieben und in Zusammenhang mit dem von uns verwandten Handlungsrahmen gebracht haben. Dabei sind nicht die quantitativen Verteilungen in erster Linie wichtig, sondern die inhaltlichen Konturen.“ (Heitmeyer 1992a, 162)

Tabelle 10: Orientierungsmuster (Clusteranalyse)

Dimension	Gesamtgr.	Gr. 1	Gr. 2	Gr. 3	Gr. 4	Gr. 5
Selbstkonzept	2,50	2,26	1,72	3,34	1,66	3,30
Zukunftsperspektiven	2,61	1,75	3,52	3,36	1,86	2,13
gesellsch. Verunsicher.	2,50	2,13	3,07	3,11	1,78	2,05
aut.-nat. Orientierungen	2,49	3,46	2,87	2,68	1,78	1,65

(vgl. Heitmeyer 1992a, 163 ff.; Angaben in Mittelwerten (Min: 1 / Max: 4))

Gruppierung 1: Die „Autoritär-Nationalistischen“

In diesem Cluster haben 59,0 % eine Lehrstelle (19,7 % arbeitslos; 21,3 % SchülerInnen). Ebenso überdurchschnittlich wie die Lehrstellen

sind in dieser Gruppe die Mitgliedschaften in Gleichaltrigen-Gruppen (70,6 %) und fühlen sich dort auch wohl. Die subjektive Zufriedenheit in dieser Gruppe ist hoch. Ein positives Selbstkonzept wird mit optimistischen Zukunftserwartungen und geringer Verunsicherung verbunden. Hoch sind hingegen die Werte bei den autoritär-nationalisierenden Tendenzen. Fiktive Aussage⁵² in dieser Gruppe:

„Ich bin mir ziemlich sicher, daß ich so ziemlich alles ‘pake’ kann, was auf mich zukommt. Mir stehen alle Türen offen, auch wenn es im Moment nicht so klappt. Aber da ich von mir weiß, was ich leisten kann, als auch die meisten Dinge durchschaue, weiß ich auch wo es langgehen soll, und da meine ich, daß meine und die deutschen Interessen insgesamt durchgesetzt werden müssen.“ (Heitmeyer 1992a, 163)

Gruppierung 2: Die „Verunsicherten“

Auch diese Gruppe liegt mit 62 % LehrstelleninhaberInnen über dem Durchschnitt. Ebenso überdurchschnittlich ist auch in diesem Cluster die Mitgliedschaft und Sicherheit in einer peer-group. Trotzdem haben die Jugendlichen Probleme: zwar nicht in ihrem Selbstbild, das ausgesprochen selbstbewußt wirkt, wohl aber, was die Zukunftsperspektiven und das Gefühl der Orientierungslosigkeit anbelangt. Dazu kommt noch ein über dem Schnitt liegender Wert bei den autoritär-nationalisierenden Orientierungen. Die für diese Gruppe typische Aussage könnte lauten:

„Ich bin mit mir in jeder Hinsicht zufrieden und stolz auf mich, aber es ist schon bitter, daß meine Zukunft düster aussieht. Aber wie soll man denn heutzutage noch durchblicken? Wahrscheinlich würde sich meine Zukunftsperspektive entscheidend verbessern, wenn unsere Interessen hier im Land besser vertreten und auch durchgesetzt würden.“ (Heitmeyer 1992a, 164)

Gruppierung 3: Die „vorsichtig Zustimmenden“

In dieser Gruppe sind die SchülerInnen überrepräsentiert, die Anzahl der Lehrlinge und Arbeitslosen liegt unter dem Schnitt. Von den Familienbeziehungen her sind die Jugendlichen stark außenorientiert, jedoch

⁵² „Um die Kontur zu verdeutlichen, haben wir zur Illustration jeweils ein ‘typisches’ Orientierungsmuster konstruiert. Es ist zu betonen, daß es sich dabei nicht um authentische Aussagen handelt, deshalb sind es hypothetische Aussagen, von denen angenommen wird, daß sie in den verschiedenen Gruppen konsensfähig wären.“ (Heitmeyer 1992a, 162)

herrscht auch im Verhältnis zu den Gleichaltrigen eine starke Verunsicherung. Die Ausgangslage ist also eher schwierig, was sich auch an den diversen Einschätzungen zeigt: Das Selbstkonzept geht ins Resignative, die Zukunftsperspektiven werden als düster eingeschätzt, eine große Verunsicherung herrscht vor, die sich mit vorsichtiger Zustimmung zu autoritär-nationalisierenden Tendenzen paart. Ein Mitglied dieser Gruppierung könnte etwa sagen:

„Ich sehe mich schon ziemlich kritisch mit meinen guten und schlechten Seiten, aber was soll ich tun, ich habe ohnehin keine besonderen Zukunftsperspektiven. Was soll ich denn tun bei dem ganzen Durcheinander? Was immer ich mache, es ist falsch. Vielleicht wäre es ganz sinnvoll, wenn es alles etwas straffer zugehen würde, dann würde das Leben auch für mich wieder berechenbarer.“ (Heitmeyer 1992a, 165)

Gruppierung 4: Die „selbstsicher Distanzierten“

Diese Gruppe zeichnet sich durch eine überdurchschnittlich hohe Anzahl an LehrstelleninhaberInnen und an Jugendlichen mit innenorientierten Familienbeziehungen aus. Auch die Beziehungen zur Gleichaltrigengruppe sind ausgeprägt und stabil. Ihre Werte sind in allen Bereichen niedrig, d.h. sie haben ein positives Selbstkonzept, sind mit ihren Zukunftsperspektiven zufrieden und leiden nicht an Orientierungslosigkeit oder Verunsicherung. Sie präsentieren eine deutliche Distanzierung zu autoritär-nationalisierenden Einstellungen. Fiktive Aussage:

„Ich kann schon sagen, daß ich mit mir im reinen bin und entsprechende Fähigkeiten habe, um mit der Zukunft fertig zu werden. Außerdem sind da noch andere, die mir helfen. Daher habe ich auch keine Probleme mit den Dingen, die rund um mich ablaufen und mit dem ganzen Zeug von wegen Deutschland und so, soll man mich doch in Ruhe lassen. Das bringt's doch wirklich nicht.“ (Heitmeyer 1992a, 166)

Gruppierung 5: Die „selbstkritisch Distanzierten“

In dieser Gruppe liegt das Arbeits- und Ausbildungsverhältnis etwa im Durchschnitt; auffällig ist hingegen, daß viele Probleme mit den peer-groups haben: Sie sind zwar Mitglied in Gleichaltrigengruppen, fühlen sich dort aber nicht sicher und/oder akzeptiert. Sie selbst schätzen die Jugendlichen ausgesprochen kritisch ein, ihre Zukunftsperspektiven dage-

gen durchaus optimistisch. Ebenso sind die Handlungsunsicherheiten unterdurchschnittlich ausgeprägt, ebenso besteht eine deutliche Distanz zu autoritär-nationalisierenden Orientierungen. Ein/e „solcher“ Jugendliche/r könnte sagen:

„Wenn ich mich intensiv selbst betrachte, dann habe ich allerhand an mir auszusetzen. Trotzdem glaube ich, daß ich meine Fähigkeiten erweitern kann, um meine Zukunft zu bewältigen. Wenn man halbwegs ‘wach’ ist, kann man sich durch manche undurchschaubare Abläufe hindurcharbeiten, so daß man nicht auf Parolen hereinfällt, bei denen andere auf der Strecke bleiben.“ (Heitmeyer 1992a, 167)

Bei Betrachtung dieser fünf Cluster unter dem Blickwinkel des identitätstheoretischen Konzepts (vgl. S.84 f.) ergibt sich folgendes: „Gruppierung V weist ein Orientierungsmuster auf, das in der Lage scheint, handlungsleitend dafür zu sein, den Prozeß zu einer autonomie-orientierten Identität auszuformen.“ (Heitmeyer 1992a, 168) Es gibt keine Verunsicherungen und Orientierungsschwierigkeiten, die diesen Prozeß hemmen könnten, die Distanz sowohl zu sich selbst als auch zu autoritär-nationalisierenden Einstellungen ist gegeben. Autonomie i.S. von gegenseitiger Achtung ist daher möglich.

Das Gegenstück dazu stellt die Gruppierung 1 dar: In Hinblick auf die Zukunftsperspektiven und Un-/Sicherheiten ergibt sich ein ähnliches Bild, das positive Selbstkonzept wird aber verknüpft mit autoritär-nationalisierenden Orientierungen, die durch ihre Ideologie der Ungleichheit nicht zu gegenseitiger Achtung und damit zu einer möglichen Autonomie führen. Die Funktion dieser Einstellungen, die die Jugendlichen ja nicht erfunden haben, dürfte in einer Stabilisierung der sozialen Vernetzung bestehen.

Schwieriger einzuschätzen ist Gruppierung 4: Sie ist eine Mischung aus den Clustern 1 und 5; ebenso wie diese ist sie nicht durch Zukunftsängste oder das Gefühl von Anomie geprägt, sie zeichnet sich aber durch ein positives Selbstkonzept (wie Gruppierung 1), allerdings in einer solch übertriebenen Ausformung, daß diese bereits unnatürlich wirkt. Dazu kommt dann eine Distanz zu autoritär-nationalisierenden Orientierungen, die aber aufgrund der mangelnden Reflexionsfähigkeit die eigene Person betreffend nicht übermäßig stabil sein dürfte.

Gruppierung 2 weist eine Mischung aus einem fast unkritisch positiven Selbstbild und einer Handlungsunsicherheit auf, die sich in Zukunftsängsten und Orientierungsschwierigkeiten ausdrückt. Die fehlende Distanz zu sich selbst steht möglicherweise in einem Zusammenhang mit der Zustimmung zu autoritär-nationalisierenden Aussagen. Es scheint also hier der Versuch, die Balance zwischen individueller und sozialer Identität zu schaffen, zu einem gewissen Schlingern führen.

Orientierungsmuster 3 zeigt eine Verbindung von persönlichen Problemen mit gesellschaftlichen und beruflichen Zukunftsängsten. Interessant dabei, daß der Ausweg nicht in autoritär-nationalisierenden Einstellungen gesucht wird.

Abschließende Anmerkungen

Heitmeyer wagt sich, trotz der für diese Fragestellung bestehenden Fragwürdigkeit von Querschnittsuntersuchungen und der mangelnden Vergleichbarkeit eben dieser, an das Thema der quantitativen Änderungen der rechtsextremen Einstellungen bei Jugendlichen und stellt dabei fest: „Unter Beachtung der angeführten Einschränkungen⁵³ zeigen sich Ergebnisse, die eher auf eine höhere Akzeptanz autoritär-nationalisierender Orientierungen hindeuten.“ (Heitmeyer 1992a, 181) (Zu den Zahlen für einzelne Statements vgl. S.96) Es besteht also kein Grund zur Beschwichtigung, die rechtsextremen Einstellungen seien nur eine Modeerscheinung oder eine pubertäre Trotzerscheinung.

Im Zuge der Identitätsentwicklung kommt es immer wieder zu Widersprüchen, in der Gesellschaft selbst und auch zwischen gesellschaftlichen und persönlichen Anforderungen; diese Ambivalenzen hat Heitmeyer ebenfalls herausgearbeitet, v.a. eben die Fragen nach der Ideologie der Ungleichheit und der Gewaltakzeptanz. Dazu ergibt sich ein durchaus widersprüchliches Bild (vgl. Heitmeyer 1992a, 183 f.):

- 76,8 % der Jugendlichen lehnen personale Gewalt ab;
- 61,4 % der Jugendlichen lehnen eine Ungleichbehandlung von In- und AusländerInnen am Arbeitsplatz (als Aspekt einer Ungleichheitsideologie) ab;
- staatliche Gewalt wird dagegen sehr wohl akzeptiert, so sind etwa 64,1 % für die Todesstrafe bei gewissen Verbrechen.

⁵³ hinsichtlich der Vergleichbarkeit

Diese Widersprüchlichkeit macht einerseits eine autonomie-orientierte Identitätsentwicklung schwierig und zeigt andererseits eine Anfälligkeit für rechtsextreme Ideologien und auch Organisationen.

Insgesamt gibt es 16,2 % Jugendliche, die sowohl Elemente einer Ideologie der Ungleichheit als auch Gewaltakzeptanz an den Tag legen. Wie diese in der Gesellschaft handeln, hängt auch von dieser ab: Wenn sie auf eine klare Ablehnung von Gewalt stoßen, besteht für sie ein Konflikt von Ansprüchen, der sie bremsen wird; wo diese Ablehnung aber nicht vorhanden ist, also etwa in gewissen rechtsextremen Kreisen, kann es eher zu einem Ausleben dieser Verbindung kommen, sei es im geheimen oder, wie es immer öfter vorkommt, auch durch öffentliche Gewalttaten. Unter diesem Gesichtspunkt ist es als höchst gefährlich einzuschätzen, wenn in der öffentlichen Diskussion Tabus brechen, da dadurch der Ambivalenzkonflikt für die Jugendlichen mit den entsprechenden Einstellungen quasi „aufgelöst“ wird und diese, sozial akzeptiert, von ihren Einstellungen zu Taten übergehen können.

Weitere 34,0 % der Jugendlichen neigen zu autoritär-nationalisierenden Einstellungen, trennen aber die Gewaltakzeptanz davon ab. Diese Widersprüchlichkeit kann leicht kippen, die Frage ist dabei, in welche Richtung. Eine „Hinzunahme“ der Gewaltakzeptanz zur Durchsetzung der autoritär-nationalisierenden Tendenzen erscheint durch den Kontakt mit einschlägigen Gruppierungen leicht möglich.

Die oben erwähnten 16,2 % der Jugendlichen sind (noch) keine Rechts-extremistInnen; durch ihre Einstellungen, die beide Elemente kombiniert, haben sie jedoch eine große Affinität zu rechtsextremen Personen und Organisationen. Die nächsten 34,0 % haben zumindest eine teilweise Affinität, da das Merkmal des Ungleichheitsideologie übereinstimmt. Sie könnten als „gefährdet“ bezeichnet werden.

„Mit diesem Konzept soll verdeutlicht werden, daß es sich um einen stufenweisen Prozeß handelt, in dem die zum zielgerichteten, politisch organisierten Handeln aufsteigenden Stufen schrittweise begangen werden, wobei nach unserer Interpretation der Schritt zur Übernahme von Ideologemen der Ungleichheit vor dem Schritt der Akzeptanz von Gewalt verläuft.“ (Heitmeyer 1992a, 187)

Langfristuntersuchung

Nach der quantitativ sehr ausführlichen Querschnittuntersuchung (= Heitmeyer 1992a) entschloß sich das Bielefelder Forschungsteam, eine Langfristuntersuchung über die politische Sozialisation anzuschließen, um mehr über die Entwicklung rechtsextremer Orientierungen und deren Ursachen herauszufinden. Sie konzentriert sich ebenso auf den soziologischen Rechtsextremismus, also die Einstellungen, hier konkret von männlichen Jugendlichen zwischen etwa 16 und 21 Jahren, die keinen rechtsextremen Organisationen angehören. Rechtsextremistische Orientierungen werden wiederum als Produkte der Verarbeitung unterschiedlicher Ansprüche im Rahmen des Identitätsentwicklungs- und Sozialisationsprozesses aufgefaßt (vgl. Heitmeyer 1992b, 9). Besonders betrachtet wird der Aspekt der beruflichen Sozialisation und deren Auswirkungen auf die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen. Die quantitative Untersuchung hat bereits gezeigt, daß allein die formale Integration in den Arbeitsprozeß nichts über die Ausprägung autoritär-nationalisierender Einstellungen aussagt, sondern daß auch andere Faktoren eine Rolle spielen; dieser Aspekt sollte nun weiter bearbeitet werden. Grundlage der Untersuchung ist nach wie vor das sozialisationstheoretische Konzept (vgl. S.81 ff.)

VORGANGSWEISE

Der Erhebungsansatz ist wiederum eine Kombination aus objektiven und subjektiven Faktoren. Erhoben werden die konkrete Lebenssituation der Jugendlichen mit Hilfe von Sekundäruntersuchungen, diversen Unterlagen und Beobachtungen einerseits, mit einem Fragebogen zu demographischen Daten (Wohnen, ökonomische Verhältnisse, Familie, Freizeit) andererseits. Auf der subjektiven Seite sollen Arbeitsorientierungen, politische Orientierungen und identitätsrelevante Elemente erfaßt werden. Mit Hilfe qualitativer Interviews wird nach Erfahrungen bei der Stellensuche, im Beruf, nach dem Stellenwert der Arbeit und den Zukunftsperspektiven gefragt. Im politischen Bereich wurde das Interesse für Politik, die Einschätzung politischer Sachverhalte, die Einstellungen, v.a. zu Ideologien der Ungleichheit und zu Gewaltakzeptanz abgefragt. Zusätzlich sollten weitere Fragen Aussagen über die Identitätsentwicklung erlauben (Selbstbild, Einschätzung der sozialen Beziehungen).

Die Interviews wurden möglichst vom/von der gleichen InterviewerIn in jährlichen Abständen an verschiedenen Orten durchgeführt. Über den

ganzen Zeitraum von fünf Jahren waren es letztlich 31 Jugendliche, die in die „Endauswertung“ kamen.

Bei der Auswertung wurde zunächst der Lebenskontext der einzelnen Befragten rekonstruiert, also die „harten“ Daten. Anschließend wurden die wichtigsten Problembelastungen und die Milieu-Einbindung zusammengefaßt, und zwar entsprechend der jeweiligen subjektiven Einschätzung. Dazu wurden noch die diversen Einstellungen und deren Entwicklungen zusammengefaßt, die in einem Wechselspiel mit „äußeren“ Lebensbewältigungsprozessen stehen. Der letzte Schritt war dann die Analyse im Hinblick auf das Identitätskonzept.

Die Interpretation hatte schließlich zwei Aufgaben: Die Verknüpfung objektiver und subjektiver Elemente und die Einbindung in den sozialisationstheoretischen Rahmen. Diese Arbeit wurde in einem schrittweisen Team-Prozeß durchgeführt. (Vgl. zum ganzen Abschnitt Heitmeyer 1992b, 49-75)

AUSWERTUNG

Objektiver Aspekt: Lebensbedingungen und Milieu-Einbindungen

Die Untersuchungsgruppe war so angeordnet, daß je 20 Jugendliche mit und ohne Ausbildungsplatz waren, ebenso jeweils die Hälfte aus „gewachsenen“ und aus neuen Wohnvierteln und daß eine Ausgewogenheit von Akzeptanz und Distanz von/zu rechtsextremen Orientierungen vorlag. Hinsichtlich der Wohnverhältnisse ist noch anzumerken, daß nur etwa 1/3 ihr ganzes bisheriges Leben lang im gleichen Wohngebiet lebt. Bei den Arbeitslosen ist der Anteil der Sozialwohnungsbewohner höher, bei denjenigen, die einen Ausbildungsplatz haben, sind dafür die Eigenheimbewohner stärker vertreten. Hinsichtlich des eigenen Zimmers sind die Arbeitslosen und die Arbeitenden gleich ausgestattet. Die Wohnverhältnisse werden von der Mehrheit nicht als negativ gesehen, obwohl sie häufig recht beengt sind. Lehrlinge sind stärker in ihr Wohnumfeld eingebunden als Arbeitslose.

Hinsichtlich der materiellen Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Wirtschaftsgütern unterscheiden sich die beiden Gruppen aber deutlich: Die Arbeitslosenhaushalte dominieren bei Videorecordern, die Lehrlingshaushalte dafür bei Autos. Auch beim persönliche Besitz von motorisier-

ten Untersätzen sind Arbeitslose erwartungsgemäß schlechtergestellt, ebenso beim verfügbaren Geld. Der subjektive Unterschied in der Einschätzung der Verfügungssummen ist allerdings nicht so gravierend wie der objektive.

Die meisten Jugendlichen wohnen bei ihren Herkunftsfamilien und haben Geschwister. Die Zahl der geschiedenen oder getrennten Eltern ist bei der Gruppe der Arbeitslosen höher (40 % vs. 25 %).⁵⁴

Das Bildungsniveau der beiden Gruppen ist recht unterschiedlich: „Besitzen bei den Arbeitslosen drei Viertel einen Hauptschulabschluß und ein Viertel gar keinen Abschluß, so fehlt keinem einzigen der in der Ausbildung Befindlichen ein Schulabschluß. Gut die Hälfte (11) hat mit Erfolg die Hauptschule absolviert, die anderen weisen Abschlüsse 'Mittlerer Reife' auf.“ (Heitmeyer 1992b, 81) Die Ausbildung der Eltern ist hingegen kaum unterschiedlich. Die meisten Väter sind als Arbeiter oder kleine Angestellte tätig, viele der Mütter arbeiten auch. In der Gruppe der Arbeitslosen ist festzustellen, daß der Anteil der erwerbslosen Familienmitglieder höher liegt als in der Vergleichsgruppe. Arbeitslose sind weniger in ihre Familien eingebunden, etwa was die Bearbeitung persönlicher Probleme betrifft; für sie sind dafür Freunde wichtiger. Auffallend ist aber besonders, daß ein Viertel der Arbeitslosen niemand zum Ansprechen bei persönlichen Problemen hat. In der Gruppe der Arbeitslosen ist auch der Anteil derjenigen niedriger, die ihre politische Orientierung der Eltern auch als die ihrige einschätzen.

Ihre Freizeit verbringen die Jugendlichen v.a. bei Freunden, zu Hause oder in Diskos. Bei den Arbeitslosen zeigt sich ein Trend zu Aufenthalten unter freiem Himmel und in Jugendzentren. Von den Gleichaltrigen fühlen sich nahezu alle akzeptiert, die Verlässlichkeit der peer-groups wird aber unterschiedlich eingeschätzt. Für Probleme stehen eher einzelne Freunde zur Verfügung.

Die wesentlichen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen liegen also in der materiellen Ausstattung, die nicht nur Gebrauchs-, sondern auch Statusfunktion hat; in der Einbindung in das Wohnumfeld, die Familie und die peer-group. Diejenigen, die für sich keine/n AnsprechpartnerIn bei persönlichen Problemen sehen, kommen interessanterweise alle aus he-

⁵⁴ Angesichts der geringen Zahl der Untersuchten ist natürlich keinerlei Repräsentativität gegeben. Heitmeyer pflegt auch nicht mit Prozent-Werten oder anderen vergleichenden quantitativen Angaben zu hantieren, sondern nennt nur die absoluten Zahlen, um Tendenzen ablesen zu können. Die Prozentwerte hier sind nur von mir zur Vereinfachung eingeführt.

terogenen Wohngebieten. Allerdings sinkt auch in klassischen ArbeiterInnenwohnvierteln die soziale Integration. Hier zeigt sich wieder, daß die klassischen Milieus zunehmend erodieren und ihre Funktion, einen Wertekontext und Orientierungsrahmen zur Verfügung erstellen, nicht mehr erfüllen können. „Insgesamt zeigt die Ausgangssituation bei den Auszubildenden einen in mehreren Façetten höheren sozialen Integrationsgrad, während die (Noch-) Ausbildungsplatzlosen auch in anderen Bereichen mit Desintegrationsproblemen zu tun haben.“ (Heitmeyer 1992b, 85)

Anhand von ausgewählten Beispielen zeigt Heitmeyer (1992b, 90 ff.) folgendes:

- Die soziale Herkunft sagt nichts über die Orientierungen aus;
- Die berufliche Stellung ebensowenig;
- Die formale Mitgliedschaft bei Organisationen, etwa Gewerkschaften, liefert ebenfalls keine Beitrag zur Erklärung von Orientierungen;
- Die Übereinstimmung mit den politischen Ansichten Eltern ist größer als die untereinander (bei gleichem sozialen und beruflichem Umfeld);
- Eine Verunsicherung hinsichtlich der beruflichen Zukunft ist nicht abhängig von erlebten Problemen oder Krisen;
- Die formale Integration in den Arbeitsprozeß sagt nichts über die politischen Einstellungen aus.

Neue Tendenzen in der Sozialisation männlicher Jugendlicher sind vor allem die Auflösung der Milieus als Unterstützungs- und Bezugssysteme, ohne daß es einen adäquaten Ersatz gäbe; wenn dazu auch noch die fehlende Identifikationsmöglichkeit mit der Arbeit und vielleicht auch noch die Angst vor der beruflichen Zukunft (etwa durch Modernisierung und Rationalisierung) kommt, kann es ernste Probleme im Sozialisationsprozeß geben. Als Folgen davon kann es „zu Formen idiographischer Konsumorientierung und zum Machiavellimus [oder zu einer] Tendenz zur Atomisierung“ (Heitmeyer 1992b, 95) kommen - Milieu, Markt und Medien sind die Instanzen, die die Sozialisation prägen.

Diese soeben aufgezeigten neuen Sozialisationsprozesse und Sozialidentitäten müssen noch in Zusammenhang mit den politischen Orientierungen gesetzt werden.

Sozialisationsverläufe und Grundmuster

Nach der Skizzierung dieser Ausgangsvoraussetzungen geht Heitmeyer (1992b, 101 ff.) dazu über, Zeitverläufe über die fünf Jahre zu skizzieren. Dabei stellt er den Zusammenhang zwischen den objektiven Rahmenbedingungen bzw. deren subjektiver Verarbeitung und den politischen Einstellungen und Handlungsweisen her. Ausgangspunkt dafür sind drei Grundmuster, die „sich aus dem Verhältnis der politischen Orientierungen und Handlungsweisen bei den Jugendlichen aus der Untersuchungsgruppe zu rechtsextremistischen Orientierungen und Handlungsweisen [konturieren]“ (Heitmeyer 1992b, 101):

- Das *Distanzmuster* ist gekennzeichnet durch eine Ablehnung sowohl der Ideologie der Ungleichheit als auch der Gewalt;
- Das *Ambivalenzmuster* zeichnet sich dadurch aus, daß es zumindest in einem Bereich „Einbrüche“ gibt;
- Das *Akzeptanzmuster* enthält und verbindet beide Aspekte.

Die Verläufe zeigen nun die Entstehung gewisser Orientierungen in Wechselwirkung zu äußeren Einflußfaktoren; es geht dabei um die Frage nach den Bedingungen, aber auch nach möglichen Musterwechseln.

Heitmeyer (1992b, 103-467) stellt diese drei Muster anhand von jeweils 2 bzw. 3 Beispielen dar. Ich werde hier nur kurz auf die Fälle eingehen, die er dem Akzeptanzmuster zuordnet.

Verzögerte berufliche Normalbiographie und die Entwicklung eines stillgelegten Rechtsextremismus

Diesen Verlauf zeichnet Heitmeyer (1992b, 312 ff.) am Beispiel „Charly“ nach. Anfangszustand: Charly wohnt bei seiner Mutter und deren Freund, in einem Neubauviertel, hat ein eigenes Zimmer. Seine Mutter und er sind arbeitslos, die ökonomische Basis ist trist; unter dieser Situation leidet er. In der Freizeit ist er mit einer Fanclique eines Fußballclubs zusammen, in der er so etwas wie Geborgenheit erlebt.

Seine Entwicklung hinsichtlich der Ideologie der Ungleichheit und der Gewaltakzeptanz läßt sich wie folgt nachzeichnen:

- 1985: Charly bezieht Ungleichheitsstandpunkte und übt selbst im Rahmen des Fanclubs Gewalt aus. Auffällig ist vor allem seine Fremdenfeindlichkeit
- 1986: Charly bekommt eine Lehrstelle, was seine Einstellungen aber kaum verändert; die ökonomisch und kulturell motivierte Fremdenfeindlichkeit bleibt bestehen und wird mit „Mehrheitsargumenten“ zu legitimieren versucht. Von selbstausgeübter Gewalt zieht er sich auf die Billigung fremdausgeübter zurück und begründet sie mit dem „Recht des Stärkeren“
- 1987: Es kommt zu einer Kulmination der Ungleichheitsideologie bis zum Fremdenhaß und einer Rückkehr zur persönlichen Gewaltanwendung, ebenfalls gegen AusländerInnen. Biographischer Hintergrund ist die neuerliche Arbeitslosigkeit. Die Haltung gegenüber AusländerInnen wird vor allem ökonomisch (Arbeitsplätze) legitimiert; sie äußert sich in ethno-puralistischen Ansichten und der Forderung nach „Rückführung“ von AusländerInnen. „Das Stadium der Ideologienähe hat die Grenze von der Akzeptanz zur aktiven Propagierung offenbar bereits überschritten.“ (Heitmeyer 1992b, 348)
- 1988: Die beiden Aspekte driften wieder auseinander; die Gewalt tritt in den Hintergrund, der Fremdenhaß mäßigt sich, wobei er sich inhaltlich kaum ändert. Fremdausgeübte Gewalt wird nach wie vor gebilligt, die Ungleichheitsideologie auch mit völkischen Argumenten zu belegen versucht; Fremdenhaß wird mehr zu Fremdenangst.
- 1989: Die Schärfe der Fremdenfeindlichkeit hat weiter abgenommen; das ökonomische Konkurrenzverhältnis besteht weiter, die kulturellen Vorurteile sind aber verschwunden. Eine gewaltsame Lösung des „AusländerInnenproblems“ bevorzugt er nicht mehr, und so ist er auch von der FAP abgerückt, mit der er früher sympathisiert hat. Gewalt akzeptiert er nur mehr im engen persönlichen Kreis (Wutausbrüche); „er zeigt hier Teile einer Verschleierungsideologie, die die sozialen Ursachen von Gewalt überdecken will. Die biologistische Begründung der eigenen Gewaltakzeptanz zeigt auch an, daß Charlys rechtsextremistische Orientierungen weiter im Untergrund lebendig sind“, (Heitmeyer 1992b, 350) aber aus pragmatischen Gründen (Arbeitsplatzsuche) stilliegen.

Identitätstheoretisch betrachtet zeigen sich bei Charly immer wieder biographische Brüche, die er durch eine Kontinuitätskonstruktion im Bereich der politischen Orientierungen zu kitten sucht; hier sucht er die Gewißheit,

die er im beruflichen und sozialen Bereich nicht findet. Sobald er etwa im beruflichen Bereich wieder Boden unter den Füßen spürt, sinkt auch sein Bedarf nach Identitätsunterstützung durch die Gewißheiten im ideologischen Bereich.

Qualifizierende berufliche Normalbiographie und die Normalisierung von Gewalt

Die Ausgangssituation des Beispiels „Otto“ sieht folgendermaßen aus: Er lebt mit seiner Mutter, deren Freund und drei Geschwistern in einer Neubausiedlung, wohnt mit einem Bruder zusammen in einem Zimmer und ist mit den Wohnverhältnissen generell nicht ganz zufrieden. Außerdem leidet er unter der Scheidung der Eltern. Otto absolviert eine Dreherlehre, kommt aber mit seinem Geld nicht aus. In der Familie ist auch sonst niemand arbeitslos (vgl. Heitmeyer 1992b, 357 ff.)

Wie bei Charly möchte ich auch Ottos ideologische Entwicklung kurz skizzieren:

- 1985: Otto akzeptiert Gewalt zur Regelung persönlicher, aber auch politischer Auseinandersetzungen und übt selbst Gewalt aus, als Mitglied derselben Fußball-Fanclique wie Charly und auch gegen ausländische Jugendliche. Ebenso unterstützt er staatlich-repressive Gewalt. Ideologisch ist er eher als rechtskonservativ denn als rechtsextrem einzuschätzen, die AusländerInnenfeindlichkeit ist allerdings schon ausgeprägt.
- 1986: In diesem Jahr hat sich nicht viel geändert: Die Gewaltanwendung ist „zugunsten“ eines Anstiegs der Sprachgewalt zurückgegangen, die Fremdenfeindlichkeit hat sich allerdings verschärft; er begründet sie mit Arbeitsplatz-, aber auch mit nationalistischen Argumenten. „Parallel dazu lassen sich auch Versuche der Relativierung des Nationalsozialismus erkennen.“ (Heitmeyer 1992b, 405)
- 1987: Die Auseinanderentwicklung der beiden Bereiche ist noch stärker geworden; Otto akzeptiert allerdings immer noch einen gewissen Teil von Gewalt, wenn auch durch den Abschluß der Lehre und das Fortschreiten der beruflichen Normalbiographie immer weniger. Seine Fremdenfeindlichkeit, v.a. auf der Konkurrenzangst im Bereich der Arbeitsplätze aufgebaut, hat sich verfestigt. Zusätzlich richtet sich die Ungleichheitsideologie auch gegen andere Bevölkerungsgruppen.

- 1988: Die Gewaltakzeptanz hat sich weiter abgeschwächt, ohne jedoch völlig verschwunden zu sein. Seine Fremdenfeindlichkeit hat sich zum Fremdenhaß gesteigert, gespeist aus nationalistischen und ökonomischen Gründen.
- 1989: Beide Aspekte existieren unverändert. Die Gewaltakzeptanz bezieht sich nach wie vor auf den institutionellen Bereich, der personelle ist aus kalkulatorischen Gründen (Job-Sicherung) zurückgedrängt, aber nicht verschwunden. Der Fremdenhaß ist eher noch militanter geworden, und Otto beginnt jetzt auch, diesen zu propagieren. Seine Orientierungen sind daher nach der bekannten Definition (vgl. S.6 f.) als deutlich rechtsextremistisch einzuschätzen.

Identitätstheoretisch läßt sich bei Otto keine große Entwicklung feststellen, vielmehr zeigt sich eine ausgeprägte Konstanz. Bestimmend für ihn sind das Unbehagen (etwa im familiären Kontext) und der Wunsch nach Ordnung. Seine politischen Orientierungen stützen sich darauf. Die Unzufriedenheit mit sich selbst und mit seiner Umwelt erschweren die Ausbildung der eigenständigen Identität; seine Arbeit bietet ihm keinen Beitrag zur Sinnstiftung, auch in seinem sozialen Umfeld findet er nicht den nötigen Halt. Sein Wunsch nach Ordnung und Stärke überträgt sich vom privaten und beruflichen Bereich auch auf seine politischen Orientierungen; er holt sich in der Ideologie Gewißheiten und die Stärkung seines Selbstwertgefühls, die er sonst in seinem Leben nicht findet. Von Autonomie-Orientierung kann bei Otto keine Rede sein.

Diskontinuierliche, nichtqualifizierende Arbeitsbiographie und die Verfestigung eines anomischen Rechtsextremismus

„Till“, so der Name des Beispiels für diesen Entwicklungsverlauf (vgl. Heitmeyer 1992b, 412 ff.) wohnt mit seinen Eltern und einem Bruder in einer kleinen Neubauwohnung am Stadtrand. Er ist nach dem Hauptschulabschluß arbeitslos, sein Vater hat einen Job, seine Mutter ist Hausfrau. Mit seinem Taschengeld kommt er nur knapp aus.

Seine Entwicklung im Bereich der Ungleichheitsideologie und der Gewaltakzeptanz sieht in etwa so aus:

- 1985: Seine politischen Einstellungen sind vage und diffus. Gegenüber AusländerInnen verspürt ein gewisses Unbehagen. Im Bereich der Gewaltakzeptanz vertritt er teilweise rigoros die Anwendung staatlich-repressiver Gewalt (Todesstrafe), nicht aber gegenüber AusländerInnen. Selbst übt er Gewalt im Rahmen der Fußball-Fanclique aus, jedoch ohne politischen Bezug. Rechtsextremistische Äußerungen haben eher Provokationscharakter.
- 1986: Tills politische Einstellungen sind nach wie vor konfus. Er leidet darunter, auf dem Arbeitsmarkt nicht Fuß fassen zu können und sucht im Bereich der politischen Einstellungen als Ausgleich Ordnung und Klarheit. Sein Unbehagen gegenüber AusländerInnen hat sich zur Fremdenangst entwickelt, die er „mit materiellen Konkurrenzgefühlen, kulturellen Fremdheitsgefühlen und Überfremdung [erklärt].“ (Heitmeyer 1992b, 456) Gegenüber AusländerInnen befürwortet er staatliche Ungleichbehandlung, aber auch personelle Gewalt; Gewalt nimmt einen immer zentraleren Platz in seinem Leben ein, v.a. auch durch seine Clique. Trotz verstärkter Ungleichheitsideologie und hoher Gewaltakzeptanz bleibt sein Verhältnis zum Nationalsozialismus distanziert.
- 1987: Tills Interesse an der Politik, v.a. gegenüber AusländerInnen ist gestiegen; seine persönlichen Mißerfolge auf dem Arbeitsmarkt treffen mit gesteigerter Sehnsucht nach Ordnung im politischen Raum zusammen. Seine Fremdenfeindlichkeit ist von massiver Fremdenangst gekennzeichnet; auch gegenüber anderen Gruppen, die sein Leitbild der Ordnung stören (z.B. Punks) entwickelt er Ablehnungsgefühle. Seine Ansichten zu staatlicher Gewalt verfestigen sich, ebenso nehmen seine persönlich ausgeübten Gewaltakte (Schlägereien) zu. Trotz dieser Voraussetzungen distanziert er sich weiterhin vom organisierten Rechtsextremismus. Dennoch: „Entschieden vertritt Till nunmehr Orientierungsmuster eines anomischen Rechtsextremismus.“ (Heitmeyer 1992b, 458)
- 1988: Till verbringt 21 Monate in Haft; dort verschärfen sich seine politischen Orientierungen. Aus Fremdenangst ist Fremdenhaß geworden, Gewaltbilligung und -bereitschaft sind damit eng verbunden. Die Punker sind zu seinem zweiten Feindbild geworden. Seine Ungleichheitsideologie propagiert er inzwischen auch nach außen, dennoch distanziert er sich sowohl vom historischen Faschismus als auch vom organisierten Rechtsextremismus.

- 1989: Nach der Haft ist Politik für ihn unwichtig geworden, was aber nichts an seinen rechtsextremistischen Einstellungen ändert. Seine ausländerInnenfeindlichen Haltungen haben sich durch Erlebnisse mit ausländischen Mithäftlingen etwas abgeschwächt; gegenüber AsylantInnen empfindet er aber noch immer ein Unbehagen, wenn auch keine völkischen Ressentiments mehr. Im Bereich der Gewalt liegt sein Schwergewicht mehr auf staatlicher Gewaltausübung, die er nach wie vor unterstützt. „Erstaunlich umfassend [...] äußert Till mittlerweile seine Kritik am Nationalsozialismus.“ (Heitmeyer 1992b, 460)

Identitätstheoretisch gesprochen zeigen sich bei Till laufende Kontinuitätsbrüche, so daß von einer Identitätsdiffusion und nicht von einer Entwicklung hin zu einer Autonomieorientierung gesprochen werden muß. Er kann den gesellschaftlichen Erwartungen hinsichtlich einer beruflichen Normalbiographie nicht entsprechen, und auch die Familie bietet keine Sicherheit. „Der Mangel an Alltagsstabilität [...] wird ausgefüllt durch eine Ersatzstabilität“, (Heitmeyer 1992b, 461) wozu vor allem die peer-group und die Gewaltausübung gehören. Gefragt sind Einfachheit und Klarheit. Seine politischen Einstellungen dokumentieren genau diese Suche nach Stabilität und Überschaubarkeit: klare Freund-Feind-Strukturen etwa erlauben es ihm, trotz seiner niedrigen Frustrations- und Ambivalenztoleranz eine gewisse Sicherheit aufzubauen. Gewalt ist nicht politisch motiviert, sondern dient dem Aufbau und der Stützung eines Selbstbildes. Diese Orientierungsform, Ungleichheitsideologie und Gewaltakzeptanz bei gleichzeitiger Distanz zum organisierten Rechtsextremismus, die dazu dient, eine gewisse Handlungs- und Orientierungssicherheit zu gewinnen, ohne dabei politisch motiviert zu sein, bezeichnet Heitmeyer (1992b, 467) als „anomischen Rechtsextremismus“.

Mögliche Verläufe: eine Zusammenfassung

Nach dieser qualitativen Darstellung der Zeitverläufe anhand von Beispielen versucht Heitmeyer (1992b, 468 f.) eine Übersicht v.a. hinsichtlich der zeitlichen Dimension zu geben:

Tabelle 11: Modelle der politischen Verlaufslinien

Qualität der politischen Orientierungen	Verlaufslinie der politischen Orientierungen	zentrale Elemente der Identitätsentwicklung
Distanzmuster	ausdifferenzierende Konstanz	durch stabile autonomieorientierte Identitätsentwicklung
Distanzmuster	Konstanz	durch traditionsgeleitete und milieu-gebundene Identität
Ambivalenzmuster	negative Modifikation	durch zunehmenden identitätsrelevanten kalkulatorischen Machiavellismus
Ambivalenzmuster	negative Modifikation	durch politische Identitätsaufspaltung
Akzeptanzmuster (Charly)	labiler positiver Musterwechsel	durch identitätsstiftende Kompetenzerfahrung
Akzeptanzmuster (Otto)	Konstanz	durch identitätssichernde Gewaltnormalisierung
Akzeptanzmuster (Till)	verhärtete Konstanz	durch Identitätsdiffusion im Zuge von Anomieprozessen

(nach Heitmeyer 1992b, 469)

„Positiv“ bzw. „negativ“ in dieser Tabelle bedeutet „größere“ bzw. „geringere Distanz zum Rechtsextremismus“. Diese Zusammenfassung konzentriert sich allerdings nur auf die ausgewählten sieben Beispiele. Deutlich wird dabei dennoch der Zusammenhang zwischen den politischen Einstellungen und der Identitätsentwicklung, die wiederum stark mit den sozialen und beruflichen Kontexten und Zukunftsaussichten zusammenhängt.

2.2.2.2 Österreichische Jugendliche und ihre Einstellungen zu AusländerInnen

Bei der großen Tiroler Jugendstudie 1992 wurde mit 7 Fragen auch versucht, die Einstellungen der Jugendlichen gegenüber AusländerInnen zu erforschen. Ergebnis: „Die Antwortkategorien, die für Ausländerfeindlichkeit stehen [,] sind mit 20 - 25 % besetzt. Daneben gibt es aber auch noch

eine ausländerkritische Einstellung, die ein Potential für eine weitere Erhöhung des Ausländergegeneranteils sein könnte.“ (JUFF 1992, 37) Die Fragen und Antworten im Detail:

Tabelle 12: Jugend in Tirol - Detailergebnisse

Gastarbeiter haben bei uns	%
zuviel Rechte	22,6
ausreichend Rechte	52,6
eher zuwenig Rechte	24,8

Ich schließe mich am ehesten folgender Aussage an	%
zu viele Ausländer in Ö, nach Hause schicken	22,2
zu viele Ausländer in Ö, die, welche da sind, sollen bleiben	34,4
mehr Ausländer nach Ö, das Boot ist noch nicht voll	7,0
jene Ausländer nach Ö, die wir brauchen	26,4
weiß nicht	10,1

Ausländer beeinflussen unsere Kultur und Gesellschaft positiv	%
stimmt ganz	7,2
stimmt eher	20,3
stimmt eher nicht	47,5
stimmt überhaupt nicht	25,0

Ausländer belasten (mißbrauchen) zu stark unser Sozialsystem	%
stimmt ganz	19,9
stimmt eher	39,3
stimmt eher nicht	30,3
stimmt überhaupt nicht	10,6

Ausländer erhöhen die Arbeitslosigkeit der Einheimischen	%
stimmt ganz	22,2
stimmt eher	32,9
stimmt eher nicht	29,1
stimmt überhaupt nicht	15,7

Ausländer gefährden die Sicherheit (Kriminalität)	%
stimmt ganz	24,2
stimmt eher	37,6
stimmt eher nicht	26,9
stimmt überhaupt nicht	11,3

Ausländer erhöhen bei uns die Wohnungsnot	%
stimmt ganz	25,7
stimmt eher	38,4
stimmt eher nicht	27,4
stimmt überhaupt nicht	8,5

(aus: JUFF 1992, 37 ff.)

Der Pressebericht dieser Studie (= JUFF 1992) ist zwar nicht übermäßig aussagekräftig, da er keinerlei Hinweise zur Vorgangsweise, geschweige denn theoretische Hintergründe oder Überlegungen zu Zusammenhängen oder Ursachen enthält. Dennoch erscheinen mir die Zahlen nachdenkenswert.

Zu einem anderen Bild kommt die gesamtösterreichische Jugend-Wertestudie: Aus den Antworten auf die Frage, wen Jugendliche nicht gerne als Nachbarn hätten, schließt sie, „daß die ‘klassischen’ Vorurteile gegenüber anderen Religionen und Rassen für Jugendliche kaum mehr existieren. Wesentlich mehr Vorbehalte zeigen sie gegenüber Personengruppen, die im weitesten Sinn durch den Begriff Krankheit zu charakterisieren sind: Betrunkene, Drogenabhängige, psychisch Kranke, Aidskranke.“ (ÖIJ o.J., 3) Für mich heißt dies zweierlei:

1. Unterschiedliche Fragestellung und unterschiedlicher Untersuchungshintergrund führen zu unterschiedlichen Ergebnissen;

2. Selbst wenn die Jugend-Wertestudie im Gegensatz zur Tiroler Jugendstudie in Bezug auf die AusländerInnenfeindlichkeit recht haben sollte, ist das kein Grund zu großer Freude: Die Abneigung gegenüber „Kranken“ ist für mich ebenso ein Zeichen einer Ideologie der Ungleichheit.

2.2.2.3 Abschließende Anmerkungen zur „heutigen Jugend“

Die öffentliche Debatte über „Jugend, Gewalt und Rechtsextremismus“ mag ebenso wie die diversen Untersuchungen und die bisherigen Ausführungen zu dem Bild führen, wie „böse“ die „heutige Jugend“ sei. Diese Annahme ist weder neu noch originell - und vor allem nicht richtig. „Der größte Teil der Jugendlichen ist im Gegenteil in einer wohl nie dagewesenen Weise friedfertig-pazifistisch gesonnen, hat gegenüber früheren Generationen einen beachtlichen Wertewandel internalisiert [...] und stuft 'Rechtsradikale' [...] in der Sympathieskala ganz unten ein.“ (Leggewie 1993b, 120) Belege dafür sind etwa auch die schnellen und spontanen Jugendproteste gegen den Golfkrieg und auch gegen AusländerInnenfeindlichkeit (vgl. dazu Seidel-Pielen 1993, 148).

Dieses positive Bild soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß Gewalt durch Jugendliche ausgeübt wird, daß es rechtsextreme Orientierungen gibt und daß dies eine Gefahr darstellt. Es muß jedoch auch darauf hingewiesen werden, daß die Schuldzuschreibung an jugendliche Subkulturen auch häufig dazu dient, „historische Kontinuitäten des Rassismus im neuen Deutschland aus[z]ublenden. Mit der Propagierung des Feindbildes Skinheads werden die Kausalzusammenhänge zwischen einer Gesellschaft, die wachsende Randgruppen produziert, und der eskalierenden Gewalt verdeckt. [...] Zu allerletzt kommt er [der Bürger vor dem Fernseher] auf den Gedanken, daß er selbst Teil des Problems ist.“ (Seidel-Pielen 1993, 150)

Individuelle Schuldzuschreibungen sind häufig eine Methode, von größeren, vielleicht schmerzlichen Zusammenhängen abzulenken. Bei dem Versuch, den Ursachen des Rechtsextremismus näher zu kommen, ist der Blick auf einzelne Täter aber zuwenig.

3 URSACHEN DES RECHTSEXTREMISMUS

„Jeder Versuch, ‘Wenn-Dann-Aussagen’ zu formulieren
oder simple ‘Ursache-Wirkungs-Modelle’ zu konstruieren,
muß scheitern.“
RICHARD STÖSS⁵⁵

Eine Arbeit über den Rechtsextremismus kann nicht bei einer Beschreibung seiner Erscheinungsformen stehenbleiben, sondern muß sich auch mit den Entstehungsbedingungen und Ursachen beschäftigen, vor allem vor einem wissenschaftstheoretischen Hintergrund, der Engagement fordert (vgl. Vorrede, S.i f.)

Dies klingt aber einfacher als es ist, denn

1. gibt es eine Unmenge von Ursachenerklärungen, bei denen häufig nicht klar ist, wieweit sie das Feld der Vermutungen überschreiten;
2. ist es schwierig, diese Ansätze in einen halbwegs konsistenten Rahmen zu bringen, da alle AutorInnen andere Schemata entwickeln;
3. fällt die Trennung zwischen „Erscheinungsformen“ und „Ursachen“ nicht immer leicht, da gerade theoretisch reflektiertere Untersuchungen von einem Konzept ausgehen, das Annahmen enthält, und auch in der Interpretation der Ergebnisse nicht rein beschreibend bleiben.

Hier dennoch ein Versuch:

3.1 Individualpsychologische Ansätze

Die älteste Ursachenforschung geht auf die Untersuchungen der Frankfurter Schule nach dem zweiten Weltkrieg zum „autoritären Charakter“ zurück (vgl. etwa Adorno 1973). Gekennzeichnet wird dieser Charaktertyp durch das Motto „nach oben buckeln, nach unten treten“. Vor allem für die Frage nach der Entstehung des Nationalsozialismus konzipiert, wird diesem Ansatz später vorgeworfen, zu einseitig zu sein und andere Aspekte zu vernachlässigen.

Hopf (1993) baut auf den Studien zum autoritären Charakter sowie auf der Bindungstheorie (John Bowlby, Mary Ainsworth) auf und untersucht den Zusammenhang zwischen Erziehung und rechtsextremen Einstellungen. Sie geht davon aus, daß Menschen, die in ihrer Kindheit keine enge Bin-

⁵⁵ Stöss 1989, 244

dung an eine Bezugsperson aufbauen konnten, unter gewissen weiteren Voraussetzungen zur Ausbildung rechtsextremer Dispositionen neigen. Besonders Kinder, die häufig Zurückweisungen und Trennungen erlebt und daher eine unsicher-vermeidende Verarbeitungsstrategie entwickelt haben sind von Interesse: „Wie verschiedene Arbeiten [...] zeigen, neigen die als unsicher-vermeidend klassifizierten Kinder in ihren Beziehungen zu Gleichaltrigen zu Dominanz und Drangsalierung der schwächeren Partner, ordnen sich in Konstellationen, in denen sie die Schwächeren sind, unter, sind aggressiver als andere und verfügen in besonders geringem Maße über die Fähigkeit zur Perspektivenübernahme und Empathie.“ (Hopf 1993, 163)

Andere Erklärungsansätze versuchen rechtsextreme Einstellungen mit mangelndem Selbstbewußtsein oder Selbstwertgefühl zu erklären; dieses führe dann zum Wunsch nach Ordnung und nach klaren Hierarchien sowie zur Suche nach Feind- und Vorbildern. Problematisch dabei ist einerseits, daß auch nach den Ursachen dieser „Ich-Schwäche“ gefragt werden muß, andererseits hat Heitmeyer (1992a) gezeigt, daß es keinen direkten Zusammenhang zwischen Selbstbild und rechtsextremen Orientierungen gibt.

Interessant bei der individuellen Analyse der Entstehung rechtsextremer Ansichten scheint mir die Frage, wann diese nun eigentlich entstehen:

„Zwar findet die entscheidende Weichenstellung in der frühkindlichen Phase statt, rechtsextreme Dispositionen werden aber auch durch spezifische Erziehungsstile und durch Tradierung gefestigt. Weiterhin sind außerfamiliale Sozialisationsagenturen [...] und Bezugspersonen [...] imstande, die Entfaltung der autonomen und Ich-starken Persönlichkeit zu fördern oder zu hemmen.“ (Stöss 1989, 232)

So unklar wie diese Aussage sind auch andere Thesen: Die Psychoanalyse wird die Entstehung eher in die frühe Kindheit verlegen (vgl. dazu S.127), während Heitmeyer sie mehr in der Jugendphase auf dem Weg der eigenen Identitätsentwicklung ansiedelt. Hier scheint es also keine Klärung zu geben.

3.2 Sozio-ökonomische Ansätze

Einer der klassischsten Ansätze zu Erklärung rechtsextremer, ausländerInnenfeindlicher, rassistischer u.a. Einstellungen ist, die Ursachen in der materiellen Situation der Menschen zu suchen. Diese klassisch linke Position, die sich mit Kapazitäten von Marx („Es ist nicht das Bewußtsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewußtsein bestimmt.“ - Marx 1963, 15) bis Brecht („Zuerst das Fressen, dann die Moral“) belegen läßt, hat durchaus etwas für sich; die alleinige Rückführung rechtsextremer Positionen auf Arbeitslosigkeit u.ä. scheint aber zuwenig zu sein: „Die Bedeutung ökonomischer Krisenerscheinungen für den Erfolg des Rechtsextremismus wird häufig überschätzt, allerdings dürfen sie auch nicht übersehen werden.“ (Stöss 1989, 235) Wie Heitmeyer (1992a und 1992b) gezeigt hat, ist etwa die formale Einbindung in den Arbeitsprozeß eine zwar wichtige, aber nicht hinreichende Bedingung für die Entwicklung von Distanzmustern gegenüber rechtsextremen Einstellungen (vgl. auch weiter unten S.132).

„Die direkte Fixierung auf ökonomische Faktoren vermeidet das Konzept der ‘Statusinkonsistenz’. Es geht davon aus, daß Unzufriedenheit entsteht, wenn eine Person eine gesellschaftliche Position einnimmt, die niedriger ist als die über lange Jahre gewohnte oder die gewünschte und für einen bestimmten Zeitpunkt erwartete.“ (Backes / Jesse 1989, 199) Status wird dabei nicht nur materiell, sondern auch über Prestige definiert. In der heutigen Risikogesellschaft sind Statusinkonsistenzen an der Tagesordnung. Die Unzufriedenheit darüber kann wiederum den Nährboden für rechtsextreme „Lösungsansätze“ bilden.

Ebenso zu den ökonomischen Erklärungsmustern zählt die Vermutung, der wachsende „Wohlstands-Chauvinismus“, also der Versuch, ein gewisses Wohlstands- und Konsumniveau gegen und auf Kosten anderer zu verteidigen, könne eine mögliche Ursache sein (vgl. Jäger 1993, 13).

Ausgesprochen beliebt ist auch der „Modernisierungsoffer-Ansatz“ (vgl. Pfahl-Traughber 1993, 207 ff.), der davon ausgeht, daß die „VerliererInnen“ der (post-) modernen Risikogesellschaft dazu neigen, rechtsextreme Orientierungen auszuprägen bzw. rechte Parteien zu wählen. Individualisierung, Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, Bindungsverluste und Ohnmachtserfahrungen würden zu einer Flucht in den Rechtsextremismus führen. Daß alle diese Faktoren eine Rolle bei der Entstehung rechtsextremistischer Orientierungen spielen, hat Heitmeyer ausführlich gezeigt; ebenso aber auch, daß es keine einfache kausale Linearität gibt. Aber auch die Wahlforschung (vgl. S.76 ff.) zeigt, daß die einfache monokau-

sale Modernisierungsoffer-These zu kurz greift: „Offensichtlich reicht die sozio-ökonomische Notlage allein nicht als Bedingung aus, um rechtsextremistische Wahlentscheidungen herbeizuführen.“ (Castner / Castner 1989, 121)

Bei der Frage nach ökonomischen Ursachen ist es zu wenig, die absolute Deprivation (Verelendung) zu beachten; ein wesentliches Element stellt nämlich die relative Deprivation dar, also die „Ungleichgewichte und Ungleichzeitigkeiten in der Entwicklung unterschiedlicher ökonomischer Branchen oder verschiedener sozialer Gruppen.“ (Stöss 1989, 235) Diese führt zu partiellen Krisenerscheinungen in einzelnen Bevölkerungsgruppen, auch in Zeiten allgemein guter Konjunktur. Anzumerken ist hier noch, daß es nicht nur auf die objektive Ungleichheit, sondern auch auf die Wahrnehmung durch die Betroffenen ankommt. Das Gefühl der Benachteiligung einzelner Gruppen kann bei diesen den Wunsch nach autoritären Strukturen wecken oder fördern.

Eine weitere Folge industriellen Wandels ist die erhöhte Mobilität und die damit verbundene Auflösung sozialer Strukturen. Dennoch lassen sich keine sozialen Gruppen abgrenzen, die die Basis für den Rechtsextremismus bilden. Auch kirchliche oder gewerkschaftliche Bindungen stellen keinen Schutz vor dem „Befall“ durch rechtsextreme Orientierungen mehr dar.

3.3 Sozialpsychologische Ansätze

Diese gehen davon aus, daß gerade Jugendliche immer mehr Verantwortung für ihre eigenen Lebensgestaltung übernehmen müssen, und das gegen immer größere Barrieren. Im Zusammenhang mit den Individualisierungstendenzen (vgl. S.81 f.) führt dies zu einem Gefühl der Einsamkeit und Hilflosigkeit, die zu einer Zuflucht bei „einfachen Lösungen“ und neuen Bezugsgruppen führen kann.

Die Vereinzelung in der Risikogesellschaft kann leicht zu Bedrohungsängsten führen, die anfällig machen für angebotene Lösungen, die Sicherheit und Ordnung versprechen.

3.4 Gesellschaftskritische Ansätze

Gerade der jugendliche Rechtsextremismus wird häufig als Form des „Jugendprotests“ hingestellt und, in meinen Augen, damit verharmlost und

mißverstanden. Daß Jugendliche gerne gegen die herrschende Gesellschaft samt ihren Normen protestieren ist weder neu noch illegitim; daß der Wertewandel zu einer zusätzlichen Polarisierung zwischen den Generationen führt, mag ebenso stimmen. Die Frage bleibt dennoch, warum die Jugendlichen gerade rechtsextreme Orientierungen und Handlungsweisen als Form des Protests wählen sollten? Die Tatsache, daß sich in der heutigen Elterngeneration viele „linke“ 68-er befinden, ist wohl nicht Erklärung genug.

Unter die gesellschaftskritischen Ansätze möchte ich auch Scheuch einordnen, der den Rechtsextremismus als soziale Bewegung in modernen Gesellschaften eingeschätzt hat und meint, Rechtsextremismus sei „eine ‘normale’ Pathologie von freiheitlichen Industriegesellschaften.“ (Scheuch 1967, 13) Der Erfolg der rechtsextremen Sekten ist nach Scheuch von mehreren Bedingungen abhängig:

- Sachthemen
- Zustand des politischen Systems und seine Lösungskompetenz
- Agitation des rechten Lagers selbst

(vgl. Dudek 1994, 287)

3.5 Politische Ansätze

Politikverdrossenheit, Krise des politischen Systems, Vertrauensverlust in die Institutionen werden auch häufig als mögliche Gründe für die Entstehung rechtsextremer Einstellungen genannt. Doch auch diese Erklärungen greifen m.E. zu kurz, da sie nicht erklären können, warum Jugendliche gerade diese spezifischen „Lösungen“ wählen; abgesehen davon, daß es auch genug Jugendliche gibt, die mit der heutigen politischen Situation durchaus anders umgehen (vgl. S.118). Dennoch:

„Gerade in einer Gesellschaft ohne gefestigte demokratische Tradition ist die Gefahr besonders groß, daß einzelne Defizite in der Legitimation öffentlicher Herrschaft dem demokratischen System insgesamt angelastet werden, daß vorübergehende Krisenerscheinungen in Teilbereichen der Gesellschaft zur Ablehnung von Demokratie schlechthin führen. Wenn es beispielsweise nicht oder nur unzureichend gelingt, die materiellen Bedürfnisse aller Bevölkerungsschichten hinreichend zu befriedigen, identifikationsfähige Wertorientierungen und Politikziele zu

- vermitteln und einen angemessenen Interessenausgleich zu gewährleisten, dann
- vermindert sich die Akzeptanz der demokratischen Institutionen,
 - verlieren die vermittelnden (intermediären) Organisationen an Integrationskraft und Repräsentationsfähigkeit,
 - kommt es zu Bindungsverlusten von Parteien und Verbänden,
 - erhalten jene politischen Kräfte Zulauf, die Opposition gegen das demokratische System propagieren.“
- (Stöss 1989, 237 f.)

Der Zustand des politischen Systems ist sicher nicht der alleinige Auslöser für die Entstehung des Rechtsextremismus, Vertrauenskrisen des demokratischen Systems können aber sicher dazu beitragen, den Nährboden für autoritäre Einstellungen und „Lösungen“. Am Aufkommen neuer (oder erneuerter) rechtsextremer Parteien im letzten Jahrzehnt haben sie sicher ihren Anteil.

Ebenfalls unter diesen Abschnitt einordnen möchte ich den extremisttheoretischen Ansatz (vgl. Pfahl-Traughber 1993, 214 ff.), der von einem undifferenzierten Extremismusbegriff ausgeht und alles als demokratiefeindlich (und damit „extremistisch“) bezeichnet, was sich gegen die repräsentative liberale Demokratieauffassung wendet; dies führt zur bereits dargestellten undifferenzierten Gleichsetzung von „links“ und „rechts“ (vgl. S.4). Was dieses Konzept für die Erklärung des spezifischen Phänomens Rechtsextremismus bringen soll, sehe ich daher nicht.

3.6 Historische Ansätze

Diese Ansätze suchen die Gründe für die Entstehung rechtsextremer Orientierungs- und Handlungsmuster in der Vergangenheit, etwa in der fehlenden demokratischen Tradition oder in der mangelnden Aufarbeitung des Nationalsozialismus. Der faschismustheoretische Ansatz (vgl. Pfahl-Traughber 1993, 202 ff.) geht von der Auffassung aus, daß die Ursachen für den Rechtsextremismus in der kapitalistischen Gesellschaft liegen. Faschismus wird dabei als eine weitere Form der bürgerlichen Herrschaft (neben dem Liberalismus) gesehen, die der Kapitalismus in Krisenzeiten „ergreift“, um seinen Fortbestand zu sichern. Faschismus und Liberalismus haben demnach die gleiche ökonomische Basis, auf der dann ein graduell unterschiedlicher politischer Überbau steht.

Wenn Rechtsextremismus an den Kapitalismus gebunden ist, so heißt das, daß er in nicht-kapitalistischen Staatsformen nicht vorkommen kann. Diese Annahme scheint nach dem Aufkommen eines deutlichen Rechtsextremismus in den Ländern des ehemaligen „real existierenden Sozialismus“ in Frage gestellt.⁵⁶ Für problematisch an diesem Ansatz halte ich, daß er nur von einer Ursache ausgeht: der ökonomischen Gesellschaftsformation. Alles auf sie zu stützen erscheint mir zu wenig, diese zu verleugnen wäre genauso kurzfristig, denn: „Wer vom Faschismus spricht, darf über seine gesellschaftlichen (politisch-ideologischen und ökonomischen) Ursachen nicht schweigen!“ (Jäger / Jäger 1991, 46)

Ein anderer Ansatz, der in die Vergangenheit blickt, ist die „Pendelschlagtheorie“ (vgl. Klönne 1994, 136): Der aktuelle (Jugendliche) Rechtsextremismus sei eine indirekte Folge der linken Bewegung von 1968, weil der gesellschaftliche Trend eben immer abwechselnd ins eine und ins andere Extrem ausschlage. Abgesehen davon, daß hier links und rechts wieder einmal gleichgesetzt werden, kann ich mit einer derartigen mechanistischen Gesellschaftsanalyse nichts anfangen.

Als individual-historischen Ansatz möchte ich die „Tradierungsthese“ bezeichnen (vgl. Spann 1993, 476), die davon ausgeht, daß rechtsextreme Einstellungen über die Generationen weitergegeben wird. Diese These leidet unter der fälschlichen Gleichsetzung des historischen Nationalsozialismus der Großeltern mit dem Rechtsextremismus der Enkel. Sie wird aber gerne als Legitimierung einer Aufklärungsstrategie (vgl. S.154 ff.) eingesetzt.

3.7 Kulturelle Ansätze

Ein andere Ansatz zur Erklärung des Rechtsextremismus ist der über die politische Kultur (vgl. Pfahl-Traughber 1993, 217 ff.). Politische Kultur wird dabei verstanden als Muster der Einstellungen, Meinungen, Auffassungen, die zu einem spezifischen politischen und gesellschaftlichen Bewußtsein in einem Land führen. In diesen Ansatz gehen daher historischen, soziale und politische Aspekte ein. Für Deutschland könnte zur politischen

⁵⁶ Wobei sich dagegen natürlich mit Wallerstein (1989) einwenden läßt, daß der Kapitalismus ein universelles Weltsystem ausgebildet hat, sodaß auch der Ostblock nie nicht-kapitalistisch sein konnte.

Kultur etwa eine etatistische Tradition (Staat als Ordnungsinstrument mit den Werten Pflicht und Gehorsam), eine unpolitische Tradition (Politik an Institutionen delegieren), eine idealistische Tradition (hohe Idealbilder als Maßstab), eine Tradition der Konfliktscheu (Harmoniestreben) und eine formalistische Tradition (Vorrang des geschriebenen Rechts) gehören. Diese Traditionen sind mögliche Grundlagen für die Ausbildung rechtsextremer Orientierungen (vgl. Pfahl-Traugber 1993, 219 ff.)

Auch Stöss (1989, 239 ff.) nennt zwei Gründe aus dem Bereich der politischen Kultur, die seiner Meinung nach als antidemokratische Elemente zur Ausweitung des Rechtsextremismus führen:

- Verdrängung und Verharmlosung des Nationalsozialismus
- mangelndes demokratisches Bewußtsein und Diskreditierung des Antifaschismus

Ein bereits beschriebener Aspekt der rechtsextremen Ideologie ist der Geschichtsrevisionismus (vgl. S.35 ff.); dieser ist umso leichter zu betreiben, je empfänglicher die Gesellschaft für derartige Gedanken ist. Gerade in der Bundesrepublik und in Österreich, wo der Umgang mit dem Nationalsozialismus immer ein etwas zwiespältiger war, fallen revisionistische Parolen teilweise auf fruchtbaren Boden; verbunden damit nehmen auch andere Inhalte der rechtsextremen Ideologie wieder Einzug in den öffentlichen Diskurs.

Ebenso schwierig ist die mangelhafte Abgrenzung nach rechts, die etwa unter dem Titel „Brücken nach rechts“ läuft.⁵⁷ Dazu kommt, daß in gewissen Bereichen schlicht autoritäre Positionen existieren, die an sich noch nicht rechtsextrem sein müssen, aber den Boden dafür legen (z.B. die nach jedem zweiten Mord in den Medien aufbrechende Strafrechtsdebatte). Stöss (1989, 242) beklagt auch, daß der Antifaschismus diskreditiert sei; dazu ist allerdings anzumerken, daß es heute auch nicht um Antifaschismus, sondern um Anti-Rechtsextremismus gehen muß (vgl. S.5). Doch zu den Gegenstrategien im letzten Abschnitt (S.141 ff.)

Den Verweis auf historische Traditionen, wie es auch historische Ansätze machen (vgl. S.124), erscheint mir durchaus als Randbedingung interessant, insgesamt ist mir aber der Ansatz über die politische Kultur etwas zu global und schwammig.

⁵⁷ Vgl. auch die seit Jahren in Österreich geführte Debatte, ob Haider ausgegrenzt werden soll, ob er nicht doch „lernfähig“ ist, ...

Einen interessanten Aspekt im kulturellen Bereich bringen auch Castner / Castner: Sie sprechen von einer kulturellen Spaltung in den Bereichen Musik, Theater und Literatur, etwa zwischen volkstümlicher Musik und Rock, zwischen Bauernbühnen und Opernhäusern etc. „Eine demokratisch breit legitimierte kritische und selbstbewußte Volkskultur fehlt in der Bundesrepublik und wird weder von Parteien, Gewerkschaften noch Kirchen propagiert.“ (Castner / Castner 1989, 121) Die Kultur bleibt daher hinter den ökonomischen und geistigen Entwicklungen zurück und kann die Verunsicherten nicht auffangen; diese wenden sich dann okkulten, mystischen u.ä. Ideologien zu, um ihren „Kulturschock“ abzufangen.

3.8 Psychoanalytische Ansätze

Auch die Tiefenpsychologie hat sich dafür interessiert, was in der Seele von RechtsextremistInnen vorgeht, was die Ursachen für rechtsextreme Einstellungen sein können. Die Psychoanalyse sucht - wie es ihr eigen ist - primär nach Ursachen, die in der individuellen Biographie liegen; „andererseits sucht der Psychoanalytiker natürlich nach der Verzahnung von individueller Disposition und sozialer Desintegration, um die Ursachenforschung wie die Deutungen so breit wie möglich anzulegen.“ (Moser 1993, 99)

Ein Aspekt, den die Psychoanalyse herausgearbeitet hat, ist die symbiotische Verstrickung mit dem Gegner, genannt „tödlicher Tanz“ (vgl. Moser 1993, 99 ff.): Dieses Phänomen drückt sich in Aussagen wie „Ihr könnt uns nicht vernichten, denn wir sind ein Teil von Euch“ bzw. „Wenn Ihr mich vernichtet, vernichte ich Euch“ aus. Die Gewaltanwendung führt zu einer eigenartigen Konstruktion von Täter-Opfer-Rollen, die besonders leicht bei jungen Leuten auftritt, die zugleich Führende und Geführte sind. Gerade bei Jugendlichen aus desolaten Verhältnissen, mit einer Kindheit, die geprägt war durch Beziehungslosigkeit, zeigen sich diese Phänomene häufig.

Die psychoanalytische Mehrgenerationenforschung untersucht in diesem Zusammenhang, ob und wie rechtsextreme Einstellungen innerhalb einer Familie von Generation zu Generation weitergegeben werden:

„Was oft fehlt [bei der Suche nach Ursachen; gh], ist der Rückbezug der Täter mit ihren Motiven auf die Gesell-

schaft als ganze, auf die Formen der untergründigen Bewertung und Tradierung von Gewalt in den Familien und auf das unkenntlich gewordene Fortleben unverdauter und inzwischen intergenerativ entstellter Fragmente nicht nur von NS-Ideologie, sondern auch von unverdautem Leid, von inneren Spaltungen, von schwelenden Seelenfragmenten und von eingemotteten Teilen der Biographien der Eltern und Großeltern.“ (Moser 1993, 103)

Diese Untersuchungen zeigen, daß bei rechtsextremen Gewalttätern häufig zuhause Beziehungslosigkeit herrscht (was ja auch Heitmeyer schon festgestellt hat; vgl. dazu unten S.135). Das Thema der (NS-)Vergangenheit war meist keines. Die re-education nach 1945 wurde auf die autoritären Strukturen und die Kriegserlebnisse einfach draufgesetzt, so daß diese nicht verarbeitet wurden, sondern im Untergrund weiterschwellen: „Die Psychoanalyse hat unter großen Mühen inzwischen zutage gefördert, wie tief unterirdisch und weit außerhalb der bewußtseinsbildenden Sprache seelische Gewaltsamkeit und unverarbeitete Traumata weitergegeben werden: als Lebensstile, unerledigte Aufgaben, Geheimnisse, Mythen, Aufträge, Verleugnungen etc. [...] Dies mußte Auswirkungen haben auf die Beschäftigung mit Politik und Geschichte überhaupt.“ (Moser 1993, 104) Mosers These ist, daß die Eltern vieler RechtsextremistInnen selbst wiederum aus Familien stammen, in denen Gewalterlebnisse unverarbeitet im Untergrund weiter fortbestanden; er spricht dabei von „eingekapselten Schwelbränden der NS-Ideologie“ (Moser 1993, 105) Die heutigen rechtsextremen Gewalttäter haben danach ihre Einstellungen aus dem unterirdischen „See“ der in Familien mit Gewalterfahrungen intergenerational tradierten Einstellungen „gefischt“. Das Ausbrechen dieser Potentiale ist dann an gesellschaftliche, sozio-ökonomische Gegebenheiten gebunden. Diese Tradierung kann aber nicht nur durch diesen unterirdischen Einstellungs-„See“, sondern auch über die Rollen, die die Eltern von den Großeltern gelernt haben und jetzt den Kindern zeigen, erfolgen.

Eine wichtige Rolle im Rahmen rechtsextremistischer Einstellungen spielt bekanntlich die „Nation“. Auch diese ist psychoanalytisch deutbar, und zwar als symbolischer Ersatz für den Körper der Mutter, als biologischer Organismus statt als politische Einheit. Letztlich dient die Übernahme einer nationalistischen Ideologie nach diesem Ansatz der Vorbeugung des Ausbruchs einer individuellen Neurose (vgl. Bohleber 1992).

Neben dem Phantasma der Nation spielt auch das Phantasma der Reinheit eine Rolle bei der Entstehung und Aufrechterhaltung rechtsextremer Einstellungen. Der aus dem individuellen Narzißmus stammende Wunsch nach Reinheit führt zu Phantasien über den „politischen Leib“, der rein gehalten werden müsse; alles Störende wird dann nach außen projiziert und äußert sich in Fremdenhaß (vgl. Heim 1992).

Detailliertere Untersuchungen zu jugendlichen Rechtsextremisten gibt es von Annette Streeck-Fischer (1992). Sie geht davon aus, daß jugendliche mit rechtsextremen Orientierungen häufig in ihrer Jugend traumatisiert wurden und die rechtsextreme Gruppe als Eltern- und Familienersatz dient; die Spielregeln der Gewalt, die dort herrschen, sind sie ja bereits von zuhause gewohnt.

Grundsätzlich geht die Psychoanalyse davon aus, daß frühkindliche neurotische Störungen oder Traumatisierungen ihre Auswirkungen im späteren Leben haben; auch auf die Adoleszenz haben sie ihre Auswirkungen, in allen Bereichen, von Sexualität über Berufswahl bis zu politischen Einstellungen. „Je neurotischer der Jugendliche, desto eher ist er geneigt, seine unbewältigten prä- und ödipalen Konflikte im Umgang mit den realen Eltern, bei anderen Personen außerhalb der Familie und in gesellschaftlichen Bedingungen wiederzufinden und zu wiederholen.“ (Streeck-Fischer 1992, 747) Was heißt das jetzt für die Entwicklung rechtsextremer Orientierungen?

Probleme in der Adoleszenz (die ihre Ursachen wiederum in der frühen Kindheit haben) können zu einem erschütterten Selbstwertgefühl und damit zu einer Anfälligkeit für Herrschafts- und Ungleichheitsideologien führen. Streeck-Fischer erweitert diese Ansicht und spricht von „kumulativen Traumata“. (Streeck-Fischer 1992, 751) Nicht ein einzelnes Trauma in der Kindheit ist die Ursache, sondern ein weiträumiges Versagen der verschiedenen Sozialisationsinstanzen zusammen. Im sozialen Kontext kommt es dann häufig dazu, daß schlechte Startpositionen zu einem Absinken im Konkurrenzkampf (etwa in der Schule) führen, was zusammen mit den Reaktionen der Umwelt darauf, auch nicht förderlich für das Selbstwertgefühl ist. Die mögliche Folge:

„Jugendliche, die aufgrund von anhaltenden Traumatisierungen durch narzißtische Entleerung bedroht sind [...], stabilisieren sich durch ein primitives, pathologisches Größenselbst, indem sie sich Skinheads anschließen. Extrem kränkbar, neigen sie zu Feindprojektionen und zur

Verachtung anderer [...] Diese Umwandlung konkreter Erfahrung in ein politisches Weltbild ist bei Jugendlichen nicht ungewöhnlich [...].“ (Streeck-Fischer 1992, 752 f.)

Jugendliche Mitglieder rechtsextremer Gruppierungen⁵⁸ haben häufig eine Kindheit hinter sich, die von zerbrochenen Beziehungen, dem Erlebnis des Außenseiter-Seins u.ä. geprägt war. In der neuen Gruppe können sie Geborgenheit erleben (vgl. Streeck-Fischer 1992, 753 ff.) Psychoanalytisch bedeuten die „zerrütteten“ Familienverhältnisse auch, daß den jungen Leuten in ihrer Kindheit und ihrer Adoleszenz die Identifikationsfiguren und Rollen-Modelle z.T. gefehlt haben; daher müssen diese woanders, außerhalb der Familie, gesucht werden, um eine eigenen Identität zu entwickeln. Diese Aufgaben können entweder die peer-group oder Ersatz-Modelle wie Fernseh- und Filmstars „erfüllen“. Zum Erscheinungsbild der Skinheads meint Streeck-Fischer (1992, 758): „Dieser ‘Phalluskult’ wird vor dem Hintergrund sowohl der adoleszenzspezifischen labilen männlichen Identität verständlich als auch in Verbindung mit den tiefgreifenden Minderwertigkeits-, Selbstauflösungs- und Kastrationsängsten [...].“

Mitglieder rechtsextremer Gruppierungen fühlen sich mannigfaltigen Bedrohungen ausgesetzt, etwa dem der Homosexualität (wobei die Gruppen nach Art der Männerbünde deutliche homoerotische Aspekte haben):

„Im Fremden, Andersartigen und Schwachen werden diese Bedrohungen bekämpft. Die Fremdenrepräsentanz, die im Verlauf der Entwicklung vielfältige Metamorphosen durchmacht [...], trägt bei diesen Jugendlichen die archaischen Züge eines verfolgendes früheren Introjekts. Am Ausländer, am Andersartigen oder auch an der Frau werden bedrohliche, böse Selbstobjektanteile festgemacht, bedrohliche sexuelle Triebimpulse, destruktive Impulse oder Kastrationsdrohungen [...].“ (Streeck-Fischer 1992, 759)

Im Andersartigen wird also nicht nur die konkrete Gefahr (Arbeitsplatz etc.) gesehen, sondern auch die eigenen als negativ gesehenen und verdrängten Aspekte der Seele bekämpft.

⁵⁸ D.h. daß Streeck-Fischer schon von sich aus nicht den Anspruch erhebt, diese Ursachenanalyse auch auf andere rechtsextreme Jugendliche anzuwenden.

Die steigende Anzahl der Jugendlichen mit rechtsextremen Einstellungen ist bedenklich, v.a. in Kombination mit der psychoanalytischen Erkenntnis, „daß uns in unseren Kindern unbewußte, abgewehrte oder abgelehnte *eigene* Persönlichkeitsanteile begegnen.“ (Streeck-Fischer 1992, 760; Hervorhebung gh) Die bittere Wahrheit, die wir erkennen müssen, ist die, daß rechtsextreme Einstellungen und Gedankenmuster nach wie vor im gesellschaftlichen Ideologiefundus einen prominenten Platz haben: „Ideologien der Ungleichheit und ein untergründig affirmatives Verhältnis zur Gewalt spielen in unserer Gesellschaft eine größere Rolle, als wir uns oftmals eingestehen wollen.“ (Streeck-Fischer 1992, 760)

Rechtsextreme Orientierungen haben eine Funktion, sie dienen der Bekämpfung eines „inneren Notstands [...]“. Diese Notstandsmaßnahmen dienen dem einzelnen Jugendlichen zur Angstbewältigung und zur narzißtischen Reparation.“ (Streeck-Fischer 1992, 762). Jugendliche mit rechtsextremen Orientierungen halten also auch der Gesellschaft den Spiegel vor. Sie zeigen das Versagen familiärer und gesamtgesellschaftlicher Strukturen auf. Wenn die Jugendlichen während ihrer Adoleszenz keine andere Geborgenheit, keinen anderen Sinn, keine anderen Vorbilder finden, neigen sie dazu, diese Bedürfnisse in einem rechtsextremen Kontext zu befriedigen.

Meine Einschätzung der psychoanalytischen Ansätze ist eine ambivalente: Der Rückgriff auf die Kindheit erscheint mir interessant, aber nach wie vor⁵⁹ spekulativ. Hilfreich finde ich die Ansätze durch ihre Verbindung mit sozialpsychologischen und soziologischen Überlegungen, wie dies etwa Annette Streeck-Fischer in ihrem Aufsatz (Streeck-Fischer 1992) macht. Damit nähern wir uns auch schon dem Erklärungsansatz, der mir durch seine Multimodalität am einleuchtendsten erscheint: dem sozialisationstheoretischen Ansatz von Heitmeyer.⁶⁰

⁵⁹ Auch nach den langen Jahren der Tiefenpsychologie von Sigmund Freud bis heute.

⁶⁰ Interessant finde ich, daß Streeck-Fischer (1992, 749) auf Heitmeyers Rechts-extremismus-Definition zurückgreift und auch die Schlüsse der beiden so unähnlich nicht sind.

3.9 Sozialisationstheoretischer Ansatz

Die bisherigen Erklärungsmuster haben mich alle nicht wirklich befriedigt, da sie mir zu partikulär erscheinen. Mein „flaues Gefühl“ drückt Heitmeyer (1993, 114 f.) sehr gut aus:

„Zentrale Erklärungen müssen in den gesellschaftlichen Desintegrationsprozessen gesucht werden. Ein solcher Ansatz wird allerdings als bedrohlich empfunden. Statt dessen werden in der aktuellen Situation mit fremdenfeindlicher Gewalt und Rechtsextremismus in zentralen Bereichen der politischen Arena und mit Hilfestellung verschiedener Medien weitreichende Umdeutungsversuche der Phänomene präferiert. Sie sollen personalisiert („Das sind eben Neonazis“), pathologisiert („Das sind eben Verrückte“) und biologisiert („Das sind eben Gewalttäter“) werden. Zweitens soll die Umdeutung durchgesetzt werden, daß es sich um Randphänomene in den beiden ansonsten intakten Gesellschaften ‘anständiger’ Deutscher handle. Drittens sollen sie darauf zugerichtet werden, in erster Linie ein ordnungs- und sicherheitstechnisches Problem zu sein. Es sind insbesondere zwei Motive, die diese Umdeutungsversuche speisen: zum einen sollen gesellschaftliche Ursachenkomplexe abgeschirmt und zum anderen die eigene politische Paralyse abgedeckt werden.“

Wichtig ist eine Verknüpfung der verschiedenen Ansätze, die unangenehmerweise aber auf verschiedenen Dimensionen liegen: Zeitdimension (historische Ansätze), Strukturdimensionen (sozio-ökonomische, politische, gesellschaftskritische Ansätze), psychologische Dimension (individual-, sozial- und tiefenpsychologische Ansätze). Heitmeyer versucht die Verknüpfung der unterschiedlichen Disziplinen über ein Kerntheorem, das er Desintegrationstheorem nennt: „Die These lautet dementsprechend, daß wir bei der Erklärung auf soziale, berufliche und politische Desintegrationsprozesse achten müssen.“ (Heitmeyer 1993, 115) Ausgangspunkt der Desintegration bei ihm ist die Individualisierung in der Risikogesellschaft, die zu vermehrter Vereinzelung, verstärkter Konkurrenz, Auflösung von sozialen Bindungen und von gemeinsamer Verständigung über Werte führt. Ansatzpunkt der Analyse des Alltags sind die Transformationen von Handlungsunsicherheit in Gewißheitssuche bei rechtsextremistischen Ori-

entierungen, von Ohnmachtsgefühlen in Gewaltakzeptanz, von Vereinzelungserlebnissen in die Suche nach neuen Gemeinschaften.

Sozialisationstheoretisch gesprochen versuchen alle Menschen, in ihrer Jugend eine eigenständige Identität zu entwickeln (vgl. Kap. „Identitätskonzept“, S.84 ff.). Diese Entwicklung verläuft in einem ständigen Interaktionsprozeß zwischen Individuum und Umwelt. Dabei kann es zu Widersprüchen und Krisen kommen, die der/die einzelne „löst“, indem er/sie Mechanismen entwickelt, deren Ausprägungen nach außen wir dann Rechtsextremismus nennen. Heitmeyer nennt zwei Konstellationen für das Auftreten rechtsextremer Orientierungen:

- Soziale Ausgrenzung, die zu Minderwertigkeitsgefühlen führt, weil die gesellschaftliche Integration gescheitert ist; als Folge Suche nach neuen Bindungen, die in rechtsextremen Zirkeln und Gruppen gefunden wird;
- Scheinbar erfolgreiche soziale Integration, die zu Überlegenheitsgefühlen führt (aus dem Zwang zur Abgrenzung in der Risikogesellschaft); Orientierung in Richtung Ideologie der Ungleichheit und Disposition zu derartigem Handeln.

(Vgl. Heitmeyer 1992a, 100)

Gemeinsam ist beiden Konstellationen das Schicksal der Vereinzelung. Für die Entwicklung einer eigenständigen Identität sind soziale Beziehungen und intersubjektive Verständigungsmechanismen nötig, die für die Betroffenen häufig nicht gegeben sind. Von daher werden Ersatzidentitäten gesucht, entweder in anderen sozialen Zusammenhängen oder über Surrogate wie Volk, Nation, Rasse und andere „Naturkategorien“; zu diesen gibt es dann historische Bezüge, v.a. aber aktuelle Ideologie-Angebote.

Rechtsextremistische Ideologien tauchen also nicht zufällig auf, sondern haben eine Funktion in der Identitätsentwicklung; wie sehr sie sich ausprägen, hängt aber auch von der gesellschaftlichen Akzeptanz ab. Umdeutungen und persönliche Schuldzuweisungen haben also wenig Sinn: „Wenn es also nicht gelingt, für Jugendliche solche Lebensbedingungen zu schaffen, in denen die Vereinzelungstendenzen überwunden oder zumindest gestoppt werden können, um Identitätsprozesse in sozialen Zusammenhängen zu ermöglichen“, (Heitmeyer 1992a, 103) dürfen wir uns

nicht über eine Zunahme des soziologischen (und wohl auch des politischen) Rechtsextremismus wundern.

Was die Heitmeyerschen Untersuchungen auch deutlich gezeigt haben, ist, daß es keine einfachen linearen Kausalketten gibt, sondern mannigfaltige komplexe Konstellationen: „Das bedeutet beispielsweise, daß erprobte Handlungsunsicherheiten zur Erreichung einer beruflichen Normalbiographie, Ohnmachtserfahrungen in Konkurrenzbeziehungen oder soziale Vereinzelung nicht notwendigerweise alle gleichzeitig und in gleicher Intensität auftreten müssen, um zu problematischen subjektiven Verarbeitungen zu führen, aus denen sich Ambivalenzen oder Akzeptanz von Ideologien der Ungleichheit und/oder Gewaltakzeptanz ergeben.“ (Heitmeyer 1992b, 470) Nachfolgend möchte ich dennoch zu einzelnen Themenbereichen die Zusammenhänge gewisser sozialisatorischer Erfahrungen mit der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen skizzieren:

3.9.1 Arbeit und politische Orientierungen

Die Planung der Berufslaufbahn wird immer schwieriger, und zusätzlich ist der/die einzelne dabei immer mehr auf sich gestellt. Unterschiedliche Arbeitsbiographien werden dazu noch von unterschiedlichen Verarbeitungsmustern, sprich Arbeitsorientierungen, begleitet. Zentrales Ergebnis der Analyse hinsichtlich der politischen Einstellungen:

„Die formale Integration in den Arbeitsbereich stellt zwar eine zentrale, aber keine hinreichende Voraussetzung für die Entwicklung und/oder Gewährleistung von Distanz gegenüber verschiedenen Varianten von Ideologien der Ungleichheit und/oder Gewaltakzeptanz dar.“ (Heitmeyer 1992b, 471)

Neben dem formalen Erfordernis „Arbeitsplatz“ müssen auch inhaltliche Voraussetzungen wie Zukunftsperspektiven, Sinnhaftigkeit der Arbeit, Beitrag zum Selbstwertgefühl, soziale Einbindung etc. gegeben sein, damit ein Schutz gegen rechtsextreme Einstellungen möglich ist. Diese beiden Voraussetzungen sind aber nicht immer gegeben; häufig kommt es zum verzögerten Einstieg ins Berufsleben, zu Langzeitarbeitslosigkeit, aber auch zur kontinuierlichen Tätigkeit in nichtqualifizierenden Jobs. Häufig zeigt sich v.a. die mangelnde Sinnhaftigkeit der Arbeit, die nicht

vorhandene Möglichkeit zur „Selbstverwirklichung“ durch Arbeit,⁶¹ die eigentlich-nicht-gewollte Ausbildung etc. Der Umgang mit diesen Problemen hängt wiederum stark von den Werten der und von den Bindungen zur peer-group ab.

Bei einem Zurückdrängen der sachlich-inhaltlichen Arbeitsorientierungen bleibt ein Leerraum, der häufig durch Elemente rechtsextremer Ideologien gefüllt wird. Heitmeyer führt „dies auf die Prinzipienähnlichkeit zurück, die in der für beide Bereiche zentralen Kategorie der Instrumentalisierung (vgl. S.137; gh) gegeben ist: So wie im Arbeitsbereich die Tätigkeiten und sozialen Arbeitsbeziehungen instrumentalistisch betrachtet werden, so werden in rechtsextremistischen Orientierungen, vor allem in fremdenfeindlichen Positionen, die jeweiligen Menschen instrumentalistisch betrachtet, ethnisch sortiert, politisch selektiert; kurz: es geht um ökonomische, soziale, rechtliche Verfügung über andere.“ (Heitmeyer 1992b, 574)

3.9.2 Wohnumfeld, Familie und peer-group

Im Bereich des Wohnens zeigen sich ebenfalls Auflösungserscheinungen, es kommt zu einer zunehmenden Anonymität, fehlender Vertrautheit und fehlender Einbindung in das Wohnumfeld. Die Zusammenhänge zu politischen Einstellungen sind nicht linear nachzuvollziehen, wenn mensch aber z.B. Wahlergebnisse in Trabantsiedlungen betrachtet, scheint es auf jeden Fall Zusammenhänge zu geben.

Die Ergebnisse der Bielefelder Langfristuntersuchung zeigen, daß die Gruppe der Jugendlichen mit einem Akzeptanzmuster eher dazu neigt, sich in seiner Wohnumgebung unwohl zu fühlen; die Anonymität hingegen wird weniger als belastend erlebt (vgl. Heitmeyer 1992b, 578).

Im Bereich der Familie kommt es ebenfalls zu gesellschaftlichen Wandlungsprozessen; hatte einst die Kern- die Großfamilie ersetzt, so ist diese nun selbst am Abbröckeln und „kleinere“ Lebensgemeinschaften am Zunehmen. Wichtig ist hier zu sehen, daß es nicht die äußere Form einer Familie ist, die die Identitätsentwicklung positiv oder negativ beeinflusst, sondern die innere Qualität der Beziehungen. Zur Entstehung rechtsextremer Orientierungen können mehrere Ursachen im familiären Bereich beitragen:

⁶¹ die „mehrfache Entfremdung“ in marxistischer Terminologie.

- eine konfliktreiche und desintegrative Familie, die zur Vereinzelung der Aufwachsenden führt;
- eine instrumentalistische Weltsicht, die dem/der Jugendlichen vermittelt, daß er/sie nur Teil im Kalkül anderer ist;
- eine politische Sozialisation innerhalb der Herkunftsfamilie, die selbst schon in Richtung Rechtsextremismus geht.

(Vgl. Heitmeyer 1992b, 579 f.)

Die peer-group hat großen Einfluß v.a. auf das Verhältnis zur Gewalt. Gewalt kann in der Gleichaltrigengruppe dadurch legitimiert werden, daß sie einfach alltäglich ist. Andere Legitimationsmuster sind die Umdefinition der eigenen Gewalt als „Gegengewalt“ oder der Verweis auf fehlende staatliche Gewalt, die eben jetzt von den BürgerInnen übernommen werden muß.

Eine bedrohliche Erkenntnis der Untersuchungen ist, daß Gewalt häufig nur formal (aus funktionalistischen Gründen), nicht aber inhaltlich abgelehnt wird, ja daß sie teilweise gar nicht mehr als Gewalt erkannt wird! Vor diesem Hintergrund liegt es nahe, die biologistische Annahme, Gewalt sei Teil der Entwicklung und schleife sich dann wieder ab, abzulehnen. „Wie aufgezeigt, verlagert sich die Logik der Gewalt, indem eine Abnahme eigener Gewaltbereitschaft [...] in einer Verstärkung der Forderung nach staatlicher Repression [...] übergeht.“ (Heitmeyer 1992b, 582)

3.9.3 Schule

Die Schulausbildung dauert immer länger, der Bedeutung des Schulabschlusses steigt in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit; die Arbeitsmarktsituation führt zusätzlich häufig zu einer Verlängerung der Schullaufbahn. Innerhalb der Schule zeigt sich ein Widerspruch zwischen den Konkurrenzbeziehungen in den Selektionsprozessen einerseits und der Chance und Notwendigkeit zur persönlichen Entwicklung andererseits. Mit dieser Ambivalenz gehen Jugendliche unterschiedlich um:

- Jugendliche mit *Distanzmustern* haben die Ambivalenz meist positiv genutzt, indem sie die Selektion positiv überstanden und sich so einen guten Startplatz für die Berufslaufbahn gesichert und trotzdem die Chance zur Entwicklung in Richtung Autonomie genutzt haben;
- Bei Jugendlichen mit *Ambivalenzmustern* zeigen sich Probleme im Umgang mit der schulischen Situation: Sie zeigen entweder Mängel in der

Autonomie-Entwicklung bei gleichzeitiger Meisterung der formalen Selektionskriterien oder deutliche Brüche und Diskontinuitäten in ihrer Schullaufbahn, verbunden mit einer Abkoppelung des „richtigen“ Lebens von der Schule;

- Negative Selektionserlebnisse können sich auch direkt auf die Entwicklung des Selbstwertgefühl auswirken und so neben den „äußeren“ auch innere troubles erzeugen. Auch die Entwicklung einer Abneigung gegen weitere Qualifizierungen oder gegen den Einstieg ins Berufsleben kommen vor. Diese Verläufe sind charakteristisch für Jugendliche mit einem *Akzeptanzmuster* hinsichtlich des Rechtsextremismus.

(Vgl. Heitmeyer 1992b, 583 ff.)

Negative Schulerlebnisse können also über Probleme hinsichtlich des Selbstwertgefühls und/oder des „Anschlusses“ in Richtung einer Berufslaufbahn Auswirkungen auf die politische Sozialisation haben.

3.9.4 Fazit: Instrumentalisierungsthese

Wie schon das Zitat aus Heitmeyer 1993 (vgl. S.132) zeigt, greifen viele gängige Thesen zur Erklärung des Rechtsextremismus zu kurz.

„Deshalb wird hier gegen die drei vorgestellten gängigen Thesen (Analogie-, Verführungs-, Arbeitslosigkeitsthese; gh) in Weiterführung bisheriger Arbeiten das sozialisationstheoretische Konzept gestellt, das die ambivalenten Individualisierungsprozesse als Erscheinungsform widersprüchlicher Modernisierung ursächlich mit den Erscheinungsweisen von Ideologien der Ungleichheit und Gewaltakzeptanz in Beziehung setzt. Damit soll auf die heutigen strukturellen Bedingungen des Aufwachsens verwiesen werden, aus deren ‘Schattenseiten’ [...] heraus gerade jene subjektiven Verarbeitungen und politisch relevanten ‘Problembearbeitungen’ entstehen, in denen dann *Ideologien der Ungleichheit und Gewaltakzeptanz spezifische Funktionen zur Lebensbewältigung* und Realitätskontrolle einnehmen, die wir mit der Instrumentalisierungsthese kennzeichnen.“ (Heitmeyer 1992b, 595; Hervorhebung gh)

Instrumentalisierung ist integraler Bestandteil der kapitalistischen Logik, deren egoistisches Element in der modernen Risiko- und damit Konkurrenzgesellschaft noch stärker zum Vorschein kommt und zur Folge hat,

daß Rücksicht auf andere immer mehr durch eine „Objekt“-ivierung der Mitmenschen ersetzt wird. Varianten der Nicht-Anerkennung des anderen gibt es viele; ihr Ziel ist immer die eigene Selbstdurchsetzung. Andere sind nur mehr Mittel zur Erreichung des Ziels. „Die subjektive Sinnhaftigkeit wird gewährleistet durch Ideologien der Ungleichheit, in denen die funktionalen Mechanismen wie Verdinglichung, Entpersönlichung etc. politisch aufgeladen werden.“ (Heitmeyer 1992b, 596) Andere werden instrumentalisiert

- bei Handlungsunsicherheit etwa bzgl. der beruflichen Zukunft durch soziale Vorurteile, die von rechtsextremen Konzepten stammen;
- bei Ohnmacht in Konkurrenzprozessen und dadurch entstandener Gewaltakzeptanz durch Dokumentation von Überlegenheit und Stärke, die von rechtsextremen Konzepten legitimiert wird;
- bei sozialer Vereinzelung und daraus resultierender Berufung auf „Natur-Milieus“ durch nationalistischen oder rassistischen Ausschluß, der durch rechtsextreme Konzepte gestützt wird.

(Vgl. Heitmeyer 1992b, 597)

3.9.5 Zusammenfassende Thesen

Als Abschluß bringe ich noch die Heitmeyerschen Thesen darüber, was Rechtsextremismus fördert bzw. verhindert (vgl. Heitmeyer 1992b, 598 ff.):

- *Autonomie sichert Distanz:* Identitätsrelevante Autonomie führt zu konstanter Distanz zum Rechtsextremismus. Sie wird erreicht durch ein sicheres soziales Gefüge und eine kontinuierliche Berufsbiographie mit „sinnvollem“ Inhalt.
- *Demokratische Traditionsbildung sichert Distanz:* Die Einbindung in ein Milieu mit selbstverständlicher Abgrenzung zum Rechtsextremismus führt zum gleichen Effekt.
- *Machiavellistische Selbstdurchsetzung fördert Ambivalenz:* Wenn die Arbeitsorientierung eine v.a. instrumentalistische ist, kann eine autonomie-orientierte Identitätsentwicklung behindert werden; berufliches Erfolgsstreben kann zu Überlegenheitsgefühlen führen, und damit zur Anfälligkeit für die Instrumentalisierung anderer auf der Basis einer Ungleichheitsideologie.

- *Dequalifizierung verschärft die Ambivalenz:* Wenn zu den instrumentalistischen Arbeitsorientierungen noch berufliche Dequalifizierung kommt, können sich Ungleichheitsideologie und Gewaltakzeptanz verschärfen durch das Zusammenspiel von sozialen Ängsten und Sinnleere. Wenn dann die Milieuunterstützung ebenfalls instrumentalistisch ist, ist der Drang zu anderen Auswegen noch stärker und die Tür zum Rechtsextremismus offen.
- *Kompetenzerfahrung verringert die Akzeptanz:* Wenn die eigene Kompetenz im sozialen und beruflichen Bereich erlebt wird, verringert sich die Akzeptanz rechtsextremer Muster, wenn gleichzeitig eine berufliche Kontinuität und eine sinnvolle Arbeitsgestaltung gegeben sind. Mehr Sicherheit befreit von der Notwendigkeit anderer Bestätigungen.
- *Gewaltnormalisierung verfestigt Akzeptanz:* Gewaltnormalisierung entsteht durch die Brüche sozialer Beziehungen in Familie, Milieu und peer-group. Gewalt dient dabei der Selbst-Demonstration und Identitätsvergewisserung. Wer selbst abgelehnt wird, scheint zur Instrumentalisierung anderer zu neigen.
- *Anomie verhärtet Akzeptanz:* Inkonsistente und instrumentalistische Milieubeziehungen können zur Empfindung von Anomie führen. Dagegen wird häufig Gewalt zur eigenen Identitätsvergewisserung eingesetzt, aber auch im Sinne einer Suche nach Klarheit, Sicherheit und Ordnung.

Es gibt also weder Zwangsläufigkeiten noch lineare Verläufe. Die Akzeptanz rechtsextremer Orientierungen entsteht in einem individuellen Wechselspiel im Rahmen der eigenen Identitätsentwicklung. Rechtsextremistische Einstellungen sind dabei nicht aufgesetzte Ideologien, sondern subjektiv sinnhafte Verarbeitungsoptionen zum Ausgleich von Ambivalenzerfahrungen. Für die Überlegungen zu Gegenstrategien (vgl. den jetzt folgenden Abschnitt „Gegenstrategien“) heißt das: „Nur wenn Jugendliche befriedigende Erfahrungen in Arbeit, Milieu und Politik machen können und sie selbst nicht instrumentalistische Gegenstände werden, können wir darauf hoffen, daß keine instrumentalistischen Verarbeitungen erfolgen und daraus wiederum instrumentalistische Handlungsweisen vor allem gegenüber Fremden in den Vordergrund geraten bei der Bewältigung der eigenen Lebensplanung und des Alltags in der individualisierten Gesellschaft.“ (Heitmeyer 1992b, 601 f.) Wenn Instrumentalisierung als Kernbestandteil der Entwicklung rechtsextremer Einstellungen gesehen wird, lie-

gen damit die Ursachen des Rechtsextremismus im Zentrum der Gesellschaft und nicht an irgendwelchen Rändern. Der Ansatzpunkt zu einem neuen präventiven Anti-Rechtsextremismus kann daher auch nicht nur bei einzelnen Menschen liegen, sondern muß auf die gesellschaftlichen Bedingungen seiner Entstehung eingehen.⁶²

⁶² So gesehen klingt der alte Marxsche Ausspruch, daß das gesellschaftliche Sein das Bewußtsein präge, doch direkt wieder aktuell.

4 GEGENSTRATEGIEN

„Wir werden lernen müssen, mit dem Rechtsextremismus zu leben, und uns bei seiner Bekämpfung auf das einstellen müssen, was noch tatsächlich beeinflussbar ist: die Jugend.“
MICHA BRUMLIK⁶³

Eine engagierte Arbeit über (und gegen) den Rechtsextremismus, wie dies eine sein soll, muß nach der Darstellung und der Frage nach den möglichen Ursachen noch einen Schritt weitermachen und Überlegungen zum Umgang mit dem Rechtsextremismus, konkreter: zu Strategien gegen die extreme Rechte, anstellen. Dieser Gedanke ist durchaus nicht neu; die meisten Publikationen enden mit einem Kapitel, das sich diesen Fragen widmet. Diese Abschnitte zeigen aber auch deutlich die Schwierigkeiten und Schwächen der anti-rechtsextremistischen Strategien (ausführlich kritisiert etwa in Kowalsky 1992; vgl. S.149 ff.).

Da die wirkliche Gefahr m.E. nicht in erster Linie bei den rechtsextremen Organisationen i.e.S. liegt, sondern in der Übernahme rechtsextremer Orientierungen v.a. durch Jugendliche, glaube ich - ganz im Sinne des Mottos dieses Abschnitts -, daß wirksame Gegenstrategien bei den Jugendlichen ansetzen müssen. Daher möchte ich der Jugendarbeit, die ich durchaus weiter verstanden wissen will, einen eigenen Teil nach der Auseinandersetzung mit den diversen anderen Gegenstrategien widmen.

4.1 Überblick über verschiedene Gegenstrategien

4.1.1 Streitbare Demokratie

„Gewiß ist die Existenz politischer Extremismen in einer Demokratie eine Normalität. Die demokratische Gesellschaft muß daher mit ihren Extremisten zu leben lernen. Aber die Frage harret der Beantwortung, wie man erreichen kann, daß die Stärke des politischen Extremismus sich in Grenzen hält, um eine Gefährdung des demokratischen Verfassungsstaates zu vermeiden.“ (Backes / Jesse 1989, 276) Ein Mittel zum Schutz des demo-

⁶³ Brumlik 1992, 21

kratischen Staates ist das Konzept der sogenannten „streitbaren Demokratie“, das vor allem in der Bundesrepublik diskutiert und propagiert wird. Entstanden ist das Konzept als Reaktion auf die Vorgänge der Zwischenkriegszeit als sowohl in Deutschland als auch in Österreich eine (Selbst-) Ausschaltung der Demokratie auf „demokratischem“ Weg stattfand. Die Frage nach 1945 war, wie dies für die Zukunft vermieden werden könne. Das klassische Dilemma der Demokratie⁶⁴ besteht darin, daß sie eine grundsätzlich wertneutrale Organisationsbasis für das politische Geschehen liefert, also nur einen Rahmen abliefern. Wichtige Grundlage dieses Verfassungsrahmens ist die Gewährung der demokratischen Grundrechte an alle BürgerInnen, ungeachtet deren Einstellungen. Problematisch wird das dann, wenn einzelne oder eine Gruppierung versuchen, ausgestattet mit den demokratischen Rechten, gegen die Grundlagen des Verfassungsstaates vorzugehen: Wenn der Staat diese demokratischen Freiheiten untersagt, verstößt er gegen seine eigenen Prinzipien; wenn er derartige Aktivitäten aber zuläßt, besteht die Gefahr, daß die Grund- und Freiheitsrechte ausgelöscht werden. Die Frage lautet daher: „Wie kann sich diese Ordnung gegen ihre Feinde verteidigen, ohne die Mittel zu gebrauchen, die ihr eigenes Wesen aushöhlen?“ (Kolakowski 1979, 167) Die „streitbare Demokratie“ versucht, einen Ausweg aus diesem Dilemma zu finden: „Das heißt, demokratische Grundrechte stehen nicht zur Verfügung für diejenigen, die die demokratischen Grundrechte beseitigen wollen.“ (Pelinka 1993, 11)

Im einzelnen zeichnet sich das Konzept der streitbaren Demokratie durch drei Merkmale aus:

- Wertgebundenheit
- Abwehrbereitschaft
- Vorverlagerung des Verfassungsschutzes

(Vgl. Backes / Jesse 1989, 279)

Wertgebundenheit bedeutet, daß sich der Staat in seiner Verfassung zu Werten bekennt, die nicht in Frage gestellt werden dürfen. Welche diese im einzelnen sind, bedarf langer Diskussionen; sicher gehören aber gewisse Grund- und Freiheitsrechte bzw. die Verteidigung dieser dazu.

⁶⁴ i.S. des liberalen Verfassungsstaates, der auf den Grundlagen der Repräsentation beruht

Abwehrbereitschaft bedeutet schlicht und einfach, daß der Staat Werte nicht nur aufstellt, sondern auch bereit ist und Vorsorge dafür trifft, diese zu verteidigen.

Vorverlagerung des Verfassungsschutzes bedeutet, daß der Staat nicht erst dann aktiv wird, wenn es zu Verstößen gegen die Verfassung gekommen ist, sondern präventiv gegen solche Attacken agiert. Gerade dabei ist die Abwägung heikel, ob nicht durch einen übertriebenen Verfassungsschutz mehr Freiheiten eingeschränkt als geschützt werden.

Die konkrete Ausformung einer wehrhaften Demokratie liegt in ihrer Gesetzgebung und -durchführung. „Typologisch läßt sich das Instrumentarium der streitbaren Demokratie unterteilen in verfassungsrechtlichen, administrativen, strafrechtlichen und diskursiven Demokratieschutz.“ (Billing 1993b, 141) Diese Instrumente werden in unterschiedlichen Staaten auch unterschiedlich eingesetzt. Eingehen möchte ich aber nur kurz auf die Situation in Österreich (vgl. den Exkurs zur österreichischen Justiz, S.144 ff.)

Diese hochgepriesene wehrhafte Demokratie wird aber nicht von allen nur positiv gesehen. Meier (1993) etwa stellt vor allem eine Verwirrung und Planlosigkeit der (deutschen) Politik fest, die sich in unkoordinierten rechtlichen Änderungen niederschlägt, die er als „Scheinmedikamente“ (Meier 1993, 134) bezeichnet. Oft dienen sie lediglich entweder der öffentlichen Beruhigung und/oder der innenpolitischen Diffamierung von Gegnern. Wenn er etwa meint, daß ein paar Hundert Neonazis für die (deutsche) Demokratie keine Gefahr seien und daß mit Maßnahmen wie der Grundrechtsaberkennung oder der Verschärfung diverser strafrechtlicher Bedingungen mit Kanonen auf Spatzen geschossen wird, pflichte ich ihm bei. Vor allem aber gehen diese Maßnahmen an einer echten Ursachenbekämpfung vorbei und haben vor allem Symbolcharakter.⁶⁵ Anzumerken ist noch, daß trotz der teilweise bombastischen juristischen Aufrüstung weder die Exekutive noch die Justiz wirklichen Erfolg in der Verhinderung, oder wenigstens der Aufklärung rechtsextremer Gewalttaten haben.

⁶⁵ Diese Kritik heißt nicht, daß ich die Rechtsextremen frei hantieren lassen möchte; ich glaube aber, daß die Regelungen des „normalen“ Strafrechts genügend Handhabe zur juristischen Verfolgung Rechtsextremer bieten.

Exkurs: Justiz und Rechtsextremismus in Österreich

Ein Element des Umgangs mit dem Rechtsextremismus ist der über die Justiz. Da diese für mich keine zentrale Gegenstrategie ist, soll sie hier nur kurz und überblicksmäßig dargestellt werden.

„Rechtsextremismus“ kann als solcher von der Justiz in einem Rechtsstaat mit demokratischen Grundrechten nicht bekämpft werden, solange er „nur“ eine Einstellung ist; „Rechtsextremismus“ ist daher auch kein rechtlicher Terminus. Bestraft können nur Handlungen werden; konkret unter das österreichische Strafrecht fallen Handlungen der Wiederbetätigung (im nationalsozialistischen Sinn; Verbotsgesetz) und der Verhetzung, „d.h. der Propagierung von Verachtung und Haß gegen ethnische und religiöse Gruppen (§ 282 StGB).“ (Gallhuber 1993a, 579) Für beide Delikte gilt, daß der (zumindest bedingte) Vorsatz als Voraussetzung zur Erfüllung des Tatbildes.

Das Verbotsgesetz entstand bereits im Mai 1945 und diente dem Verbot der NSDAP und der Verhinderung ihrer Neugründung oder weiteren Tätigkeit unter einem Deckmantel. Im Jahre 1947 kam es dann zu einer Aufgliederung in einzelne Tatbestände, die im Prinzip noch heute erhalten ist. Lange Jahre war es dann ein zahnloses Instrument der österreichischen (Geschworenen-)Justiz. Die Novelle 1992 führte zu einer Herabsetzung der Strafuntergrenzen und zu einem neuen Tatbestand (Leugnung der NS-Verbrechen); in Zusammenhang mit einer steigenden Sensibilität gegenüber rechtsextremen Einstellungen kommt es jetzt öfter widmungsgemäß zum Einsatz.

Tabelle 13: Übersicht Verbotsgesetz

§ 3a	nationalsozialistische Organisation ⁶⁶ aufrechterhalten oder wiederbeleben zur Untergrabung der Republik Österreich
§ 3b	Teilnahme, Mitgliedschaft, Unterstützung einer nationalsozialistischen Organisation
§ 3c	[tätige Reue in §§ 3a, 3b]
§ 3d	öffentlicher Aufruf zu Neubildung von NS-Organisationen bzw. zur Betätigung im Sinne der NSDAP
§ 3e	[Kombination von Straftaten ⁶⁷ und nationalsozialistischer Betätigung gemeinsam mit anderen]
§ 3f	[Kombination von Straftaten und nationalsozialistischer Betätigung alleine]
§ 3g	Betätigung im nationalsozialistischen Sinn auf eine andere Weise (Auffangtatbestand)
§ 3h	öffentliche Leugnung oder Verharmlosung von NS-Verbrechen
§ 3i	Wissen um und Nicht-Anzeige von Wiederbetätigung
§ 3j	Zuweisung an Geschworenengericht

(nach Gallhuber 1993a, 584 ff. und 1993b, 69 ff.)

Der interessanteste dieser Paragraphen ist auf jeden Fall der „Auffangtatbestand“ in § 3g. Dessen weite Formulierung (eine „Krone juristischer Sprachschöpfung“; Gallhuber 1993b, 69) stellt allerdings auch das größte Problem dar; diese Art der Formulierung hat den Sinn, wirklich möglichst jede Form der Wiederbetätigung zu erfassen, wie auch immer diese aussehen mag. Nationalsozialistische Wiederbetätigung liegt nach diesem Paragraphen und seiner richterlichen Auslegung dann vor, wenn Ziele der NSDAP wieder zum Leben erweckt werden.

„Dazu ist es keineswegs erforderlich, daß die Betätigung in einem die Gesamtheit der Ideologie und der Ziele des Nationalsozialismus bejahenden Verhalten besteht. Betätigung im nationalsozialistischen Sinn ist schon durch die Förderung entweder einzelner typischer nationalsozialistischer Programmpunkte oder auch durch ein Gesamtverhalten, welches aus mehreren für sich alleine untypischen

⁶⁶ i.e.S.; d.h. die NSDAP und ihre Vor- und Unterorganisationen

⁶⁷ Mord, Raub, Brandstiftung, schwere Sachbeschädigung vorsätzliche Gefährdung durch Sprengmittel, vorsätzliche Gemeingefährdung

(weil nicht ausschließlich zum NS-Gedankengut gehörigen) Komponenten besteht, wenn sich aus der Zusammenschau dieser Teilbereiche eine für den Nationalsozialismus typische Programmatik oder Zielsetzung ersehen läßt (SSSt 1987/40 = LSK 1986/104; 9 Os 12/62).“ (Gallhuber 1993a, 590)

Zum objektiven Tatbild muß der subjektive (zumindest bedingte) Vorsatz dazukommen, um den Tatbestand zu vervollkommen. Diesen festzustellen ist in einem Gerichtsverfahren natürlich schwierig.

Der § 3h ist eine neue Ausweitung (Novelle 1992), die schon das Vorfeld der Wiederbetätigung erreichen soll. Leugnung oder Verharmlosung von NS-Verbrechen muß nicht im Zuge einer konkreten Wiederbetätigung passieren, wird aber ebenfalls als Gefahr für den demokratischen Staat gesehen und daher unter Strafe gestellt. Dies wird dadurch begründet, daß die Rechtfertigungsversuche dazu dienen, „den durch Völkermord diskreditierten Nationalsozialismus aufzuwerten und Schwellenängste vor nationalsozialistischem Gedankengut zu reduzieren.“ (Lange 1993, 22) Ärgerlicherweise werden durch diesen Paragraphen aber die Leugnung der deutschen Kriegsschuld und -verbrechen nicht erfaßt (vgl. Gallhuber 1993a, 595).

Der Verhetzungsparagraph (§ 283 StGB) deckt die Verbrechen der Aufforderung zu einer feindlichen Haltung (Abs. a) sowie der Hetze bzw. Beschimpfung und Verächtlichmachung in einer die Menschenwürde verletzende Weise (Abs. b) einer ethnischen oder religiösen Gruppe ab.

Problematisch beim Abs. b ist, daß einzelne Angehörige der geschützten Gruppe in Hinblick auf Beschimpfung und Verächtlichmachung nicht geschützt werden. Ebenso wenig zählt die Verspottung, die historisch „am Beginn der Verfolgung mißliebiger Minderheiten“ (Gallhuber 1993b, 67) stand. Andererseits wird auch die Hetze gegen „die Ausländer“ nicht bestraft. Gleichfalls unverständlich ist die Einschränkung mit der „Menschenwürde“; positiv formuliert würde dieser Absatz nämlich heißen: In Österreich dürfen ethnische und religiöse Gruppen beschimpft und verächtlich gemacht werden, sofern dies nicht in einer „die Menschenwürde verletzenden Weise“ geschieht.

Doch nicht nur das Kriminalstrafrecht beinhaltet Tatbestände, die bei rechtsextremen Handlungen Anwendung finden; andere rechtliche Grundlagen sind (vgl. Heindl o.J. und 1993, 573 ff.):

- *Staatsvertrag von Wien 1955*: Artikel 4 verbietet den Anschluß an Deutschland, Artikel 7 schreibt den Minderheitenschutz fest und Artikel 9 legt die Auflösung nationalsozialistischer Organisationen fest.
- *Mediengesetz 1981 i.d.F. 1992*: Gerichte können Medienwerke beschlagnahmen; die Einfuhr ist davon nicht berührt.
- *EGVG-Novelle 1986*: Die Novelle des Einführungsgesetzes zu den Verwaltungsverfahrensgesetzen erklärt die Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts zur Verwaltungsübertretung, falls sonst kein Gesetz greift; dadurch ist eine vorübergehende Beschlagnahmung von neonazistischen Druckwerken doch in gewissen Fällen (z.B. Verteilung vor Schulen) möglich.
- *Parteiengesetz*: Die Rechtslage im Parteiengesetz gegenüber rechtsextremen Organisationen ist nicht ganz einfach: Die Gründung einer Partei kann von niemandem untersagt werden, auch kann keiner Partei die Rechtspersönlichkeit generell abgesprochen werden, jedoch obliegt es jeder Behörde, von Fall zu Fall zu beurteilen, „ob die Behauptung einer dort auftretenden Personengruppe, als politische Partei Rechtspersönlichkeit zu besitzen, zutrifft oder nicht“, sprich: jede Behörde kann „für ihren Wirkungsbereich das Vorliegen einer Rechtspersönlichkeit als politische Partei (...) bejahen oder verneinen.“ (Heindl o.J., 8). In Anlehnung an diese durch ein VfGH-Erkenntnis (1.3.1983, Zahl B 185 / 82-11) gestützte Rechtsmeinung erkennt etwa das Innenministerium 9 Parteien (in seinem Zuständigkeitsbereich) keine Rechtspersönlichkeit zu (z.B. NDP, ANR). Unterschiedliche Behörden können unterschiedliche Standpunkte gegenüber diesen Parteien vertreten. In der Praxis heißt das, daß politische Parteien behördlich nicht aufgelöst, aber in ihrem Wirken (Plakate, Versammlungen, ...) eingeschränkt werden können.
- *Vereinsgesetz*: Vereine, die dem Verbotsgesetz oder dem Staatsvertrag widersprechen, können untersagt bzw., wenn sie schon existieren, aufgelöst werden.
- *Versammlungsgesetz*: Versammlungen können untersagt werden, wenn der Veranstalter in Widerspruch zu Verbotsgesetz/Staatsvertrag steht; nicht angemeldete Versammlungen sind aufzulösen. Die Abhaltung von Versammlungen, die gegen Staatsvertrag/Verbotsgesetz ver-

stoßen, sind auf jeden Fall zu untersagen, egal, ob sie anmeldepflichtig sind oder nicht, und egal, wer sie anmelden will.

- *Fremdenpolizeigesetz*: Dieses erlaubt die Verhängung von Aufenthaltsverboten gegen bekannte ausländische RechtsextremistInnen.
- *Abzeichengesetz*: Abzeichen in Österreich verbotener Organisationen dürfen nicht verwendet werden.
- *Internationales Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung (1972)*: Darin verpflichtet sich Österreich, rassistendiskriminierende Handlungen zu unterbinden. Diesem Zweck dient der bereits erwähnte „Verhetzungsparagraph“ (§ 283) des Strafgesetzbuchs (StGB).

Der Umgang der Justiz mit dem Rechtsextremismus und diesen Bestimmungen wurde jahrelang kritisiert: Paul Yvons Diktum „Die Urteile unserer Justiz in Sachen Rechtsextremismus lassen Zweifel entstehen, ob einäugig wirklich besser ist als blind,“ (Yvon 1990, 52) könnte als Motto für eine Kritik an der Anwendung der strengen gesetzlichen Richtlinien gegen rechtsextreme Aktivitäten gelten. Schon das nüchterne Zahlenmaterial ließ lange Jahre Zweifel an der Wirksamkeit des Justizapparats aufkommen: Zwischen Jänner 1987 und Juni 1989 gab es 638 Anzeigen nach dem Verbotsgesetz. In nur 6 (!) Fällen kam es überhaupt zu einer Anklageerhebung, rechtskräftige Verurteilungen gab es in drei Fällen. (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes o.J., 6) Seit Anfang der 90er Jahre ist aber eine verstärkte Aktivität von Justiz und Sicherheitsbehörden festzustellen. Heindl (1993, 572) führt dies auf zwei Ursachen zurück:

- Neuorganisation der Staatspolizei, die auch eine neue inhaltliche Schwerpunktsetzung mit sich brachte;
- gestiegene Sensibilität und größerer „Mut“ der Justiz.

Die Anzahl der Anzeigen und der Verurteilungen ist nachweisbar deutlich gestiegen, „mit den Verfahren gegen die amtsbekannten Neonazis Ochensberger, Rebhandl, Honsik und Küssel sind überdies die führenden Identifikationsfiguren der österreichischen Szene unter Kontrolle.“ (Heindl 1993, 573)

Allgemein läßt sich feststellen, daß 1) die Justiz nicht unabhängig von gesellschaftlichen Anschauungen und Wertungen agiert, und 2) rechtliches

Vorgehen allein kein tauglicher Widerstand gegen Rechtsextremismus sein kann. Zusammenfassend formuliert das Roland Miklau: „Ich glaube, man muß davon ausgehen [...], daß die Justiz im allgemeinen und die Strafjustiz im besonderen ein Teil der Gesellschaft sind. Und sie müssen das in der Demokratie und im Rechtsstaat sein. Daraus ergibt sich meines Erachtens, daß die Strafjustiz grundsätzlich kaum geeignet ist, Mängel und Versäumnisse, die die Gesellschaft insgesamt in der politischen Diskussion und Kultur, in der Erziehung, in der politischen Bildung, in der Auseinandersetzung mit den dunkelsten Kapiteln der österreichischen Geschichte aufweist, sozusagen aufzuarbeiten und gutzumachen. Daß die Justiz ein Teil der Gesellschaft ist, bedeutet aber auch, daß sie die Mängel der Gesellschaft in eben diesem Bereich widerspiegelt, widerspiegeln muß auch in Form der Geschworenengerichte ...“. (Dokumentationsarchiv 1991, 31)

4.1.2 Antifaschismus-Strategie

Sie geht von einer Wesensgleichheit des historischen Faschismus mit dem heutigen Rechtsextremismus aus; daher müsse sich auch die Gegenstrategie an historischen Vorbildern orientieren. Vertreten wird dieser Ansatz v.a. von kommunistischen Parteien und linken FaschismusforscherInnen, aber auch Teilen der Autonomen und einiger AusländerInnenorganisationen.

Ich denke, daß es durchaus Parallelen zwischen dem historischen Faschismus und Nationalsozialismus und dem heutigen Rechtsextremismus gibt; wie ich aber schon am Anfang dieser Arbeit erklärt habe, halte ich einen inflationären Gebrauch etwa der Begriffe „Faschismus“ oder „Nazis“ für wenig hilfreich. Einerseits bedeutet dies häufig eine Verharmlosung der Nazis, andererseits trägt es nicht gerade zu einer Klarheit bei, die an sich eine wichtige Grundlage einer Analyse und in weiterer Folge der Entwicklung von Gegenstrategien ist. Außerdem finden sich bei allen Parallelen doch auch größere Unterschiede; v.a. wenn mensch die Erklärungsansätze Heitmeyers für plausibel hält, zeigt sich die Unsinnigkeit der Verwendung das verbalen „Nazi-Knüppels“ gegen Menschen mit rechtsextremer Ideologie.

Der Begriff „Faschismus“ ist außerdem immer mehr zum politischen Schlagwort geworden, mit dem alle ungeliebten konservativen Personen bezeichnet werden; diese Vorgangsweise dient auch nicht gerade der

wissenschaftlichen Klarheit. „Genau genommen ist das Gegenteil von Faschismus nicht Antifaschismus, sondern Demokratie. Antifaschismus drückt nur Gegnerschaft, nicht aber die angestrebte Alternative aus.“ (Stöss 1989, 244) Genauso Heitmeyer: „Das ‘Anti’ reicht nicht. Die Entwürfe, die ‘Boden unter den Füßen haben’, [...] stehen aus.“ (Heitmeyer 1992a, 221)

Ich glaube auch, daß die „Antifa“ häufig den Fehler macht, erstens am Problem vorbei zu arbeiten⁶⁸ und zweitens, daß sie sich auf dasselbe Niveau wie diejenigen begibt, die sie zu „bekämpfen“ vorgibt: „Das Fatale am gegenwärtigen Kampf gegen rechts ist vielmehr, daß der rechte Propagandaton fast nahtlos mit dem Antifa-Kampf der Linken übereinstimmt.“ (Hartung 1989, 269) M.E. ist es zuwenig, inhaltlich richtig zu liegen; von der gleichen Bedeutung scheint mir zu sein, diese Inhalte in die Vorgangsweise umzusetzen. Eine wahrhaft anti-rechtsextremistische Bewegung kann sich daher nicht auf Vereinfachungen, Vorurteile und Beschimpfungen stützen und auch nicht den Spieß umdrehen durch „Skins-Klatschen“.⁶⁹ Wenn die Demokratie verteidigt werden soll, dann muß dies mit demokratischen und gewaltfreien Methoden passieren: „Die Methoden der Neofaschisten dürfen nicht die Methoden des Antifaschismus werden!“ (Stöss 1989, 248)

Anti-Faschismus ist schon vom Terminus her ungeschickt bis falsch: Gegen den Faschismus zu sein, ist sehr löblich, aber nicht extrem hilfreich, da dieser ein historisches Phänomen ist. „Ich [...] sehe ebenfalls nicht die Möglichkeit eines Wiederentstehens des historischen Nationalsozialismus. So gesehen ist ‘Opas Faschismus’ wirklich tot [...]. Daraus darf aber nicht der Schluß gezogen werden, daß der Kampf gegen den Rechtsextremismus überflüssig wäre.“ (Stöss 1989, 247) Daher auch meine Vorgangsweise, Strategien gegen den Rechtsextremismus konsequenterweise als Anti-Rechtsextremismus und nicht als Anti-Faschismus zu bezeichnen.

„Mittlerweile gilt auf mehreren Gebieten, daß die Neue Rechte und gewitzte Rechtsextremisten politisches Kapital aus Ungereimtheiten linker

⁶⁸ Das wirkliche Problem sind für mich nicht ein paar „Heil Hitler“-rufende Skinheads, sondern die Jugendlichen, die in der heutigen Gesellschaft aus den bereits beschriebenen Gründen den Rechtsextremismus als „Lösung“ ihrer Konflikte im Laufe der Sozialisation wählen.

⁶⁹ Ein „schönes“ Beispiel dafür, wie ich mir Anti-Rechtsextremismus nicht vorstelle, ist etwa das im Sommer 1994 veranstaltete Antifa-Camp; ich verstehe hingegen durchaus, wenn von rechtsextremer Gewalt Angegriffene oder Bedrohte zu Selbstschutz oder Notwehr übergehen, v.a. angesichts des zögerlichen Einschreitens der Polizei bei rechtsextremen Ausschreitungen.

wie rechter Konzeptionen schlagen.“ (Kowalsky 1992, 34) Mit altem Antifaschismus ist der neue Rechtsextremismus wohl kaum zu treffen.

4.1.3 Aufarbeitungs-Strategie

„Viele Linke haben die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit zu einer Daueraufgabe, die dem Rechtsextremismus den Boden entzöge, hochstilisiert.“ (Kowalsky 1992, 37) Die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Auseinandersetzung damit im Bereich der politischen Bildung und der Schule sind sicher wichtige Forderungen; eine Gesellschaft, die ihre Vergangenheit nicht kennt, wird sich schwer tun, ihre Zukunft zu gestalten. Aus der speziellen Beschäftigung mit der Zeitgeschichte lassen sich sicher Anregungen für den Umgang mit dem Rechtsextremismus ableiten. Problematisch ist es aber zu glauben, das Wissen um die NS-Greuel allein könne eine Immunisierung gegen Ideologien der Ungleichheit und gegen Gewaltakzeptanz bewirken. Da Rechtsextremismus keine Lebenseinstellung ist, die mensch sich rational aussucht, sondern eine „Fehlentwicklung“ im Rahmen der Entwicklung einer eigenständigen Identität, greift jede rein rationale Gegenstrategie zu kurz.⁷⁰ Für den Bereich des politischen Rechtsextremismus schreibt Kowalsky (1992, 45):

„Eine intensivere Beschäftigung mit der Nazizeit kann jedoch die Auseinandersetzung mit den Rechtsextremisten nicht ersetzen. Eine spezifische Bedingung für den heutigen Erfolg einer rechtsextremen Partei besteht darin, daß diese Partei sich von der diskreditierten Vergangenheit permanent distanziert. Unterläßt sie dies, fällt sie in der Wählergunst.“

Die auch noch so intensive Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, für die ich nebenbei bemerkt grundsätzlich durchaus bin, wird alleine nichts nutzen, solange sich Jugendliche Widersprüchen in den gesellschaftlichen Anforderungen der Risikogesellschaft gegenüber sehen. Der Gedanke, daß mehr Aufklärung über den Nationalsozialismus heute Gewalttaten etwa gegen AusländerInnen verhindert hätte, ist in dieser Form „abenteuerlich“ (Kowalsky 1992, 45).

⁷⁰ Zur Auseinandersetzung mit dem Dritten Reich im Schulbereich vgl. auch S.161 ff.

4.1.4 Repressions-Strategie

Die Repressions-Strategie überschneidet sich mit dem Ansatz der „streitbaren Demokratie“. Zu ihr zählt „die Palette von Vorgehensweisen gegen Rechtsextremismus, die vom Ruf nach einem Verbot rechtsextremer Parteien oder Gruppierungen über die Forderung nach Berufsverbot und administrativen Maßnahmen zur Eindämmung von Rechtsextremismus bis hin zur Propagierung linker ‘Gegengewalt’ reicht.“ (Kowalsky 1992, 47)

Die Ansichten zu einer Verbotspolitik sind vielfältig; Für die klassischen AntifaschistInnen ist sie ein wichtiger Bestandteil anti-rechtsextremistischer Politik, andere sehen sie eher als „linke Bankrotterklärung. [...] Verbote [...] treiben die Rechtsextremisten nur in die Illegalität oder in Tarnorganisationen [...] Es muß bezweifelt werden, ob diese Stigmatisierung der richtige Weg ist, Jugendliche vor dem Abgleiten in die rechtsextreme Szene zu bewahren.“ (Kowalsky 1992, 49) Auch Heitmeyer bezeichnet diese Strategie als „hilflosen Antifaschismus [...], der politische Überzeugungsarbeit durch die staatliche Repression ersetzt und damit ein Instrumentarium bevorzugt, das gegen die selbstgesetzten Ziele wie Demokratisierung etc. steht.“ (Heitmeyer 1992a, 220)

Ich halte es für ein durchaus legitimes Recht eines demokratischen Staates, das Koalitionsrecht in jenen Fällen zu verweigern, wenn eine Gruppe von Personen gegen diese demokratischen Grundrechte vorgeht. Gruppierungen, die offen eine rechtsextremistische Orientierung vertreten, sollten m.E. verboten werden, um ihnen die Möglichkeit zu erschweren, ihre Lügen (z.B. Auschwitz betreffend) und ihre Verhetzungen (etwa gegen AusländerInnen) an die Leute zu bringen. Auch von der Symbolwirkung her finde ich es wichtig für die Gesellschaft zu sagen, das widerspricht unseren Grundregeln und hat daher keinen (öffentlichen) Platz. „Keine Freiheit für die Feinde der Freiheit“, dieser alte Ausspruch Rosa Luxemburgs,⁷¹ hat noch immer etwas für sich. Repressionen können u.U. auch dazu beitragen, es für Jugendliche mit rechtsextremen Orientierungen zu erschweren, diese in einem organisatorischen Umfeld auszubauen. Sie sind daher auch gegen den soziologischen Rechtsextremismus als ergänzende Gegenstrategie hilfreich.

⁷¹ vgl. Kowalsky 1992, 59

Mir ist aber dabei auch klar, daß die Existenz oder Nicht-Existenz einiger kleiner Neonazi-Gruppen wenig Einfluß auf die insgesamt herrschenden rechtsextremen Einstellungen haben kann.

Auf zwei Punkte möchte ich aber noch hinweisen:

- Sämtliche juristischen und administrativen Maßnahmen müssen sich die Prüfung gefallen lassen, ob sie eher zum Schutz der Demokratie fungieren oder ob sie nicht durch ihre Methoden selbst eine Gefahr für die demokratischen Grund- und Freiheitsrechte darstellen.
- Ehrlicher Anti-Rechtsextremismus kann sich nicht auf dasselbe Niveau wie der Rechtsextremismus begeben. „Gewalt kann kein probates Mittel der Auseinandersetzung sein, und sie darf auch nicht billigend als ‘Gegengewalt’ in Kauf genommen werden.“ (Kowalsky 1992, 54) Wenn das nicht gewährleistet ist, läßt sich mit Heitmeyer (1992a, 220) vom „kontraproduktiven Antifaschismus“ sprechen, der über eine Normalisierung von Gewalt nur den Rechtsextremen und ihrem Ruf nach „Law & Order“ dient.

4.1.5 Psycho- und Ausgrenzungsstrategie

Die Grundlage dieser Strategie ist ein individualpsychologischer Erklärungsansatz des Rechtsextremismus.⁷² Sie geht davon aus, „daß es Persönlichkeitsstrukturen gebe, die für Faschismus bzw. Rechtsextremismus ‘anfällig’ machen.“ (Kowalsky 1992, 61) Diese Strukturen müssen erkannt und entweder therapeutisch bearbeitet oder deren InhaberInnen ausgegrenzt werden.

Die Annahme, „die Deutschen - oder zumindest ein erheblicher Teil von ihnen - [hätten] das Böse in ihren Genen“ (Kowalsky 1992, 63) unterscheidet sich kaum von den biologistischen Annahmen des Rechtsextremismus und taugt daher nicht als Grundlage für eine Gegenstrategie. Andere psychologische Erklärungen sind für mich durchaus interessante Ergänzungen zu soziologischen Sichtweisen; ihre Gefahr besteht jedoch darin, alle Verantwortung der Psyche einzelner Individuen aufzuladen und damit als Gegenstrategie eine Massentherapie zu propagieren. Das hieße dann aber, daß die Gesellschaft weder Verantwortung für den Rechtsextremismus trage noch etwas dagegen tun könne; eine für mich unbefriedigende Perspektive.

⁷² Auch wenn Kowalsky (1992, 61) von „sozialpsychologischen Erklärungen“ spricht.

Ausgrenzung bedeutet auch die Verweigerung des Dialogs, sei es durch die Ferndiagnose „psychisch krank - ab auf die Couch“ oder auch durch die Weigerung von Sozial- und JugendarbeiterInnen, mit rechtsextremen Jugendlichen in Kontakt zu treten (vgl. dazu Farin / Seidel-Pielen 1993b). Im Gegensatz zur Ausgrenzung rechtsextremer Organisationen glaube ich nicht, daß es sinnvoll oder richtig ist, Menschen von vornherein abzukanzeln und auszugrenzen, die Anzeichen einer rechtsextremen Gesinnung haben mögen. Gerade bei Jugendlichen dient die Verwendung v.a. nationalsozialistischer Symbolik häufig weniger dem Ausdruck einer Einstellung als vielmehr dem Protest, dem Auf-sich-aufmerksam-machen, dem Tabubruch. In solchen Fällen zur Isolation zu greifen, ist weder für die Betroffenen sinnvoll noch im Hinblick auf das Ziel einer Verringerung des Rechtsextremismus hilfreich.

4.1.6 Aufklärungs-Strategie

Dieser Ansatz ähnelt der Aufarbeitungsstrategie; er geht davon aus, daß vermehrtes Wissen über den historischen Faschismus als Schutz gegen den aktuellen Rechtsextremismus dienen kann. Diese Aufklärung wird sowohl im Schulunterricht als auch außerhalb betrieben, etwa „alternative Stadtrundfahrten, der Besuch von Gedenkstätten, Ansätze von Alltagsgeschichtsschreibung und Projektunterricht.“ (Kowalsky 1992, 82)

Aufklärung allein wird aber keine Einstellungen beeinflussen können; dafür muß auch eine emotionale Beschäftigung mit dem Thema dazukommen. Diesem Ziel dienen wohl auch die „neueren“ didaktischen Ansätze in diesem Bereich. M.E. geht die Aufklärungsstrategie aber dennoch häufig am Ziel der Erreichung einer Distanz zum Rechtsextremismus vorbei, dann nämlich, wenn sie auf der Analogie-These aufbaut. Für mich ist historische Aufklärung durchaus wichtig, denn sie kann dazu dienen, Ideologeelemente des Rechtsextremismus herauszuarbeiten; der nächste Schritt muß aber sein, diese aus den historischen Zusammenhängen zu lösen und sie auf die heutige Zeit anzuwenden. Wenn das gelingt, ist eine Sensibilisierung etwa für Aussagen, die eine Ungleichheitsideologie vertreten, möglich.

„Politische Bildung, die vom Begriff des Faschismus ausgeht und auf die Repetierung politisch-ökonomischer Zusammenhänge abzielt, eine politische Bildung also, die den Einzelnen mit seinen Einstellungen und Verhaltensdispositionen, mit seinen privaten Wirklichkeitsbildern ins

Abseits stellt, mag zwar den Ansprüchen sozialwissenschaftlicher Theoriebildung gerecht werden, fällt aber gleichzeitig auf den Kopfglauben rationalistischer Aufklärungspädagogik zurück.“ (Dudek 1981, 125)

Die Aufklärungsstrategie allein wird zwar den heutigen Rechtsextremismus nicht verhindern können, sie kann aber m.E. einen Beitrag dazu leisten, daß rechtsextreme Orientierungen weniger leicht als „Lösungen“ in sozialisatorischen Krisen gewählt werden.

4.1.7 Antikapitalismus-Strategie

Diese Strategie beruht auf dem Axiom, daß Faschismus und Rechtsextremismus Folgen des Kapitalismus sind und daher dieser zu beseitigen sei, um dem Rechtsextremismus entgegenzuwirken. Diese Grundannahme teilt sich in zwei Richtungen:

- Die eine versucht nachzuweisen, daß faschistische Bewegungen vom Großkapital unterstützt wurden / werden; davon auf strukturelle Zusammenhänge zwischen Kapitalismus und Rechtsextremismus zu schließen, erscheint mir dann doch etwas zu gewagt.
- Die andere versucht aufzuzeigen, daß Liberalismus und Faschismus die gleiche ökonomische Basis, nämlich den Kapitalismus, haben und je nach Wirtschaftslage die eine oder die andere Seite der angeblich gleichen Medaille zum Vorschein kommt; auch das wirkt zu vereinfachend.

Was es m.E. aber schon gibt, ist ein logischer Zusammenhang zwischen Kapitalismus und Ungleichheitsideologien. Immanuel Wallerstein etwa beschreibt sehr deutlich, daß Rassismus und Sexismus notwendige Elemente zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Weltsystems sind:

„Der Kapitalismus entwickelte in seiner Geschichte einen ideologischen Rahmen der Unterdrückung und Erniedrigung, wie er nie zuvor bestanden hatte, den wir heute Sexismus und Rassismus nennen. Um es deutlich zu sagen: sowohl die Dominanz des Mannes über die Frau als auch ein allgemeiner Fremdenhaß waren in vorangegangenen historischen Systemen weit verbreitet, ja universal. Sexismus war jedoch mehr als die Dominanz von Männern über Frauen, ebenso wie Rassismus mehr war als ein allgemeiner Fremdenhaß. Sexismus war die Verbannung der Frauen in die unproduktive Arbeit. [...] Rassismus war

nicht der Haß oder die Unterdrückung eines Fremden von außerhalb des eigenen historischen Systems. Ganz im Gegenteil: Rassismus diente der Schichtung (stratification) der Arbeitskraft innerhalb des historischen Systems, um unterdrückte Gruppen in das System einzubinden, nicht, um sie auszuschließen." (Wallerstein 1989, 90 f.)

Nach Wallerstein kann der Kapitalismus nur durch diese Schichtung, durch funktionale und geographische Arbeitsteilung, durch ein „divide et impera“ funktionieren. Rassismus und Sexismus sind neben dem Universalismus, den ich aber hier nicht auch noch zur Verwirrung einbauen möchte, wichtige Strategien zur Aufrechterhaltung dieses Systems. Der Kapitalismus verwendet (nicht produziert) also Ideologien der Ungleichheit, um sich selbst am Leben zu erhalten.⁷³ Nachsatz: Diese Mechanismen gelten genauso für Staaten, die sich „sozialistisch“ nannten oder nennen. Die sozialistischen Staaten stehen nämlich nicht außerhalb des kapitalistischen Weltsystems, sondern sind ein Teil des selben. Sie wurden vom Kapitalismus hervorgebracht und sind ein integraler Bestandteil von ihm.⁷⁴

Ich ziehe aus diesen Überlegungen folgende Schlüsse:

- Der herrschende Kapitalismus mit seinen systeminhärenten Ungleichheiten trägt dazu bei, Ideologien der Ungleichheit zu legitimieren. Er bietet daher eine Grundlage für den Rechtsextremismus an.
- Daß Faschismus eine Ausdrucksform des Kapitalismus sein soll, ist mir zu vereinfachend; aber selbst wenn es so wäre ist das Verhältnis dieses Faschismus zum soziologischen Rechtsextremismus noch nicht geklärt.
- Der Kapitalismus ist eine Grundlage, nicht aber die direkte Ursache des Rechtsextremismus.

⁷³ Mein bitterer Ton den Kapitalismus betreffend kommt aus der vielleicht naiv klingenden Überlegung, daß ein politisch-ökonomisches System, daß den größten Teil der Weltbevölkerung in erbärmlichen Verhältnissen leben läßt und nur für einige Privilegierte positive Effekte hat, wohl nicht das Gelbe vom Ei sein kann (vgl. dazu Wallerstein 1989 und Ziegler / da Costa 1992).

⁷⁴ „Insofern alle diese Bewegungen - sowohl Sozialdemokraten als auch Kommunisten -, wenn sie einmal an der Macht waren, Stalins Slogan vom ‘Sozialismus in einem Land’ umsetzten, konzentrierten sie sich dadurch alle darauf, den Prozeß der Verwandlung aller Dinge in Waren voranzutreiben, der so ausschlaggebend für die globale Kapitalakkumulation gewesen ist. Insofern sie alle innerhalb des Staatensystems blieben - und in der Tat gegen alle Versuche, sie hinauszuerwerfen, kämpften -, akzeptierten und unterstützten sie alle die weltweite Wirklichkeit der Dominanz des Wertgesetzes.“ (Wallerstein 1989, 86)

- Anti-Rechtsextremismus darf den Blick nicht von den gesellschaftlichen und sozio-ökonomischen Gegebenheiten anwenden - und die sind eben kapitalistisch. Ein rein anti-kapitalistischer Anti-Rechtsextremismus wird aber dem vielfältigen Ursachenbündel nicht gerecht.
- Antikapitalistischer Anti-Rechtsextremismus ist m.E. dann legitim, wenn er das „Ziel einer umfassenden Demokratisierung von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft verfolgt“, (Dudek 1994, 282) um so dem Rechtsextremismus mögliche Entstehungsgrundlagen zu entziehen.⁷⁵
- Außerdem wäre es taktisch unklug, in den Kreis der Anti-RechtsextremistInnen nur diejenigen aufzunehmen, die auch den Kapitalismus ablehnen.

4.1.8 Antirassismus-Strategie

Antirassismus-Strategie bedeutet, „Rassismus und Xenophobie als Kernelemente des Rechtsextremismus [zu] betrachten, die es vorrangig zu bekämpfen gelte.“ (Kowalsky 1992, 113) Über den Zusammenhang von Rassismus und Rechtsextremismus gibt es mehrere Ansätze; in Anlehnung an die Heitmeyersche Rechtsextremismus-Definition (vgl. S.6 f.) ist für mich die Ungleichheitsideologie ein zentrales Merkmal von Rechtsextremismus; diese Ideologie kann sich konkret in verschiedenen Varianten ausformen, wobei heute die AusländerInnenfeindlichkeit⁷⁶ einen „prominenten“ Platz einnimmt. Sie kann jedoch schon rein begriffslogisch nicht mit dem Rechtsextremismus gleichgesetzt werden; in der Praxis heißt das, daß nicht alle RechtsextremistInnen ausländerInnenfeindlich sein müssen, aber auch umgekehrt erfüllen Menschen mit einer fremdenfeindlichen Einstellung erst ein Kriterium der Rechtsextremismus-Definition. Diese Klarstellung soll aber nicht davon ablenken, daß beide Phänomene heute 1) häufig gemeinsam auftreten und 2) eine Gefahr für Menschen und die Demokratie darstellen.

Im Umgang mit dem Rechtsextremismus führt die fälschliche Gleichsetzung von AusländerInnenfeindlichkeit und Rechtsextremismus häufig auch zu verfehlten Gegenstrategien: Der Versuch, die AusländerInnen-

⁷⁵ Diese Ausrichtung entspricht auch meiner an die Kritische Theorie angelehnte wissenschaftstheoretische Position (vgl. S.i f.)

⁷⁶ Auf die begrifflichen Unterschiede von Rassismus, AusländerInnenfeindlichkeit, Xenophobie und anderen Schlagworten möchte ich hier nicht eingehen; ich bevorzuge in weiterer Folge den Terminus AusländerInnenfeindlichkeit, da er mit seinem weiten Begriffsrahmen am ehesten das ausdrückt, was im Zusammenhang mit Rechtsextremismus meist gemeint ist.

feindlichkeit einfach zu verdammen und „abzuschaffen“ greift ebenso zu kurz wie das Gegenmodell einer unreflektierten „AusländerInnenfreundlichkeit“; damit meine ich die Illusion vom immerwährenden multikulturellen Straßenfest, das bei manchen „AntifaschistInnen“ zu herrschen scheint.

Auch hier eine Klarstellung: M.E. ist die Vision einer multikulturellen Gesellschaft ein erstrebenswertes Ziel und eine Bereicherung; deswegen Schwierigkeiten beim Zusammenleben und bei der Integration einfach zu leugnen und alle AusländerInnen pauschal zu „lieben“, weil sie von den RechtsextremistInnen gehaßt werden, entspricht gleichfalls einem undifferenzierten Schwarz-Weiß-Denken und führt daher weder im wissenschaftlichen Diskurs noch in der Praxis sehr weit. „Die Linke predigt die multikulturelle Gesellschaft als Staatsziel und mißachtet, daß in einer Gesellschaft, in der sich die Kulturen mischen, keineswegs nur die multikulturelle ‘Benetton’-Gesellschaft entsteht, sondern auch Wut und Aggression wachsen.“ (Hartung 1989, 268)

Kowalsky bringt für die übertriebene „AusländerInnenliebe“ interessante Beispiele (Broschüren mit beschränkten Deutschen und hilfsbereiten, freundlichen AusländerInnen; vgl. Kowalsky 1992, 115), jedoch überzieht er seine Argumentation, indem er alle anti-ausländerInnenfeindlichen Initiativen lächerlich macht („... wimmelt es von xenophilen und pastoralen Aufklebern wie ‘Alle Menschen sind Ausländer - fast überall’ “; Kowalsky 1992, 117). Für mich ergibt sich schlüssig, daß aus der Rechtsextremismus-Definition über die Ungleichheitsideologie folgt, daß sich Anti-Rechtsextremismus gegen AusländerInnenfeindlichkeit als eine Ausdrucksform dieser Ideologie wehren muß; dies darf aber nicht die einzige Richtung bleiben und sie wird darauf zu achten haben, nicht in den umgekehrten „positiven Rassismus“ (Farin / Seidel-Pielen 1993b) zu verfallen.

4.1.9 Antinationalismus-Strategie

„Als Vertreter der Antinationalismus-Strategie fasse ich diejenigen, die Nationalismus als Kernelement und Triebfeder von Rechtsextremismus betrachten und für eine vorrangige Bekämpfung von nationalistischen Ideologien und Bewegungen plädieren.“ (Kowalsky 1992, 135) Unter Nationalismus wird meist eine übersteigerte Form nationalen Selbstbewußtseins, verbunden mit der Abwertung anderer Nationen, verstanden. Über die Bedeutung des Nationalismus habe ich bereits an anderer Stelle ge-

schrieben (vgl. S.38 f.); daß Nationalismus durch den Aspekt der fingierten Über- und Unterordnung von Völkern als Ideologie der Ungleichheit zu werten ist, steht für mich außer Frage. Ansonsten gilt für die Antinationalismus-Strategie das gleiche wie für die Antirassismus-Strategien: Nationalistisch ist nicht mit rechtsextrem gleichzusetzen; anti-nationalistische Arbeit ist aber ein wichtiger Bestandteil des Anti-Rechtsextremismus, kann aber nicht der einzige sein. Ein erfolgreicher Antinationalismus kann dazu beitragen, nationalistische Orientierungen als „Lösungen“ in Identitätsentwicklungskrisen weniger attraktiv erscheinen zu lassen. Diese Probleme aber aufzuheben kann ihm nicht gelingen.

4.1.10 Politische Gegenstrategien

Die bisherigen Ansätze sind eher allgemein gehalten und richten sich gegen verschiedenste Formen des Rechtsextremismus. Was können aber konkret Parteien tun, um dem Rechtsextremismus entgegenzuwirken?

Der erste und wichtigste Schritt ist, sich zu äußern, Stellung zu beziehen und klare Grenzen zu ziehen. Eine Partei, die sich als anti-rechtsextremistisch versteht, muß dies auch deutlich zeigen. Genau hier liegt zur Zeit ein Problem: Entweder durch die Übernahme rechtsextremer Forderungen oder durch eine nur schwammige Abgrenzung wird die Grenze zum Rechtsextremismus immer weiter durchlöchert. In der Praxis fürchten PolitikerInnen häufig, daß ihnen klare Bekenntnisse Stimmen kosten können; ich glaube, daß das in diesem Bereich erstens nicht der Punkt sein kann und daß es zumindest langfristig gefährlicher ist, Kompromisse mit der extremen Rechten einzugehen, da dies das Gros der anderen WählerInnen abschreckt und die WählerInnen von rechtsextremen Parteien doch nicht weglocken kann (Warum sollten diese ein Plagiat wählen, solange es das Original auch noch gibt?). Die offizielle Politik muß auch deutlich machen, daß die demokratischen Freiheiten dort enden, wo diese selbst zur Zielscheibe von Politik gemacht werden. Ohne diese Klarheit werden die Parteien weiterhin ein Bild der Hilflosigkeit abgeben. Diese Hilfslosigkeit zeigt sich auch an den Resolutionen und Demonstrationen,⁷⁷ die Heitmeyer als „ritualisierten Antifaschismus“ (Heitmeyer 1992a, 220) bezeichnet.

⁷⁷ Vgl. die diversen Resolutionen und Beschlüsse, die in Friedrich-Naumann-Stiftung (1993, 311ff.) nachgedruckt sind.

Die Unterstützung für rechtsextreme Parteien kommt nicht nur aus einer ideologischen Grundhaltung zustande, sondern ist oft auch ein Akt des Protests gegen Regierungen, die Probleme der Bevölkerung nicht lösen (vgl. S.76 ff.). Teile der Vorwürfe etwa der FPÖ sind, unabhängig vom ideologischen Hintergrund der Partei, berechtigt; solange es den anderen Parteien nicht gelingt, über Problemlösungen das Vertrauen der WählerInnen wieder zu gewinnen, werden rechtsextreme Parteien mit populistischen Taktiken weiter Zulauf haben.

Die streitbare Demokratie weist von ihrer Konzeption her auch einen diskursiven Aspekt auf (vgl. S.141 ff.), d.h. daß es zu einer öffentlichen Diskussion und Auseinandersetzung mit den VertreterInnen des Rechtsextremismus und ihren Ideen kommen sollte. Dieser Aspekt geht derzeit ziemlich unter. Rechtsextreme Parteien sind stark darin, Zukunftsbilder zu malen, wie eine Gesellschaft ihrer Meinung nach auszusehen hat (etwa die Haidersche „Bürgerdemokratie“); als Antwort darauf fällt den demokratischen PolitikerInnen meist nur ein, diese Bilder zu verteufeln und den Status quo zu glorifizieren; eine defensive Strategie also. M.E. müßten sie offensiver vorgehen: einerseits die rechtsextremen Entwürfe nicht nur verdammen, sondern auch nachweisen, was dahinter steckt, und andererseits selbst Entwürfe präsentieren und diese auch begründen.

4.2 Anti-Rechtsextremismus und Jugendarbeit

Im Anschluß an die These, daß rechtsextremistische Orientierungen aus Problemen in der Phase der Entwicklung einer eigenständigen Identität entstehen (vgl. Kap. „Sozialisationstheoretischer Ansatz“, S.132 ff.), muß der Schluß folgen, daß Gegenstrategien vorwiegend in diesem Bereich ansetzen müssen. Die Hauptantwort auf den Rechtsextremismus muß daher Jugendarbeit i.w.S. sein, also Jugendpolitik, Jugendarbeit und politische Jugendbildung. Sinnvollerweise sollte das Hauptaugenmerk dabei m.E. auf die Prävention gelegt werden. Derzeit gibt es aber einige Probleme bei der Umsetzung dieses Anspruchs. „Es handelt sich vor allem um:

1. Unkenntnis über den Auftrag zur Bekämpfung des Neonazismus durch öffentliche Erziehung und über die rechtlich-politischen Grundlagen dafür
2. Das Fehlen langfristiger Planung und verpflichtender Richtlinien in der außerschulischen Jugendbildung bei den Kommunen

3. Politische und strukturelle Hindernisse in den Kommunen bei der Durchführung von Maßnahmen gegen den Neonazismus
4. Den Mangel an trägerübergreifender Zusammenarbeit“
(Rajewsky / Schmitz 1989a, 201 f.)

4.2.1 Darstellung der Jugendarbeit und -politik

Ein grundlegendes Problem ist sicher, daß der Jugendpolitik zuwenig Gewicht geschenkt wird; Jugendliche sind (noch) keine WählerInnen, Jugendliche haben keine Lobbies, Jugendpolitik „ist bestenfalls Jugendverwaltungspolitik“. (Heitmeyer 1991, 144)

Der Bereich der staatlichen Jugendpolitik erschöpft sich häufig in Rechtspolitik und bleibt meist ein Anhängsel der Familienpolitik.⁷⁸ „Die Problematik dieses Verständnisses erweist sich insbesondere dann, wenn doch gerade zu konstatieren ist, daß sich konventionelle Familienstrukturen auflösen und zahlreiche Varianten familienähnlichen Zusammenlebens sich etablieren, auf die die klassischen Familienrollen, in die eine familienorientierte Jugendpolitik die Jugendlichen hineinwachsen sehen will, nicht mehr ohne weiteres projiziert werden können.“ (Möller 1992, 287)

Eine Crux der Jugendarbeit ist häufig, daß sie davon ausgeht, Rechtsextremismus sei verhinderbar durch verstärkte Information über den historischen Faschismus. Dieser Ansatz unterstellt ein allzu rationales Individuum, das aufgrund von Information über die Greuel des Nationalsozialismus Schlüsse zieht, die es von einer Ungleichheitsideologie abbringen. Da Rechtsextremismus aber keine bewußt gewählte Ideologie ist, sondern eine Sammlung von Einstellungen, die sich aus Ambivalenzen in der Sozialisation ergibt, kann dieser historisch-aufklärerische Ansatz wohl größtenteils nur ins Leere gehen.⁷⁹ Abgesehen davon ist es v.a. wichtig, die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit auch auf die Gefühlsebene auszudehnen und nicht auf einer rein rationalen Ebene zu belassen. „Didaktische Überlegungen hätten dabei zunächst einmal um die Frage zu kreisen - und dies mag durchaus ketzerisch klingen -, worin für Jugendli-

⁷⁸ Die mangelnde Bedeutung der Jugendpolitik in Österreich zeigt sich auch darin, daß sie im EU-Beitrittsvertrag mit keinem Wort erwähnt wird.

⁷⁹ Damit möchte ich nicht sagen, daß die Aufklärung über den Nationalsozialismus unterbleiben soll, ich glaube durchaus, daß die Beschäftigung mit der Geschichte wichtig für die Zukunft ist. Ich halte allerdings den Analogie-Schluß „wer über die Judenvernichtung belehrt wird, kann nicht ausländerInnenfeindlich sein“ für grob verkürzt.

che der konkrete Gebrauchswert einer Behandlung historischer und politischer Zusammenhänge besteht. [...] Wir meinen daher, daß die Auseinandersetzung mit historischen und gegenwärtigen Zusammenhängen eingebettet werden muß in eine Pädagogik, die immer auch die Möglichkeit der Selbstreflexion, der Ausbildung von Selbstbewußtsein und der Gegenwartsbewältigung einschließt.“ (Hafeneger / Paul 1978, 413)

Ein anderes Problem der Jugendarbeit ist, daß sie meist reaktiv und häufig auf den organisierten Rechtsextremismus zielend vorgeht. Sobald wieder irgendwo ein paar Neonazis auftauchen, wird überlegt, was mit diesen zu tun sei. Das Gros der Jugendlichen mit latenten rechtsextremistischen Einstellungen wird jedoch selten in das Blickfeld gerückt. Das Problem wird häufig nur symbolisch (mit Stellungnahmen, Aufrufen, Presseerklärungen, Aufklärungskampagnen) „bekämpft“, die wahren Ursachen des soziologischen Rechtsextremismus werden dabei oft ignoriert. Abgesehen davon, daß eine reaktive öffentliche Jugendarbeit, die sich auf organisierte rechtsextreme Gruppen konzentriert, an der eigentlichen Problemstellung des latenten Rechtsextremismus vorbeizieht, kann sie auch ihr selbstgestecktes Ziel kaum erreichen; Mitglieder rechtsextremer Gruppierungen kommen einfach ungern zum Billiardspielen in ein Jugendzentrum o.ä.⁸⁰

Eine andere Strategie ist die „unspezifische antifaschistische Arbeit [...]: Solidaritätsfeten mit dem chilenischen Volk, Filmreihen zum historischen deutschen Faschismus u.ä.“ (Heitmeyer 1992a, 201) Hier zeigt sich m.E. ebenfalls die Hilflosigkeit der Jugendarbeit, die mit durchaus gutem Willen hektisch und etwas planlos „Antifaschismus“ an den eigentlichen Ursachen des Rechtsextremismus vorbei betreibt: „Jugendarbeit [...] muß sich vorrangig um die Jugendlichen bemühen, die von den benannten 'extremen' Formen antifaschistischer Jugendarbeit nicht erreicht werden, da sie an der Alltagswelt der Jugendlichen und ihren Beschäftigungswünschen, ihren Sozialisationsschicksalen und an ihren dominierenden Orientierungsmustern vorbeigehen.“ (Heitmeyer 1992a, 201)

⁸⁰ Zu Erfolgen und Problemen der Arbeit mit rechtsextremen Jugendlichen vgl. Farin / Seidel-Pielen 1993a, 245 ff. Da für mich dieser Bereich nicht entscheidend ist, werde ich nicht weiter darauf eingehen.

Möller (1992, 290 ff.) skizziert fünf gegenwärtig existierende Richtungen der Jugendarbeit, die für sich in Anspruch nehmen, sich an den Bedürfnissen der Jugendlichen zu orientieren:

- *Jugendarbeit als sozialarbeiterische Überlebenshilfe*: Sie richtet sich v.a. an benachteiligte Jugendliche und knüpft an die Tradition der Jugendfürsorge an. Ausgangspunkt der Richtung ist die Überlegung, daß eine gelungene Sozialintegration Schutz vor Gewaltakzeptanz und Ungleichheitsideologie bietet. „Ziel ist die Einpassung in jene Muster der Realitätskontrolle, die innerhalb des ökonomischen und politischen Systems das Überleben des Einzelnen sichern.“ (Möller 1992, 290) Dabei geht es vor allem um die Hilfe bei der Übernahme der klassischen ArbeitnehmerInnen- und StaatsbürgerInnen-Rollen. Problematisch ist dieser Ansatz v.a. hinsichtlich der Tatsache, daß gerade die beruflichen Normalbiographien, die als Leitlinien dienen, immer seltener werden.
- *Sozialökologische Orientierung*: Dabei haben SozialarbeiterInnen die Aufgabe von „RaumwärterInnen“ für die Jugendlichen, die ihre Räume zur Realitätskontrolle und zum Experimentieren mit Zukunftsentwürfen brauchen. Es geht also darum, die Selbstorganisation der Jugendlichen in Nischen im räumlichen und übertragenen Sinn zu unterstützen. Bei diesem Ansatz ergibt sich das Problem des Zielkonflikts zwischen dem Anspruch, nur „technische“ Unterstützung zu geben, und dem Wunsch nach inhaltlicher Arbeit.
- *Jugendkulturarbeit*: Ausgangspunkt dieses Ansatzes sind die mannigfachen jugendkulturellen Stile, die immer stärker zum Ausdruck jugendlicher Bedürfnisse werden. Kultur ersetzt sozusagen Politik - ein schwieriger Ansatz für emanzipatorisch geprägte SozialarbeiterInnen. Die Frage bei der Unterstützung jugendkultureller Aktivitäten ist jedoch, ob diese nicht eine Ausflucht in eine Scheinwelt sind, die den Jugendlichen nicht wirklich hilft, sich in der „realen“ Welt zurechtzufinden. Gerade für Jugendliche mit Ambivalenz- oder Akzeptanzmustern gegenüber dem Rechtsextremismus sind derartige Aktivitäten auch nicht ansprechend.
- *Pädagogik des Erlebens*: Aus der Annahme, daß jugendliche Gewalttaten von einem Bedürfnis nach „action“ motiviert sind, wird der Schluß gezogen, daß dieses Bedürfnis eben anders befriedigt werden muß, etwa durch Angebote abenteuerlicher Naturerlebnisse in Gruppen. „Attraktivität vermag dieser Ansatz bei solchen Jugendlichen zu verbuchen, deren Gewaltorientierung diffus-anomisch begründet ist, für die

die Vergewisserung der Kameradschaft, Zugehörigkeit und Nähe im Vordergrund steht und die sich zahlreich in den ideologisch wenig festgelegten Randszenen politisch motivierten Gewalthandelns aufhalten.“ (Möller 1992, 293) Eine konkrete Unterstützung bei der Realitätsbewältigung und Zukunftsplanung kann aber die Erlebnispädagogik alleine nicht anbieten.

- *Antifaschistische Jugendarbeit*: Diese richtet sich konkret gegen die politischen Einstellungen und agiert im wesentlichen mit zwei Methoden: der historischen Aufklärung und der Verbotspolitik. Wenn dieser Ansatz es nicht schafft, den Alltag der Jugendlichen in den Blick zu bekommen, dürfte ihm nur mäßiger Erfolg beschieden sein.

4.2.2 Thesen zu anti-rechtsextremistischer Jugendarbeit und -politik

Jugendpolitik muß eigenständig werden

Die Probleme der Jugendpolitik stammen daher, daß sie nicht nur zuwenig Beachtung findet, sondern v.a. daß sie als Anhängsel der Familien-, der Rechts- oder anderer Politiken behandelt wird. „Jugendpolitik muß demgegenüber als Querschnittaufgabe der Gesellschaftspolitik begriffen werden. Hartgummigeschosse der Rechtspolitik können nicht an ihre Stelle treten.“ (Möller 1992, 287) Querschnittaufgabe bedeutet für mich, daß in allen Politikbereichen die Bedürfnisse der Jugendlichen berücksichtigt werden müssen. Anti-rechtsextremistische Jugendpolitik muß daher Sozialpolitik, Wirtschaftspolitik, Kulturpolitik, Bildungspolitik, Sportpolitik und viele andere Bereiche umfassen.

Wenn mensch mit Heitmeyer die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen vor dem Hintergrund der Risikogesellschaft mit ihren Individualisierungstendenzen und den daraus folgenden widersprüchlichen Anforderungen an das Individuum sieht, bedeutet das auch, arbeitsmarktpolitische Unterstützungen für Jugendliche anzubieten: Ein Arbeitsplatz ist zwar keine hinreichende, aber immerhin eine notwendige Voraussetzung zur Aufrechterhaltung einer Distanz gegenüber dem Rechtsextremismus. In einer Zeit der Erosion sozialer Bindungen erscheint es mir wichtig, von öffentlicher Seite Initiativen zu fördern, die Jugendlichen die Möglichkeit geben, ihre eigenständige Identität in einem sozialen Kontext zu entwickeln; und damit meine ich nicht einen Rückgriff auf ein nicht länger existentes Fami-

lienideal, sondern die Unterstützung von Jugendarbeit, die dieses Ziel verfolgt.

Jugendarbeit muß bei den Bedürfnissen der Jugendlichen ansetzen

Diese Forderung ist zwar weder neu noch besonders originell in der Pädagogik, sie zu betonen scheint mir dennoch wichtig. Jugendarbeit muß „die Frage der Sicherung der Handlungsspielräume, der Vermittlung von tragfähigen Vergemeinschaftungsmedien und der Verschärfung befriedigender Planungsressourcen für Jugendliche nicht nur in ihr Credo, sondern auch in ihre Praxis-Perspektiven aufnehmen. [...] Verstehende Nähe zur Lebenswelt der Jugendlichen, Vorurteilsfreiheit ihren Ausdrucksstilen gegenüber und ernsthafte Auseinandersetzung mit ihren Orientierungen sind dabei grundlegende Voraussetzungen dafür, die tatsächlichen Bedürfnisse Jugendlicher nach Realitätskontrolle und gewaltfreien Befriedigungsformen diskursiv herauszuarbeiten.“ (Möller 1992, 294)

Dieser Grundsatz der Orientierung an den Bedürfnissen der Jugendlichen⁸¹ heißt für mich mehrerlei:

- Im *politischen Bereich i.e.S.* die Forderung nach einer verstärkten Mitbestimmung der Jugendlichen in ihrem Lebensraum. Die derzeit in Erprobung befindlichen Modelle von Kinder- und Jugendgemeinderäten, -landtagen und anderen -parlamenten sind ein erster Schritt in diese Richtung, auch wenn sie noch nicht überzeugend sind.
- Im *Bereich der politischen Bildung* die In-Bezug-Setzung von Zeitgeschichte mit der Realität der Jugendlichen heute. Aus der Lernpsychologie wissen wir längst, daß Belehrung und Sachinformation eine weit aus schlechtere Methode zur Verhaltensbeeinflussung ist als die eigene Erfahrung, das Erleben-Lassen, das Lernen mit Hirn, Herz und Hand. Diese Erkenntnisse gehörten längst auf den Schulbetrieb angewendet, v.a. aber im Bereich der politischen Bildung erscheinen sie mir unerlässlich.
- *Pädagogisch* betrachtet bedeutet dieser Grundsatz generell, Kinder und Jugendliche ernstzunehmen. Auch das klingt selbstverständlich und vielleicht auch ein bißchen moralisierend; für mich sind aber auch überhebliche Formen des Zugehens auf Kinder und Jugendliche in

⁸¹ „Ask the boy“ hat dies Robert Baden-Powell, Gründer der PfadfinderInnen-Bewegung, am Anfang dieses Jahrhunderts kurz und bündig zusammengefaßt.

Schule und Jugendarbeit letztlich eine Form der Ideologie der Ungleichheit.

Aufwertung der Jugendarbeit

Jugendarbeit funktioniert derzeit so, daß ihr öffentlicher Teil meist in „Wurmfortsätzen“ der Verwaltung angesiedelt ist und der freie Teil ständig um Geld betteln muß. Die Bedeutung der Jugendarbeit wird in der Öffentlichkeit scheinbar unterschätzt. Für den Bereich der verbandlichen Jugendarbeit schreibt Porzelt: „Aus pädagogischer Sicht bietet die kontinuierliche Gruppenarbeit der Verbände Jugendlichen einen chancenreichen Ort, um sich in subjektiv und biographisch bedeutsamer, alltagsorientierter und personenbezogenen Weise Sozial- und Orientierungskompetenzen anzueignen, auf die sie angesichts der Individualisierungschancen und -risiken unserer Gesellschaft zunehmend angewiesen sind.“ (Porzelt 1994, 1) Jugendverbandsarbeit, aber sicher auch offene Jugendarbeit, können genau das Vakuum füllen, das durch die Individualisierungstendenzen entstanden ist; sie können über das Anbieten von Räumen und das Unterstützen sozialer Bindungen dazu beitragen, daß Jugendliche in einem quasi-geschützten Raum an ihrem Selbstwertgefühl und an ihrer sozialen Identität arbeiten können. Durch die Zugehörigkeit zu einer unterstützten Gruppe kann die Sicherheit geschaffen werden, die nötig ist für die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Ansprüchen auf dem Weg zur Entwicklung der eigenständigen Identität: „Wichtiger [als sozialpädagogische Jugendarbeit] sind jedoch konkrete Angebote zur Integration in feste Gruppen für die heute 10- bis 14jährigen, die häufig nach Zugehörigkeiten suchen [...]. Ihnen Lösungen für ihre Probleme aufzuzeigen und Alternativen zur Gewalt pausibel zu machen ist ebenso notwendig [...]“ (Willems 1993, 271) Dadurch sollten sich einige der Konflikte vermeiden lassen, als deren Folge ich an Anlehnung an Heitmeyer (1992a, 1992b) die Entstehung rechtsextremer Orientierungen sehe.⁸²

Wenn, wie ich glaube, Jugendarbeit einen wesentlichen Beitrag in der Prävention von Rechtsextremismus leistet, heißt das auch: „Die Gesellschaft kann sich der pädagogischen Leistungen unseres Praxisfeldes nicht zum Spartarif bedienen. Insbesondere die öffentliche Hand steht in der Pflicht, sich in ausreichendem Umfang an der Finanzierung der verbandlichen Infrastruktur zu beteiligen,“ (Porzelt 1994, 2) damit diese ihre

⁸² Ehrlicherweise möchte ich noch einmal darauf hinweisen, daß mein „Loblied“ auf die Jugendarbeit auch dadurch beeinflusst sein mag, daß ich selbst als Jugendleiter bei den PPÖ tätig bin.

„Angebote zur außerschulischen politischen Bildung und zur sinnvollen Freizeitgestaltung aufrecht erhalten und ihren Anspruch auf eine wertorientierte Erziehung umsetzen [...] können.“ (Deutscher Bundesjugendring 1992, 311) Doch davor muß wohl erst das Bewußtsein geschaffen werden, daß Jugendarbeit nicht einfach Freizeitbeschäftigung, sondern ein wertvolles Sozialisationsfeld mit der Chance der Prävention diverser gesellschaftlich unerwünschter Phänomene (von Rechtsextremismus über Drogenabhängigkeit bis zu Kriminalität) sein kann.

Politische Jugendbildung muß aktuell sein

Aktualität meint hier zweierlei:

- Bezug zur Gegenwart
- Bezug zu den Jugendlichen

Aufklärung über den historischen Faschismus ist v.a. im Bereich der Jugendbildung zu wenig, da die NS-Zeit einfach zu weit weg ist. Ein ständiger Verweis auf das Dritte Reich ohne eine Erklärung, warum diese Zeit (abgesehen vom geschichtlichen Interesse) behandelt wird, fällt bei Jugendlichen nicht auf fruchtbaren Boden. Aufklärung in der Schule wird auch häufig als Ausrede verwendet; wenn wieder einmal 'Handlungsbedarf' in Sachen Rechtsextremismus anliegt, wird die Pädagogik angerufen, mit der Forderung, doch mehr über die NS-Zeit zu informieren (vgl. Dudek 1994, 290 f.).

Die politische Bildung muß aber auch die Jugendlichen selbst ansprechen, ihnen Aktivitäten bei der Erforschung erlauben und die emotionale Seite mitbetonen. „Es geht um die Verknüpfung von historischem Lernen und Selbstreflexion.“ (Hafeneger / Paul 1978, 415) Analogien zwischen Erlebnissen der Jugendlichen und historischen Funktionsmechanismen können durchaus herausgearbeitet werden. „Hier könnte man sich auf Cliquenerfahrungen beziehen, Vorurteile gegen Mitschüler, politische Minoritäten, Ausländer diskutieren und die alltäglichen Formen der Aggressionsbewältigung problematisieren.“ (Hafeneger / Paul 1978, 415)

Demokratisierung der Jugend(verbands)arbeit

Jugendarbeit muß die relevanten und aktuellen Probleme der Jugendlichen thematisieren und bearbeiten; das bedeutet auch, daß Jugendarbeit vom Prinzip der möglichst großen Selbstbestimmung der Jugendlichen

ausgehen muß. „Jugendlichen muß die Möglichkeit gegeben werden, alternative Sozialerfahrungen zu sammeln,“ (Hafeneger / Paul 1978, 415 f.) Erfahrungen in Richtung gleichberechtigtes Zusammenleben, Solidarität, emotionale Eingebundenheit, gewaltfreie Konfliktlösungen u.ä. Das Erlebnis von Gruppenbeziehungen in einem betreuten Umfeld kann helfen gegen das Annehmen von rechtsextremen Angeboten; die Möglichkeit, eigene Ideen umzusetzen, kann positiv zum Selbstwertgefühl beitragen; Hilfestellungen können in Orientierungskrisen helfen.

„Projekt- und Erlebnischarakter, Alltags- und Naturorientierung sind in der Jugendbildungsarbeit daher zu stärken. In ihr muß gleichzeitig die Erfahrung von Demokratie und Solidarität - und eben nicht nur als Postulat - möglich sein. Erst in dieser konkreten Erfahrung liegt die Chance begründet, daß die als rechte Alternative ausgewiesene faschistische Lebensweise als Scheinalternative durchschaubar wird.“ (Hafeneger / Paul 1978, 416)

Antirechtsextremistische Jugendarbeit braucht ausgebildete LeiterInnen

Die Ansprüche an eine Jugendarbeit, die einen Beitrag gegen den Rechtsextremismus leisten soll, sind denkbar hoch: Um diese zu erfüllen, müssen die JugendarbeiterInnen diverse Fähigkeiten haben: mit Gruppen demokratisch arbeiten, einiges über Rechtsextremismus wissen, mit rechtsextremen Ideologiemomenten umgehen können, Beziehungen ermöglichen, u.v.a.m. Um dies zu ermöglichen, ist eine ständige Weiterbildung und Betreuung der JugendarbeiterInnen nötig; womit wir auch wieder beim Anspruch an die öffentliche Hand sind, die Jugendarbeit zu unterstützen, denn derartige Aktivitäten kosten einfach Geld.⁸³

Jugendarbeit kann nicht alles sein

Den Schluß - v.a. aus den Untersuchungen von Heitmeyer-, daß die Jugendarbeit eine wichtige Rolle in der Bekämpfung des Rechtsextremismus spielen muß, habe nicht nur ich gezogen. „Sie [die Heitmeyersche These über die Entstehung von Rechtsextremismus in sozialisatorischen Zu-

⁸³ In Österreich gibt es etwa seit Jahren die Forderung nach einem Bildungsurlaub für JugendleiterInnen; in den meisten anderen europäischen Ländern ist dies längst eingeführt.

sammenhängen; gh] lädt dazu ein, die Auseinandersetzung mit rechten Jugendlichen zur Aufgabe von Sozialpädagogik und Jugendarbeit zu deklarieren. [...] Nach dem offensichtlichen Scheitern der traditionellen Aufklärungspädagogik in der Schule scheint die Perspektive einer Sozialpädagogisierung des Problemfeldes 'Rechtsextremismus unter Jugendlichen' besonders attraktiv.“ (Dudek 1994, 293) Doch in der Jugendarbeit geht es dann oft nicht um die Ausbildung der JugendleiterInnen, sondern um deren politische Einstellung. Aktionismus rangiert häufig vor langfristigen theoriegeleiteten Aktivitäten. „Gestritten wird über Probleme, die rechte Jugendliche machen, weniger über jene, die sie haben; reflektiert wird über die Toleranzgrenzen von Sozialarbeitern, aber kaum über die strukturellen Grenzen von außerschulischer Jugendarbeit.“ (Dudek 1994, 294)

Das Problem ist aber, daß eine Verkürzung des Rechtsextremismus auf ein reines Jugendproblem und ein sozialpädagogisches Handlungsfeld zu kurz greift. Gefährlich scheint mir v.a. die Reduzierung auf individuelle Fälle. Sozialpädagogik und Jugendarbeit allein sind zu wenig; sie können Hilfen bei der Vermeidung der Entstehung rechtsextremer Orientierungen leisten, an den grundsätzlichen Ursachen in der Risikogesellschaft vermögen sie alleine aber nichts zu ändern.

NACHWORT

„Es geht nicht darum, ein Thema so zu erschöpfen, daß man dem Leser nichts mehr zu tun läßt. Es geht nicht darum, die Menschen zum Lesen, sondern darum, sie zum Denken zu bringen.“

BARON DE LA BREDE DE MONTESQUIEU⁸⁴

Dieses Zitat von Montesquieu drückt für mich sehr schön meine Stimmung am Ende des Arbeitens an der Diplomarbeit aus: In einer einzigen Arbeit, auch wenn sie noch so umfangreich wäre, läßt sich nie alles zu einem Thema sagen. Ich habe mich bemüht, viele Aspekte einzubeziehen und das Thema breit anzugehen; dennoch bin ich sicher weit von jeder Vollständigkeit entfernt. Was ich aber dennoch hoffe, ganz im Sinne Montesquieus, ist, daß diese Arbeit für diejenigen, die sie lesen, eine Anregung sein möge zum Weiterlesen, zum Weiterdenken und vor allem zum Engagement gegen den Rechtsextremismus.

Zusammenfassend noch einmal einige „Erkenntnisse“ dieser Arbeit:

- Ich habe versucht aufzuzeigen, daß und warum „Rechtsextremismus“ der einzig sinnvolle Begriff für das Phänomen ist, und habe mich bemüht, selbst konsequent und klar mit Begriffen umzugehen;
- Im Bereich des politischen Rechtsextremismus habe ich aufgezeigt, daß die „Neue Rechte“ eine durchaus ernstzunehmende Größe ist, die durch ihre Taktik (Intellektualisierung, Ziel der kulturellen Hegemonie, nach außen, „Abgrenzung“ vom Nationalsozialismus) wesentlich dazu beiträgt, rechtsextreme Ideen „salonfähig“ zu machen und den Damm gegen Rechtsaußen brüchig zu machen;
- Ich habe m.E. deutlich die zahllosen Querverbindungen zwischen allen möglichen Exponenten und Organisationen des rechtsextremen Lagers dargestellt;
- Bei der „Alten Rechten“ habe ich einen geschichtlichen Überblick vom Ende des zweiten Weltkriegs bis heute für (West-)Deutschland und Österreich gegeben und mich dabei in Österreich vor allem auf die FPÖ konzentriert, die nach allem, was ich über sie gelesen habe, eindeutig als rechtsextreme Partei zu bezeichnen ist;

⁸⁴ gefunden in: Ziegler / Costa 1992, 31

- Beim soziologischen Rechtsextremismus ging es mir darum, abseits der Organisationen den Bereich der Einstellungen unter die Lupe zu nehmen. Dabei zeigte sich, daß viele quantitativen Untersuchungen einerseits teilweise beängstigend, andererseits z.T. nicht sehr aussagekräftig sind, da ihnen der theoretische Unterbau fehlt. Meine Konzentration galt daher v.a. Heitmeyer und seinen Studien zu Jugend und Rechtsextremismus. Sein Ansatz, die Entstehung rechtsextremer Orientierungen im Rahmen des Sozialisationsprozesses zu beobachten und sie als „Lösungen“ auf dem Weg zur Entwicklung einer eigenständigen Identität zwischen Individualisierung und Neokonservatismus in der Risikogesellschaft zu sehen, erscheint mir sehr fundiert, plausibel und einleuchtend
- Die Ursachenforschung hat mich eher enttäuscht: In jedem Buch zum Thema Rechtsextremismus gibt es zwar Versuche, Erklärungsansätze zu bieten, die meisten leider aber m.E. darunter, daß sie entweder nicht fundiert oder zu mono-kausal oder beides sind. Als einzelnen Ansatz schätze ich auch hier Heitmeyer und seine Sozialisationstheorie am meisten, da sie mir am breitesten erscheint und nicht rein spekulativ vorgeht; ich glaube allerdings, daß gerade im Bereich der Ursachenforschung ein multi-dimensionaler Ansatz, der psychologische, ökonomische, politische und soziologische Aspekte berücksichtigt, bitter nötig ist;
- Die Gegenstrategien zeigen die gleiche Hilflosigkeit auf wie die Erklärungsansätze; häufig wird m.E. am Problem vorbei gearbeitet (etwa mit einem naiven Anti-Faschismus, mit (reinen) Aufarbeitungs- und Aufklärungsstrategien); was für mich der wichtigste Ansatzpunkt bleibt, v.a. als Folge eines sozialisationstheoretischen Erklärungsansatzes, ist die Jugendarbeit (im weiten Sinn): Wo, wenn nicht an der Wurzel der Entstehung (beim Versuch der Entwicklung einer eigenständigen Identität), soll Anti-Rechtsextremismus ansetzen? Das darf aber nicht heißen, daß sich die Gesellschaft (d.h. wir alle!) aus der Verantwortung stellen kann, indem sie der Problem zu einem der Jugendlichen erklärt und ein paar JugendarbeiterInnen mehr bezahlt. Es darf auch nicht heißen, daß wir uns alle ruhig zurücklehnen können und den Rechtsextremismus Rechtsextremismus sein lassen können, weil es ohnehin nur die Jugendarbeit als Gegenstrategie gebe. Nein, für das Ziel einer menschenwürdigeren Gesellschaft werden sich schon ein paar Leute mehr engagieren müssen.

ANHANG

I. Abkürzungsverzeichnis

ANR	Aktion Neue Rechte
ANS/NA	Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten
APM	Außerparlamentarische Mitarbeit
APO	Außerparlamentarische Opposition
AUD	Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher
AUS	Ausländer-Halt-Bewegung
BBI	Bürger- und Bauerninitiative
BDS	Bund Deutscher Solidaristen
BHE	Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten
CdH	Club d'Horloge
CDU	Christlich-demokratische Union
CSU	Christlich-soziale Union
DA	Deutscher Anzeiger
DAP	Deutsche Aufbaupartei
DBI	Deutsche Bürgerinitiative
DESG	Deutsch-Europäische Studiengesellschaft
DEST	Verlag Deutsch-Europäischer Studien
DG	Deutsche Gemeinschaft
DGG	Deutschland in Geschichte und Gegenwart
DKP	Deutsche Konservative Partei
DKP-DRP	Deutsche Konservative Partei - Deutsche Rechtspartei
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DNZ	Deutsche National-Zeitung
DP	Deutsche Partei
DRP	Deutsche Reichspartei
DSZ	Deutsche Soldaten-Zeitung
DVU	Deutsche Volksunion
DWZ	Deutsche Wochen-Zeitung
FBW	Freiheitliches Bildungswerk
FN	Front National
FPÖ	Freiheitliche Partei Österreichs
FSI	Freiheitliche Studenteninitiative
GfP	Gesellschaft für freie Publizistik e.V.

GFS	Gemeinschaft freier Selbständiger
GLU	Grünen Liste Umweltschutz
GRECE	Groupement de recherches et d'études pour la civilisation européenne
HIAG	Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS
HJ	Hitler-Jugend
JF	Junge Freiheit
JN	Junge Nationaldemokraten
NDP	Nationaldemokratische Partei [Österreich]
NHB	Nationaldemokratischer Hochschulbund
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NRAO	Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation
NRKA	Nationalrevolutionärer Koordinationsausschuß
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NSDS	Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund
ORF	Österreichischer Rundfunk
ÖKB	Österreichischer Kameradschaftsbund
ÖTB	Österreichischer Turnerbund
ÖVP	Österreichische Volkspartei
PdA	Partei der Arbeit
PO	Politische Offensive
PPÖ	Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs
RAZ	Reichsarbeiterzeitung
RdS	Ring deutscher Soldatenverbände
REPs	Die Republikaner
RFS	Ring Freiheitlicher Studenten
SdV/NRAO	Sache des Volkes / Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation
SNR	Sozialistische Nationalrevolutionäre
SPÖ	Sozialdemokratische (früher: sozialistische) Partei Österreichs
SRP	Sozialistische Reichspartei
SS	Schutzstaffel
Stapo	Staatspolizei
SVB	Solidaristische Volksbewegung
UAP	Unabhängige Arbeiterpartei
VdS	Verband deutscher Soldaten
VdU	Verband der Unabhängigen
VSBD/PdA	Volkssozialistische Bewegung Deutschland
WSL	Weltbund zum Schutz des Lebens

II. Tabellen- und Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: Einzeldaten der SINUS-Studie	70
Tabelle 2: Parteipräferenz und Einstellung zu Zuwanderungsbeschränkungen	73
Tabelle 3: Beurteilung der österreichischen AusländerInnenpolitik	75
Tabelle 4: Mittelwerte zum Selbstkonzept im Handlungsrahmen	91
Tabelle 5: Anomie und Selbstkonzept	93
Tabelle 6: Mittelwerte zur Anomie im Handlungsrahmen	94
Tabelle 7: Mittelwerte zu Zukunftsperspektiven im Handlungsrahmen	95
Tabelle 8: Selbstkonzept und autoritär-nationalisierende Orientierungen	97
Tabelle 9: Mittelwerte zu autoritär-nationalisierenden Tendenzen im Handlungsrahmen	98
Tabelle 10: Orientierungsmuster (Clusteranalyse)	99
Tabelle 11: Modelle der politischen Verlaufslinien	115
Tabelle 12: Jugend in Tirol - Detailergebnisse	116
Tabelle 13: Übersicht Verbotsgesetz	145
Abbildung 1: Identitätskonzept von Heitmeyer	86

III. Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1973): Studien zum autoritären Charakter; Frankfurt/M.
- Adorno, Theodor W. (1982): Erziehung zur Mündigkeit; 8. Aufl., Frankfurt/M.
- Assheuer, Thomas / Sarkowicz, Hans (1990): Rechtsradikale in Deutschland: die alte und die neue Rechte; München
- Backes, Uwe / Jesse, Eckhard (1989): Politischer Extremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Band II: Analyse; Bonn
- Backes, Uwe / Moreau, Patrick (1993): Die extreme Rechte in Deutschland. Geschichte - gegenwärtige Gefahren - Ursachen - Gegenmaßnahmen; München
- Bailer, Brigitte (1993): Der „Revisionismus“ - pseudowissenschaftliche Propaganda; in: DÖW (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus; Wien; 444-450
- Bailer, Brigitte / Neugebauer, Wolfgang (1993a): Abriß der Entwicklung des Rechtsextremismus in Österreich; in: DÖW (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus; Wien; 97-101
- Bailer, Brigitte / Neugebauer, Wolfgang (1993b): Die FPÖ: Vom Liberalismus zum Rechtsextremismus; in: DÖW (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus; Wien; 327-428
- Benz, Wolfgang (1984a): Die Opfer und die Täter. Rechtsextremismus in der Bundesrepublik; in: ders. (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen; Frankfurt/M.; 11-44
- Benz, Wolfgang (Hg.) (1984b): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen; Frankfurt/M.
- Benz, Wolfgang (Hg.) (1989): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen; aktual. Neuaufl., Frankfurt/M.
- Billing, Werner / Barz, Andreas / Wienk-Borgert, Stephan (Hg.) (1993a): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland [Vortragsreihe des Fachgebietes Politikwissenschaft und des Studium generale an der Universität Kaiserslautern im Sommersemester 1993]; Baden-Baden

- Billing, Werner (1993b): Rechtsextremismus. Eine Herausforderung der wehrhaften Demokratie; in: Billing, Werner / Barz, Andreas / Wienk-Borgert, Stephan (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland [Vortragsreihe des Fachgebietes Politikwissenschaft und des Studium generale an der Universität Kaiserslautern im Sommersemester 1993]; Baden-Baden; 131-152
- Bohleber, Werner (1992): Nationalismus, Fremdenhaß und Antisemitismus. Psychoanalytische Überlegungen; in: Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen; 46. Jg., Heft 8 (= Juli 1992); 689-709
- Brecht, Bertolt (1967): Der aufhaltsame Aufstieg des Arturo Ui; in: ders.: Gesammelte Werke. Band 4: Stücke 4; Frankfurt/M.; 1719-1839
- Brumlik, Micha (1992): Rechtsradikalismus - Protest zwischen Traditionalismus und Desorientierung; in: Jansen, Mechthild M. / Kiesel, Doron / Deul, Heike (Hg.): Rechtsradikalismus. Politische und sozialpsychologische Zugänge; Frankfurt/M. (= Arnoldsheimer Texte, Bd. 73); 5-24
- Castner, Hartmut / Castner, Thilo (1989): Rechtsextremismus und Jugend. Erscheinungsformen - Ursachen - Gegenstrategien; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 41-42, 6.10.89; Bonn; nachgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung (1993): Dokumentation Rechtsextremismus und Gewalt; Sankt Augustin; 119-122
- Deutscher Bundesjugendring (1992): Rechtsextremismus und Ausländerfeindlichkeit. Beschluß der 65. Vollversammlung am 27./28. Oktober 1992 in Mainz; nachgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung (1993): Dokumentation Rechtsextremismus und Gewalt; Sankt Augustin, 311
- Dietzsch, Martin (1988): Zwischen Konkurrenz und Kooperation. Organisationen und Presse der Rechten in der Bundesrepublik; in: Jäger, Siegfried (Hg.): Rechtsdruck: Die Presse der Neuen Rechten; Berlin / Bonn; 31-80
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.) (1979): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945; Wien
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Wilhelm Lasek) (o.J.):¹ Chronik der juristischen Maßnahmen und behördlichen Praxis im Umgang mit neonazistischen Aktivitäten; Wien

¹ 1990?

- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes / Israelitische Kultusgemeinde Wien / Gesellschaft für politische Aufklärung (Hg.) (1991): Justiz und nationalsozialistische Wiederbetätigung. Protokoll der gleichnamigen Tagung am 15. Mai 1990 in Wien; Wien
- Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes / Gesellschaft für politische Aufklärung (Hg.) (1993): Strategien gegen den Rechtsextremismus. Symposium vom 26. November 1993; Innsbruck
- DÖW² (Hg.) (1993): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus; Wien
- Dudek, Peter (1981): Grenzen und Möglichkeiten antifaschistischer Jugendarbeit; in: Hafenecker, Benno / Paul, Gerhard / Schoßig, Bernhard (Hg.): Dem Faschismus das Wasser abgraben. Zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus; München; 115-134
- Dudek, Peter (1994): Die Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Rechtsextremismus nach 1945; in: Kowalsky, Wolfgang / Schroeder, Wolfgang (Hg.) (1994): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz; Opladen; 277-301
- Dworzak, Hermann (1979): Neuformierung und Entwicklung des Rechtsextremismus nach 1945; in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945; Wien; 118-127
- Farin, Klaus / Seidel-Pielen, Eberhard (1993a): „Ohne Gewalt läuft nichts“. Jugend und Gewalt in Deutschland; Köln
- Farin, Klaus / Seidel-Pielen, Eberhard (1993b): Krieg in den Städten. Jugendgangs in Deutschland; 5. Aufl., Berlin (= Rotbuch Taschenbuch 34)
- Feit, Margret (1987): Die 'Neue Rechte' in der Bundesrepublik. Organisation-Ideologie-Strategie; Frankfurt/M.
- Feit, Margret (1989): Die „Neue Rechte“ in der BRD; in: Kirfel, Martina / Oswalt, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer: modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa; Wien; 31-42

² = Stiftung Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands

- Fetscher, Iring (1989): Der neue Biologismus; in: Kirfel, Martina / Oswald, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer: modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa; Wien; 221-224
- Friedrich-Naumann-Stiftung (1993): Dokumentation Rechtsextremismus und Gewalt; Sankt Augustin
- Fromm, Rainer / Kernbach, Barbara (1994): ... und morgen die ganze Welt? Rechtsextreme Publizistik in Westeuropa; Marburg / Berlin
- Gallhuber, Heinrich (1993a): Rechtsextremismus und Strafrecht; in: DÖW (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus; Wien; 579-601
- Gallhuber, Heinrich (1993b): Die geltende Rechtslage. Eine kritische Darstellung des materiellen und formellen Rechts; in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes / Gesellschaft für politische Aufklärung (Hg.): Strategien gegen den Rechtsextremismus. Symposium vom 26. November 1993; Innsbruck; 62-76
- Gärtner, Reinhold (1989): Right-Wing Student Politics in Austria after 1945; in: Parkinson, F. (ed.): Conquering the Past: Austrian Nazism yesterday and today; Detroit; 279-293
- Gärtner, Reinhold (1993): Die Aula; in: DÖW (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus; Wien; 253-270
- Gärtner, Reinhold (1994): Die „Aula“ und die Wissenschaft; in: Purtscheller, Wolfgang (Hg.): Die Ordnung, die sie meinen. „Neue Rechte“ in Österreich; Wien; 150-173
- Gessenharter, Wolfgang (1993): Das Weltbild der „Neuen Rechten“; in: Billing, Werner / Barz, Andreas / Wienk-Borgert, Stephan (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland [Vortragsreihe des Fachgebietes Politikwissenschaft und des Studium generale an der Universität Kaiserslautern im Sommersemester 1993]; Baden-Baden; 65-80
- Gessenharter, Wolfgang (1994): Kippt die Republik? Die Neue Rechte und ihre Unterstützung durch Politik und Medien; München
- Gress, Franz / Jaschke, Hans-Gerd / Schönekas, Klaus (1990): Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa: Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien; Opladen

- Hafeneger, Benno / Paul, Gerhard (1978): Faschismus und Jugendarbeit; in: deutsche jugend. Zeitschrift für die Jugendarbeit, Nr.9, September 1978; 411-420
- Hafeneger, Benno / Paul, Gerhard / Schoßig, Bernhard (Hg.) (1981): Dem Faschismus das Wasser abgraben. Zur Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus; München
- Hartung, Klaus (1989): Die antifaschistische Mehrheit; in: Kirfel, Martina / Oswalt, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer: modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa; Wien; 268-272
- Heim, Robert (1992): Fremdenhaß und Reinheit - die Aktualität einer Illusion. Sozialpsychologische und psychoanalytische Überlegungen; in: Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen; 46. Jg., Heft 8 (= Juli 1992); 710-729
- Heindl, Peter (o.J.): Positionen und Maßnahmen der Sicherheitsbehörden betreffend Rechtsextremismus; o.O.
- Heindl, Peter (1993): Positionen und Maßnahmen der Sicherheitsbehörden im Kampf gegen den Neonazismus; in: DÖW (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus; Wien; 571-579
- Heitmeyer, Wilhelm (1991): Reicht das gängige Erklärungsmuster zum Rechtsextremismus aus? Anmerkungen zum Aspekt politischer Kultur und seinen Unterschieden in Ost- und Westdeutschland. Teil II; in: Frankfurter Rundschau, 11.4.91; nachgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung (1993): Dokumentation Rechtsextremismus und Gewalt; Sankt Augustin; 143 f.
- Heitmeyer, Wilhelm (1992a): Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen: Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung zur politischen Sozialisation; 4. Auflage, Weinheim / München
- Heitmeyer, Wilhelm u.a. (1992b): Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher; Weinheim / München
- Heitmeyer, Wilhelm / Möller, Kurt / Sünker, Heinz (Hg.) (1992c): Jugend - Staat - Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendlichen, Jugendpolitik und politische Bildung; 2. Aufl, Weinheim / München

- Heitmeyer, Wilhelm (1993): Gehen der Politik die gewaltlosen Mittel aus? Zur Paralisierung gesellschaftlicher Institutionen; in: Otto, Hans-Uwe / Merten, Roland (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch; Opladen; 109-119
- Herrmann, Gregor (1993): „Learning by Doing“. Eine Analyse des Ausbildungssystems der Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs aus der Sicht der Personalentwicklung; unveröff. Dipl.Arb., sozial- und wirtschaftswiss. Fakultät, Universität Innsbruck
- Hill, Paul B. (1993): Die Entwicklung der Einstellungen zu unterschiedlichen Ausländergruppen zwischen 1980 und 1992; in: Willems, Helmut: Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation (zusammen mit Roland Eckert, Stefanie Würtz und Linda Steinmetz); Opladen; 25-68
- Holzer, Werner / Münz, Rainer (1994): Wissen und Einstellungen zu Migration, ausländischer Bevölkerung und staatlicher Ausländerpolitik in Österreich; Wien [= Schriften des Instituts für Demographie der österreichischen Akademie der Wissenschaften, Bd. 11]
- Holzer, Willibald I. (1979): Rechtsextremismus - Konturen und Definitionskomponenten eines politischen Begriffs; in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945; Wien; 11-97
- Hopf, Christel (1993): Autoritäres Verhalten. Ansätze zur Interpretation rechtsextremer Tendenzen; in: Otto, Hans-Uwe / Merten, Roland (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch; Opladen; 157-165
- Horkheimer, Max (1939): Die Juden und Europa; in: Zeitschrift für Sozialforschung, 8. Jg. / Heft 1-2; 115-137
- Horkheimer, Max / Adorno, Theodor W. (1969): Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente; Neuausgabe, Stuttgart
- Jäger, Margret / Jäger, Siegfried (1991): Rechtsextremismus auch im Sozialismus! Einige Bemerkungen zur Tragfähigkeit materialistischer Erklärungsansätze; in: dies. (Hg.): Aus der Mitte der Gesellschaft (III); Dortmund; 39-46
- Jäger, Siegfried (Hg.) (1989): Rechtsdruck: Die Presse der Neuen Rechten; Berlin / Bonn

- Jäger, Siegfried / Jäger, Margret (1990): Die Demokratiemaschine ächzt. Zu den Ursachen des Rechtsextremismus in der BRD; Duisburg
- Jäger, Uli (1993): Rechtsextremismus und Gewalt. Materialien, Methoden, Arbeitshilfen; Tübingen
- Jansen, Mechthild M. / Kiesel, Doron / Deul, Heike (Hg.) (1992): Rechtsradikalismus. Politische und sozialpsychologische Zugänge; Frankfurt/M. (= Arnoldsheimer Texte, Bd. 73)
- Jaschke, Hans-Gerd (1990): Frankreich; in: Gress, Franz / Jaschke, Hans-Gerd / Schöneekäs, Klaus: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa: Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien; Opladen; 17-103
- Jesse, Eckhard (1993): Organisierter Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Entwicklung - Bestandsaufnahme - Perspektiven; in: Billing, Werner / Barz, Andreas / Wienk-Borgert, Stephan (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland [Vortragsreihe des Fachgebietes Politikwissenschaft und des Studium generale an der Universität Kaiserslautern im Sommersemester 1993]; Baden-Baden; 25-44
- JUFF³ (Hg.) (1992): Jugend in Tirol 1992. Pressebericht (Marinell, Gerhard / Van Staa, Herwig / Traweger, Christian); Innsbruck
- Kilian, H. (1971): Das enteignete Bewußtsein; Neuwied / Berlin
- Kirfel, Martina / Oswald, Walter (Hg.) (1989): Die Rückkehr der Führer: modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa; Wien
- Klönne, Arno (1994): Jugend und Rechtsextremismus; in: Kowalsky, Wolfgang / Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz; Opladen; 129-142
- Köchler, Hans (1990): Philosophie der Demokratie; Vorlesung am Institut für Philosophie der Universität Innsbruck, Sommersemester 1990 [Mitschrift gh]
- Kolakowski, Leszek (1979): Selbstgefährdung der offenen Gesellschaft; in: Linder, Willy / Helbing, Hanno / Bütler, Hugo (Hg.): Liberalismus - nach wie vor. Grundgedanken und Zukunftsfragen; Zürich; 155-168
- Kowalsky, Wolfgang (1992): Rechtsaußen ... und die verfehlten Strategien der deutschen Linken; Frankfurt/M. / Berlin

³ = Amt der Tiroler Landesregierung, Abt. IVe (= JUFF) - Jugendreferat

- Kowalsky, Wolfgang / Schroeder, Wolfgang (Hg.) (1994): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz; Opladen
- Kühnl, Reinhard (1990): Gefahr von rechts. Vergangenheit und Gegenwart der extremen Rechten; Heilbronn (= Distel Hefte 19)
- Langbein, Kurt (1979): Das Organisationsspektrum; in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945; Wien; 128-131
- Lange, Astrid (1993): Was die Rechten lesen. Fünfzig rechtsextreme Zeitschriften. Ziele, Inhalte, Taktik; München
- Leggewie, Klaus (1993a): Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik?; München (= Beck'sche Reihe 1017)
- Leggewie, Klaus (1993b): Jugend, Gewalt und Rechtsextremismus. Fünf Thesen zur Diskussion; in: Otto, Hans-Uwe / Merten, Roland (Hg.): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch; Opladen; 120-125
- Linder, Willy / Helbing, Hanno / Bütler, Hugo (Hg.) (1979): Liberalismus - nach wie vor. Grundgedanken und Zukunftsfragen; Zürich
- Maier, Hans / Bott, Hermann (1968): Die NPD - Struktur und Ideologie einer 'nationalen Rechtspartei'; 2. Aufl., München
- Mantino, Susanne (1992): Die 'Neue Rechte' in der 'Grauzone' zwischen Rechtsextremismus und Konservatismus. Eine systematische Analyse des Phänomens 'Neue Rechte'; Frankfurt/M. u.a. (= Europäische Hochschulschriften, Reihe 31, Politikwissenschaft; Bd. 199)
- Marx, Karl (1953): Die Deutsche Ideologie; in: Landshut, Siegfried (Hg.): Karl Marx. Die Frühschriften; Stuttgart; 339-485
- Marx, Karl (1963): Zur Kritik der politischen Ökonomie. Erstes Heft; Berlin (= Bücherei des Marxismus-Leninismus, Bd. 15)
- Meier, Horst (1993): Republikenschutz - aber wie? „Innere Sicherheit“ und fremdenfeindliche Gewalt; in: Leggewie, Klaus: Druck von rechts. Wohin treibt die Bundesrepublik?; München (= Beck'sche Reihe 1017); 130-142
- Möller, Kurt (1992): Jugend und Gewalt - versagt Jugendpolitik, verzagt Jugendarbeit?; in: Heitmeyer, Wilhelm / Möller, Kurt / Sünker, Heinz (Hg.): Jugend - Staat - Gewalt. Politische Sozialisation von Jugendli-

chen, Jugendpolitik und politische Bildung; 2. Aufl, Weinheim / München; 277-299

Mommsen, Hans (1987): Das dritte Reich: Bürde oder Herausforderung?; in: Niemandland 1/87, 18

Moser, Tilmann (1993): Rechtsextremismus aus tiefenpsychologischer Sicht. Der vergessene intergenerative Aspekt; in: Billing, Werner / Barz, Andreas / Wienk-Borgert, Stephan (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland [Vortragsreihe des Fachgebietes Politikwissenschaft und des Studium generale an der Universität Kaiserslautern im Sommersemester 1993]; Baden-Baden; 97-112

Müller, Ingo (1989): Die Aktualität Carl Schmitts; in: Kirfel, Martina / Oswald, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer: modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa; Wien; 212-220

Neugebauer, Wolfgang (1979): Die FPÖ - zwischen rechtsextrem und liberal; in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.): Rechtsextremismus in Österreich nach 1945; Wien; 371-384

ÖIJ⁴ (o.J.): Österreichische Jugend-Wertestudie - Zusammenfassung; Wien

Oswald, Walter (1989a): Definition des Begriffes „Rechtsradikalismus / Rechtsextremismus“; in: Kirfel, Martina / Oswald, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer: modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa; Wien; 28

Oswald, Walter (1989b): Die FPÖ - ein Modell für Europa?; in: Kirfel, Martina / Oswald, Walter (Hg.) (1989): Die Rückkehr der Führer: modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa; Wien; 78-93

Otto, Hans-Uwe / Merten, Roland (Hg.) (1993): Rechtsradikale Gewalt im vereinigten Deutschland. Jugend im gesellschaftlichen Umbruch; Opladen

Parkinson, F. (ed.) (1989): Conquering the Past: Austrian Nazism yesterday and today; Detroit

Pelinka, Anton (1993): Vorwort; in: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes / Gesellschaft für politische Aufklärung (Hg.):

⁴ = Österreichisches Institut für Jugendforschung; Durchführung der Untersuchung im Sommer 1990

Strategien gegen den Rechtsextremismus. Symposion vom 26. November 1993; Innsbruck; 11-12

Perner, Markus / Schiedel, Heribert / Zellhofer, Klaus (1994): Haiders Denkfabriken: Die Avantgarde der Völkischen; in: Purtscheller, Wolfgang (Hg.): Die Ordnung, die sie meinen. „Neue Rechte“ in Österreich; Wien; 47-71

Perner, Markus / Purtscheller, Wolfgang (1994): Die nationale Internationale; in: Purtscheller, Wolfgang (Hg.): Die Ordnung, die sie meinen. „Neue Rechte“ in Österreich; Wien; 72-99

Pfahl-Traugber, Armin (1993): Rechtsextremismus. Eine kritische Bestandsaufnahme nach der Wiedervereinigung; Bonn (= Schriftenreihe Extremismus & Demokratie, Bd.5)

Pfahl-Traugber, Armin (1994): Brücken zwischen Rechtsextremismus und Konservativismus. Zur Erosion der Abgrenzung auf publizistischer Ebene in den achtziger und neunziger Jahren; in: Kowalsky, Wolfgang / Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz; Opladen; 160-182

Porzelt, Burkard (1994): Was soll werden aus der Jugendverbandsarbeit?; in: zb - Beiträge zur Jugendarbeit in Tirol, Nr.1 Feber / März 94; Innsbruck / Bozen; 1-2 ⁵

profil. Das unabhängige Nachrichtenmagazin Österreichs; 25. Jg., Heft 35 (= 29. August 1994)

Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen; 46. Jg., Heft 8 (= Juli 1992)

Purtscheller, Wolfgang (1993): Aufbruch der Völkischen. Das braune Netzwerk; Wien

Purtscheller, Wolfgang (Hg.) (1994): Die Ordnung, die sie meinen. „Neue Rechte“ in Österreich; Wien

Purtscheller, Wolfgang / Schiedel, Heribert (1994): Theorien der Neuen Rechten; in: Purtscheller, Wolfgang (Hg.): Die Ordnung, die sie meinen. „Neue Rechte“ in Österreich; Wien; 15-46

Rajewsky, Christiane / Schmitz, Adelheid (1988a): Probleme und Ansätze einer kommunalen Erziehung gegen den Neonazismus; in: dies. (Hg.):

⁵ gekürzter Nachdruck aus deutsche jugend 9/93

Nationalsozialismus und Neonazismus. Ein Reader für Jugendarbeit und Schule; Düsseldorf; 200-222

Rajewsky, Christiane / Schmitz, Adelheid (Hg.) (1988b): Nationalsozialismus und Neonazismus. Ein Reader für Jugendarbeit und Schule; Düsseldorf

Riedlsperger, Max E. (1989): FPÖ: Liberal or Nazi?; in: Parkinson, F. (ed.): Conquering the Past: Austrian Nazism yesterday and today; Detroit; 257-278

Rollat, Alain (1989): „Nouvelle Droite“ - die „Neue Rechte“ in Frankreich; in: Kirfel, Martina / Oswald, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer: modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa; Wien; 120-127

Sarkowicz, Hans (1989): Publizistik in der Grauzone; in: Benz, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Voraussetzungen, Zusammenhänge, Wirkungen; aktual. Neuaufl.; Frankfurt/M.; 93-107

Scharsach, Hans-Henning (1992): Haider^s Kampf; Wien

Scheuch, Erwin (1967): Theorie des Rechtsradikalismus in westlichen Industriegesellschaften; in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 12; 11-29

Schiedel, Heribert (1994): „Mutter Erde“ statt „Blut und Boden“: Die ökologisch-spirituelle Erneuerung des Faschismus; in: Purtscheller, Wolfgang (Hg.): Die Ordnung, die sie meinen. „Neue Rechte“ in Österreich; Wien; 124-149

Schönekäs, Klaus (1990): Bundesrepublik Deutschland; in: Gress, Franz / Jaschke, Hans-Gerd / Schönekäs, Klaus: Neue Rechte und Rechtsextremismus in Europa: Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien; Opladen; 218-349

Schweidlenka, Roman (1989): New Age und Faschismus; in: Kirfel, Martina / Oswald, Walter (Hg.): Die Rückkehr der Führer: modernisierter Rechtsradikalismus in Westeuropa; Wien; 240-242

Seidel-Pielen, Eberhard (1993): Jugend und Gewalt - Probleme der Erwachsenenwelt; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr.4; Köln; nachgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung (1993): Dokumentation Rechtsextremismus und Gewalt; Sankt Augustin; 148-151

SINUS-Studie (1981): 5 Millionen Deutsche: „Wir wollen wieder einen Führer haben ...“; Reinbek bei Hamburg

- Spann, Gustav (1993): Jugendliche und Rechtsextremismus. Ursachenforschung und Erklärungsansätze. Ein Forschungsbericht; in: DÖW (Hg.): Handbuch des österreichischen Rechtsextremismus; Wien; 474-493
- Stöss, Richard (1989): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik. Entwicklung - Ursachen - Gegenmaßnahmen; Opladen
- Stöss, Richard (1993): Rechtsextremismus und Wahlen in der Bundesrepublik; in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 11, 12.3.93; Bonn; nachgedruckt in: Friedrich-Naumann-Stiftung (1993): Dokumentation Rechtsextremismus und Gewalt; Sankt Augustin; 210-221
- Streeck-Fischer, Annette (1992): „Geil auf Gewalt“. Psychoanalytische Bemerkungen zu Adoleszenz und Rechtsextremismus; in: Psyche. Zeitschrift für Psychoanalyse und ihre Anwendungen; 46. Jg., Heft 8 (= Juli 1992); 745-768
- Wallerstein, Immanuel (1989): Der historische Kapitalismus; 2. Aufl., Hamburg
- Wetzel, Juliane (1994): Der parteipolitische Rechtsextremismus in der Bundesrepublik 1945 bis 1989; in: Kowalsky, Wolfgang / Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz; Opladen; 89-102
- Willems, Helmut (1993): Fremdenfeindliche Gewalt. Einstellungen, Täter, Konflikteskalation (zusammen mit Roland Eckert, Stefanie Würtz und Linda Steinmetz); Opladen
- Winkler, Jürgen R. (1994): Die Wählerschaft der rechtsextremen Parteien in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis 1993; in: Kowalsky, Wolfgang / Schroeder, Wolfgang (Hg.): Rechtsextremismus. Einführung und Forschungsbilanz; Opladen; 68-88
- Yvon, Paul (1990): Auf der rechten Seite; in: profil Nr.27/90, 2.Juli 1990, S.52/53; Wien
- Zellhofer, Klaus / Gassner, Markus A. (1994): SS und Rosenkranz. Völkischer Katholizismus; in: Purtscheller, Wolfgang (Hg.): Die Ordnung, die sie meinen. „Neue Rechte“ in Österreich; Wien; 100-123
- Ziegler, Jean / da Costa, Uriel (1992): Marx wir brauchen Dich. Warum man die Welt verändern muß; München

IV. Sach- und Personenregister

„

„Objekt“-ivierung 138

„Wieder“-vereinigung 39, 63

A

Abzeichengesetz..... 148

Adenauer, Konrad..... 43

Adoleszenz 129

Adorno, Theodor W. i, ii, 119

Aktion Kennwort Europa 17

Aktion Neue Rechte *Siehe* ANR *Siehe* ANR

Aktion Widerstand 18, 45

Aktionsfront Nationaler Sozialisten /
Nationale Aktivisten *Siehe* ANS/NA

Aktionsgemeinschaft Unabhängiger
Deutscher *Siehe* AUD

Akzeptanzmuster 109, 115, 137

Amalthea Verlag 31

Ambivalenzmuster 109, 115, 136

Ambivalenztoleranz..... 114

Amerikanisierung 38

Anarchismus 4

angeborene Triebverfassung..... 22

Angstbewältigung..... 131

Anomie..... 93, 139

ANR 19, 21, 53, 54, 64, 147

ANS/NA..... 45

Antifa..... *Siehe* Antifaschismus

Antifaschismus..... 54, 126, 151, 162

Anti-Faschismus 172

Anti-Kommunismus 24

Anti-Rechtsextremismus... 126, 140, 153

Antisemitismus..... 36, 56, 63, 70

Anti-Sozialismus.....15

APM..... 17, 19, 25

APO 18, 45

après-socialisme15

Arbeitslosigkeit ..72, 77, 83, 95, 110, 121

Arbeitsplatz91, 99, 103, 110, 130, 134,
164

Arbeitsteilung.....156

AsylbewerberInnen71

Attersee-Kreis.....58

AUD44

Aufbruch (Zeitung).....25

Aufklärung3, 8, 10, 37

Aufklärungspädagogik.....170

Aufklärungs-Strategie154

Aula32, 33, 35

Aula-Jugend33

AUS55, 56

Ausbildungsplatz91

Auschwitz36

Auschwitz-Lüge56

Ausländer-Halt-Bewegung..... *Siehe* AUS

AusländerInnenfeindlichkeit38, 50, 61,
71, 111, 115, 118, 157, 158

AusländerInnenfreundlichkeit158

Außerparlamentarische Mitarbeit*Siehe*
APM

Außerparlamentarische Opposition*Siehe*
APO

AussiedlerInnen.....71

Autonome149

Autonomie87, 102, 136, 138

Autonomie-Orientierung112

B

Baden-Powell, Robert.....165

barricade.....	18
Basisgruppen.....	18
Bayrischer Rundfunk	48
BBI	46
BDS.....	22
Bechtle Verlag.....	31
Beck, Ulrich.....	81
Benoist, Alain de	13, 23, 27, 28, 33
Berufsverbot	152
Berufswahl	129
Beziehungslosigkeit	127
BHE.....	43
Bildungsniveau.....	107
Bildungspolitik	164
Bildungsurlaub	169
Bio-Humanismus	37
Biologie	36
Biologismus	37, 40
Biopolitik.....	14, 32
Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten	<i>Siehe</i> BHE
Blot, Yvan.....	15
Borodajkewycz, Taras	52, 57
Brandt, Willy.....	18, 31
Broesigke, Tassilo	57
Bund Deutscher Solidaristen .	<i>Siehe</i> BDS
Bundesheer	51
Bürger- und Bauerninitiative ...	<i>Siehe</i> BBI
Burger, Norbert	53, 54, 59
Burschenschaften	35, 53
Busse, Friedhelm.....	18, 46

C

Carl-Friedrich-von-Siemens-Stiftung ..	23
Cartellverband.....	35
CdH.....	15
CDU	28, 43, 77, 78
Christophersen, Thies.....	46

Club d L'Horloge.....	<i>Siehe</i> CdH
Club Symonenko	18
Contrepoint.....	15
criticón	19, 23, 28, 29
CSU.....	47
CV.....	35

D

DA.....	46
DAP	42
DBI.....	46
Dehoust, Peter	30
Dekadenz	15
Demokratie	4, 40, 65, 66, 95, 169
repräsentative	11, 65
streitbare	142, 152, 160
demokratische Freiheiten.....	159
Deprivation	
absolute.....	122
relative.....	122
Der 13.....	34
DESG	18, 26
DESG-Inform.....	26
Desintegrationstheorem	132
DEST	18
Deutsche Aufbau-Partei	<i>Siehe</i> DAP
Deutsche Bürgerinitiative.....	<i>Siehe</i> DBI
Deutsche Gemeinschaft.....	<i>Siehe</i> DG
Deutsche Hochschullehrer-Zeitung	26
Deutsche Konservative Partei	<i>Siehe</i> DKP
Deutsche Konservative Partei -	
Deutsche Rechtspartei	<i>Siehe</i> DKP-
DRP	
Deutsche National-Zeitung	<i>Siehe</i> DNZ
<i>Siehe</i> DNZ	<i>Siehe</i> DNZ
<i>Siehe</i> DNZ	<i>Siehe</i> DNZ
Deutsche Partei.....	<i>Siehe</i> DP
Deutsche Reichspartei	<i>Siehe</i> DRP
Deutsche Soldaten-Zeitung...	<i>Siehe</i> DSZ

Deutsche Wochenzeitung.....	<i>Siehe DWZ</i>	elemente.....	27
Deutscher Anzeiger	<i>Siehe DA</i>	Eléments	12, 28
Deutsch-Europäische		Emanzipation.....	ii, 1, 3
Studiengesellschaft	<i>Siehe DESG</i>	Endres, Gerhard.....	55
Deutschland in Geschichte und		Engelmann, Friedrich	34
Gegenwart.....	<i>Siehe DGG</i>	Entleerung	
Deutschnationale Volkspartei	<i>Siehe</i>	narzißtische.....	129
DNVP		Erhard, Arthur.....	30
DG	43	Erlebnispädagogik.....	164
DGG.....	26	Ermacora, Felix	33
Die Deutschen (Partei)	30	Erziehung	
Die weiße Rose.....	34	wertorientierte	168
Diemann, Kurt.....	33, 34	Ethnopluralismus	15, 24, 28, 30, 32, 34,
Distanzmuster.....	109, 115, 136	39	
Diwald, Hellmut.....	23, 28	Ethologie.....	61
DKP.....	42	Europawahl.....	48
DKP-DRP.....	42	Evola, Julius	14
DNVP	42	Eysenck, Hans-Jürgen	13, 27, 36, 38
DNZ	46		
DP	42	<hr/>	
Dritte Republik	33	F	
Dritter Weg	15	Familie.....	135, 139
Drittes Lager	33, 57	Familienbeziehungen	90
Drittes Reich	13, 68, 168	Familienpolitik.....	161
Drogenabhängigkeit.....	168	FAP.....	110
DRP	43	Faschismus	96, 149, 153, 154, 155, 156,
Druffel Verlag.....	30	161, 162, 168	
DSZ.....	46	FBW	32
DVU	30, 46, 49, 63, 66, 77, 78	FDP	69
DVU - Liste D.....	47	Feindprojektionen.....	129
DWZ	46	Felder, Josef.....	34
		Fiedler, Hans-Michael	17
<hr/>		Fleissner, Herbert.....	31
E		FN.....	16
Eckartbote.....	52	FPÖ	31, 33, 35, 51, 53, 54, 61, 66, 73,
EGVG	147	75, 160, 171	
Eibl-Eibesfeldt, Irenäus	13, 29, 32, 36,	Frankfurter Schule.....	119
38, 61		Frankl, Viktor E.....	29
Eichberg, Henning	24, 32	Französische Revolution	37

freie Argumente	33
Freiheit (Zeitschrift).....	19
Freiheitliche Partei Österreichs <i>Siehe</i> FPÖ	
Freiheitliche Studenteninitiative <i>Siehe</i> FSI	
Freiheitliches Bildungswerk .. <i>Siehe</i> FBW	
Fremdenangst.....	110, 113
Fremdenfeindlichkeit.....	111, 113
Fremdenhaß	110, 113, 129, 155
Fremdenpolizeigesetz.....	148
Freud, Sigmund	131
Frey, Gerhard.....	19, 31, 46, 48, 59, 63
Freyer, Hans	10
Front National	13, 15
FSI	34
Führer-Prinzip	37
Fußballfans	56

G

GastarbeiterInnen	71
Gauland, Alexander	28
Gedenkstätten	154
Gegengewalt.....	152, 153
Gegenwartsbewältigung	162
Gehlen, Arnold.....	27
Gemeinschaft freier Selbständiger <i>Siehe</i> GFS	
George, Stefan	27
Geschichtsrevisionismus27, 29, 30, 35, 46, 50, 63, 66, 126	
Gesellschaft multikulturelle	158
Gesellschaft für freie Publizistik e.V <i>Siehe</i> GfP	
Gesellschaftspolitik	164
Gewalt7, 35, 79, 96, 103, 109, 111, 118, 131, 136, 139, 153, 167	

in der Ehe.....	72
in der Familie.....	128
Gewaltakzeptanz6, 40, 79, 88, 96, 104, 105, 109, 112, 133, 134, 137, 163	
GfP	30
GFS	54
Gleichaltrigengruppe	90, 94, 136
Gleichheitspostulat	6
GLU	22
Goebbels, Joseph	59
Göring, Hermann.....	26
Götz, Alexander.....	57
Grabert, Wigbert.....	26
Grabert-Verlag.....	26
Gramsci, Antonio.....	9
GRECE.....	12, 14, 28, 34
Grenzland-Jahrbuch	60, 63
Größenselbst.....	129
Großkapital	155
Groupement de recherches et d'études pour la civilisation européenne <i>Siehe</i> GRECE	
Grünbewegung.....	22
Grund- und Freiheitsrechte	142
GRÜNE	23, 25, 73, 74, 75
Grüne Zelle Koblenz.....	24
Grünen Liste Umweltschutz .. <i>Siehe</i> GLU	
Gudenus, John	34
Guggenberger, Leopold	34

H

Haider, Jörg.....	31, 35, 58, 61, 126, 160
HALT	54, 55
Handbuch zur deutschen Nation	27
Handlungsunsicherheit.....	138
Hatzenbichler, Jürgen.....	32, 33
Haußleitner, August.....	43
Heimatbünde	51

Heimatvertriebene	43
Herder-Verlag	23
Heß, Rudolf.....	26
HIAG	44
Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS.....	<i>Siehe</i> HIAG
Himmler, Heinrich	26
Hitler, Adolf9, 26, 35, 51, 63, 66, 68, 70, 97	
HJ	57
Höbelt, Lothar	35
Höbinger-Lehrer, Marianne.....	65
Hohenrain-Verlag.....	27
Holocaust.....	60
Homosexualität	130
Honsik, Gerd.....	54, 55, 59, 148
Horkheimer, Max	ii, 11
Hornung, Klaus	28
Humanitarismus.....	28
Huyn, Hans Graf	28

I

Identität	
eigenständige .	86, 133, 160, 167, 172
personale.....	85
soziale	85, 167
Identität (Zeitung).....	32, 33
Identitätsaufspaltung.....	115
Identitätsdiffusion.....	114, 115
Identitätsentwicklung103, 105, 120, 133, 139	
Identitätskonzept.....	85
Ideologie der Ungleichheit40, 96, 102, 105, 109, 112, 118, 134, 137, 156, 163	
Individualisierung ..	82, 87, 121, 132, 172
Individualisierungstheorem	81

Instrumentalisierung	135, 139
Instrumentalisierungs-These	137
Integration.....	74
Intellektualisierung.....	31, 171
Internationales Übereinkommen über die Beseitigung aller Formen rassistischer Diskriminierung	148
Introjekt.....	130
Irving, David.....	36
Israelitische Kultusgemeinde.....	55

J

Jahrbuch für politische Erneuerung.....	33
Jensen, Arthur	28, 36
JES	34
JF30	
JN	19
Jugendarbeit2, 80, 141, 160, 165, 169, 172	
Jugendbildung	160
Jugendbildungsarbeit	169
Jugendforschung.....	84
Jugendfürsorge	163
Jugendkulturarbeit.....	163
Jugendpolitik	160
Jugendprotest.....	122
Jugendverwaltungspolitik	161
Jugendzentren.....	107, 162
Jung, Edgar Julius.....	10
Junge Europäische Studenteninitiative34	
Junge Freiheit.....	32, 34 <i>Siehe</i> JF
Junge Nationaldemokraten <i>Siehe</i> JN <i>Siehe</i> JN	
Jünger, Ernst	10, 23, 25, 27
Junges Forum	17, 19
Justiz	144

K

Kaltenbrunner, Gerd-Klaus	23, 28, 29, 33
Kameradschaftsbünde	51
Kameradschaftsverbände	63
Kapitalismus	4, 11, 15, 22, 25, 70, 83, 124, 125, 155
Kärntner Heimatdienst <i>Siehe</i> KHD
Kärntner Nachrichten	63
Karst, Heinz	28
Kirchschläger, Rudolf	54
Kirchweg, Ernst	52
Klagenfurt	34
Klassengesellschaft	81
Klecatsky, Hans	33, 34
Koalitionsrecht	152
Kohl, Helmut	27, 29, 82
Kommunismus	4, 25, 70
Konflikt	
ödipaler	129
Konkurrenzprozesse	138
Konservatismus	9, 17, 23, 28, 30, 31, 33, 40, 50
Konservative Revolution	10, 22, 27, 36, 39
Konservatismus	32
Krebs, Pierre	26, 27, 28, 33
Krenn, Kurt	34
Kriegsschuld	146
Kriminalität	61, 74, 168
Kultur	
politische	125
kulturelle Hegemonie	171
Kulturkreis 2000	27
Kulturpolitik	164
Küssel, Gottfried	55, 148

L

Lachout, Emil	36
Landsmannschaften	51
Langzeitarbeitslosigkeit	134
law of the jungle	14
Le Figaro	12
Le Gallou, Jean-Yves	15
Le Pen, Jean-Marie	13, 59
Lentz Verlag	31
Lettre d'Information	15
Liberalismus	10, 14, 22, 25, 124, 155
Lichterketten	62
Limes Verlag	31
Lorenz, Konrad	13, 27, 29, 36
Lorenzener Erklärung	58
Lorenzener Kreis	58, 60
Luxemburg, Rosa	152

M

Machiavellismus	115
Maier, Hans	28
Mann, Golo	29
Männerbünde	130
Marx, Karl	ii, 121, 140
Marxismus	22, 25
Mary Hahn Verlag	31
Mediengesetz	147
Mehrgenerationenforschung	127
Menschenrechte	13, 14, 38, 40
Metapolitik	9, 22, 26, 31, 34, 35
Migration	61
Miklau, Roland	149
Minoritäten	168
Missus	17
Mitbestimmung	165
Mobilität	82, 122
Modernisierungsoffer	121

Moeller van den Bruck, Arthur	10
Mohler, Armin	19, 23, 25, 28, 36, 40
Mölzer, Andreas	32, 34, 35, 61, 63
Müller, Peter	60
Mussolini, Benito	14
MUT	17, 29

N

Nachtmann, Herwig	33
Narzißmus	129
Nation	128
Nation Europa	30
Nation Europa Buchdienst	30
Nationaldemokratische Partei <i>Siehe</i> NDP	
Nationaldemokratische Partei Deutschlands. <i>Siehe</i> NPD <i>Siehe</i> NPD	
Nationaldemokratischer Hochschulbund <i>Siehe</i> NHB	
nationale Identität	38
nationaler Sozialismus	21
Nationalismus 8, 21, 24, 25, 38, 39, 40, 50, 62, 66, 158	
Nationalrevolutionäre	24, 30, 34
Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation	<i>Siehe</i> NRAO
Nationalrevolutionärer Koordinationsausschuß .. <i>Siehe</i> NRKA	
Nationalsozialismus 31, 60, 68, 111, 114, 119, 124, 126, 149, 151, 171	
Nationalsozialistischer Deutscher Studentenbund	<i>Siehe</i> NSDS
Naturkategorien	133
NDP	18, 53, 54, 56, 59, 64, 147
Nenning, Günther	33
Neo-Faschismus	5, 97
Neokonservatismus	82, 86, 172
Neokonservatismus-Theorem	82
Neonazis	33, 132, 153

Neonazismus	45, 160
Neo-Nazismus	5
Neue Rechte	2, 5, 9, 50, 58, 150, 171
Neue Zeit	21, 25
Neurose	128
New Age	14
NHB	19
Niekisch, Ernst	25
Nietzsche, Friedrich	10, 27
Nolte, Ernst	29, 40
Nouvelle Droite	12, 22, 26, 32
Nouvelle Ecole	12
NPD	16, 19, 29, 30, 44, 49, 53, 77, 78
NRAO	19
NRKA	22, 25
NSDAP	21, 45, 78, 144, 145
NSDS	51
NS-Ideologie	128
NS-Verbrechen	146
NS-Zeit	168
Nymphenburger Verlag	31

O

Ochensberger, Walter	54, 56, 148
ORF	32
organischer Staat	38
Orientierungslosigkeit	93
Orientierungsmuster	81, 89
Orientierungsschwierigkeiten	102
Orwell, George	38
Österreichische Landsmannschaft	52
Österreichischer Beobachter	55
Österreichischer Turnerbund <i>Siehe</i> ÖTB	
ÖTB	51
ÖVP	34, 51, 57, 67, 73, 75

P

Pädagogik..... 162, 165, 168
Pareto, Vilfredo 27
Partei der Arbeit..... *Siehe* PdA
Parteiengesetz..... 147
Patriotischer Club - Besseres Österreich
..... 34
Payrleitner, Alfred 32
PdA..... 18, 19, 46
peer-group91, 94, 99, 107, 130, 135,
136, 139
Penz, Lothar..... 20
Pessimismus 93
Peter, Friedrich 57
Pfadfinder und Pfadfinderinnen
Österreichs*Siehe* PPÖ
PfadfinderInnen 165
Phalluskult 130
Plato..... 38
PO..... 25
Pöhlmann, Siegfried 19
Politikverdrossenheit..... 123
politische Bildung 149, 151, 168
Politische Briefe 54
Politische Offensive *Siehe* PO
PPÖi, 167
Prager Frühling 19
Prävention..... 160, 167
Pretterebner, Hans 54
Prinzip der nationalen Präferenz..... 15
Protest 24, 52, 62, 78, 123, 154, 160
Psychoanalyse 120, 127
Punks..... 113

R

radikal 3
Rassismus .. 16, 32, 39, 56, 60, 155, 157

positiver158
RAZ18
Razumovsky, Andreas33
RdS.....44
Reagan, Ronald.....82
Rebhandl, Fritz148
Rechtsextremismus.....50
anomischer112
soziologischer105, 156, 162
stillgelegter109
Rechtskonservatismus21, 23, 24
Rechtskonservatismus33
Rechtspolitik161
re-education36, 128
Reichsarbeiterzeitung..... *Siehe* RAZ
Reinheit129
Reinhaller, Anton51, 57
Reparation
narzißtische.....131
Reps58
REPs30, 47, 58, 76, 78
Republikaner *Siehe* REPs
Rezession.....45
RFS52
Ring deutscher Soldatenverbände*Siehe*
RdS
Ring Freiheitlicher Studenten *Siehe* RFS
Risikogesellschaft81, 84, 86, 121, 133,
151, 164, 172
Roeder, Manfred46
Rohrmoser, Günther.....28
Romig, Friedrich34
Rougier, Louis27
Russel, Bertrand.....27

S

Sababurg-Runde18

Sache des Volkes/Nationalrevolutionäre Aufbauorganisation. <i>Siehe</i> SdV/NRAO	
Sander, Hans-Dietrich	30, 36
Schelsky, Helmut	27
Schickel, Alfred	33
Schmitt, Carl	10, 23, 31, 65
Schönhuber, Franz	31, 47, 48, 49, 59
Schrembs, Rüdiger	20
Schrenck-Notzing, Caspar von	19, 31, 33
Schwetz, Erika	60
SdV	24
SdV/NRAO	20
Selbstbestimmung	1, 168
Selbstbewußtsein	91, 162
Selbstbild	88, 120
Selbstkonzept	95, 102
Selbstobjektanteile	130
Selbstorganisation	163
Selbstüberschätzung	90
Selbstverwirklichung	135
Selbstwertgefühl	90, 129, 134
Selbstzweifel	91
Sexismus	155
Sexualität	129
Seyss-Inquart, Arthur	52
Sieg (Zeitung)	54, 56
Silbermann, Alphons	70
SINUS-Studie	69
Sinus-Verlag	23
Skinheads	118, 130
SNR	19
SOL	22, 25
Soldatenverbände	44
Solidaristen	22, 25
Solidaristische Volksbewegung <i>Siehe</i> SVB <i>Siehe</i> SVB	
Solidarität	24, 82, 169
Sorel, Georges	27
Soucek, Theodor	51, 52
Sozialdarwinismus	27, 36
Sozialisation	1, 83, 105, 150
sozialisationstheoretisches Konzept	81
Sozialismus	4, 14, 15, 22, 25, 125
Sozialistische Nationalrevolutionäre	<i>Siehe</i> SNR
Sozialistische Reichspartei	<i>Siehe</i> SRP
Sozialpädagogik	170
Sozialpartnerschaft	64
Sozialpolitik	164
Sozialstaat	82
Soziobiologie	36
Spann, Othmar	10
SPD	69, 78
Spengler, Oswald	10, 15, 25, 27
SPÖ	51, 57, 73, 75
Sportpolitik	164
SRP	42
SS	36, 57
Staatsvertrag	147
Stapo	55
Steger, Norbert	58
Steinbuch, Karl	28
Steinhauser, Karl	54
Strauss, Wolfgang	18, 28
Stüber, Fritz	52
Sudholt, Gert	30
Südtirol	52
Südtirolterrorismus	53
SVB	20, 22
<hr/>	
T	
Tanz tödlicher	127
Thadden, Adolf von	44
Thatcher, Margret	82
Thule-Gesellschaft	26

Thule-Seminar	26, 28
Tiefenpsychologie	127, 131
Trattnig, Kriemhild.....	60
Trauma	129
Traumata	
kumulative	129
Triebimpulse	130
Türmer Verlag.....	30

U

UAP.....	18, 19
Überfremdung.....	30
Überlegenheitsgefühle.....	138
UdSSR	21
Ullstein/Propyläen Verlag.....	31
Umvolkung.....	27, 61
Umweltschutz	19
Umweltzerstörung.....	83
Unabhängige Arbeiterpartei... <i>Siehe</i> UAP	
Ungleichheitsideologie	87
Universalismus	27, 156
Universitas Verlag.....	31
Universität Innsbruck	34
USA.....	21

V

VdU.....	51, 52, 57
Verband der Unabhängigen... <i>Siehe</i> VdU	
Verband deutscher Soldaten . <i>Siehe</i> VdS	
Verbotsgesetz	55, 60, 144, 147
Verbotspolitik	152
Verein zur Förderung Konservativer	
Publizistik e.V.	23
Vereinsgesetz	147
Vereinzelung.....	133, 138
Verfassungsgerichtshof	56
Vergangenheitsbewältigung.....	36

Verhaltensforschung	13, 28, 36
Verhetzung	144, 146
Verlag Deutsch-Europäischer Studien	
..... <i>Siehe</i> DEST	
Verlag Langen Müller/Herbig.....	23, 31
Versammlungsgesetz.....	147
Vertrauenskrise	124
Verunsicherung	102
Völkermord	146
Volksgemeinschaft	64, 66
Volksozialistische Bewegung	
Deutschlands	<i>Siehe</i> VSDB/PdA
Vorurteile	168
Vowinkel Verlag.....	30
VSBD/PdA	18, 45

W

Wahlrecht	
allgemeines	96
Wallerstein, Immanuel.....	125, 155
Weber, Max	27
Wehrsportgruppe Hoffmann.....	45
Wehrsportgruppen	45
Weil, Eckehard	55
Weimarer Republik.....	78
Weiterbildung	169
Weltbund zum Schutz des Lebens <i>Siehe</i>	
WSL	
Weltsystems	
kapitalistisches	155
Wertewandel	123
Werwolf-Bewegung	51
Widerstand (Zeitschrift)	18
Wiesel, Elie.....	31
Wiesenthal, Simon	31, 55, 60
Willms, Bernard.....	27, 28, 30
Wimmer, Raimund	60
Wintzek, Bernhard C.	17, 29

wir selbst.....	22, 24
Wirtschaftspolitik.....	164
Wohlstands-Chauvinismus.....	121
Wohnverhältnisse.....	106
WSL.....	22

X

Xenophobie.....	157
-----------------	-----

Z

Zeitgeschichte.....	151, 165
Zeitgeschichtliche Forschungsstelle	
Ingolstadt.....	33
Zirkelphase.....	17
Zukunftserwartungen.....	94
Zukunftsperspektiven.....	95
Zuwanderung.....	74

LEBENS LAUF

1970	geboren am 11.6. in Wels; Eltern: Irma und Ing. Walter E. Herrmann
1974-76	Besuch des Kindergartens in Wels-Lichtenegg
1976-80	Besuch der Volksschule in Wels-Lichtenegg
1977	<i>Beitritt zur Gruppe Wels der Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs</i>
1980	Eintritt in das BG Schauerstraße, Wels
1983	Übersiedlung nach Telfs Übertritt in das BG/BRG Sillgasse, Innsbruck
1984	<i>Beitritt zur Gruppe Innsbruck/Turm der Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs</i>
1987	<i>Beginn der Tätigkeit als Jugendleiter ebendort</i>
1988	Matura am BG/BRG Sillgasse, Innsbruck
WS 1988/89	Beginn des Studiums der Betriebswirtschaft an der Uni Innsbruck
SS 1989	Beginn des Studiums der Politikwissenschaft und Philosophie ebendort
WS 1989/90	Beginn der Tätigkeit als Tutor für Statistik am Institut für Statistik der Uni Innsbruck
1991	<i>Beginn der Tätigkeit im Landesverband der Tiroler Pfadfinder und Pfadfinderinnen</i>
SS 1992	Politikwissenschaftliches Praktikum im Grazer Büro für Frieden und Entwicklung (4 Wochen)
WS 1993/94	Beginn des Hochschullehrgangs für Zwischenmenschliche Kommunikation im Berufsleben an der Uni Innsbruck
SS 1994	Abschluß des Studiums der Betriebswirtschaft an der Uni Innsbruck mit dem Mag.rer.soc.oec. ¹
WS 1994/95	Beginn der Doktoratsstudiums der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften an der Uni Innsbruck

¹ Diplomarbeit: „Learning by Doing“ - Eine Analyse des Ausbildungssystems der Pfadfinder und Pfadfinderinnen Österreichs aus der Sicht der Personalentwicklung